ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 7 (95) JULI 2022 / Tammuz – Av 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Israels neuer Premierminister

Wer ist Yair Lapid und wofür steht er?

SEITE 29

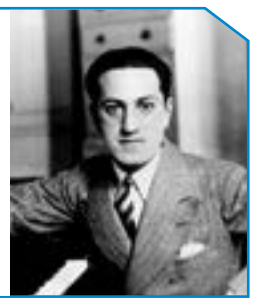
Fridays for Future auf Kuschelkurs mit der BDS-Hass-Bewegung

SEITE 13

Die "schwarze" Musik des Juden Gershwin

Zum 85. Todestag des Komponisten

SEITE 36-37



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
mit der vor Ihnen liegenden Ausgabe unserer Zeitung geht das Jahr 2022 bereits in seine zweite Runde. Nur noch etwas mehr als zweieinhalb Monate trennen uns von dem Beginn des neuen jüdischen Jahres 5783 und dem Zyklus der weiteren unmittelbar folgenden hohen jüdischen Feiertage.

Zwar scheinen die Einschränkungen der Corona-Zeit trotz immer wieder aufkommender Unkenrufe aus einschlägiger politischer Seite weitestgehend der Vergangenheit anzugehören, viele der von der Pandemie verursachten einschneidenden Verwerfungen wirken aber fort. Verwaiste Ämter, Flugchaos, Lieferengpässe und Personalnot in der Gastronomie sind nur einige der uns noch lange begleitenden Folgen. Obwohl – wie die ersten Skandale bereits zeigen – nicht wenige auch aus der an den Entscheidungshebeln sitzenden Politik nicht schlecht mitverdient haben dürften an Masken, Tests und Impfstoffbeschaffungen, haben allzu viele Bürger allzu sehr an der Pandemiezeit gelitten.

Eine wirkliche Verschnaufpause will sich jedenfalls nicht einstellen, weder von den wirtschaftlichen Auswirkungen noch vor allem von Islam-motivierter Gewalt, und schon gar nicht von den täglich mehr Raum einnehmenden Auswirkungen des Pseudo-Bessermensch-Irrsinns und eklatanten Versagens unserer Politik.

Eine zur unduldsamen, geradezu inquisitorischen Klima-Religion aufgestiegene dogmatische Klima-Hysterie, die Übergriffigkeit der sich immer mehr – wenn auch von keinen paritätischen Wahlen legitimiert und von kaum jemandem gewollt – als supranationaler Bundesstaat gerierenden ehemaligen europäischen Wirtschaftsunion gegen einzelne dem EU-Brainwash nicht

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 07

Wann geht Claudia Roth?

Carsten Koall / POOL / AFP

Von Chaim Noll

In der „Jüdischen Allgemeinen“ hat Philipp Peyman Engel den Rücktritt von Claudia Roth gefordert, der bekannten grünen Gallionsfigur und Staatsministerin für Kultur. Er erklärt sie für die Hauptschuldige am international beachteten Skandal um die diesjährige documenta, eine mit deutschen Steuergeldern bezahlte Schau, auf der mehrere akzentuiert anti-israelische Objekte ausgestellt wurden, die sich bekannter judenfeindlicher Bildmotive bedienten.

Die durch Fotomontage zusammengestückelte Guernica-Gaza-Serie des arabischen Aktivisten Mohammed Al-Hawajri, in der die israelische Luftwaffe mit der nazistischen Legion Condor gleichgestellt wird, hätten wir, abgehärtet wie wir inzwischen sind, vielleicht noch hingenommen. Doch die Rückkehr aus der NS-Zeit bekannter Bildsymbole trifft, vor allem in Deutschland, den schmerzhaften Punkt. Sie erinnern nicht nur an den millionenfachen Massenmord an Europas Juden, sondern auch an Deutschlands größte historische Katastrophe. Direkte Folge der Shoa war Deutschlands eigenes Desaster: zerbombte Städte, Millionen tote Deutsche, eine bis heute nicht kurierte Zerrüttung des deutschen Selbstgefühls. Deshalb trifft es nicht nur Juden, wenn die Symbole des Fiaskos in einer importierten Unschuld, über den Umweg ausländischer Akteure, wieder in der deutschen Öffentlichkeit auftauchen.

Genau das ist, trotz vorher ergangener Warnungen, auf der documenta geschehen. So zeigte die von indonesischen Teilnehmern fabrizierte Wandgestaltung People's Justice eine aggressiv vorwärts stürmende Figur mit Schweinekopf, die durch einen am Hals befestigten Davidstern gekennzeichnet war. Auch ein Mann mit krummer Nase, Schläfenlocken, blutunterlaufenen Augen und Vampirzähnen war zu sehen, dessen Borsalino – beliebte Kopfbedeckung ultraorthodoxer Juden – die SS-Runen zierten. Das Verwenden von Nazi-Symbolen zur Stigmatisierung der angeblich von Opfern zu Tätern mutierten Juden ist ein besonders beliebter Dreh des neueren Antisemitismus.

Bildsprache der Nazi-Propaganda

Bildmotive aus dem „Stürmer“ oder anderen Medien der Goebbels-Propaganda lösen in Deutschland gottlob noch immer Schockwellen aus, da sie sowohl für Juden wie Deutsche Traumatisches assoziieren. Daher die theatralische Reaktion, das Wandbild zunächst mit schwarzem Tuch zu verhängen. Die zwanzig Meter lange, mit schwarzem Stoff bespannte Wand ist jedoch ihrerseits in Kassel ein auffälliges Objekt – so zu sehen auf dem von der New York Times veröffentlichten Foto – und in seiner stumpfen Schwärze ein symbolisches Bild: für deutsche Verbots- und Schwärzungskultur, in diesem Fall ausgelöst durch jüdische Proteste. So dass auch diese Maßnahme – ihrerseits ein Stück Aktionskunst – wiederum auf die Juden zurückfällt, sie als Spielverderber und Gesinnungswächter darstellt und ihrer Situation in Deutschland schadet.

Die schwarze Verhängung erfolgte auf Druck von Claudia Roth, die sich dadurch selbst entlasten will. Sie versucht – ohne Eleganz und ohne Erfolg – eine Pirouette zwischen ihrer Position vor der Eröffnung und danach: Hatte sie noch in den Tagen vor der Ausstellung unter Berufung auf „künstlerische Freiheit“ und „vielfältige Stimmen“ jede Warnung vor einem zu befürchtenden, von den hinlänglich bekannten Dritte-Welt-Aktivisten importierten Skandal in den Wind geschlagen, äußert sie jetzt starke Worte der Verurteilung. Sie überzeugen niemanden. Peyman Engel versteht Claudias Drehungen „als politisches Manöver“ und fragt: „Für wie naiv hält Roth die jüdische Öffentlichkeit?“

Die Rücktrittsforderung durch die „Jüdische Allgemeinen“ ist erstaunlich, denn diese Zeitung wird vom Zentralrat der Juden in Deutschland finanziert, der wiederum jährlich 13 Millionen Euro Subventionen von der Bundesregierung erhält. Bisher hat die Jüdische Allgemeine als regierungstreues Blatt funktioniert. Ein Akt des Ungehorsams? Oder der Verzweiflung? Der Zentralrat scheint zu begreifen, dass er trotz aller Schweigegelder nicht mehr umhin kann, sich einem linken, als „Anti-Imperialismus“ und „Israel-Kritik“ getarnten Antisemitismus entgegenzustellen, der das jüdische Leben in Deutschland zunehmend bedroht.

Durch Aktionen wie jüngst auf der documenta werden antisemitische Haltungen und Übergriffe mehr und mehr zum „happening", damit zur Bagatelle. Man gewöhnt sich daran. Ein Klima der Verachtung gegenüber den Juden – als einer allzu hinnahmebereiten Gruppe – wird alltäglich.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Wann geht Claudia Roth?

Die grüne Kulturstaatsministerin und Gesinnungs-Kopftuchträgerin Claudia Roth ist nun über ihren eigenen Schatten gestolpert. Der allfällige linke und grüne Antisemitismus manifestierte sich bei der internationalen Kunstausstellung Documenta in Kassel. Juden- und Israel-Hass ist offensichtlich Teil des staatlich geförderten woken Postkolonialismus-Geschwafels in Kunst und Kultur. (JR)

Claudia Roth ist auch parteiintern angezählt

Die Situation der Juden in Deutschland hat sich seit 2015 drastisch verschlechtert, und ihr Horizont verdüstert sich weiter. Philipp Peyman Engel gilt als der mutigste Redakteur der „Jüdischen Allgemeinen", dennoch ist unwahrscheinlich, dass seine Rücktrittsforderung ohne Absegnung durch den Zentralrat erscheinen konnte. Und damit möglicherweise heimliches Einverständnis durch bestimmte Kreise der Bundesregierung. Womöglich auch aus Claudia Roths eigener Partei. Der die laute, schrill gekleidete, blondierte Veteranin langsam zur beschwerlichen Altlast wird.

So wie sich Claudia Roth in der ganzen Affäre aufführt, scheint sie nicht intelligent genug, um überhaupt zu begreifen, was sie angerichtet hat. Durchblick durch komplexe Sachverhalte war nie ihre Stärke, sie lebt im seligen Zustand einer von Ideologemen und Stereotypen bestimmten gutmenschlichen Selbstgerechtigkeit. Sie ist mit sich im Reinen, wenn sie alles richtig macht im Sinn der seit ihrer fernen Jugend unerschütterlichen Vorgaben: es muss „progressiv" und „anti-imperialistisch" sein, möglichst auch anti-deutsch, und da Israel zu den „Vasallen des US-Monopolkapitals" gehört, auch anti-israelisch. Damit hatte sie früher in ihrer Partei keine Probleme, noch ihre Sympathie mit der 2019 vom Bundestag verurteilten Israel-Boykott-Bewegung BDS wurde augenzwinkernd akzeptiert. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Grünen sind Regierungspartei und müssen in anderen Dimensionen denken als bisher.

Der jetzigen Bundesregierung liegt wie kaum einer früheren an guten Beziehungen zu Israel. Ironie der Geschichte: Ausgerechnet die traditionell antiisraelischen Parteien SPD und Grüne müssen sich darum bemühen. Neben Hightech-Waffensystemen, auf die Israel spezialisiert ist und die Deutschland und andere EU-Staaten zur Verteidigung gegen ihren zunehmend aggressiven östlichen Nachbarn benötigen, geht es zunehmend um die Gas-Versorgung: „As a result of Russia's war against Ukraine", schrieb die israelische Tageszeitung Israel HaYom am 20.6., „the EU (...) has left its energy supplies seriously depleted. Until the war, Russia was supplying some 40% of the gas that Europe consumes. Now that Israel has emerged as a major player in the energy market, the EU is desperate to import Israeli gas to keep the lights on this coming winter. This week, it signed a deal that will see Israeli gas sent (...) to Europe."

Claudia Roth ist zunehmend im Wege. Sie erweist sich als Fossil verjährter grüner Ideologien, von denen sich die jüngeren Realpolitiker ihrer Partei emanzipieren müssen, um mit den harten Herausforderungen dieser Tage zurecht zu kommen. Diese Politikerin hat zu ihrer Zeit viel Lärm gemacht und durch ihre bunten Kleider Aufsehen erregt, sie hat mehr erreicht, als bei ihren fehlenden Fähigkeiten zu erwarten war. Sie ist von ihrer Partei noch abschließend zur Staatsministerin für Kultur lanciert worden, nun zeigt sich, wie eigentlich zu erwarten war, dass sie der Aufgabe nicht gewachsen ist. Diesen überflüssigen, dummen Skandal kann Deutschland gerade jetzt nicht gebrauchen. Da Claudia Roth ohnehin das Rentenalter erreicht hat, wäre schnellstmögliche Pensionierung die für alle Seiten gnädigste Lösung.

Chaim Noll ist ein deutsch-israelischer Schriftsteller. Seit 1995 lebt er in Israel, in der Wüste Negev. Noll unterrichtet neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit an der Universität Be´er Sheva und reist regelmäßig zu Lesungen und Vorträgen nach Deutschland. Sein aktuelles Buch „Der Rufer aus der Wüste" ist eine Abrechnung mit der Ära Merkel.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

folgende Mitgliedsstaaten und Völker, die wachsende Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens ohne allgegenwärtige Schutzbarrikaden und unwürdiges Identitäts-Mimikry sowie die Islam-generierte Messergewalt gegen alle und jeden auf den Straßen und Plätzen unserer hiesigen und westeuropäischen Städte machen eben keine Sommerferien.

Allem voran ist es aber das kriegerische Geschehen in der Ukraine, das unser Leben in geradezu nahtlosem Anschluss an Corona bereits erheblich verändert hat und wohl noch viel drastischer verändern wird. Besonders da die Zeichen unserer aus infantilen Bundeswehr- und NATO-Destruktionspazifisten zu geradezu ungehemmten Bellizisten mutierten, an der Regierung dieses gebeutelten Landes erheblich beteiligten grünen Partei gemeinsam mit den Scharfmachern beider Seiten auf Kriegs-Eskalation und nicht auf Deeskalation gestellt sind, obwohl gerade das letztere aus den ganz oben aufliegenden Gründen Humanität und Sorge um die unschuldigen Kriegsopfer, vor allem die Kinder, Frauen und Alten geboten wäre.

Keine Alternative zum Frieden

Ganz sicher ist das russische Vorgehen in keiner Weise zu rechtfertigen, die kriegsverlängernden Wiedereroberungsfantasien der ukrainischen Führung auch nicht. Ein sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand und eine schnelle Verhandlungslösung mit verantwortungsvoller und pragmatischer Mitwirkung der westlichen Politik ist das einzige und wirklich alternativlose Mittel, das die anhaltende Gewalt stoppen und das Elend der unschuldigen Mütter und Kinder in der Ukraine und weiterer ziviler Opfer wirksam schützen kann. Leider scheinen weder die USA unter Präsident Biden noch die immer mehr illegitimen supranationalen Machtanspruch beanspruchende EU dazu in der Lage oder auch nur willens zu sein. Gleiches gilt für die unter der Regierungs-Beteiligung der Grünen und der pseudoliberalen, die bürgerlichen Werte

SOEREN STACHE, AFP

Bandera-Verharmloser Andrij Melnyk

verratenden Steigbügelhalter-Partei leidende Bundesrepublik Deutschland.

Gerade wenn und weil man der Ukraine gut gesonnen ist, müssen Worte der Mäßigung ebenso wie Kritik unter Freunden erlaubt sein. Wenn es um Juden und Israel geht, ist es das jedenfalls das Erste, was man hier zu hören bekommt, wenn man um mehr moralische Unterstützung für das von arabischem und islamischem Terror und der vom Iran ausgehenden atomaren Existenzbedrohung ersucht.

Jedenfalls sind der weltweite Islam und seine kaum noch thematisierte gewalttätige Einflussnahme auf unser Land und die übrigen Länder Westeuropas sehr zu Lasten der jüdischen Bevölkerungsteile eindeutig Profiteure des gegenwärtigen Geschehens in der Ukraine.

> Ein sofortiger Waffenstillstand und eine schnelle Verhandlungslösung sind alternativlos, um die anhaltende Gewalt zu stoppen und das Elend der unschuldigen Mütter und Kinder in der Ukraine und weiterer ziviler Opfer wirksam schützen zu können.

Wir stehen vor großen Herausforderungen

Überhaupt haben neben der auf uns zukommenden Wirtschaftskrise, der maßlosen Teuerung und durch selbstverschuldeten Energiemangel verursachten Winterrationalisierung von Warmwasser und Heizung seltsame neue Verbrüderungen Einzug in unsere Politik gehalten. Es ist ein No Go, dass ein ukrainischer Botschafter, der erfreulicher Weise nun wohl geht, allerdings ohne seine Meinung zu ändern, den ukrainischen Nazi-Kollaborateur und Judenmörder Bandera einen Volkshelden nennt und dabei von Millionen Ukrainern unterstützt und von unserer Politik geduldet und kaum kritisiert wird.

Unsere Zeitung ist voll von Beispielen des neuen von links und grün kommenden Zeitgeist-Antisemitismus sei es auf der Dokumenta oder anderswo, der wohl nur allzu deutlich erklärt, warum das in unserem Lande möglich ist.

Frankreich und auch die Biden-USA stehen auf dem Trümmerhaufen freiheitlich liberalen Denkens, für das beide Länder standen und für das sie in diesem Monat eigentlich ihre Nationalfeiertage feiern sollten.

In Israel ist die Regierungskoalition auch mit den arabischen Feinden der Juden gescheitert. Die anstehenden Neuwahlen bieten eine Chance wieder eine Regierung Netanyahu zu bekommen, wovon der israelische Wähler hoffentlich Gebrauch machen wird.

Ihnen allen wünsche ich einen trotz aller Erschwernisse und Krisen dieser Zeit weitestgehend friedvollen, gesunden, unbeschwerten und erholsamen Sommer.

Israel wird wie bereits viele vormalige Krisen auch die kommende Zeit ohne Schaden überstehen und ein sicherer Hort für jüdische Menschen in und außerhalb des kleinen jüdischen Staates bleiben.

Am Israel Chai!
Alles erdenklich Beste

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Diskriminierung: Norwegen kennzeichnet jüdische Produkte aus Judäa und Samaria

Obwohl Norwegen kein Mitglied der Europäischen Union ist, setzt es eine mehr als dubiose Entscheidung der EU aus 2019 um, israelische Produkte aus Judäa, Samaria, Ost-Jerusalem und den Golanhöhen zu kennzeichnen, um den Abverkauf zu erschweren. Diese schikanöse Diskriminierung des jüdischen Staates wirft ein weiteres Schlaglicht auf die bereits durch starke islamische Zuwanderung weit in Richtung Islam-Willfährigkeit gedriftete Regierung Norwegens. (JR)

Von Israel Kasnett/JNS

Obwohl Norwegen nicht zur EU gehört, setzt es Gesetze zum Nachteil Israels um

Bei Norwegens jüngster Entscheidung, Lebensmittel aus israelischen Gemeinden in Judäa und Samaria zu kennzeichnen, gehe es nicht um die Einhaltung des Völkerrechts, sondern um die Diskriminierung des jüdischen Staates, sagte der Rechtsexperte Professor Eugene Kontorovich gegenüber JNS.

Kontorovich, Direktor für internationales Recht beim Kohelet Policy Forum mit Sitz in Jerusalem, sagte, dass Israel robuster auf solche Schritte reagieren müsse.

"Aktionen wie diese finden zum Teil statt, weil die europäischen Länder eine milde Reaktion Israels erwarten - eine starke Aussage und dann Business as usual", sagte er. "Wenn es um diskriminierende Handelsmaßnahmen geht, können Länder damit rechnen, dass sie kritisiert werden, wenn sie keine Gegenmaßnahmen ergreifen."

Norwegen hat seine Entscheidung verteidigt und erklärt, dass sie im Einklang mit einem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union aus dem Jahr 2019 steht, aber Kontorovich ist nicht überzeugt.

Zusätzlich zu den Tatsachen, dass Norwegen kein Mitglied der Europäischen Union ist und die Entscheidung des Gerichts nicht bindend war, sagte er, dass das skandinavische Land heuchlerisch handelte.

Norwegen setze sich leidenschaftlich für die Sache [der umstrittenen] Westsahara ein, kennzeichnet aber immer noch Produkte aus diesem Gebiet als „Made in Marocco", bemerkte er.

Israel-Feindlichkeit als Motivationsgrund?

Kontorovich ist nicht der einzige Experte, der glaubt, dass Norwegens Entscheidung mehr mit Diskriminierung als mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hatte.

Laut „thinc.", einem Think Tank in Den Haag, gibt es ein gewisses Maß an Voreingenommenheit und Heuchelei, wenn es um die Kennzeichnung von Produkten geht, die von Israelis hergestellt werden, die jenseits der Waffenstillstandslinien von 1949 leben.

Thinc.-Direktor Andrew Tucker hat ein Beispiel in den Niederlanden hervorgehoben, wo das Israel Products Centre (IPC) viele Waren importiert und verkauft, darunter Weine, die in dem Gebiet produziert werden, was ein Großteil der internationalen Gemeinschaft das Westjordanland nennen. Im April 2019 inspizierte die niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit (NVWA) das Geschäft von IPC in Nijkerk und reagierte auf Beschwerden, dass das Zentrum diese Weine mit dem Label "Made in Israel" verkaufte.

Die NVWA ist für die Umsetzung der niederländischen Verbraucherschutzgesetzgebung, einschließlich der EU-Verordnung 1169/2011, zuständig. Diese Verordnung verpflichtet die europäischen Importeure von Lebensmitteln, sicherzustellen, dass die Verbraucher "fundierte Entscheidungen" treffen können und nicht "getäuscht" oder "irregeführt" werden. Dazu gehört auch die Angabe des Ursprungs oder des Herkunftsorts eines Produkts.

Tucker stellte in einem Bericht fest, dass die IPC, um das Gesetz einzuhalten, ihre Etiketten auf Weinen, die außerhalb der Grünen Linie produziert wurden, geändert hat. Auf den Etiketten heißt es nun: 'product uit een Israëlisch dorp in Judea & Samaria' (Produkt aus einem israelischen Dorf in Judäa und Samaria)."

> Eine Weltanschauung, in der die „Palästinenser" in der Lage sein sollten, ihren judenfreien Staat zu errichten

Dennoch starteten niederländische BDS-Aktivisten eine Kampagne, in der sie die NVWA aufforderten, ihre Untersuchung der Kennzeichnungspraktiken des IPC wieder aufzunehmen. NVWA-Inspektoren besuchten erneut das IPC und kündigten anschließend an, dass selbst die neuen Etiketten irreführend seien und gegen die EU-Gesetzgebung verstießen.

Laut Tucker fordern die EU-Gesetzgeber effektiv, dass "alle Europäer sich an die Weltanschauung der Bürokraten in Brüssel halten sollten - eine Weltanschauung, in der die „Palästinenser" in der Lage sein sollten, ihren judenfreien Staat zu errichten, und Juden keine historische oder religiöse Verbindung mit der Altstadt von Jerusalem oder den Bergen von Judäa und Samaria haben."

Im Jahr 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission eine "Mitteilung zu Auslegungsfragen" (2015/C 375/05), in der es heißt: "Da die Golanhöhen und das Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) nach internationalem Recht nicht Teil des israelischen Territoriums sind, wird die Angabe 'Erzeugnis aus Israel' als falsch und irreführend im Sinne der genannten Gesetzgebung angesehen."

Einseitige Politik der EU

Im Gegensatz dazu erklärte die Kommission: "Für Produkte aus Palästina, die nicht aus Siedlungen stammen, könnte eine Angabe, die nicht über den geografischen Ursprung irreführt, obwohl sie der internationalen Praxis entspricht, 'Produkt aus dem Westjordanland (palästinensisches Produkt)', 'Produkt aus Gaza' oder 'Produkt aus Palästina' sein."

Dies, so Tucker, zeige die Voreingenommenheit der Kommission; sie hat bereits vorbestimmt, dass Judäa und Samaria den „Palästinensern" gehören und dass, obwohl es keinen palästinensischen Staat gibt, Waren, die von „Palästinensern" in diesen Gebieten produziert werden, als aus „Palästina" stammend bezeichnet werden können.

Arsen Ostrovsky, CEO des International Legal Forum, sagte gegenüber JNS, dass Norwegens Entscheidung ein Hinweis auf eine „tiefe" Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat sei.

„Der Schritt Norwegens, israelische Waren, die in Judäa und Samaria, Ostjerusalem und den Golanhöhen hergestellt werden, separat zu kennzeichnen, stellt eine beschämende Duldung der globalen BDS-Bewegung dar", sagte er.

„Dass Norwegen nicht einmal Mitglied der Europäischen Union ist, sich aber freiwillig dafür entschieden hat, die EU-Richtlinien anzuwenden - die selbst die meisten EU-Mitgliedstaaten nicht einhalten - deutet auf ein tiefes Maß an Feindseligkeit und Verachtung gegenüber Israel hin, das nichts zur Förderung des Friedens beitragen wird, sondern nur Extremisten ermutigen und zum zunehmenden Antisemitismus beitragen wird" fügte Ostrovsky hinzu.

„Anstatt sich an Quasi-Boykotten, Etikettierungen und Tugendsignalen gegen Israel zu beteiligen, wäre Norwegen vielleicht besser beraten, seine Finanzierung für PLPF-nahe Terrorgruppen einzustellen, wenn es wirklich einen positiven Beitrag zum Frieden leisten will", sagte Ostrovsky.

Norwegens Entscheidung, Waren aus Judäa und Samaria zu kennzeichnen, folgt einem ähnlichen Schritt Belgiens im vergangenen Jahr. Als Reaktion auf diese Entscheidung sagte der stellvertretende israelische Außenminister Idan Roll, der sich zu dem Zeitpunkt in Belgien aufhielt, Sitzungen im Parlament und im Außenministerium in Brüssel ab.

EU: Der undemokratische Superstaat

Israel hat die Religion als homogenitätsverbürgende Kraft, die Europäische Union hat dies, seit das Christentum die integrative Rolle im vormals christlichen Abendland nicht mehr wahrnimmt, nicht. Hier haben sich Ersatzreligionen wie die „Klimaideologie“ oder der „Wokismus“ etabliert. Anders als beim amerikanischen oder asiatischen Freihandelsabkommen hat man in Europa einen nicht wirklich legitimierten eigenständigen bürokratischen Überbau installiert, der die Entscheidungsgewalt der nationalen Parlamente und die Rechte der Bürger erheblich einschränkt - dies wurde besonders auch bei der Migrationskrise 2015 deutlich. (JR)

Von Annette Heinisch

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, so lautet der als „Böckenförde – Diktum“ bekannte Satz des Verfassungsrechtlers Ernst - Wolfgang Böckenförde.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass ein „großes Ganzes“ zwingend eine verbindende Ethik benötigt, um mehr als die Summe von Einzelteilen zu sein. Aus der Mathematik ist bekannt, dass es Bruchteile eines gemeinsamen Nenners bedarf, um sie zu einem Ganzen zusammenfügen zu können. Um einen solchen gemeinsamen Nenner geht es. Wie kann man aus den Menschen als „Bruchteile“ ein Ganzes, also einen Staat formen? „Worin findet er die ihn tragende, homogenitätsverbürgende Kraft und die inneren Regulierungskräfte der Freiheit, deren er bedarf, nachdem die Bindungskraft der Religion für ihn nicht mehr essentiell ist und sein kann?“

Diese Frage stellt sich natürlich nur dann, wenn es sich um einen Staat handelt, bei dem die Religion als homogenitätsverbürgende Kraft fehlt, denn nur in diesem Fall ist ein Ersatz überhaupt nötig. Israel beispielsweise benötigt diesen nicht, denn es hat einen (religiösen) gemeinsamen Nenner. Adressat und Zweck staatlichen Handelns kommen im Grundgesetz, dem Nationalstaatsgesetz, zum Ausdruck. Im ersten Artikel heißt es:

1. Grundprinzipien

„Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes. Dieser Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, in dem es sein Recht auf nationale, kulturelle, historische und religiöse Selbstbestimmung ausübt. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzigartig für das jüdische Volk.“

Die homogenitätsverbürgende Kraft ist mithin das Judentum. Dieses belegt auch das Rückkehrgesetz, welches inhaltlich Art. 5 des Nationalstaatsgesetzes („Der Staat ist offen für jüdische Einwanderung und die „Einsammlung der Exilierten.“) umsetzt, indem es Menschen jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens sowie deren Ehepartnern ein Recht auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft einräumt. Andere haben diesen Rechtsanspruch nicht.

Das wesentliche Staatsziel ist ebenso eindeutig: „Es ist ein Staatsziel, die Sicherheit aller Mitglieder des jüdischen Volkes zu gewährleisten, die wegen ihres Judeseins oder wegen ihrer Staatsangehörigkeit in Gefahr oder in Gefangenschaft sind. Der Staat Israel vertieft die Beziehungen zur jüdischen Diaspora. Er bewahrt das kulturelle, historische und religiöse Erbe der Diaspora“ (Art. 6 Nationalstaatsgesetz).

Diese klare Bestimmtheit der Adressaten und des Zwecks des Handelns auf der Grundlage der homogenitätsverbürgenden Kraft, dem Judentum, bildet einen festen Rahmen. Dieser stabile Rahmen ermöglicht nach innen ein größtmögliches Maß an Freiheit: Israel hat eine der buntesten und tolerantesten Gesellschaften weltweit.

Aber was, wenn es keine verbindende Religion gibt? Wenn – wie bei uns - das Christentum nur für wenige überhaupt noch Bedeutung hat und die christlichen Kirchen abgewirtschaftet haben? Dann hat man ein erhebliches Problem, man benötigt dringend einen Ersatz für die Religion.

Der erste Staat, der ganz essentiell mit diesem Problem konfrontiert war, waren die USA. Deren erste Siedler waren angelsächsische Protestanten, die vor religiöser Verfolgung flohen. Daher ist Religionsfreiheit bis heute das Kernelement der amerikanischen Freiheit. Religion fällt somit als Bindeglied aus. Als Einwanderungsland kommt auch die kulturelle und historische Identität nicht zum Tragen. Es bleibt nur die Nation als verbindendes Element mit dem Motto des „land of the free“.

In Europa hat man verschiedene Ersatzreligionen erfunden, die gemäß der Aufklärung auf einem Naturrecht oder einem Gesellschaftsvertrag oder was auch immer gründen. Als erstes kamen materialistische Ersatzreligionen in Form des Wohlfahrtstaats unter dem Motto „soziale Gerechtigkeit“ in Mode, also der Staat als Versicherung gegen Armut. Diese Konzepte gibt es in verschiedenen Varianten, vom Kommunismus/Sozialismus als moderne Variante des Absolutismus bis hin zur etwas liberaleren Sozialstaatsvarianten. Aktuelle Ersatzreligionen sind die „Klimaideologie“ und der „Wokismus“ (die Erweckten).

Dass Kommunismus und Sozialismus phänomenologisch politische Religionen sind, ist seit Gustave Le Bons 1895 erschienenem Grundlagenwerk „Psychologie der Massen“ bekannt und wurde auch danach für Faschismus und Nationalsozialismus mehrfach festgestellt. Mittlerweile fällt selbst politischen Laien auf, dass die derzeitigen politischen Ideologien Religionen in verblüffender Weise ähneln. Wenig beachtet wird, dass bereits die Idee eines Vereinigten Europas in diesem Sinne religiös konnotiert war.

Europäisches Imperium

Nach zwei verheerenden Weltkriegen wird die Idee des Zusammenwirkens europäischer Staaten als Mittel der Völkerverständigung verkauft. Dass diese Annahme tatsächlich absurd ist, wusste schon Sir Humphrey Appleby, der berühmteste beamtete Staatssekretär Großbritanniens in der legendären Fernsehserie „Yes, Minister“: Er führte aus, dass alle Staaten mit der EU – Mitgliedschaft sehr gezielt ihre eigenen Interessen verfolgen. Dies gelte auch für Deutschland, welches versuche, seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit vergessen zu machen. Boris Johnson verglich die EU mit einem Hummer, den sich die Mitgliedsstaaten bestellen in dem Wissen, dass andere die Rechnung bezahlen – „normally by the Germans“. Sir Humphrey wusste auch, dass die Briten nur Mitglied wurden, um die EU möglichst unschädlich zu machen, nachdem es von außen nicht funktioniert habe. Bekanntlich seien Institutionen umso impotenter, je größer sie seien, man sehe es an der UNO. Auf Vorhalt seines Ministers, dies sei eine sehr zynische Sichtweise, sagte er: „Yes…We call it diplomacy, minister.“

Tatsächlich geht es um mehr als eine wünschenswerte Zusammenarbeit europäischer Nationen, es geht um eine Einheit, eine Art imperium europaeum. Die Idee eines Imperiums ist seit den Zeiten des Römischen Reiches präsent, manifestierte sich z. B. im Frankenreich und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Letztlich waren Hitlers Visionen mit seinen Beherrschungs – und Kolonisierungsplänen auch eine Spielart dieses Themas.

„Der Gedanke einer europäischen Einigung ist Jahrhunderte wenn nicht sogar Jahrtausende alt, doch größere Bedeutung erlangten diese Ideen erst nach der von John F. Kennan so genannten „Urkatastrophe“ Europas – dem Ersten Weltkrieg.“, so heißt es auf der Homepage Konrad Adenauers. Dort wird Adenauer zitiert mit dem Satz: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Zu keinem Zeitpunkt war also ein mehr oder minder lockerer Zusammenschluss souveräner Staaten geplant, wie dies wohl die Vorstellung vieler deutscher Bürger ist und vor allem der mittelosteuropäischer Staaten. Tatsächlich ist die imperiale Ausrichtung ganz offen das Ziel der Europapolitik. Die EU will als Global Player eine Rolle neben den USA und China spielen, wird gerne als „Großmacht“ gese-

hen: „Die EU, USA und China – Drei Großmächte im Vergleich“. Oft wird behauptet, Europa würde ansonsten zwischen den Großmächten zerrieben, obgleich diese Behauptung bisher ohne Beleg, geschweige denn Beweis blieb. Ab einer gewissen Größe könnte es im Gegenteil von Vorteil sein, nicht an untergehende Teile eines größeren Ganzen gebunden zu sein.

Die homogenitätsverbürgende Kraft soll der Umstand sein, auf einem Kontinent zu leben. Komplett unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen, Kulturen, Sprachen, Traditionen und religiöse Ausrichtungen werden entweder ausgeblendet oder par ordre de Brüssel eingeebnet. Um ein Minimum an Gemeinsamkeit herzustellen, wird auf „gemeinsame Werte“ rekurriert, also Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, obgleich diese in den Mitgliedsstaaten völlig unterschiedlich interpretiert werden.

EU, Werte und Binnenmarkt

Für demokratische Werte steht die EU aber gerade nicht vorbildlich.

Alles fing harmlos mit der Montanunion an, danach kam die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Grundlegende Pfeiler waren die vier Grundfreiheiten, also der freie Warenaustausch, der Personenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit und der freie Kapital – und Zahlungsverkehr. Diese wurden immer intensiver umgesetzt, ab 1993 war der Binnenmarkt vollendet.

Was heißt eigentlich Binnenmarkt?

Eine einheitliche Wirtschaftszone kann auf zwei Arten erreicht werden:

Die eine, die außerhalb der EU genutzt wird, ist die Freihandelszone. Beispiele sind die weltweit größte Freihandelszone „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP) bestehend aus den 10 ASEAN Staaten sowie Australien, China, Neuseeland und Südkorea. Die zweitgrößte, das „North American Free Trade Agreement“ (NAFTA), besteht aus den USA, Kanada und Mexico.

Derartige Freihandelsabkommen bedürfen der Zustimmung der jeweiligen Parlamente. Dies gilt auch für alle Änderungen oder Ergänzungen. Ein eigenständiger bürokratischen Überbau ist nicht erforderlich. Anders ausgedrückt: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nach Belieben eng gestaltet werden, ansonsten sind die Staaten frei in ihren Entscheidungen.

Die andere Art ist, einen eigenen Überbau zu schaffen, der die nötigen Gesetze und Bestimmungen erlässt, die dann automatisch in den beteiligten Staaten gelten. Allenfalls ist noch eine formale Umsetzung nötig, aber inhaltlich ist das demokratisch gewählte Parlament des Mitgliedsstaates insoweit abgemeldet. Das ist der Binnenmarkt und den haben wir in der EU geschaffen. Mit diesem Schachzug wurden nicht nur die nationalstaatliche Verfasstheit, sondern auch die demokratischen Rechte der Bürger beschränkt.

Wer macht die Gesetze in der EU?

Über wesentliche Ziele und Inhalte entscheidet der Europäische Rat, der aus den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten besteht. Die EU-Bürger werden insoweit von 27 Regierungschefs regiert, von denen sie bestenfalls einen gewählt haben.

Der Ministerrat, der aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedstaaten besteht, die sämtlich nicht als Gesetzgebungsorgan gewählt wurden und das Europäische Parlament entscheiden über Gesetze. Das Parlament wird nicht entsprechend den demokratischen Wahlgrundsätzen gewählt, denn die Stimmen der Bürger aus den einzelnen Staaten haben nicht das gleiche Gewicht. Den Staaten ist eine feste Zahl an Sitzen zugeordnet, welche die kleinen Länder überrepräsentiert.

Das Bundesverfassungsgericht hat anlässlich der Entscheidung über den Vertrag von Lissabon ganz ausdrücklich das Demokratiedefizit des Europäischen Parlaments bemängelt: „Durch den Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments kann die Lücke zwischen dem Umfang der Entscheidungsmacht der Unionsorgane und der demokratischen Wirkmacht der Bürger in den Mitgliedstaaten verringert, aber nicht geschlossen werden. Das Europäische Parlament ist weder in seiner Zusammensetzung noch im europäischen Kompetenzgefüge dafür hinreichend gerüstet, repräsentative und zurechenbare Mehrheitsentscheidungen als einheitliche politische Leitentscheidungen zu treffen. Es ist gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen nicht gleichheitsgerecht gewählt und innerhalb des supranationalen Interessenausgleichs zwischen den Staaten nicht zu maßgeblichen politischen Leitentscheidungen berufen. Es kann deshalb auch nicht eine parlamentarische Regierung tragen und sich im Regierungs-Oppositions-Schema parteipolitisch so organisieren, dass eine Richtungsentscheidung europäischer Wähler politisch bestimmend zur Wirkung gelangen könnte. Angesichts dieses strukturellen, im Staatenverbund nicht auflösbaren Demokratiedefizits dürfen weitere Integrationsschritte über den bisherigen Stand hinaus weder die politische Gestaltungsfähigkeit der Staaten noch das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung aushöhlen.“

> Um ein Minimum an Gemeinsamkeit herzustellen, wird auf „gemeinsame Werte“ rekurriert, also Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, obgleich diese in den Mitgliedsstaaten völlig unterschiedlich interpretiert werden.

Das ausschließliche Initiativrecht für Gesetze liegt zudem bei der Kommission, d. h. nur sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Der Kommission fehlt aber jede demokratische Legitimation.

Vertrag von Lissabon

Ein entscheidender Meilenstein hin zum Superstaat EU ist der Vertrag von Lissabon. Dieser entspricht dem EU-Verfassungsvertragsentwurf, der in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war. Den Deutschen ließ man erst gar keine Wahl. Mit diesem Vertrag wurden nicht nur die Zuständigkeiten der EU erweitert (z. B. um Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik), sie erhielt auch erstmals eine eigene Rechtspersönlichkeit, womit die Eigenstaatlichkeit der EU deutlich wird. Es wurde zudem das Mehrheitsprinzip im Rat der Europäischen Union ausgeweitet. Dieses war der Auslöser des Brexits, denn die Briten konnten nicht erkennen, welchen Vorteil es haben sollte, wenn andere sie überstimmen können und sie das als Nettozahler finanzieren sollen.

Die Zuständigkeitsverteilung entspricht weitgehend der Regelung unseres Grundgesetzes bezüglich unserer bundestaatlichen Ordnung. Es gibt eine ausschließliche Zuständigkeit der EU z. B. im Bereich der Handels – und Zollpolitik, d. h. die Nationalstaaten dürfen nicht tätig werden.

Die konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis hat die EU in den Bereichen Binnenmarkt, Energie -, Verkehr -, Agrar-, Umweltpolitik und Verbraucherschutz. Soweit die EU Gesetze erlässt, dürfen die Nationalstaaten nicht tätig werden.

Darüber hinaus besteht eine unterstützende Zuständigkeit, d. h. die EU darf die Mitgliedsstaaten unterstützen, aber keine eigenen Gesetze erlassen. Dazu zählen neben der Gesundheits- die Bildungs- und Industriepolitik.

Bedenkt man, dass Deutschland seinerseits vergleichbare Regelungen aufgrund seiner föderalen Struktur hat, wird erkennbar, dass die EU bereits jetzt sehr weitgehend zu einem Bundestaat mutiert ist. Die Nationalstaaten haben nur noch wenig zu vermelden

Die Verflechtungsfalle

Dieses oben geschilderte Mehrebenen-System geteilter Zuständigkeiten hat beispielsweise bei der Migrationskrise zu erheblichen Problemen geführt. In Deutschland war das Verhältnis des deutschen Grundrechts auf Asyl nach Art. 16 a GG zur Dublin II – Verordnung streitig. Migration und Asyl fallen sowohl in die geteilte wie auch in die alleinige nationale Zuständigkeit. In Deutschland (sowie Österreich und Belgien) kommt das Mitentscheidungsrecht der föderalen Bundesländer hinzu.

„Die Initiative der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2011 zur Einführung eines automatisierten Grenzmanagements zeigt zum einen, dass schon lange bekannt ist, wie mangelhaft die EU-Außengrenzen geschützt sind. Zum anderen belegt sie, dass die Kommission mit ihren Reformvorschlägen vor allem eine Kompetenzübertragung auf die supranationale Ebene im Blick hat. Der damalige EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, sprach schon 2011 von der Vision einer »echten Föderation der Nationalstaaten«, zu der nach seiner Auffassung ein europäischer Außen- und Verteidigungsminister sowie ein eigener »europäischer Grenzschutz« gehören sollen.“, so heißt es in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Allerdings führte der Versuch der EU, die europäische Grenzschutzagentur Frontex als Einrichtung der supranationalen Ebene auf Kosten der Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten zu stärken, nicht zum Erfolg. Die Studie wertet die Verflechtung als großes Problem der EU, wobei die Migration noch zusätzliches Konfliktpotential berge. „Über die aktuellen Konfliktlinien hinaus verbirgt sich in der Migrationspolitik ein Konfliktpotential, das die EU als Ganzes gefährdet, denn die supranationale Ebene verstrickt sich in immer größere Widersprüche. So verklagte die Europäische Kommission die Länder der Visegrád-Gruppe nicht nur aufgrund nicht eingehaltener Flüchtlingsquoten, sondern auch wegen anderer Verstöße gegen EU-Recht. Gleichzeitig plädiert die Kommission dafür, die Westbalkanstaaten bald in die Union aufzunehmen, wohl wissend, dass ihre Justizsysteme noch weit unter den EU-Standards liegen, ganz abgesehen von ihrem ökonomischen und sozialen Krisenpotential.“, führt die Stiftung aus. Als Lösung konkret vorgeschlagen wird eine Entkoppelung der Zuständigkeiten.

Das mag ein gangbarer Weg sein, es bleiben aber zwei Kernprobleme:

1. Kein Imperium hat sich langfristig je bewährt. Es ist zu schwerfällig, um Wandel flexibel zu gestalten. Je größer ein solches Imperium und je unterschiedlicher seine Teile, desto weniger gibt es eine homogenitätsverbürgende Kraft, Fliehkräfte nehmen zu, als Reaktion darauf auch der Zwang. Dieser Zwang konterkariert nicht nur das Wertefundament der EU, sondern absorbiert Kraft, die für andere Bereiche fehlt.

2. Wirtschaftlich hat sich die EU negativ entwickelt, ihre Unternehmen wurden weniger innovativ und weniger resilient. Es wurde Konvergenz der Mitgliedstaaten angestrebt, aber Divergenz erreicht. Die Bürokratie, gefangen in der Verflechtungsfalle, hemmt alles.

Annette Heinisch hat Rechtswissenschaften in Hamburg mit Schwerpunkt Internationales Bank - und Währungsrecht und Finanzverfassungsrecht studiert. Seit 1991 ist sie als Rechtsanwältin sowie als Beraterin von Entscheidungsträgern vornehmlich im Bereich der KMU tätig.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

USA und Frankreich: Die Trümmerhaufen der Freiheit

Im Juli feiern die einstigen historischen Vor- und Idealbilder für Freiheit und Demokratie, Frankreich und die USA, ihre Nationalfeiertage, doch sie drohen an innenpolitischen Problemen zu zerbrechen. Wokeness-Ideologie und Islamisierung ziehen explosive Konfliktlinien mitten durch die Gesellschaft. Die Abkehr der französischen wie amerikanischen Gesellschaft von ihren ursprünglichen Freiheitsidealen ist auch eine zunehmende Gefahr für jüdisches Leben. (JR)

Von Marc Schmidt

Wer dieser Tage mit offenen Augen durch Deutschland reist, tut sich schwer, andere Länder ob des Zustands von Staat und Gesellschaft zu kritisieren. Zahlreiche negative Trends internationaler Herkunft verknüpfen sich mit dem Drang, auch das Leben der kleinsten Gruppe administrativ abzusichern, wobei die generellen administrativen Fähigkeiten, für die Deutschland in der Welt berühmt gewesen ist, inzwischen eher Realsatirecharakter zu haben scheinen. Umso wichtiger wären Vorbilder bezüglich gemeinsamer gesellschaftlicher Werte, Freiheiten und positivem Nationalgefühl. Auch wenn wir es objektiv 2022 nicht besser können, ist es also an der Zeit, einen genaueren Blick auf die historischen Vor- und Idealbilder zumindest der freiheitlich-nationalen oder wirtschaftsliberalen Gesellschaftsschichten zu werfen. Der folgende Text hat den Charakter einer ebenso bewundernden wie kritischen Annäherung an die beiden Atommächte Frankreich und Amerika, die in ihren Glanzzeiten begeistern konnten und heute wie Deutschland an innenpolitischen Problemen zu scheitern drohen.

Aus einem deutschen Blickwinkel heraus ist die jahrzehntelange Entfremdung der beiden Gesellschaften, die für verschiedene Generationen einen vorbildhaften Freiheitsbegriff in ihrer Zeit symbolisierten, ebenso interessant wie unverständlich. Beide Gesellschaften sehen sich mit ähnlichen Problemstellungen konfrontiert, aber die beiden Präsidialdemokratien, bei denen man angesichts der Machtfülle der Amtsinhaber auch von gewählten quasi Ersatzkönigen schreiben könnte, reagieren, wie die sie tragenden Gesellschaftsgruppen, völlig unterschiedlich.

Die ursprünglich prägende gesellschaftliche Gruppe in Frankreich ist national, patriotisch, libertär, französischstämmig und katholisch. Es ist eine traditionelle, weiße Kerngesellschaft der Prägung insbesondere des 19. Und frühen 20. Jahrhunderts. Während die Politik auch in Frankreich sich geradezu krampfhaft an Quoten und immer neuen Diversitätskriterien orientiert, werden Wirtschaft, Verwaltung und große Privatvermögen nach wie vor aus der Kerngesellschaft heraus dominiert. Die gemeinsamen Vorstellungen der Kerngesellschaft überschatteten stets die wirtschaftlichen Gefälle zwischen dem Großraum Paris und dem Rest des Landes sowie die deutlichen Bildungsunterschiede zwischen Stadt und Land.

Das libertäre Element der amerikanischen Gesellschaft ist im Gegensatz hierzu nicht per se ein demokratisches oder friedliebendes, es ist vor allem ein Element der Freiheit des Einzelnen als Unternehmer und bezüglich bestimmter Grundrechte. Die Auslebung der Freiheiten stößt allerdings seit jeher in der amerikanischen Gesellschaft an die selbstgesteckten Grenzen der Gemeinschaft, was sich bis heute in zahlreichen inneren Konflikten widerspiegelt.

Auch die Amerikaner, die sich selbst als Schmelztiegel von Nationen und Kulturen sehen, haben eine traditionelle weiße, christlich-puritanische Kerngesellschaft. Grenzt man diese nach Hautfarben ein waren alle anderen Ethnien aus Sicht der Amerikaner zu vertreibende primitive Ureinwohner, Sklaven oder deren Nachkommen sowie billige Arbeitskräfte, beispielsweise für den Eisenbahnbau.

Frank MICELIOTTA / AFP

Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse

Beiden Gesellschaften ist gemein, dass die etablierte Macht der weißen Kerngesellschaften nicht mehr auf Mehrheiten basiert. Der Anteil dieser gesellschaftlichen Gruppen an der wahlberechtigten Staatsbevölkerung würde weder in Frankreich noch in Amerika selbst bei homogenen Abstimmungsverhalten eine absolute Mehrheit sichern. Die Gründe für den im Zeitablauf entstandenen Mehrheitsverlust sind unterschiedlich.

> In Frankreich hat die katholische Kerngesellschaft ein Islamismus- und damit einhergehend ein Antisemitismusproblem.

Die Amerikaner haben, entgegen ihrer eigenen Wahrnehmung, kein Zuwanderungsproblem, insbesondere nicht in die Staatsbevölkerung hinein. Seit Jahrzehnten halten sie die illegale Arbeitsmigration, im Gegensatz zu Deutschland, weitgehend von den generell deutlich schwächer ausgeprägten Sozialsystemen fern. Die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse in der amerikanischen Gesellschaft basiert im Wesentlichen darauf, dass die nicht-weißen Gruppen bereits in der Mehrheit sind und eine höhere Geburtenrate aufweisen. Gleichwohl ist die amerikanische Kerngesellschaft keineswegs bereit, einen Machtverlust oder Reformen zu einer strukturierten Machtverschiebung zu akzeptieren. Dies zeigt sich auch in den als „gerrymandering" bekannten tendenziell auf Mehrheitserhalt der Kerngesellschaft ausgerichteten Verschiebung von Wahlkreisgrenzen insbesondere in Bundesstaaten mit einem hohen Anteil an potentiellen schwarzen oder latino-Wählern. Hinzu kommen in diesen Staaten in den vergangenen Jahren zahlreiche Änderungen des Wahlrechts, die auf einen erhöhten notwendigen Aufwand zur Registrierung als Wähler abzielen.

In Frankreich gibt es im Gegensatz zu Amerika eine Migration in die Staatsbevölkerung und die Sozialsysteme hinein. Sie ist eine Folge eines Staatsbürgerschaftsrechts des späten 19. Jahrhunderts. Die Zahl der Einbürgerungen meist aus ehemaligen Kolonien stammender Zuwanderer mit Sprachkenntnissen verharrt bei etwa 120.000 Personen pro Jahr. Relevant für gesellschaftliche Verschiebungen sind die Regelungen, dass jeder französischer Staatsbürger ist, der mindestens ein französisches Elternteil hat. Zudem werden die Kinder von nicht französischen Eltern automatisch mit dem 18. Lebensjahr Staatsbürger, wenn sie fünf Jahre regulär in Frankreich gelebt haben. Heiratet also ein Kind nicht französischer Eltern einen Zuwanderer, werden der Ehepartner und alle Kinder der folgenden Generationen ebenfalls Staatsbürger. Aus dieser Konstellation resultiert auch die Problematik des Einheiratens in die sozialen Sicherungssysteme des Landes innerhalb der jeweiligen Zuwanderungsgruppen, meist aus ehemaligen afrikanischen Kolonien

Die durch die Franzosen wahrgenommenen gesellschaftlichen Probleme sind soziale Spannungen zwischen arm und reich, Stadt und Land sowie Kerngesellschaft, Migranten und politischen Gruppen auf beiden Seiten. Die Konfliktlinien sind nicht neu, die grundlegenden Probleme nach der ersten Amtszeit von Präsident Macron ungelöst. Die sozialen Spannungen und der einkommensbedingt geringe Lebensstandard insbesondere in Ballungsräumen mit hohen Mieten treffen in Frankreich auf eine traditionsreiche Protestkultur. Das Ergebnis waren die weit verbreiteten Streiks und Blockaden der „Gelbwesten". Diese neue, ursprünglich nicht zentral organisierte Protestbewegung bewegte zahlreiche soziale Themen basierend auf der Einschätzung, dass ein Arbeitseinkommen in Frankreich kein angemessenes Leben mehr ermöglicht. Diese Bewegung war auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit der ersten Präsidentschaft Macrons, der wiederum wie Trump, Grillo oder Selenskyj ursprünglich ein reformorientierter Anti-Establishmentkandidat gewesen ist. Zwar hatte Macron 2017, wie von ihm geplant das System der etablierten Blöcke um die Sozialisten und Republikaner mit einer neuen politischen Bewegung zerschlagen, mit ihm erstarkten jedoch zunehmend neue rechte und linke Parteien, die bei der Parlamentswahl 2022 den wiedergewählten Präsidenten Macron als ersten Präsidenten der vergangenen 20 Jahre die absolute Mehrheit kosteten. Die relativ junge Partei des Präsidenten scheint in der neu gewählten Nationalversammlung bei der Suche nach Mehrheiten unerwarteter Weise auf die zur Mitte gerückte Partei von Marine Le Pen zuzugehenden. Da die oppositionellen Republikaner auf Grund ihres durch Macron bewirkten Bedeutungsverlusts eine ablehnende Haltung bezüglich einer Zusammenarbeit haben und sich die linke Sammelbewegung NUPES, deren Wahlergebnis in den deutschen Medien gefeiert worden ist, offenbar nicht zu einer gemeinsamen Fraktion unter ihrem Spitzenkandidaten zusammenfinden kann, ist Macrons Aufhebung der Isolation des früheren Front National eine für ihn pragmatische Politikfolge. In der französischen Politik ist als Folge zwar kein Rechtsruck zu erwarten, aber eine Konzentration auf die skizzierte französische Kerngesellschaft, deren konservativer Teil seit Jahren zunehmend der Le Pen-Partei zuneigt. Le Pen, deren sozialpolitische Agenda verschiedene Forderungen der Gelbwestenbewegung aufgegriffen hat, wird Macron tendenziell nur Projekte ermöglichen, welche die traditionellen Forderungen der Kerngesellschaft nach Kontrolle der Einwanderung, Sozialleistungen und bestimmter Preise, etwa für Energie, nicht kontrakarieren. Aufschlussreich bezüglich einer potentiellen Integrationsfähigkeit der europäischen Rechten in die Regierungsarbeit großer Volkswirtschaften, zumindest als Kooperationspartner, wird der Umgang der französischen Politik mit der größten Gefährdung der traditionellen französischen Freiheiten sein, wobei es keine

Differenzierung zwischen Freiheiten feministischer, religiöser oder gesellschaftlicher Natur geben kann. In Frankreich hat die katholische Kerngesellschaft ein Islamismus- und damit einhergehend ein Antisemitismusproblem. Die liberale Zuwanderungspolitik in Verbindung mit dem Staatsbürgerschaftsrecht und Ghettoisierung der Zuwanderergruppen haben bereits in den Großstädten des südlichen Frankreichs und Teilen von Paris ein muslimisch dominiertes Klima des gesellschaftlichen Alltags geschaffen, in dem jüdisches Leben aggressiv und gewalttätig bekämpft wird. Diese Gefährdung der libertären französischen Werte ist bereits weit fortgeschritten. In Frankreich ist die Aufgabe, die Liberalität wieder herzustellen, den bürgerlichen und konservativen Kräften zugefallen.

Inneramerikanische Konkurrenzen

Die amerikanische Politik und Gesellschaft stehen vor anderen gesellschaftlichen Herausforderungen. Anders als in Frankreich sind die liberalen Werte der Amerikaner nicht durch Einwanderung oder Islamismus bedroht, auch wenn dies Teil einer verzerrten Wahrnehmung der Kerngesellschaft ist. Die Probleme der amerikanischen Gesellschaft resultieren aus gescheiterten gesellschaftlichen Reformansätzen und überzogenen Gegenreaktionen, die sich in einer Eskalationsspirale befinden. Das Beispiel der Bewegung Black Lives Matter zeigt diese Eskalation exemplarisch. Die Problemstellung der eskalierenden Wechselwirkung aus regionalen, im Vergleich zu den meisten europäischen Staaten schlecht ausgebildeten Polizeikräften und ethnisch abgegrenzten kriminellen Gruppen ist spätestens seit der Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre zur Überwindung gesellschaftlich rückständiger Organisationsformen wie Rassentrennung Teil der öffentlichen Wahrnehmung. Die Jahrzehnte der Untätigkeit bezüglich eines evidenten, hinsichtlich der Bevölkerungszahlen wachsenden Problems verschärften nicht nur ethnische Spannungen, sondern auch andere gesellschaftliche Spaltungen, etwa zwischen den tendenziell liberaleren und wirtschaftlich stärkeren Bundesstaaten an den Küsten und den sogenannten flyover states, den Bundesstaaten in der Mitte des Landes, über die leicht verächtlich hinweg geflogen wird. Allerdings sind gerade diese Staaten besonders betroffen von der gesellschaftlichen Spaltung zwischen der traditionellen, tendenziell christlich-fundamentalistischen weißen Kerngesellschaft und einer stark wachsenden schwarzen Bevölkerungsgruppe, denen es an politischen und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, den eigentlichen Kernprinzipien des amerikanischen Liberalismus, mangelt.

Die zahlenmäßige schwarze Mehrheit in den Verwaltungsbezirken führte diese Nachteile auch auf die tendenziell von der weißen Kerngesellschaft dominierte Polizeitruppe zurück. Die Filmaufnahmen des gewaltsamen Tods des unter Drogen stehenden, verteidigungsunfähigen Schwerkriminellen Georg Floyd bei der Verhaftung durch zwischenzeitlich verurteilte, mehrheitlich weiße Polizisten lieferten einen Beweis für einen rassistischen polizeilichen Übergriff mit weitreichenden Folgen. Die bereits länger gegen tödliche Polizeieinsätze gegen Schwarze demonstrierende Black Lives Matter Bewegung erlangte in Amerika und der Welt kurzzeitig extremen Einfluss. In verschiedenen Bundesstaaten kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, Plünderungen und Angriffen auf die Polizei, aber auch zu Versuchen, in selbstverwalteten Zonen ohne staatliche Ordnungskräfte auszukommen. Die kriminellen Handlungen unter dem Deckmantel der Bewegung wie die erwartungsgemäß scheiternden Versuche polizeifreier Kommunen ebbten ab, die gesellschaftlichen Spannungen steigerten sich jedoch als Ergebnis aus Aktion und Reaktion weiter. Nach der bereits ins sektenhafte abgedrifteten metoo-Debatte um angeblichen wie tatsächlichen strukturellen Sexismus zwangen einzelne gesellschaftliche Gruppen der amerikanischen Politik, den Medien und den eher passiven Teilen der Gesellschaft eine Diskussion über die angeblichen Hintergründe des polizeilichen Fehlverhaltens auf. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Veränderungswünsche nutzten letzten Endes radikale Feministen als Folge von metoo, Protestbewegungen gegen angeblichen und tatsächlichen Rassismus unter dem Label der critical race theory, mehr Rechte einfordernde teilweise Kleinstgruppen auf Basis einer sexuellen Orientierung unter LGBQTI und einige radikale ökologische Gruppen. Allen Bewegungen gemein ist der Anspruch der moralischen Überlegenheit und der einzigen Wahrheit als Kompensation für fehlenden Rückhalt außerhalb der eigenen Blase und Legitimation für ein radikales Vorgehen gegen alle angeblichen und tatsächlichen Gegner. Im Gegensatz zu Deutschland, das nur die Debatten in ihrer Rigorosität bezüglich Ansprüchen und Forderungen übernommen hat, formierte sich in Amerika aus der konservativen Kerngesellschaft wie der damals unter Präsident Trump regierenden republikanischen Partei heraus eine Gegenbewegung. Diese geht in ihrem kleineren radikalen Teil über die Ablehnung beispielsweise der cancel culture, also beispielsweise das öffentliche Löschen von Künstlern, die in Ungnade fallen, hinaus.

Religiöse und politische Fanatiker

Die Bandbreite des aus wissenschaftlicher Sicht eigentlich unfassbaren Gegensatzes der beiden Lager zeigt sich bei einer Diskussion um die Inhalte von Schulbüchern. Die fundamental-religiöse politische Rechte leugnet die Evolution und möchte eine Form des creative designs unterrichtet wissen, in der ein christlicher Gott alle Entwicklungen analog zu biblischen Texten bestimmt hat. Seitens verschiedener linker gesellschaftlicher Bewegung wird dies nicht nur, berechtigter Weise abgelehnt. Sie fordern eine Aufnahme der critical theories, wobei die critical race theory den höchsten Bekanntheitsgrad erlangt hat. Sie geht von einer permanenten rassistischen Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung innerhalb der letzten 200 Jahre durch die amerikanische Kerngesellschaft gegenüber Minderheiten wie Ureinwohnern und ehemaligen Sklaven, aber auch durch sämtliche ehemalige Kolonialmächte aus. Als Ableitung hieraus ergibt sich ein moralischer Zwang zur permanenten Entschädigung. Für das Fach Mathe wird vorgeschlagen, für schwarze Schüler falsche Antworten als alternative Antworten zuzulassen, da die Mathematik eine diskriminierende Entwicklung weißer Kulturen sei, was nicht nur inhaltlich, sondern historisch schlicht falsch ist. Der Streit um diese Absurditäten dominiert die mediale und virtuelle Diskussion, was den Blick auf die wirtschaftlichen wie sozialen Probleme des Landes verstellt. Doch nicht nur Vertreter der nicht weißen Gruppen und Linke gefährden die traditionell liberalen Tendenzen der Gesellschaft. Auch die Rechte, vertreten durch eine in Richtung rechter Rand verschobene Mehrheit innerhalb der republikanischen Partei, erzielt tendenziell kritisch zu beurteilende Erfolge dabei, die Gesellschaft in ihrem Sinn zu verändern. Nach Jahrzehnten hat der oberste amerikanische Gerichtshof die bestehende Rechtsprechung geändert und den Weg geebnet, per Gesetz in einzelnen Bundesstaaten Schwangerschaftsabbrüche weitgehend oder völlig zu verbieten. Die veränderten Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Gerichts führten auch dazu, dass einzelne Richter im Rahmen der Revision der bisherigen Urteile auch das Recht auf Verhütungsmittel oder homosexuellen Sex in Frage stellen.

Dieses Beispiel zeigt die zentralen Unterschiede bei der jeweiligen Abkehr der französischen wie amerikanischen Gesellschaft von ihren ursprünglichen Freiheitsidealen. In Frankreich ist die französische Kerngesellschaft bemüht, libertäre Werte gegen eine legalisierte, die gesellschaftlichen Vorstellungen verändernde Zuwanderung zu verteidigen. Eine energische Verteidigung eines gemäßigten, liberalen Status quo ist in Amerika durch politische oder mediale Kräfte kaum zu beobachten, die Mehrheit der Kerngesellschaft verteidigt ihre Macht durch den Ansatz, immer christlich-fundamentalere, konservative und nationale Rechtsnormen zu etablieren. Die zentrale Folge der unterschiedlichen Wege ist aus deutscher Sicht wieder einheitlich: Keines der Länder steht mehr für den patriotischen Liberalismus, der die beiden Länder als Vorbilder oder Auswanderungsziele erscheinen ließ.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der Ukraine-Krieg beweist, dass niemand Israel zu Hilfe kommen wird

Verschieben sich die geopolitischen Interessen, so verflüchtigen sich auch die Garantien ehemaliger Verbündeter. Dies musste Israel im Laufe seiner Geschichte bereits mehrmals bitter lernen. Für einen „palästinensischen" Staat würde der weltfremde und links-grün ideologisierte Westen ohne jeden Zweifel Israels Sicherheit opfern und offensichtlich bedenkenlos einen weiteren Unrechtstaat etablieren. (JR)

Von Martin Sherman/JNS

Thomas COEX / AFP

Israel musste in seiner Geschichte mehrmals die Erfahrung machen, dass es im Konfliktfall auf sich selbst gestellt ist.

"Wir haben keine ewigen Verbündeten und wir haben keine ewigen Feinde. Unsere Interessen sind ewig und immerwährend, und diesen Interessen ist es unsere Pflicht zu folgen. "- Lord Palmerston

Vor kurzem nahm ich an einem Abendessen teil, bei dem der Hauptredner Yossi Cohen, der ehemalige Direktor des Mossad, war. Cohens weitreichende und nachdenkliche Rede konzentrierte sich auf die Auswirkungen globaler Ereignisse auf die Sicherheit Israels.

Obwohl er den Krieg in der Ukraine nur kurz ansprach, war das, was er sagte, bedeutsam und prägnant. Nachdem er eine kurze Zusammenfassung der kombinierten militärischen Macht der NATO – auf beiden Seiten des Atlantiks – gegeben hatte, machte er die treffende Beobachtung, dass trotz der gewaltigen Macht der NATO „niemand kam, um auch nur ein ukrainisches Baby zu retten".

In der Tat muss die Situation für die Ukrainer besonders ärgerlich sein. Schließlich ist es kaum 20 Jahre her, dass das Budapester Memorandum unterzeichnet wurde, in dem Russland, die USA und Großbritannien sich verpflichteten, keine militärische Gewalt oder wirtschaftlichen Zwang gegen die Ukraine anzudrohen oder anzuwenden, wenn das Land seine Atomwaffen aufgibt. Sie verpflichteten sich auch, unter anderem die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine gemäß ihren damaligen Grenzen zu respektieren.

Offensichtlich gab es seitdem eklatante russische Verstöße gegen das Memorandum, insbesondere die Annexion der Krim im Jahr 2014 und dann die Invasion in die Ukraine im Jahr 2022.

Westliche Demokratien sind unzuverlässig

In einem knallharten Rückblick auf das Schicksal der Ukraine – und die Kette von Ereignissen, die dazu führten – beschimpfte Erielle Davidson von der George Mason University das „krasse Versagen" des Memorandums und wies auf die „Vielzahl von Lehren hin, die aus seinem Zusammenbruch gezogen werden könnten".

Sie schrieb: "„Westliche Demokratien sind unzuverlässig und wankelmütig. Internationale Abkommen, die den Verzicht auf strategische Sicherheiten im Austausch für vage "Zusicherungen" einer undefinierten zukünftigen Unterstützung beinhalten, sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind."

„Obwohl die Ukraine einen starken historischen Feind an ihren Grenzen hat, hat sie echte Opfer für das fantasievolle westliche Ideal der Denuklearisierung gebracht", bemerkte sie. „Aber sobald es diesen Preis bezahlt hatte, ließen diejenigen, die auf den Deal gedrängt hatten, die Nation weitgehend im Stich."

Davidson erweiterte den Umfang ihrer Analyse und fuhr fort: „Die Ukraine ist nicht das einzige Land, bei dem die USA und die europäischen Länder darauf bestanden haben, gefährliche Zugeständnisse für den Papierfrieden mit einem undemokratischen, kriegerischen Nachbarn zu machen."

Sie stellte fest, dass „die gesamte Blaupause der westlichen Demokratien bei der Herangehensweise an den israelisch-palästinensischen Konflikt" darin bestand, „die Israelis dazu zu bringen, wichtige strategische Gebiete aufzugeben, in der Hoffnung, dass sich die von Terroristen geführten Regierungen zurückhalten werden. Im Gegenzug würde Israel auf einer kurzen Welle westlichen Beifalls und vagen Unterstützungszusicherungen reiten, wenn die „Palästinenser" versuchen würden, das kleinere Israel zu destabilisieren oder anzugreifen."

„Ein israelischer Deal mit den Palästinensern würde, wie das Budapester Memorandum, sicherlich kurzfristig mit Fanfaren und gutem Willen erfüllt werden", erklärte sie. "Die Welt wäre angeblich ein friedlicherer Ort geworden. Aber wenig beachtet werden die langfristigen Folgen für die Partei, die ihre eigene Sicherheitspolitik auf dem Altar weltfremder westlicher Wahnvorstellungen geopfert hat."

Davidson behauptete: „Die Zugeständnisse der Ukraine in den 1990er Jahren sind heute kaum noch in Erinnerung. ... Daher stellt der Ukraine-Krieg auch das Scheitern eines westlichen Friedensprozesses dar – ein Versagen, an das sich unser Verbündeter Israel sicherlich erinnern sollte, wenn ein ungezügeltes amerikanisches und europäisches außenpolitisches Establishment Jerusalem unweigerlich auffordert, Kiews Fehler zu wiederholen."

Das Versagen internationaler Garantien

In einem Artikel mit dem Titel „When International Agreements Utterly Failed" analysierte David Makovsky, ein angesehener Mitarbeiter am Washington Institute, die Ereignisse, die zum Sechstagekrieg von 1967 führten, der ausbrach, nachdem Ägypten die Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt geschlossen hatte. Dies war ein schwerer Schlag für Israel, das sich damals auf strategische Ölimporte aus dem Iran stützte, die über die Meerenge geliefert wurden.

Israel glaubte, 1957 eine Garantie für die Freiheit der Schifffahrt durch die Meerenge von den USA und der internationalen Gemeinschaft erhalten zu haben, als es seine Streitkräfte nach dem Sinai-Feldzug von 1956 von der Sinai-Halbinsel abzog. Darüber hinaus erklärte Israel, dass jede zukünftige Schließung der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt durch Ägypten als klarer casus belli angesehen würde. Trotz dieser Warnung ordnete der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser am 23. Mai 1967 die Schließung der Meerenge für israelische Schiffe an.

Israel entsandte Außenminister Abba Eban zu einer dringenden Reise nach Paris, London und Washington, um die internationale Gemeinschaft zu drängen, die Meerenge wieder zu öffnen und so einen Krieg zu vermeiden. Aber Eban stieß auf eine apathische, stumpfsinnige und zynische internationale Reaktion. Obwohl der französische Präsident Charles De Gaulle zugab, dass eine Verpflichtung gegenüber Israel eingegangen worden war, die Meerenge offen zu halten, wies er das Versprechen knapp zurück und erklärte: "Das war 1957 ... jetzt ist es 1967."

Keine Garantie kann eine Garantie garantieren

Israels energische diplomatische Bemühungen, die westlichen Mächte davon zu überzeugen, Druck auf Kairo auszuüben, um die Meerenge wieder zu öffnen, erwiesen sich als fruchtlos. Dann begann Ägypten, Kräfte entlang der Südgrenze Israels zu mobilisieren, was die israelischen Präventivschläge auf ägyptische Stellungen und Flugplätze auslöste, die den Sechstagekrieg begannen.

In seinem Aufsatz bemerkte Makovsky: „Wir sollten eine der bleibenden Lehren aus dem Vorfeld des Konflikts nicht vergessen. Nämlich, dass Vereinbarungen für sich selbst stehen müssen und nicht auf abstrakten internationalen Zukunftsgarantien beruhen dürfen." Er beklagte: „Als sich der politische Kontext änderte … verflüchtigten sich die Garantien."

Dies unterstreicht eindeutig die Vorzüge von Henry Kissingers Charakterisierung des anarchischen internationalen Systems: Souveräne Nationen haben das Recht, ihre Meinung nach Belieben zu ändern, wodurch jedes internationale Abkommen oder Versprechen von Natur aus vergänglich ist.

In der Tat, wie der israelische Premierminister Menachem Begin Berichten zufolge ein Jahrzehnt später zu US-Außenminister Cyrus Vance sagte: „In der ganzen Welt gibt es keine Garantie, die eine Garantie garantieren kann."

Niemand wird kommen...

Für Israel ist die Botschaft klar und unmissverständlich: Es muss sich daran erinnern, dass es, sollte es auf Geheiß ausländischer Regierungen lebenswichtiges strategisches Territorium abtreten, seine Gegner durchaus dazu verleiten könnte, einen tödlichen Angriff zu starten, weil es viel verwundbarer und angreifbarer wäre als zuvor.

Darüber hinaus sollte Israel daran denken, dass es mit spärlicher Unterstützung von anderen Ländern rechnen kann, die zögern werden, ihm zu Hilfe zu kommen. Denn, wie Yossi Cohen in seiner Ansprache warnte, wenn Israel angegriffen wird, muss es auf die Möglichkeit vorbereitet sein, dass „niemand kommen wird".

Dr. Martin Sherman (www.martinsherman.org) ist Gründer und Geschäftsführer des Israel Institute for Strategic Studies (www.strategic-israel.org) und Mitglied der Forschungsabteilung von Habithonistim: Israel's Defense and Security Forum.

Frankreich: Wieder ein islamischer Mord an einem Juden

Wie bereits in der Vergangenheit geschehen, sind jüdische Menschen in Frankreich heute nicht einmal mehr in ihren eigenen Wohnungen vor gewalttätigen Angriffen von Teilen der schnell wachsenden muslimischen Bevölkerungsminderheit sicher. Der 89-jährige Jude René Hadjadj wurde in Lyon tot vor seinem Wohngebäude gefunden. Sein Nachbar, ein Muslim mit algerischem Hintergrund, hatte ihn vom Balkon in den Tod gestoßen. Der 51-jährige Täter hatte zuvor antisemitische Verschwörungstheorien auf Twitter geteilt. Proteste seitens der islamischen Bevölkerungsgruppe gegen diese Gräueltat haben bezeichnenderweise nicht stattgefunden. (JR)

Von Ben Cohen/JNS

Viele Juden fühlen sich in Frankreich nicht mehr sicher

Wenn der brutale Tod von René Hadjaj eine grundlegende Veränderung in der Herangehensweise des Landes an antisemitische Verbrechen markieren soll, müssen die Zusammenhänge zwischen Hassrede und Gewalt analysiert und aufgedeckt werden.

Die hässliche Wahrheit über Frankreich ist, dass jüdische Menschen nicht einmal in ihren eigenen Häusern vor antisemitischen Angriffen sicher sind. Das hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, zuletzt in der Stadt Lyon.

Das Opfer war in diesem Fall ein 89-jähriger Mann, René Hadjaj, der in einem Wohnhaus im Stadtteil Duchère im Nordwesten der Stadt wohnte. Am 17. Mai wurde Hadjaj, der im zweiten Stock wohnte, von einem Balkon im 17. Stock von einem Nachbarn, angeblich einem Freund, den er offenbar regelmäßig besuchte, in den Tod gestoßen.

Täter mit algerischem Hintergrund

Fast sofort schloss die Polizei in Lyon die Möglichkeit eines antisemitischen Motivs hinter dem brutalen Mord an einem Mann aus, der lokal als "Tonton René" ("Onkel René") bekannt ist. Die Schnelligkeit dieser Ankündigung erzürnte französisch-jüdische Aktivisten, die dem Antisemitismus entgegenwirkten, darunter das in Paris ansässige National Vigilance Bureau (BNVCA), das begann, das Social-Media-Profil des angeklagten Mörders, des 51-jährigen Rachid Khechiche, eines Muslims mit algerischem Hintergrund, zu recherchieren. Tatsächlich ergab eine Durchsuchung seines Twitter-Feeds ein ungesundes Interesse an der Sayanim-Verschwörungstheorie.

Im Hebräischen bedeutet das Wort sayan "Assistent". Nach Ansicht der Befürworter der Theorie wurden einflussreiche Juden auf der ganzen Welt heimlich rekrutiert, um Israels Interessen zu dienen, auch gegen die Interessen der Nationen, deren Bürger sie sind, falls der jüdische Staat dies verlangt. Wie die meisten antisemitischen Verschwörungstheorien versucht es, das legitime Engagement jüdischer Gemeinden mit demokratischer Politik als die Machenschaften einer geheimen und bösartigen Kabale darzustellen.

Die ersten Ergebnisse der Lyoner Polizei ergaben jedoch, dass nichts davon relevant war. Hadjaj habe sein düsteres Schicksal nach einem "nachbarschaftlichen Streit" getroffen, sagten sie. Der offensichtliche Eifer, mit dem die Bullen auf das Element des Antisemitismus verzichteten, erinnerte an die größte Schande der französischen Justiz in diesem Jahrhundert - die Ablehnung des Prozesses gegen den angeklagten Mörder von Sarah Halimi, einer jüdischen Frau, die im April 2017 in ihrer eigenen Wohnung brutal geschlagen und dann, wie Hadjaj, von einem Balkon in den Tod geworfen wurde.

Parallelen zum Mord an der Jüdin Sarah Halimi

Ihr Mörder, Kobili Traoré, war ein Kleinkrimineller aus der Nachbarschaft mit einer langen Polizeiakte, der begonnen hatte, mit dem Islamismus zu flirten. Während es Schläge und Tritte auf sein Opfer regnete, rief er das Wort Shaitan, arabisch für "Satan". Aber Traoré war auch ein engagierter Cannabisraucher, bis zu dem Punkt, dass Frankreichs höchstes Gericht ihn im April 2021 vom Prozess freisprach, mit der falschen Begründung, dass sein Cannabiskonsum in der Nacht von Halimis Ermordung ihn vorübergehend verrückt gemacht habe. "Jetzt können wir ungestraft Juden töten", erklärte Crif, der Dachverband, der die 500.000 Juden in Frankreich vertritt, nach der Ankündigung des Gerichts.

In den Stunden und Tagen, die auf die Nachricht von Hadjajs Ermordung folgten, klang diese Aussage wieder einmal mit schmerzhafter Genauigkeit nach. Aber während die bestialische Gewalt, die den französischen Antisemitismus allzu oft auszeichnet, nicht nachgelassen hat, scheint es, dass der Lyoner Staatsanwalt Nicolas Jacquet nicht bereit ist, die Fehler des Halimi-Falls zu wiederholen.

Schon vor Traorés Ablehnung war die Familie Halimi gezwungen, sich mit skrupelloser Verachtung seitens der Behörden auseinanderzusetzen. Polizisten waren am Tatort eingetroffen, als Halimi noch am Leben war, aber sie unternahmen keinen Versuch, ihr Martyrium zu stoppen, da sie fälschlicherweise befürchteten, dass Traoré ein bewaffneter Terrorist war. Dann ignorierten die Medien den Fall wochenlang praktisch und befürchteten, dass Enthüllungen über Traorés Handlungen inmitten eines Präsidentschaftswahlkampfes eine Welle der Islamophobie auslösen würden. Die Richterin, die den Fall untersuchte, tat alles, was sie konnte, um Traoré von der Anklagebank fernzuhalten, einschließlich des Ignorierens des Ratschlags eines psychiatrischen Experten, der den angeklagten Mörder untersuchte und feststellte, dass er gestört war, aber durchaus in der Lage war, sich vor Gericht für sein Verbrechen zu verantworten.

In einer kurzen Erklärung letzte Woche versicherte Jacquet, dass die entsetzlichen Fehler rund um den Halimi-Mord anerkannt worden seien. Jacquet bestätigte, dass im Fall Hadjaj "keine Ermittlungshypothese" ignoriert wurde, und kündigte an, dass die "gerichtliche Untersuchung daher nun wegen vorsätzlicher Tötung aufgrund der Zugehörigkeit des Opfers zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, Nation, Rasse oder Religion fortgesetzt wird".

Der Punkt hier ist nicht, dass jemand automatisch wegen eines antisemitischen Hassverbrechens verurteilt werden sollte, wenn er auf ein Opfer abzielt, das zufällig jüdisch ist: Wenn es um Khechiche geht, gibt es eindeutig andere Aspekte, die berücksichtigt werden müssen, wie seine psychische Gesundheit und die Art seiner Beziehung zu Hadjaj, über die bisher nur fadenscheinige Details veröffentlicht wurden. Aber was a priori nicht ausgeschlossen werden kann, wenn ein Jude angegriffen oder ermordet wird, besonders in Frankreich, liegt es nahe, dass antisemitischer Hass das Motiv war.

Antisemitische Verschwörungstheorien in sozialen Medien

Die Hadjaj-Untersuchung wird hoffentlich das dringend benötigte Licht darauf werfen, wie antisemitische Ideologie in Frankreich, in den sozialen Medien, durch persönliche Interaktionen, in den Moscheen und am Arbeitsplatz verbreitet wird. Dies würde zeigen, wie antisemitische Ideen Gewalt animieren. Einer der Autoren, die von Khechiche in seinem Twitter-Feed zitiert werden, ist Jacob Cohen, ein obskurer marokkanischer Intellektueller jüdischer Herkunft, der vor einigen Jahren 15 Minuten Ruhm genoss, als er behauptete, dass der Mossad, Israels Geheimdienst, Marokko aktiv destabilisiere. Das Middle East Media and Research Institute hat auch Cohens Förderung der Holocaust-Leugnung dokumentiert und eine Rede zitiert, die er 2019 in Rabat gehalten hat, in der er behauptete, dass die Zahl von 6 Millionen Opfern in den Nürnberger Prozessen erfunden wurde, bevor er meinte, dass "der Antisemitismus, den die Juden in Europa erlitten haben, nicht so unerklärlich ist".

Wenn dies die Ideen sind, die in einem fieberhaften Geist wie dem von Khechiche durchsickern, ist es dann ein Wunder, dass tödliche Gewalt folgt? Einer der Hauptbeiträge der sozialen Medien war die Normalisierung und Formalisierung der vulgären antisemitischen Überzeugungen, die von Mördern wie Traoré vertreten werden, zusammen mit den Mördern von Mireille Knoll, einer 85-jährigen Holocaust-Überlebenden, die 2018 erstochen und verbrannt wurde; die Jugendlichen, die 2017 die jüdische Familie Pinto in ihrem Pariser Haus als Geiseln nahmen; und die als "Barbaren" bekannte Bande, die 2005 Ilan Halimi, einen jüdischen Handyverkäufer, entführte und ermordete.

Wenn der brutale Tod von René Hadjaj einen grundlegenden Wandel in Frankreichs Umgang mit antisemitischen Verbrechen markieren soll, müssen die Zusammenhänge zwischen Hassrede und Gewalt analysiert und aufgedeckt werden.

Ben Cohen ist ein in New York City ansässiger Journalist und Autor, der eine wöchentliche Kolumne über jüdische und internationale Angelegenheiten für JNS schreibt.

Die EU gegen Ungarn

Viktor Orbán ist in seiner abendländischen Prinzipientreue unbequem. Um ihn genau dafür zu bestrafen, leitet die EU-Kommission ein erkennbar konstruiertes Verfahren wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit ein, um einen Vorwand für die Kürzung von EU-Mitteln zu schaffen. Mit seinem Veto-Recht durchkreuzt Ungarn immer wieder Brüssels Bessermensch-Pläne und zeigt, dass es auch alternative Wege zur inflationären und Islam-freundlichen Migrationspolitik gibt. Damit ist Ungarn entgegen den falschen Vorwürfen der EU eine sichere Heimstätte für Juden und ein verlässlicher Freund Israels. (JR)

Von Filip Gašpar

Ludovic MARIN / AFP

Mit seinem Veto-Recht gibt Viktor Orban seinem Volk eine Stimme in Brüssel

Viktor Orbán ist für Brüssel der Spielverderber schlechthin. Nicht nur, dass er es wagte mit einer Zweidrittelmehrheit wiedergewählt zu werden, sondern er tanzt schon wieder aus der Reihe, wenn es um den Umgang seines Landes mit Russland als Konsequenz auf dessen Angriffskrieg auf die Ukraine geht. Der Dank dafür aus Brüssel ließ nicht lange auf sich warten. Anstatt Orbán zu gratulieren, leitete die EU-Kommission ein Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zur Kürzung von EU-Mitteln ein. Wohlbemerkt gegen das erste Mitgliedsland der EU überhaupt!

Die OSZE hatte sogar 900 Wahlbeobachter aus mehreren Ländern nach Ungarn geschickt, die jedoch nichts auszusetzen hatten. Auch hatte Brüssel es versäumt, den offenen Antisemitismus des Oppositionsbündnisses anzusprechen. Dass Ungarns Juden sich so sicherer und wohler fühlen als in Berlin, Brüssel und Paris, sie die Politik der Fidesz unterstützen, ist egal. Er adressierte Putin von Anfang an als Aggressor und sein Land nahm auch eine große Anzahl von ukrainischen Flüchtlingen auf. Waffenlieferungen an die Ukraine über ungarisches Gebiet war mit Orbán jedoch nicht zu machen. Außerdem betonte er immer wieder, dass er eine Politik nach dem Motto „Ungarn zuerst“ mache und man sich die Fragen stellen sollte, wen man mit den Sanktionen in die Knie zwingen wolle: Putin oder sich selbst.

Mit seinem Veto gegen geplante Sanktionsbeschlüsse der EU scheint Orbán zu weit gegangen zu sein. In der europäischen Staatengemeinschaft herrscht das Einstimmigkeitsprinzip und das wiederholte Veto seitens der ungarischen Regierung wird als Alleingang zum Schaden der EU interpretiert, und nicht etwa, zum Wohle der ungarischen Bürger, dessen Interessen Orbán vertreten soll. Es mehren sich die Stimmen in der EU, denen das Einstimmigkeitsprinzip und Ungarns Veto ein Dorn im Auge sind, weshalb sie immer offener Strafmaßnahmen fordern. Das Einstimmigkeitsprinzip wurde eingeführt als die europäische Union noch aus sechs, und nicht wie heute 27, Mitgliedern bestand. Verständlich, dass es nicht immer möglich ist, alle an einen Tisch zu bekommen. Erst recht nicht, wenn es um vitale wirtschaftliche Interessen wie jetzt ging.

Unhaltbare Vorwürfe

Der aktuelle Grund war Ungarns Weigerung für das sechste Sanktionspaket gegen Russland zu stimmen, das ein Embargo der russischen Öl-Lieferungen vorsah. Das war mit Ungarn nicht zu machen. Die ungarische Regierung forderte, dass zuerst nur die russischen Öl-Lieferungen über den Seeweg vom Sanktionspakt betroffen sein, und somit Transporte per Pipeline zunächst weiterhin möglich sein sollten. Diesen Erfolg verkündete Orbán auf seiner Facebook-Seite mit der Begründung, die Interessen seines Landes verteidigt zu haben und weiter, dass „ungarische Familien“ ruhig schlafen werden können.

Von manchen wird das Veto-Recht als Missbrauchsinstrument zur Durchsetzung der eigenen Interessen bezeichnet. Es besteht die Möglichkeit Ungarn das Stimmrecht zu entziehen. Dafür muss nachgewiesen werden, dass Ungarn Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit begangen hat. Man spricht auch vom sogenannten Artikel-7-Verfahren. Die SPD-Politikerin Katharina Barley fordert nun genau dies. In der Vergangenheit war dieses Verfahren am Widerstand Polens gescheitert, dass bis zum Angriffskrieg Russlands immer fest an der Seite Ungarns stand und sich dagegen ausgesprochen hatte. Dies hat sich nun geändert und zwischen Warschau und Budapest kriselt es. Polen steht seit Beginn fest an der Seite der Ukraine, während Ungarn versucht, sich neutral zu verhalten. Man darf gespannt sein, ob Polen sich dieses Mal gegen den Entzug des Stimmrechtes für Ungarn auszusprechen. Das Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln aus dem Haushalt wird als Instrument angewandt, wenn die Gefahr besteht, dass die Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedsstaat droht, nicht mehr zu funktionieren, oder Gelder verschwendet oder gar veruntreut werden – Stichwort: Korruption. Um dies umzusetzen, benötigt der Europäische Rat eine qualifizierte Mehrheit, was bedeutet, dass 55 Prozent der Mitgliedsstaaten mit 65 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung, dafür stimmen müssen.

Die EU hatte auch in der Vergangenheit versucht Druck auf Ungarn auszuüben, indem es die Mittel etwa aus dem Corona-Fonds zurückgehalten hatte. Als Begründung führte man unter anderem die Befürchtung an, dass die Mittel zweckentfremdet würden, und Orbán damit in Wirklichkeit seine teuren Wahlversprechen einlösen wollte.

Natürlich wird auch immer wieder die Mär vom antisemitischen und rechtsextremen Klima in Ungarn berichtet.

> Die Studie besagt, dass die Lebensqualität für Juden in Ungarn und Italien am besten sei, gleich gefolgt von Dänemark, Großbritannien und Österreich. Deutschland fällt nicht darunter.

Dabei ist nicht nur eines der sichersten Länder in der EU, sondern eines der sichersten Länder für Juden in Europa im Allgemeinen. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Studie der Vereinigung der Europäischen Juden (EJA) und des in London ansässigen British Institute of Jewish Policy Research. Die Studie besagt, dass die Lebensqualität für Juden in Ungarn und Italien am besten sei, gleich gefolgt von Dänemark, Großbritannien und Österreich. Deutschland fällt nicht darunter.

Ungarn steht hinter Israel

Auf der Konferenz der EJA, die kürzlich in Budapest stattgefunden hat, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjén, dass Ungarn keiner Art von Antisemitismus nachgeben werde. Sei er nun rechtsextrem, linksextrem, dschihadistisch oder israelfeindlich. Semjén führte weiter aus, dass das Verhältnis zwischen dem ungarischen Staat und den jüdischen Konfessionen „perfekt geregelt“ sei. Was man daran sehe, dass der ungarische Staat alle jüdischen Einrichtungen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und sozialen Einrichtungen finanzieren würde. Dies gelte für alle staatlichen Einrichtungen mit ähnlichen Funktionen. In Ungarn herrsche eine Null-Toleranz Politik gegenüber Antisemitismus. Weiter verwies er darauf, dass außer dem Antisemitismus der roten und braunen Diktaturen es noch weitere Formen von Antisemitismus innerhalb der Europäischen Union gebe. Zum einen den Islamismus, den politischen Islam, den man in Ungarn nicht antreffe. Darüber hinaus den stetiger wachsenden und immer mehr akzeptierten Anti-Israelismus. Er versprach, dass Israel sich jederzeit auf Ungarn verlassen könne, wenn es darum gehe, dass Israel auf eine unfaire Art und Weise angegriffen werde und Ungarn sich jeglichen solcher Maßnahmen entgegenstellen werde. Slomó Köves, Oberrabbiner der Vereinigten Jüdischen Gemeinde Ungarns (EMIH), sagte, dass die ungarisch-jüdische Gemeinschaft heute eine Renaissance erleben würde. Auch der Präsident der EJA Rabbiner Menachem Margolin sagte in seiner Begrüßungsansprache, dass eines der größten Probleme der jüdischen Gemeinden in Europa, die Einschränkung der Religionsfreiheit sei und das es Ziel der mehrtägigen Konferenz gewesen sei, sich mit den führenden Vertretern der jüdischen Gemeinden über ihre Herausforderungen auszutauschen und zusammen einen gemeinsamen Aktionsplan zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft aufzustellen. Am Ende der Konferenz wurde der Innenminister Sándor Pintér für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und den Kampf gegen den Antisemitismus ausgezeichnet. Anstatt also, dass Brüssel und Berlin weiterhin gegen Budapest wettern, sollten sie sich lieber ein Beispiel nehmen und daran arbeiten, in der kommenden Studie der EJA neben Ungarn und Italien zu landen.

Was ist Heimat? Nancy Faeser weiß es ganz genau

Innenministerin Nancy Faeser will den Heimatbegriff unserer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik „positiv umdeuten". Vermeintlich offen und vielfältig soll er sein. Mit dem Hissen der Regenbogenflagge vor dem Innenministerium hat Frau Faeser mit der Umerziehung der bundesrepublikanischen Gesellschaft angefangen. Jetzt muss das Volk nur noch lernen, seine freiheitlich-demokratische und säkulare Nachkriegsrepublik mit Millionen vorwiegend muslimischer und Rechtsstaat-averser Migranten zu teilen. (JR)

Von Jaffa Lyn

„Leider ist die Heimat zur Fremde dir geworden" (Schiller, Tell 2,1).

Ob dies wohl auch für unsere Innenministerin Nancy Faeser zutrifft, als sie folgenden politischen Aufruf am 17. Mai 2022 twitterte?

„Wir müssen den Begriff Heimat positiv umdeuten und so definieren, dass er offen und vielfältig ist. Und, dass er ausdrückt, dass Menschen selbst entscheiden können, wie sie leben, glauben und lieben wollen. Das wäre ein Gewinn für den gesellschaftlichen Zusammenhalt."

Denn wenn man Frau Faeser beim Wort nimmt, dann bedeutet ihre Aussage ja, dass Heimat bisher ein negativer, einengender und trennender Begriff ist und dass er Menschen daran hindert, eigene Entscheidungen im Hinblick auf ihr Leben, ihre Gefühle und ihren Glauben zu treffen.

Stimmt das?

Um eine Antwort zu finden, muss man auf zwei Ebenen fragen:

1. Was bedeutet das Wort Heimat semiotisch?

2. Was empfinden die Menschen beim Begriff Heimat?

Also fangen wir dort an, wo man immer anfängt, wenn man etwas wissen will, nämlich beim Lexikon, in diesem Fall Grimm's Wörterbuch.

Hier lesen wir unter dem Stichwort „Heimat":

1) „heimat, das land oder auch nun der landstrich, in dem man geboren ist oder bleibenden Aufenthalt hat: der got des himels, der mich von meines vaters hause genomen hat, und von meiner heimat. 1 Mos. 24,7" …

2) „heimat, der geburtsort oder ständige wohnort" …

3) „selbst das elterliche haus und besitzthum heiszt so, in Baiern"…

4a) „dem christen ist der himmel die heimat, im gegensatz zur erde, auf der er als gast oder fremdling weilt."

Zur zweiten Frage, was Menschen beim Begriff „Heimat" empfinden, ziehen wir eine relativ aktuelle Statistik zu Rate, nämlich die repräsentative Vermächtnisstudie der „ZEIT" vom Sommer 2018:

Wenn man sich diese Statistik anschaut, sieht man, dass die Unterschiede beim Heimatempfinden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht so gewaltig sind, wie allgemein behauptet. Menschen mit Migrationshintergrund zeigen sich im Bezug auf den Begriff Heimat etwas mehr gefühlsorientiert und auffällig stark an ihre Religion gebunden.

Die negative Aufladung des Heimatbegriffs ist, wie obige Statistik besagt, bei den meisten Menschen selbst nicht zu finden. Eher ist die negative Sicht von außen aufgesetzt, z. B. wenn Frau Ferda Ataman behauptet, in Deutschland werde der Begriff Heimat dazu benutzt, sich von anderen abzugrenzen und obendrein noch den Heimatbegriff mit der faschistischen Blut- und Bodenvorstellung verknüpft. Ein solches Verständnis von Heimat wird der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, abgesehen von tatsächlichen Nazis, von außen aufoktroyiert.

Sicher, es gibt sie, die Heimatlosen. Die, die sich nirgendwo heimisch fühlen, die entwurzelt sind. Aber auch dies sollte nicht die vordringliche Aufgabe des Innenministeriums sein, den Therapeuten zu spielen, um den Heimatbegriff nach dem politischen Gusto der SPD kollektiv festzulegen.

Innenministerin Nancy Faeser hadert mit dem traditionellen Heimatbegriff

Im Übrigen kann man eine scheinbare Schattenseite von Heimatlosigkeit auch positiv sehen. Synonyme mit positiver Konnotation sind zum Beispiel: Weltbürgertum oder Offenheit.

Bisher, so dachten viele Bürger des Landes, der Statistik nach auch Menschen mit Migrationshintergrund, sie haben für sich (sic!) ein positives Heimatgefühl. Wie für Gefühlsmäßiges üblich, mit leichten Schwankungen, je nach persönlicher Situation. Aber selten so, dass es einer grundsätzlichen Korrektur bedarf. Und dann ist es schon die Frage, ob die Politiker dafür zuständig sind. Eher dächte man an Freunde, Philosophen, Rabbiner, Theologen, und im Notfall geht man beherzt zum Therapeuten.

Heimat ist facettenreich, Heimat ist individuell. Zumeist hängt das, was das Individuum als Heimat empfindet, mit emotionalen Erfahrungen, vor allem in der Kindheit gemachten Urerfahrungen, zusammen. Es ist ein Ort der Geborgenheit. Es verbindet meist räumliche und soziale Sicherheit. Dort, wo wir gute Erinnerungen haben, das erste Verlieben, der erste Tanz, der erste Kuss. Menschen besetzen Orte mit ihren Geschichten und Gefühlen. Gerüche, Speisen, auch Melodien, religiöse Erfahrungen, die unvergessliche Feier mit Familie oder Freunden und auch die Landschaft - das Rauschen der Wellen, die Föhnwinde von den Bergen, brennen sich in Herz und Kopf.

Der Heimatbegriff ist so vielfältig und breit gefächert. Denken wir z. B. an das angeblich fahrende Volk. Sinti und Roma haben sicherlich eine spezifische Heimaterfahrung. Oder was werden Zirkusleute, die ja zum größten Teil in die fahrende Gruppe hineingeboren wurden, als Heimat bezeichnen?

Und wie verhält es sich mit dem jüdischen Volk? Die meisten Juden in Deutschland und anderen europäischen Ländern hingen sehr an ihrer Heimat. Diese Heimat wurde ihnen durch Vernichtung, Verfolgung und Vertreibung genommen. Für viele, die während des Dritten Reichs und danach geflüchtet oder ausgewandert sind und ein neues Land gefunden haben, blieb der ursprüngliche deutsche Ort, an dem sie geboren wurden und lebten, trotz der Shoa mit heimatlichen Empfindungen verbunden. Andererseits gilt für viele Juden Erez Israel als in der Thora verheißene Heimat.

Die Behauptung Faesers, der Begriff Heimat sei negativ besetzt, scheint eher für bestimmte Politikergruppen zuzutreffen. Wenn die Innenministerin kraft ihres staatlichen Amtes den Heimatbegriff umdeuten und neu definieren will, kann es passieren, dass sie den Menschen die Heimat wegnimmt. Was das bedeutet, sagt am klarsten Dichterwort:

Die Krähen schrein
Und ziehen schwirren Flugs zur Stadt:
Bald wird es schnein, -
Weh dem, der keine Heimat hat!

Friedrich Nietzsche

Islamischer Anschlag in Oslo: Eine rechtzeitige Ausweisung des kriminellen iranischen Flüchtlings hätte die Morde verhindern können

In der norwegischen Hauptstadt hat es einen Terroranschlag auf eine Schwulen-Bar gegeben: Zwei Menschen starben, 21 weitere wurden teils schwer verletzt. Wichtige Fakten, die zur Einordnung des Anschlags als islamische Überzeugungstat relevant sind, werden in Deutschland, wie auch in anderen ähnlich gelagerten Fällen, bewusst ausgeblendet. (JR)

Von Dr. Manfred Schwarz

Dass der Mörder die norwegische Staatsangehörigkeit besitzt, ist nahezu überall zu lesen. Die „Zeit" schreibt zu der tödlichen Attacke: „Der Geheimdienst PST stufte die Attacke als islamistischen Terroranschlag ein. Der Nachtclub ‚London Pub' - das Hauptziel der Angriffe - gilt in Oslo als beliebter Treffpunkt für Schwule, Lesben und andere Angehörige der queeren Szene."

Was der Mainstream verschweigt

Die Zeitschrift verschweigt aber in ihrer Berichterstattung, dass der Täter mit seiner Familie schon in den 90er-Jahren – als Iraner – nach Norwegen gekommen ist und sich offenbar als „Flüchtling" registrieren ließ.

Auch andere relevante Hintergrund-Fakten, die sich auf die schwer kriminelle Vergangenheit des Attentäters beziehen, fielen bei der „Zeit" unter den Tisch.

Der mediale Mainstream schreibt generell kaum oder gar nicht über kritische Fakten, die geeignet sein könnten, die „Flüchtlings"- und Einwanderungspolitik westeuropäischer Staaten sowie der USA in ein negatives Licht zu rücken.

Lange als Islamist bekannt

Auch in diesem Fall ist die „Bild-Zeitung" die Ausnahme von der Regel. Das Boulevard-Blatt hat wesentlich genauer über den islamischen Mörder berichtet. Die Zeitung nennt auch den Namen des 42-jährigen Täters: Zaniar Metapour.

Bei der Festnahme des mörderischen Gewalttäters wurden bei Metapour eine vollautomatische Waffe und eine Pistole sichergestellt. Der norwegische Inlandsgeheimdienst Politiets sikkerhetstjeneste hatte den gebürtigen Iraner bereits seit 2015 beobachtet – „wegen einer möglichen Radikalisierung und wegen seiner Zugehörigkeit zu einem Islamisten-Netzwerk" (Bild).

Erst im Mai dieses Jahres ist der Attentäter wieder von Ermittlern vernommen worden. Allerdings sind die Beamten dabei zu dem falschen Ergebnis gekommen, dass er nämlich keine „gewaltsamen Absichten" hege.

Ein Messerangriff 1999

In Deutschland wird kaum darüber berichtet, dass Zaniar Matapour schon 1999 wegen eines Messer-Angriffs zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt – aber anschließend nicht ausgewiesen worden ist.

Der damalige Tatort war ebenfalls ein Nachtclub. Bald darauf hatte ein Berufungsgericht den Messerstecher in mehreren Punkten doch noch freigesprochen: Der Täter habe angeblich psychische Probleme. Daraufhin musste der Täter nur noch 30 Tage hinter Gitter.

Auch Kokain und Klappmesser im Spiel

Zu 90 Tagen Haft wurde der Iraner vor zehn Jahren verurteilt, weil er mit 100 Gramm Kokain erwischt worden war. 2019 saß der „Flüchtling" auf der Anklagebank, weil er mit einer Schusswaffe geschossen hatte. Wieder ein erstaunliches Gerichtsurteil: Der Täter wurde nicht schuldig gesprochen. Erneut spielten „psychische Faktoren" eine vermeintlich entlastende Rolle.

Und erst vor etwa zwei Jahren ist Metapour zu einer Geldstrafe in Höhe von 12.000 Euro verurteilt worden, weil er auf einem öffentlichen Platz demonstrativ mit einem Klappmesser herum gelaufen war. Ob der Iraner die Geldstrafe je bezahlt hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls haben die zuständigen Behörden den späteren Mörder auch dieses Mal nicht außer Landes gewiesen.

Nie ernsthaft bestraft

Die linksgrüne Journaille und fast alle Politiker hierzulande wollen es nicht wahrhaben: Auch dieser Schwerkriminelle aus dem islamischen Ausland hätte bereits vor vielen Jahren von den norwegischen Behörden ausgewiesen werden müssen.

Dass der Gewalttäter selbst nach schwerwiegenden Straftaten nie eine ernsthafte Sanktion erfahren hat, dürfte auch ein Grund dafür sein, dass der gebürtige Iraner – der vor Jahrzehnten als vermeintlicher „Schutzsuchender" nach

15 Jahre Machtergreifung und Terror der Hamas im Gazastreifen: Kein Verbot der Terrororganisation in der Schweiz

Obwohl die islamo-faschistoide Hamas in ihrer Charta die Vernichtung Israels fordert, und jüdische Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge ermordet und ihre eigene Bevölkerung entrechtet, entschied sich das Schweizer Parlament gegen ein Verbot der Terrororganisation. (JR)

Von Gerardo Raffa/ Redaktion Audiatur

Die Hamas ist ein Arm der radikalen Muslimbruderschaft

Am 14. Juni 2007 übernahm die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas die Kontrolle über den Gazastreifen. Fast auf den Tag genau, 15 Jahre später am 16. Juni 2022, entschied das Schweizer Parlament zum wiederholten Male: Nein, die Hamas soll in der Schweiz nicht verboten werden. Die Hamas hat sich sicherlich gefreut.

Als die Hamas am 14. Juni 2007, nach einer kurzen, aber blutigen und gewalttätigen Kampagne die Kontrolle über den Gazastreifen von der Fatah-Partei übernahm, wurden mehrere hundert Fatah-Anhänger und «Verräter» bei den Kämpfen getötet. Viele derjenigen, die die Gefechte überlebten und gefangen genommen wurden, wurden von den Hamas Schergen auf grausamste Weise hingerichtet, mitunter indem sie lebendig von den Dächern ihrer Dienstgebäude geworfen wurden. Nach der gewaltsamen Übernahme des Gazastreifens regiert die Terrororganisation Hamas seither als alleiniges Regime.

Eine parlamentarische Initiative, eingereicht von SVP-Nationalrat Lukas Reimann am 18. Juni 2021, verlangte:

„Die Bundesversammlung wird beauftragt, die Gruppierung „Hamas" mittels Aufnahme ebendieser in das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen „Al-Qaïda" und „Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen vom 12. Dezember 2014 (SR 122) zu verbieten."

Als Begründung lieferte Reimann seit Jahren weltweit bekannte Fakten wie:

„Die Hamas aberkennt das Existenzrecht Israels, forderte schon mehrfach die Vernichtung jüdischer Menschen und propagiert international antisemitisches Gedankengut. Dass dies keine leeren Worte sind, wurde kürzlich erneut offenbar, als mehrere Tausend Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert wurden mit dem Ziel, dort so viele Menschen wie möglich zu töten."

Auch die Nutzung von Zivilisten als Schutzschilde oder Gewaltakte und Terroranschläge gegen israelische Zivilisten sowie gegen die eigene Bevölkerung wurden in der parlamentarischen Initiative als Begründung für ein Verbot aufgeführt. Es half nichts.

In einer Interpellation von Mitte Nationalrätin Marianne Binder im Juni 2021 zu Fragen zum Thema „Bewertung des anerkannten Staates Israel und der Gruppierung Hamas durch die Schweiz", zeigte sich der Bundesrat uneinsichtig und wollte von einem Hamas-Verbot, auch einem befristeten bis durch sie der Staat Israel anerkannt würde, nichts wissen. Die „inklusive Kontaktpolitik und die Politik der Guten Dienste" würde internationalen Schlüsselakteuren geschätzt, so die Schweizer Regierung in ihrer schwammigen Stellungnahme.

Die 1987 gegründete Hamas ist für die Ermordung Hunderter israelischer Zivilisten verantwortlich. Die Terrororganisation ist der „palästinensische" Zweig der Muslimbruderschaft und lehnt jeden Friedensprozess und die Anerkennung des Existenzrechts Israels in ihren „Statuten" entschieden ab.

Radikalisierung der Radikalsten

Laut Mitte-Nationalrat Thomas Rechsteiner, sei eine Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates der Meinung gewesen, ein Verbot der Hamas würde weder im Inland noch im Ausland zu mehr Sicherheit führen, „sondern das Gegenteil bewirken, weil ein Abbruch der Beziehungen zur Hamas deren Radikalisierung zur Folge hätte". Auch wenn Rechsteiner in seinem Votum der Meinung war, dies sei nicht zynisch, ist es an Zynismus kaum zu übertreffen. Radikalerer Israel- und Judenhass als bei der Hamas gibt es nur noch beim Islamischen Staat und Al-Qaïda. Glaubt Rechsteiner allen Ernstes, dass ein Schweizer Hamas-Verbot die radikalsten Israel- und Judenhasser noch mehr radikalisieren würde?

> 2018 enthielt sich die Schweiz der Stimme, als die Arabische Liga auf Initiative der PLO eine 2/3 Abstimmung über den US-Resolutionsentwurf zur Verurteilung der Hamas verlangte – damit brachte sie die Resolution zum Scheitern.

Weiter so Rechsteiner, würde ein Verbot der Hamas das Engagement der Schweiz zur Förderung und Wahrung der Menschenrechte gefährden. „Für mehr Sicherheit müsste die Schweiz aus Sicht der Kommissionsmehrheit ihre „Guten Dienste" in der Region und ihre diplomatischen Kanäle ausbauen, anstatt die Hamas zu verbieten." so Rechsteiner. Die Schweiz leistet aber seit über 74 Jahren mehr als „Gute Dienste" in der Region und die „Palästinenser" wurden mit vielen hunderten Millionen Franken alimentiert. Gipfel hier, Initiative da, hunderte NGOs wurden und werden unterstützt. Mit wenig bis gar keinen Ergebnissen. Was genau will man da noch „ausbauen"?

Das Scheinargument, dass die Schweiz gemäß Artikel 74 NDG nur Gruppierungen verbieten dürfe, die von den Vereinten Nationen sanktioniert oder verboten wurden, ist ein weiterer Schuss ins eigene Knie. War es doch die Schweiz, die sich im Dezember 2018 der Stimme enthielt, als die Arabische Liga auf Initiative der PLO eine 2/3 Abstimmung über den US-Resolutionsentwurf zur Verurteilung der Hamas verlangte und damit die Resolution zum Scheitern brachte.

Ein weiteres Argument in der Kommission für ein Nein zu einem Verbot der Hamas war laut SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridez, dass ein „Vertreter der Verwaltung" bestätigte habe, dass die Hamas seines Wissens in der Schweiz nicht organisiert und eindeutig nicht etabliert sei. Nun, auch der Islamische Staat und Al-Qaïda sind in der Schweiz wahrscheinlich weder organisiert noch etabliert und trotzdem verboten.

Alles in Allem, viele Ausreden und keine Gründe um die Hamas als das zu bezeichnen was sie ist: Eine Terrororganisation, die in ihrer Charta die Vernichtung Israels fordert und jüdische Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge ermordet.

Für ein Verbot der Terrororganisation Hamas in der Schweiz stimmte niemand aus der Grünen, Grünliberalen oder der Sozialdemokratischen Fraktion. Allein die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei war mehrheitlich für ein Verbot.

Fridays for Future auf Kuschelkurs mit der BDS-Hass-Bewegung

Was hat Israel-Hass mit dem Klima-Aktivismus zu tun? Sehr viel, denn beides sind Auswüchse abstruser ideologischer Fanatismen. Luisa Neubauer, die den ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, wegen des Begriffs „Globalismus" des Antisemitismus bezichtigte, aber Aufrufe zur Vernichtung Israels auf FFF-Veranstaltungen nicht skandalisierte, hat längst ihre Glaubwürdigkeit verloren. (JR)

Von Mirjam Lübke

Im Jahr 2018 wurde die Welt auf Greta Thunberg aufmerksam, die sich aus Angst vor der kommenden Klimakatstrophe zunächst drei Wochen lang vor den schwedischen Reichstag setzte: »Schulstreik für das Klima« verkündete ein selbstgebasteltes Schild, denn Demonstrieren und regelmäßiger Schulbesuch vertragen sich schlecht. Lassen wir einmal dahingestellt, ob Gretas Entdeckung durch einen PR-Spezialisten tatsächlich so »zufällig« geschah, wie es uns die Legende vermitteln will. Fest steht, dass ihre Eltern gut mit den Medien vernetzt sind – oft wurde ihnen der Vorwurf gemacht, ihre Tochter auf unverantwortliche Weise für die eigene Publicity zu missbrauchen.

Es ist grundsätzlich nichts Schlechtes, wenn sich junge Menschen für einen guten Zweck einsetzen, vor allem für den Schutz unseres Planeten. Das rabbinische Prinzip »Tikkun Olam« wird im modernen Judentum häufig auch auf ökologische Themen ausgedehnt, wenn auch nicht explizit auf den Klimaschutz. »Die Reparatur der Welt« - so eine mögliche Übersetzung des hebräischen Begriffs – sieht nicht nur die Vervollkommnung der Welt durch den Menschen vor, sondern auch die Bewahrung des Bestehenden. Allerdings ähnelt die jüdische Sichtweise eher der konservativen »grünen Ökologie« eines Roger Scruton, in der vor allem das individuelle Engagement für den eigenen Lebensbereich im Vordergrund steht – der letztlich aber der Gemeinschaft als Summe aller Aktivitäten zugutekommt: Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen – kein Totalverzicht! – ist Teil davon, der respektvolle Umgang mit Nutztieren, den schon die Thora fordert und damit auch die Verantwortung dafür, das Tier, das einmal auf unserem Teller landet, zuvor artgerecht zu behandeln. Legebatterien und Tikkun Olam vertragen sich nicht gut miteinander.

Allerdings ist Öko-Fanatismus dem Judentum fremd, Tikkun Olam ist ein Prozess und hat nichts mit dem »Wir wollen alles, und zwar sofort!«-Aktivismus der aus Gretas Schulstreik entstandenen »Fridays for Future«-Bewegung zu tun. Auch wenn es in einem gewissen Ausmaß durchaus normal ist, dass junge Menschen bei der Verfolgung ihrer Ziele radikaler im Denken sind, so ist es manchmal vonnöten, ihren Enthusiasmus auszubremsen. Denn sie vergessen gern, dass ihre radikalen Forderungen auch eine radikale Veränderung unserer Lebenswelt zur Folge haben würden, zum Beispiel den Verlust von unzähligen Arbeitsplätzen und damit eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Für diese ist Verzicht dann keine Frage der bewussten Lebensumstellung mehr, sondern bittere Notwendigkeit.

Christine OLSSON / TT NEWS AGENCY / AFP

Eine anti-israelische Haltung ist bei linken Aktivisten oftmals „hip".

Fahrlässige Gefährdung

Auch mit dem Strafrecht nimmt man es nicht so genau: Wenn die sogenannten Aktivisten sich auf der Straße festkleben und damit eventuell auch die Durchfahrt von Krankenwagen verhindern, dann hat das nichts mehr mit Protest zu tun, sondern gefährdet auch jene Menschenleben, die man doch vorgeblich schützen möchte. Auch der Respekt vor fremdem Eigentum lässt zu wünschen übrig: FFF-Seelenverwandter »Extinction Rebellion« machte sich im deutschen Anti-Braunkohle-Protest bereits an den Baggern des Betreibers zu schaffen, und Luisa Neubauer, die »deutsche Greta« sorgte für einigen Aufruhr, als sie über das Sprengen von Pipelines räsonierte – natürlich rein satirisch, wie sie im Nachhinein behauptete.

Im Zuge ihres Weltrettungsaktivismus entdeckte Greta Thunberg allerdings bereits ein neues Betätigungsfeld für sich, bei dem es auch bei gutem Willen schwerfällt, einen Zusammenhang mit der Veränderung des Weltklimas zu erkennen. Lassen wir einmal dahingestellt, ob der Klimawandel nun menschengemacht ist oder nicht, sicherlich wird er nicht durch ein Land von der Größe Hessens verursacht, das sich zudem eher durch High-Tech-Innovation als durch Schwerindustrie auszeichnet. Auch wenn es schon Vorwürfe aus dem Iran gab, Israel verhindere, dass es dort regne, kamen selbst die Geistlichen in Teheran bislang nicht auf die Idee, den jüdischen Staat für die allgemeine Klimaerwärmung verantwortlich zu machen. Genau genommen äußert auch Greta Thunberg diesen Vorwurf nicht, aber über einige argumentative Klimmzüge schafft sie es dann doch, einen Zusammenhang herzustellen. Das Schlagwort heißt »Klimagerechtigkeit«, diese bedeute, eine allgemeine Verantwortung für die Menschenrechte zu übernehmen. Womit wir beim Dauerthema der »Palästinenser« angelangt wären. Denn egal, wie es um die Menschenrechte in anderen Teilen der Welt bestellt ist, auch um die von »palästinensischen« Gastarbeitern in arabischen Staaten, interessant wird es für Linke aller Couleur erst dann, wenn eine Beteiligung Israels vorliegt.

Schulterschluss mit BDS

Hat Greta Thunberg sich eventuell während ihrer Schulstreiks mit dem israelischen Mietrecht vertraut gemacht? Wir erinnern uns: Im Mai 2021 nahmen die Hamas und ihre Anhänger die Räumung einiger Häuser im Stadtviertel »Sheikh Jarrah« zum Anlass für Ausschreitungen in Jerusalem und beispiellose Raketenattacken auf den Süden Israels. Der auch in Deutschland kaum hinterfragte Vorwurf lautete, die israelischen Behörden hätten die Hausbewohner gewaltsam auf die Straße gesetzt. Vergessen wurde dabei gern, dass es sich bis 1948 um ein jüdisches Stadtviertel gehandelt hatte und die rechtmäßigen Besitzer der Häuser von der jordanischen Armee vertrieben worden waren. Um eine sozialverträgliche Lösung zu finden, entschied ein israelisches Gericht zugunsten des Wohnrechts der arabischen Familien. Diese sollten allerdings als eine Art Schadensersatz an die Nachfahren der ehemaligen Besitzer Miete zahlen. Da diese Mieten nicht besonders hoch angesetzt waren, funktionierte das auch eine Weile – bis die Hamas entschied, die Regelung verletze die Ehre der arabischen Bewohner. Es geschah das, was überall auf der Welt passiert, wenn jemand monatelang seine Miete nicht begleicht: Die Räumung wurde zunächst angedroht und dann durchgeführt. Greta Thunberg kümmerten diese rechtlichen Details nicht – sie teilte unhinterfragt die Tweets der BDS-Aktivistin Naomi Klein.

BDS und Fridays for Future zogen dabei nicht zum ersten Mal an einem Strang, auch in Deutschland kam das mehrfach vor. Im Mai 2020 bezeichnete die FFF-Ortsgruppe Rhein-Sieg Israel als »Apartheids-Staat« und postete ein »Free Gaza«-Foto dazu. In ihrem Tweet wurde weiterhin behauptet, Israel sei für die Ermordung von Millionen »Palästinensern« verantwortlich. Ein Narrativ, das vor allem in linken Kreisen weit verbreitet ist und sogar schon von prominenten SPD-Politikern wie Siegmar Gabriel übernommen wurde. Den Beweis dafür bleibt man üblicherweise schuldig, als handele es sich um eine unverrückbare Tatsache. Zwar gab es vom Dachverband eine halbherzige Entschuldigung, man »respektiere selbstverständlich das Existenzrecht Israels«. Luisa Neubauer, die ebenso beweislos Hans-Georg Maaßen des Antisemitismus bezichtigte, weil er das Wort »Globalismus« benutzt hatte, schwieg hingegen zur Verbrüderung ihrer eigenen Bewegung mit den Israel-Hassern. Das änderte sich auch nicht, als es im Oktober 2020 zu einer weiteren Entgleisung kam: FFF setzte sich auf einer Demonstration in Frankfurt dafür ein, die Migranten aus dem brennenden griechischen Flüchtlingscamp Moria aufzunehmen. Organisiert wurde die Aktion von der sogenannten »Migrantifa«, deren Aktivistin ihre Rede mit »Yallah Intifada – Palestine will be free, from the river to the sea« abschloss – einem eindeutigen Aufruf zur Vernichtung Israels. Auch in diesem Fall tat sich »Fridays for Future« mit einer Distanzierung schwer. Auch Luisa Neubauer schwieg erneut. Wagt man es nicht, sich der von Greta Thunberg vorgegebenen Leitlinie zu widersprechen, oder ist es FFF einfach egal? Hauptsache laut, Hauptsache Klima? Oder folgt man kritiklos der linken Mode, dass als »Israel-Kritik« getarnter Antisemitismus eine berechtigte Sache sei?

Vielleicht liegt es auch daran, dass andere Themen sowohl Greta Thunberg als auch die Fridays for Future Bewegung aus den Medien ein wenig verdrängt haben. Auch wenn die Energiewende in aller Munde ist, müssen gerade jetzt schnelle politische Lösungen her. Wenn die »Aktivisten« dann aber die Gaza-Karte ziehen, um sich wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, dann ist das nicht nur geschmacklos, sondern zeigt generell, wie weit man bereit ist, sich für seine Ziele zu radikalisieren. Vielleicht sollten Greta und Luisa sich auch einmal damit beschäftigen, dass die Hamas im Zuge ihrer Ausschreitungen auch immer wieder Naturschutzgebiete in Südisrael durch Brandsätze angriff – das klingt nicht nach einem geeigneten Verbündeten für Umwelt- und Klimabelange.

Documenta: Chronik eines angekündigten Skandals

Auch wenn der Judenhass nach 1945 sein braunes Kleid nicht vollständig abgelegt hat, so hüllt er sich heute vor allem in das Pali-Tuch der antisemitischen „Israel-Kritik“. Auf der Documenta in Kassel präsentierte sich der widerwärtige linke Israelhass auf dem Transparent des indonesischen Judenhass-Kollektivs „Taring Padi“. Im Stürmerstil wurden Juden als Schwein und als blutrünstiger Vampir dargestellt. Im Vorfeld haben Kultusstaatsministerin Claudia Roth und besonders die Linken und Grünen klare Warnungen des Bündnisses gegen Antisemitismus Kassel mit Missachtung und dem Verweis auf vermeintlich künstlerische Freiheit abgewiesen. (JR)

Das antisemitische Transparent der indonesischen Judenhass-Gruppe Taring Padi

Von Jonas Dörge

Im Laufe des 18. Juni 2022 baute das indonesische Künstlerkollektiv Taring Padi auf dem in Kassel zentral gelegenen Friedrichsplatz das Transparent „Volksgericht“ auf. Das wie ein Triptychon aufgebaute Panoramabild enthielt zentral in der Mitte eine im Stürmer-Stil gestaltete Figur eines Juden, der zudem einen Hut trug, auf dem die SS-Runen zu sehen waren. Links im Bild war neben anderen Figuren, die Sicherheitsorgane und / oder Nachrichtendienste darstellen sollten, auch eine Figur mit der Aufschrift „Mossad“ zu sehen. Diese Figur trug ein Tuch mit Davidstern um den Hals. Der unter dem Helm zu sehende Kopf stellte den eines Schweins dar.

Vor allem die zentral positionierte, im Stürmerstil gehaltene Figur löste einen Sturm des Entsetzens und Protests aus. Mit Ausnahme des örtlichen Vertreters der VVN BdA Dr. Ulrich Schneider erkannten alle wesentlichen Akteure des seit Januar andauernden Streits um die antiisraelische und antizionisitische Ausrichtung der documenta 15, dass es sich um eine nicht zu duldende antisemitische Darstellung handelt. Offensichtlich stellte die Figur genau das dar, was seit 1945 in Deutschland tabuisiert ist, den offen und klar ausgedrückten Antisemitismus.

Der vorher zum festen Bestandteil deutscher Geschichte und politischer Kultur Deutschlands gehörende Wahn, hat im Antizionismus und in der sog. Israelkritik einen Platzhalter gefunden, ein erstmals von Jean Amery aufgezeigter Zusammenhang. Seit dieser Zeit versuchen zahlreiche Publizisten, Politiker, Aktivisten und Intellektuelle diesen Zusammenhang zu dementieren und klagen ein Recht auf „Israelkritik“ ein. Am Antisemitismus-Skandal der documenta 15 stellt sich dieser Streit angereichert durch eine kräftige Prise dumpfen Lokalpatriotismus idealtypisch dar. Insofern ist der Skandal um das Transparent der Gruppe Taring Padi ein Lehrstück deutscher Ideologie.

Bündnis gegen Antisemitismus warnte schon früh

Der Zeitungsartikel der HNA „Mit Tanzen in den Widerstand“ vom 08.12.2021 war Auslöser der Recherchen des „Bündnis gegen Antisemitismus (BgA) Kassel“. Es wurde eine Video-Reihe besprochen, in der Gruppen, die auf der documenta 15 kuratiert wurden, vorgestellt wurden. Dort die Gruppe „The Question of Funding“ (QoF). Diese verkündete in einem Video u.a. das politische Ziel, die Autarkie der Gemeinschaft vor Ort zu erreichen um nicht nur nicht mehr von internationaler Hilfe abhängig zu sein, sondern auch kein Obst und Gemüse mehr aus Israel kaufen zu müssen.

Die Recherchen des BgA-Kassel ergaben, dass zunächst nicht das Kollektiv QoF kuratiert wurde, sondern das „Khalil Sakakini Cultural Center“ aus Ramallah. Der Namensgeber dieses Kulturzentrums Khalil al-Sakakini war ein „palästinensischer“ Pädagoge, Nationalist und eben auch Anhänger Hitlers. Yazan Khalili, der für die Gruppe QoF in dem Video auftritt, unterstützt BDS und tritt für die Abschaffung des Staates Israel ein. Er war von 2015 – 2019 Präsident eben dieses Kultur-Zentrums.

Darüber hinaus stellte sich heraus, dass die Führungsstruktur der documenta von Antizionisten, Israelhassern und vielleicht sogar von Antisemiten durchsetzt ist. Im documenta-Beirat, der auch als Findungskommission die ruangrupa aus Indonesien als Kuratoren bestimmte, sitzen mit Charles Esche und Amar Kanwar zwei Figuren, die gegenüber Israel ein feindliches Verhältnis auszeichnet. Esche hatte die Erklärung „Wir können nur ändern, was wir konfrontieren“ unterzeichnet, die sich nicht nur gegen die Bundestagsresolution zur antisemitischen BDS-Bewegung, sondern auch durch die Relativierung der Shoah auszeichnet, Kanwar ist u.a. Unterzeichner des „A Letter Against Apartheid“. Dieser Brief bezeichnet Israel als Apartheidsstaat und fordert neben dem ökonomischen, wissenschaftlichen auch den kulturellen Boykott Israels. Auch die zwei führend auftretenden Sprecher der ruangrupa, Farid Rakun und Ada Darmawan sind, neben zwei weiteren, der aus zehn Personen bestehenden Gruppe aus Indonesien, Unterzeichner oder Unterstützer dieses Briefes. Neben der ruangrupa und dem documenta-Beirat gehört zu der Führungsstruktur der documenta die künstlerische Leitung, das sogenannte „Artistic Team“. Dieses Team besteht aus fünf Personen, von denen ebenfalls vier, Andrea Linnenkohl, Ayşe Güleç, Gudrun Flentge und Lara Khaldi den „A Letter Against Apartheid“ unterzeichnet haben. Auch Khaldi war Präsidentin des schon erwähnten Kalil Sakakini Cultural Centers.

Am 09.01.2022 informierte das BgA-Kassel den Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der documenta-GmbH Christian Kassel. In der E-Mail an Geselle hieß es: „Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der documenta-GmbH können Sie sicherlich nicht alle Persönlichkeiten und Künstler kennen, die im Rahmen der kommenden documenta fifteen kuratiert werden und dort in den diversen Gremien sitzen. Der Bundestag fordert in seinem Beschluss vom 17. Mai 2019, ‚BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten - Antisemitismus bekämpfen‘, Organisationen und Personen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen nicht mit öffentlichen Geldern finanziell zu fördern und hat Länder, Städte und Gemeinden auf-

gefordert, sich dieser Haltung anzuschließen.

Mit der ‚Künstlergruppe' ‚The Question of Funding' aus Ramallah, die zunächst als ‚Cultural-Center Khalil al-Sakakini (KSCC)' vorgestellt wurde, ist jedoch genau eine Gruppe als ‚member' des ‚lumbung' geladen worden, die die BDS-Bewegung und ähnliche Initiativen unterstützt. Auch weitere Künstler, die sich in dieser Richtung engagieren, werden als member des lumbung genannt. Das verwundert nicht, weil in den verschiedenen Gremien der documenta fifteen Unterstützer der Boykottbewegung gegen Israel agieren." Das BgA-Kassel bot das Gespräch an.

Eine Antwort gab es nicht. Nachdem die HNA die Recherchen des BgA-Kassel umfangreich darstellte, die Veröffentlichung auf dem Blog „Ruhrbarone" folgte und als erstes Christian E. Schmidt in der Zeit und danach andere überregionale Zeitungen das Thema aufgriffen, äußerte sich der Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende am 16.01.2022. In einer Pressemitteilung hieß es u.a.: „Die documenta ist eine internationale Kunstschau, die nicht allein die deutsche Sicht auf Vermittlung künstlerischer Positionen, sondern gerade die internationale Sicht zum Gegenstand hat. […] Eine Überprüfung oder gar einen Eingriff in die künstlerische Freiheit dürfe es nicht geben."

Aktivistin Malca Goldstein-Wolf im Einsatz gegen Antisemitismus

Protest wurde konterkariert

Vor dem Hintergrund der Diskussionsverweigerung, der sturen Abwehr jeder Kritik und den Versuchen, die Kritiker als Rassisten zu denunzieren, entschied sich das BgA-Kassel zusammen mit Malca Goldstein-Wolff (Köln) Ende Januar zur Eröffnung der documenta eine Protestkundgebung zu organisieren. Als Ort des Protestes wurde der Friedrichsplatz gewählt, weil dort sich sowohl die zentrale Institution der documenta, das ruruHaus, als auch wichtige Ausstellungsräume befinden. Am 01.06.2022 erreichte das BgA-Kassel folgende E-Mail: „Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass es nicht möglich ist, dass Sie Ihre Versammlung an dem gewünschten Standort abhalten können." Das Ansinnen des Ordnungsamtes, die Kundgebung abseits des Geschehens zu verbannen, akzeptierte das BgA-Kassel nicht. Unter Einschaltung des RA Joachim N. Steinhöfel gelang es dann, das Recht auf Versammlungsfreiheit, zu dem es auch gehört, den Ort der Versammlung zu bestimmen, durchzusetzen.

Am 18. Juni 2022, noch bevor der offene Antisemitismus der Künstler der Gruppe Taring Padi bekannt wurde, fand die Kundgebung gegen die antizionistische und antiisraelische Ausrichtung der documenta statt. Dieses Ansinnen war und ist nicht nur in Kassel unpopulär. Entsprechend besuchten nur etwas mehr als 100 Menschen die Kundgebung. Schwach war insbesondere die Beteiligung aus Kassel. Es redeten u.a. der hessische Landtagsabgeordnete der FDP Dr. Stefan Naas und ein Vertreter der Gruppe Thunder in Paradise aus Frankfurt. Aus Kassel beteiligten sich das Junge Forum DIG und die Junge Union.

Das Bündnis gegen Antisemitismus Kassel hat mit starker Stimme auf die Missstände aufmerksam gemacht

Während also im Vorlauf der Eröffnung seitens der documenta gegen jede Evidenz alles daran gesetzt wurde, jeden Verdacht zu zerstreuen, dass antiisraelische und antizionistische Aktivisten im Namen der Kunstfreiheit mit Steuergeldern gefördert werden und bis zuletzt Geselle, die hessische Staatsministerin Angela Dorn und Dr. Sabine Schorman Kritik an der documenta als unzulässig bezeichneten, bewahrheitete sich die Annahme der Kritiker, zu denen sich seit Mai vor allem der Zentralrat der Juden, die WerteInitiative und das AjC gesellten. Aus Kassel waren bis auf eine verhaltene Stellungnahme der Jüdischen Gemeinde und des Sara Nussbaum Zentrums keinerlei Gegenstimmen zu vernehmen.

Noch vor der Eröffnung wurde aber u.a. bekannt, dass ein aus dem Gaza kommender Künstler das Werk „Guernica – Gaza" präsentiert. Mit diesem Werk setzte der Künstler die Verteidigung Israels gegen Terror mit dem Bombenangriff deutscher Nazi-flieger auf die baskische Kleinstadt gleich. Dies führte dazu, dass auch der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Ausrichtung der documenta deutlich kritisierte. Er gab vor, was im Sinne der „Israel-Kritik" zu tolerieren ist, nämlich Kritik am „Siedlungsbau" und an der Politik Israels und was nicht. Die Koalition aus der vom Postkolonialismus und der postmodernen Linken dominierten Szene der Kulturschaffenden, die unter den documenta-Machern das Sagen hat, mit den borniert lokalpatriotischen und beratungsresistenten Vertretern der Lokal- und Landespolitik brachte den Zusammenhang zu Tage, den auch Steinmeier nicht gerne sieht. Antizionismus ist ohne Antisemitismus nicht zu haben.

Jonas Dörge ist Jahrgang 1962 und hat Politikwissenschaft und Geschichte in Kassel studiert. Seit 2009 ist er im Bündnis gegen Antisemitismus Kassel aktiv.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Sawsan Chebli: Das Feigenblatt islamischer Fundamentalisten

Von Sawsan Chebli, die sich bei öffentlichen Empfängen gerne im „Pali-Dirndl" präsentiert und verfassungsbedenkliche islamische Organisationen unterstützt, stammt der alle Fakten auf den Kopf stellende Ausspruch, Antisemitismus bedrohe vor allem auch Muslime. Die ehemalige Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in der Berliner Senatskanzlei wird nicht müde, den vermeintlich muslimischen Opferstatus in Deutschland zu kultivieren. Nun soll Cheblis Opfer-Larmoyanz noch eine Etage höher eingeordnet werden. Chebli wird als vorrangige Kandidatin für das Amt der neuen Staatssekretärin von Innenministerin Nancy Faeser gehandelt. Laut „Bild" werden Chebli sogar Ambitionen nachgesagt, selbst Bundesinnenministerin werden zu wollen, falls Faeser wie vermutet bei der Hessen-Wahl 2023 für die SPD als Spitzenkandidatin antreten sollte. (JR)

Von Birgit Gärtner

Sawsan Chebli mit Anton Hofreiter (Die Grünen)

Anfang Juni 2022 berichtete die Bild, dass u.a. die Berliner Politikerin Sawsan Chebli (SPD) als mögliche Kandidatin für eine neu zu besetzende Position als Staatssekretärin im Bundesinnenministerium gehandelt werde. Diese Nachricht sorgte für Wirbel. Zu Recht, denn für ein hohes politisches Amt ist sie aus vielerlei Gründen nicht geeignet.

Um die ehemalige „Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund" und „Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in der Berliner Senatskanzlei" war es still geworden, nachdem ihr Plan scheiterte, 2021 für den Bundestag zu kandidieren. Bei einer parteiinternen Abstimmung um das Direktmandat im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf machte ihr Kontrahent, der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, das Rennen. Nun will sie offenbar zurück auf die politische Bühne. Doch warum verursachte diese Nachricht so viel Wirbel? Ein Blick in ihren Kleiderschrank könnte helfen, diese Frage zu beantworten.

Ein Hijab – so viel sei vorab verraten – wird sich darin vermutlich nicht finden. Obwohl Sawsan Chebli eigenen Worten zufolge als praktizierende Muslimin die Verschleierung als „religiöse Pflicht" betrachtet. Aber da sie der Auffassung ist, dass Gott ihr das Leben nicht schwerer, sondern leichter machen will, geht sie die Sache mit dem Hijab eher pragmatisch an – jedoch nicht ohne die deutsche Mehrheitsgesellschaft des „antiislamischen Rassismus" zu bezichtigen: Die Verschleierung sei keine der Säulen des Islams, wohl aber Frauen in Deutschland bei der Karriere hinderlich. Frauen, die ein Kopftuch trügen, würden im Alltag immer noch diskriminiert und als unterdrückte Geschöpfe wahrgenommen, so die Politikerin.

Im Pali-Dirndl in Amt und Würden

Über ihre Herkunft spricht sie nicht so gern, wie sie auf einem SPD-internen feministischen Portal schrieb:

„Ich jedenfalls wollte mich nicht erklären, wollte nicht über Palästina sprechen, das Land, aus dem meine Eltern als Kinder mit ihren Eltern fliehen mussten, um dann noch einmal zu erklären, dass sie eigentlich aus Städten geflohen sind, die heute in Israel liegen. Meist führte meine Antwort auf die Frage „Woher kommst du" zudem dazu, dass mein Gegenüber meinte, sich zum Nahostkonflikt positionieren und mir erklären zu müssen, dass Deutsche sich nicht trauten, Israel zu kritisieren, weil sie stets Gefahr liefen, als Antisemiten dargestellt zu werden."

Sie selbst hat da weitaus weniger Hemmungen. Und da wird dann auch ihr Kleiderschrank interessant, denn darin befinden sich mindestens zwei Gewänder, jeweils ein zum Kleid gewordenes Palästinensertuch, eines in grün, der Farbe der Hamas, und eines in rot, der Farbe der PFLP.

Woher Sawsan Chebli ihre Garderobe bezieht, ist nicht bekannt, die Pali-Dirndl sind jedoch nicht einzigartig, eine junge Schwedin hat den Marktwert des guten alten Arafat-Feudels entdeckt und daraus einen eigenen Modestil kreiert.

Laut Kundeninformation des Internetshops „Made in Palestine" wurde das Tuch „den 90ern wegen der grünen Farbe als ´Hamas-Tuch` stigmatisiert und nicht mehr produziert. Heute feiert dieses Schmuckstück sein Comeback". U.a. als Pali-Dirndl der Staatssekretärin Sawsan Chebli, die damit Anfang September 2018 im Auftrag der Bundesregierung den katarischen Scheich empfing, einem der Hauptsponsoren der Hamas, der mit 10 Mrd. € im Gepäck anreiste, die er in Europa zu investieren gedachte.

Das Kleid trug sie kurz vorher bei einer Veranstaltung, bei der ein Integrationspreis der Presse vorgestellt wurde. Auch da saß sie in ihrer Eigenschaft als Staatssekretärin. Auf Fotos ist sie mit dem gleichen Modell in rot zu sehen.

Die Kleider trug sie also bei offiziellen Anlässen in Ausübung ihres jeweiligen Amtes. Insofern geht uns ihr Kleiderschrank alle etwas an, denn die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei den Gewändern nicht um Trachtenfolklore, sondern um ein politisches Statement handelt.

Ihr Werdegang

Sawsan Chebli wurde im Juli 1978 als zwölftes von insgesamt dreizehn Kindern einer Einwandererfamilie geboren. Ihre elf älteren Geschwister wurden alle im Libanon geboren. Dort lebten die Eltern seit 1948 als Flüchtlinge und kamen 1970 nach Westdeutschland. Drei Mal wurde der Vater in den Libanon abgeschoben, drei Mal kam er zurück. 1993 erhielt die Familie schließlich die deutsche Staatsbürgerschaft.

Zum Islam kam die Familie durch ihren Bruder, der in Schweden als Imam arbeitete und Presseberichten zufolge die dortige Regierung beraten haben soll. 2018 trauerte die Politikerin öffentlich um diesen Bruder. Dadurch wurde ich neugierig und begann zu recherchieren. Dabei stieß ich auf einen Imam namens Ayoub Chibli, vermutlich besagter Bruder Sawsan Cheblis, der offenbar tief eingebunden war in die dortigen Strukturen der Muslimbruderschaft (MB). Beerdigt wurde er in der Wakf-Moschee, die 2017 in Malmø von Katar finanziert als größte Moschee Skandinaviens eröffnet wurde. Laut Hamed Abdel-Samad ist diese Moschee für ihre salafistische Ausrichtung bekannt.

Sawsan Chebli machte Abitur und studierte Politikwissenschaften in Berlin. Während ihres Studiums jobbte sie als studentische Hilfskraft bei einem SPD-Bundestagsabgeordneten, nach ihrem Abschluss und mittlerweile selbst SPD-Mitglied als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei zwei weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten.

2010 schneiderte der ehemalige Innensenator Berlins, Erhart Körting (SPD), ihr eine Stelle auf den Leib: Sie wurde Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten.

Diesen Job machte sie gut – jedenfalls aus Sicht der konservativen Muslime, wie der „Tagesspiegel" berichtete:

„Sie ist sehr engagiert und gut vernetzt", sagt der Geschäftsführer des Deutsch-Arabischen Zentrums, Ali Maarouf. „Sie gibt uns eine Stimme." Dem stimmt Mohamad Zaher von der „palästinensischen" Gemeinde zu. „Sie denkt an unsere Jugendlichen und meldet sich, wenn im öffentlichen Dienst Ausbildungsplätze besetzt werden sollen."

Und wie sie sich um die Jugend kümmerte! In einem Interview sagte sie, sie hielte die Scharia und das Grundgesetz für kompatibel. Später korrigierte sie die Aussage dahingehend, dass sie die Scharia als Verhältnis zwischen Mensch und Gott in Form von religiösen Vorschriften, z. B. Gebete, Speisevorschriften etc. gemeint habe. Da sehe sie keine Probleme mit der Vereinbarkeit.

Sie initiierte u. a. die Organisation JUMA, „Jung, Muslimisch, Aktiv", deren Mitglieder sich im Umfeld von durch Verfassungsbehörden als der

Muslimbruderschaft nahestehend zugeordneten Organisationen, der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) sowie DITIB bewegen. Juma ist das Freitagsgebet, das in der Moschee zu verrichten den muslimischen Männern zwingend vorgeschrieben ist. Womit wiederum begründet wird, warum Frauen der Zutritt in die Moscheen verwehrt wird: Sie müssen nicht in der Moschee beten und würden den Männern nur den Platz wegnehmen. So werden Moscheen zu reinen Männerhäusern, wahlweise staatlich oder aus dem islamischen Ausland alimentiert, oder beides. Die meisten Aktiven von JUMA streben eine akademische Laufbahn an, die überwiegende Mehrheit der Frauen trägt laut Sawsan Chebli den Hijab.

Laut „Berliner Zeitung" posierte 2013 eine Juma-Aktivistin mit Maschinengewehr im Holocaust-Mahnmal. Später soll sie sich dafür entschuldigt haben, heißt es auf einer Webseite.

Im Opfermodus

Unlängst fiel sie mit einer Aussage zum Antisemitismus unangenehm auf. In einem Podcast der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus" (KIgA e.V.) sagte sie:

„Antisemitismus bedroht uns alle, es bedroht vor allem auch Muslime."

Laut „Berliner Zeitung" (BZ) begründete sie ihre Aussage mit folgenden Worten:

„Diejenigen, die Antisemitismus schüren, sind ganz oft auch Islamhasser" – und meinte damit rechtsextreme Judenhasser. Gegen die müssten sich die jüdischen und muslimischen Communitys verbünden."

Die BZ kommentierte:

„An sich wäre das nicht problematisch – würde sich nicht durch den gesamten Podcast der Eindruck ziehen, sie kultiviere bei allem Engagement (eine Schülerreise zur Gedenkstätte Auschwitz zum Beispiel) auch eine Opferrolle für Muslime."

Dafür führt das Blatt mehrere Beispiele an, die laut BZ keine Solidarität mit den jüdischen Opfern bekunden, sondern mit Muslimen, die nicht selten als Täter antisemitischer Straf- und Gewalttaten in Erscheinung treten.

Dem Historiker Michael Wolffsohn zufolge gibt es in Europa „drei Quellen für antijüdische Gewalt", wie er in dem Podcast „in dubio" der Achse des Guten (ach.gut) dem Interviewer Gerd Buurmann erläuterte:

„Die Gefahr des antijüdischen Islamismus.

2. des Rechtsextremismus und

3. des Linksextremismus."

Allerdings, so der Historiker weiter, käme es häufig zu einer unheiligen Allianz zwischen Islamisten und Linksextremisten, in Frankreich Islamo-Gauchisme genannt.

Als größte Bedrohung benannte er indes den „islamistischen Terror". Dieser habe dazu geführt, dass Zig-Tausende Juden mittlerweile Frankreich verlassen hätten. Um das Jahr 2.000 herum hätten in Frankreich noch ca. 500.000 Jüdinnen und Juden gelebt, unterdessen seien es noch 420 – 440.000.

Erinnert sei an dieser Stelle stellvertretend für die vielen jüdischen Opfer islamistischen Terrors in Frankreich an Sarah Halimi, die am 4. April 2017 von ihrem aus Mali stammenden muslimischen Nachbarn in ihrer Wohnung schwer misshandelt und anschließend aus dem Fenster geworfen wurde.

Verantwortlich für solche Taten machte Michael Wolffsohn in dem Podcast die französische Regierung, die nicht fähig sei, „diesen islamistischen Terror, der sich vornehmlich gegen Juden richtet zu bekämpfen".

Diese Unfähigkeit bescheinigte er auch der deutschen Regierung.

Wie Recht er damit hat, zeigt der Fall eines Juden, der bei einer Solidaritätskundgebung unter dem Motto „Jewish Lives Matter – Kein Antisemitismus in Deutschland. Schluss mit Hass und Hetze gegen Juden" im September 2021 in der Hamburger Innenstadt tätlich angegriffen und so schwer verletzt wurde, dass er auf einem Auge nie mehr wird sehen können.

Die Kundgebung von einer Gruppe junger Migranten zunächst verbal angegriffen, einer der Jugendlichen attackierte einen der Teilnehmer so brutal mit einem Faustschlag, dass dieser mit Joch- und Nasenbeinbruch in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.

Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem Hauptverdächtigen um einen jungen Schauspieler. U. a. wirkte er mit in dem Film „Evolution": Darin wird die Geschichte einer jüdischen Familie vom Holocaust bis in die Gegenwart geschildert und Regisseur Kornél Mundruczó ließ Biographisches einfließen.

„Bild" recherchierte, dass der als tatverdächtig geltende Schauspieler Aram Ahmadi in dem Film den jungen Muslim Ali spielt, der seinen jüdischen Mitschüler Jonas mobbt und auch handgreiflich gegen ihn wird.

Die Agentur „Kokon", die Aram Ahmadi in ihrer Kartei führte, trennte sich nach dem Vorfall von ihm. Dorothea Trebs, Leiterin von „Kokon", attestierte ihm Medien gegenüber schauspielerisches Talent. Doch möglicherweise ist das von der Agentur gepriesene schauspielerische Talent ja auch darin begründet, dass er seine Aversion gegen Juden nicht spielen musste...

In Kürze beginnt in Hamburg der Prozess gegen Aram Ahmadi und seinen ebenfalls tatverdächtigen Bruder.

Scharia-Staaten kaufen sich in westliche Gesellschaften ein

Ihr grünes Pali-Dirndl trug Sawsan Chebli wie erwähnt bei einer ganz besonderen Gelegenheit:

Von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt, fand Anfang September 2018 in Berlin das „Katar-Deutschland Forum für Business und Investment" statt: Ein Treffen etwa 900 Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft verschiedener europäischer Staaten mit einer mehr als 300-köpfigen Delegation aus Katar, angeführt von Emir Scheich Tamim bin Hamad al-Thani. Der Emir hatte 10 Mrd. € im Gepäck, die er in Europa zu investieren gedachte. Sawsan Chebli wurde von der Bundesregierung beauftragt, den Gast am Flughafen abzuholen und führte bei dieser Gelegenheit ihr grünes Pali-Dirndl aus.

Rein zufällig? Die Botschaft ist offenbar jedoch angekommen, in der Bildunterschrift in arabischen Medien wird es als "al kufiya al falästinia", „palästinensisches" Nationalsymbol, beschrieben.

Dieses Treffen ist nicht das einzige seiner Art, auch mit anderen Staaten findet ein entsprechender Austausch statt. Um zahlungskräftige Araber nach Deutschland zu holen, werden weder Kosten noch Mühen gescheut: So wurden laut „Tagesspiegel" in der Berliner Vivantes-Klinik, 1,5 Millionen Euro in eine Komfortstation mit 53 Betten investiert". Neben Komfort für den gehobenen Bedarf reicher Araber und auch Chinesen, wird diese Komfortstation entsprechend ausgestaltet, z. B. durch ein entsprechendes Speisen-Angebot und auch „kultursensiblem" Personal, z. B. Frauen mit Hijab. Verantwortlich für diesen Bereich bei Vivantes war lange Jahre Sawsan Cheblis Ehemann Nizar Maarouf.

Die Scharia als gemeinsames Ziel

Am Beispiel Katar lässt sich gut verdeutlichen, welche Auswirkungen diese wirtschaftliche Zusammenarbeit auf unsere Gesellschaft hat.

> Die arabischen Herrscher, so auch der Emir von Katar, wollen mehr als Handelsbeziehungen, sie wollen politischen Einfluss und die Ausbreitung des Scharia-Islams auch im Westen vorantreiben.

Die Muslimbruderschaft hat vielfältige Verbindungen zu Katar. Die Gastfreundschaft der MB und deren Ableger Hamas gegenüber sorge immer wieder für Ärger mit den Nachbarn, schreibt Sascha Adamek in dem Buch „Scharia-Kapitalismus – Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir selbst". Laut Sascha Adamek unterhält die Hamas ein Büro in Doha, der Hauptstadt von Katar, wobei „das Land zu den Staaten gehört, aus denen immer wieder offiziell und inoffiziell islamistische Rebellengruppen und Terrororganisationen unterschiedlichster Ausrichtung finanziert worden sein sollen – meist durch private Stiftungen, die allerdings in das elitäre Herrschaftssystem des Emirats eingebunden sind." Die Gelder flössen, so Sascha Adamek, nicht direkt auf Konten der diversen Organisationen, sondern an humanitäre und religiöse Stiftungen. 2016 verkündete der Emir, der im September 2018 die Wirtschaftsdelegation anführte, 30 Mio. US-Dollar für die Hamas zur Zahlung der Beamten zur Verfügung zu stellen.

Auch sind Einrichtungen der Muslimbruderschaft in Katar angesiedelt, Yusuf al-Qaradawi, der Chefideologe der MB, besitzt die katarische Staatsbürgerschaft, der Sender Al Jazeera bietet ihm die Bühne zur Verkündung seiner abstrusen Theorien.

Der IWF schätzt die Auslandesbeteiligung Katars auf 136 Milliarden US-Dollar. In Berlin gehören zahlreiche Hotels, Kaufhäuser, Shoppingmalls, etc. arabischen Immobilienfirmen.

Der Autor attestiert dem Reich des Emirs, um den die Wirtschaftsbosse sich reißen: „Bis in die Wirtschaftsgesetze hinein regiert das Recht der Scharia. Gäbe es einen Staat, der die Ausrufung des Scharia-Kapitalismus für sich beanspruchen wollte, so lautete sein Name zweifelsohne Katar."

Doch die arabischen Herrscher, so auch der Emir von Katar, wollen mehr als Handelsbeziehungen, sie wollen politischen Einfluss und die Ausbreitung des Scharia-Islams auch im Westen vorantreiben. So findet der Berliner Journalist im Islamischen Kulturzentrum in Doha Hochglanzbroschüren zum Islam in deutscher Sprache. Diese sind bestimmt, in Deutschland in den Moscheen und islamischen Zentren ausgelegt zu werden. Eines davon trägt den Titel „Jesus und Maria im Qurán". Der Inhalt liest sich folgendermaßen: „Jesus wird richtigstellen, dass er ein Prophet Gottes ist und nicht Gott oder der Sohn Gottes und er wird alle Menschen auffordern, Gott allein anzubeten und sich ihm allein im Islam zu unterwerfen." Die Weigerung habe eine göttliche Bestrafung zur Folge. Als Beispiel werden die Juden genannt: "Obwohl nicht alle Juden es glauben, Esra (Jesus, Anm. d. Verf.) sei der Sohn Gottes, haben sie jedoch versäumt, es zu verurteilen. Wenn einer Sünde gestattet wird, zu überdauern und sich zu verbreiten, wird die Gemeinschaft verantwortlich."

Sascha Adamek fragt sich: „Wer steckt hinter dem Hochglanzprodukt? (...)

Als Übersetzer des Textes ins Deutsche wird immer Dr. Moulay Mohamed Ghembaza genannt. Dieser erweist sich als deutschen Sicherheitsbehörden bereits bekannter Name, denn er übersetzte diverse salafistische Schriften zum Zweck ihrer Verbreitung in Deutschland. Der von Katar honorierte Übersetzer übertrug auch das Buch „Frauen im Schutze des Islam" von Abdurrahman al-Sheha ins Deutsche, in dem als ´Heilmittel, um eine ungehorsame Frau zu behandeln`, am Ende sogar vorgeschlagen wird: ´Schlagen ohne zu verletzen, Knochen zu brechen, blaue oder schwarze Flecken auf dem Körper zu hinterlassen und unter allen Umständen vermeiden, ins Gesicht zu treffen`."

Eine Möglichkeit, eine Gesellschaft nachhaltig zu verändern, ist der Einkauf in die dortige Ökonomie. Stück für Stück erobern arabische Läden unsere Einkaufsstraßen: orientalische Backwaren, Falafel-Imbisse, Friseure, selbstverständlich Frauen und Männer getrennt, Hijab-Stores, Halaāl-Zertifizierung an immer mehr Restaurants und Imbissen. Auch deutsche Firmen stellen sich auf die Kundschaft ein und lassen immer mehr Produkte halāl zertifizieren. Auf die Präsenz von Juden wird dabei genauso wenig Wert gelegt wie auf die von Frauen.

So gehen Politik und Wirtschaft Hand in Hand und ebnen Staaten, in denen Menschenrechte nichts gelten und die bekanntermaßen die verschiedensten Terrorgruppen finanzieren und die, ebenfalls bekanntermaßen, großes Interesse an der Ausbreitung des fundamentalen Islams haben, den Weg in unsere Gesellschaft. „Integration Deutschlands in das islamische Milieu", nennt der Autor Ralph Ghadbahn das in seinen Büchern. Wenn es eine sinnbildliche Darstellung dieser These gibt, dann die einer deutschen Politikerin im islamisch leuchtenden Pali-Dirndl beim Empfang eines Hamas-Finanziers ...

Die Autorin lebt in Hamburg und ist seit knapp 30 Jahren als Journalistin tätig, für Print- und Online-Medien, sowohl in einer Redaktion als auch freiberuflich, als auch als Pressesprecherin oder Öffentlichkeitsreferentin. Seit geraumer Zeit beschäftigt sie sich mit fundamental-islamischen Strukturen.

Ampelregierung will dauerhaftes Bleiberecht für über 100.000 abgelehnte Asylbewerber

Wer hierzulande fünf Jahre als Geduldeter lebt, soll die Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen, so die Pläne der Ampelregierung. Mit dem sogenannten „Chancen-Aufenthaltsrecht" will Innenministerin Nancy Faeser mehr als 100.000 meist muslimische Migranten in Deutschland außerhalb des üblichen rechtsstaatlichen Prozederes de facto einbürgern. (JR)

Von Vincent Steinkohl

John MACDOUGALL / AFP

Der überproportionale Anteil migrantischer Täter in der Kriminalstatistik spricht gegen die Aufnahme von 100000 abgelehnten Asylbewerbern.

Politik ist, wenn die Reichen und Mächtigen uns auf den Kopf pinkeln und die Medien uns erzählen, es würde regnen. Der Urheber dieser vulgären, doch nicht völlig unzutreffenden Polemik ist nicht bekannt, jedoch steckt viel Wahres in diesem Satz. Denn wer im „besten Deutschland, dass es jemals gegeben hat" weder links-progressiv noch islamistisch veranlagt ist - wobei auch Hybridformen aus beidem existieren - und sich für Politik interessiert, muss dermaßen hart im Nehmen sein, dass es schon an Masochismus grenzt. Seit Jahren ist der deutsche Zeitgeist geprägt von einer herrschenden Klasse, die zuerst fremde Länder und himmelsstürmerische internationale Großprojekte im Blick hat, bevor sie einen schnöden Gedanken an die eigene arbeitende Mehrheitsbevölkerung verliert. Dass das Wohlergehen Deutschlands die oberste Priorität innehat, muss ernsthaft bezweifelt werden. Um diesen harschen Vorwurf nachvollziehen zu können, sei an einige gesellschaftliche Ereignisse der letzten Jahre erinnert: An den so opportunistischen wie kurzsichtigen Ausstieg aus der Atomenergie, der uns die höchsten Strompreise der Welt beschert hat, zum Beispiel. Oder an die völlig unkontrollierte Grenzöffnung von 2015, die der Bundesrepublik ein Plus bei Gruppenvergewaltigungen beschert hat und die das allgemeine Sicherheitsgefühl der Deutschen nachhaltig beschädigt hat. Oder wie wäre es mit den verheerenden Corona-Maßnahmen, auf deren Höhepunkt im Dezember vergangenen Jahres die von Zwangsgebühren alimentierte ZDF- „Journalistin" Sarah Bosetti Millionen ungeimpfter Bürger als „Blinddarm der Gesellschaft" bezeichnet hat? Von Verzichtsappellen des Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck, der im Ruhestand bescheidene 200.000 Euro im Jahr verdient und mit Blick auf die drohende Energiekrise im Winter verkündet hat, „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit", will ich gar nicht erst anfangen.

Fernab der Realität

In Anbetracht dieser eklatanten Verfehlungen stellt sich politischen Beobachtern die Frage, ob diese Menschen das alles ernst meinen. Ist der durchschnittliche Berufspolitiker dermaßen weit entfernt von den Sorgen und Nöten normaler Menschen, dass er es nicht besser weiß? Man muss davon ausgehen, wenn man auf die neueste Schnapsidee unserer Sonnenkönige blickt. Nach Plänen der Ampelkoalition sollen nämlich abgelehnte Asylbewerber dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, sofern sie über eine Duldung verfügen und sich gut integriert haben. Innenministerin Nancy Faeser plant, ein sogenanntes „Chancen-Aufenthaltsrecht" einzuführen, von dem nach aktuellem Stand mehr als 100.000 Ausländer profitieren würden. Migranten, die seit mindestens fünf Jahren mit einer Duldung in Deutschland leben, sollen demnach die Möglichkeit erhalten, für immer legal in Deutschland zu bleiben. Betroffene sollen zunächst eine einjährige Aufenthaltserlaubnis „auf Probe" erhalten. Wenn sie in diesem Zeitrauem nachweisen können, die deutsche Sprache zu beherrschen und ihren Lebensunterhalt sichern zu können, sollen sie ein langfristiges Bleiberecht bekommen. Es ist wohl müßig zu erwähnen, dass auch die FDP dieses Vorhaben unterstützt.

Abschiebung von Gewalttätern ist nichts als ein Lippenbekenntnis

Zwar sollen Straftäter vom dauerhaften Bleiberecht genauso ausgeschlossen werden, wie diejenigen, die ihre Identität falsch angegeben hatten, um ihrer Abschiebung zu entgehen, doch fällt es hinsichtlich des aktuellen politischen Unvermögens, selbst islamistische Gefährder außer Landes zu bringen sehr schwer, das zu glauben. Wer in den Augen unserer Bundesregierung als „gut integriert" gilt, wissen wohl nur die Götter. Angesichts der Ernennung einer Ferda Ataman zur „Antidiskriminierungsbeauftragten", die gerne mal todesmutige Islamkritiker wie Hamed Abdel Samad oder Seyran Ates diffamiert, wenn sie nicht gerade Deutsche als „Kartoffeln" beschimpft, dürfte die Messlatte für gelungene Integration nicht allzu hoch hängen.

Zudem ist Papier geduldig und ein Gesetz nur so viel wert wie der Wille der Machthaber, dieses auch durchzusetzen. In Bezug auf zumeist muslimische Gewalttäter ist die Justiz hierzulande schon seit Jahren heillos überfordert. Im Nachgang der unrühmlichen Kölner Silvesternacht von 2016 kam es nach über 1.200 Strafanzeigen zu lächerlichen 37 Verurteilungen. Nachdem sich im Berliner „Insulaner"-Freibad im Juni dieses Jahres rund 100 zumeist orientalisch aussehende junge Männer einmal mehr von ihrer Schokoladenseite präsentiert und eine handfeste Massenschlägerei angezettelt haben, konnte die Polizei stolze vier Tatverdächtige ermitteln. Mag sein, dass sich diese Zahl im Laufe der nächsten Tage und Wochen erhöhen wird, doch die überwältigende Mehrheit solcher Taten bleibt stets ungesühnt. Glaubte man dem Statistischen Bundesamt, wanderten im Jahr 2021 rund eine Millionen Ausländer in die Bundesrepublik ein, im selben Jahr wurden nur 11.000 Abschiebungen vollzogen. Dass es sich dabei mitnichten um Fachkräfte und Hirnchirurgen handelt, dürfte auf der Hand liegen. Während sich dieser Tage, wie unlängst in Duisburg, ausländische Familienclans Schießereien auf offener Straße liefern, oder wie unlängst in Berlin völlig legal millionenschwere Anwesen zulegen, tut die Bundesregierung ihr Bestes, diese Zustände noch weiter zu verschlimmern. Die Politik wiederholt derweil, trotz gegensätzlicher Zahlen dogmatisch, die größte politische Gefahr gehe von rechts aus, Integration sei keine Einbahnstraße und Zuwanderung aus der dritten Welt sei ein Erfolgsmodell.

Die politische Linke wird Opfer ihrer selbst

Ein abendlicher Spaziergang durch westdeutsche Innenstädte oder ein Blick in die Kriminalstatistik offenbaren jedoch ein völlig anderes Bild. Der moderne Gutmensch beschuldigt allzu gerne seine politischen Gegner, einfache Antworten auf schwierige Fragen zu suchen, doch handelt es sich hierbei zumeist um Projektion. Auf kritische Fragen reagiert er oft instinktiv mit nichtssagenden Plattitüden wie „Hass ist keine Meinung", oder „Kein Mensch ist illegal". Entgegen den Fantasie-Konstrukten neulinker Intellektueller unterteilt sich die Welt jedoch nicht in einen unterdrückerischen neo-kolonialistischen Westen auf der einen, und den Rest der Welt auf der anderen Seite. Viele Zuwanderer, vor allem diejenigen aus Nahost und Afrika, bringen Wertvorstellungen und Ressentiments mit, die man in Deutschland bereits lange überwunden hat. Dass es gerade die politische Linke ist, die sich seit jeher dem Kampf für Minderheiten jeglicher Art verschrieben hat, die diese Menschen blauäugig willkommen heißt, ist ein Treppenwitz der Geschichte. Die überwältigende Mehrheit antisemitischer Gewalttaten geht heutzutage auf das Konto von Muslimen. In der Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus" des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung von 2018 gaben Opfer antisemitischer Gewaltdelikte zu 81 Prozent an, die mutmaßlichen Täter hätten einer „muslimischen Gruppe" angehört. In einer 2013 veröffentlichten Untersuchung der Universität Bielefeld fanden nur drei Prozent der Befragten mit deutschem Familienhintergrund, Juden hätten zu viel Ein-

fluss in der Welt. Bei den Befragten mit türkischem Hintergrund waren es hingegen 25 Prozent, also jeder vierte. Bei arabischen Familien stimmten dieser These sogar 40 Prozent zu. Eine nichtrepräsentative Umfrage im Auftrag des „American Jewish Committee“ (AJC) ergab, dass ein negatives Israel-Bild bei vielen Migranten aus Syrien oder dem Irak beinahe selbstverständlich sei. In Zeiten der dogmatischen Wissenschaftsgläubigkeit, in der das simple Erkennen von Mustern und Tendenzen auf Grundlage eigener Erfahrungen keinen Wert mehr hat, muss der Wahrheitssuchende froh sein über derartige Erhebungen. Denn der Besuch einer beliebigen Oberschule in Westdeutschland würde für diese Erkenntnisse völlig ausreichen, schließlich gilt „Yahudi“ (arabisch: „Jude“) schon seit Jahrzehnten als Schimpfwort in jenen Milieus.

Migration aus vorwiegend israelfeindlichen Ländern bedroht die Sicherheit der Juden in Deutschland

Die ewige Opferrolle

Als wäre das alles nicht schlimm genug, sind es ausgerechnet die aggressivsten demografischen Gruppen, die am lautesten „Diskriminierung“ schreien und sich über „strukturellen Rassismus“ beschweren. Komischerweise hört man derartige Anklagen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft niemals aus dem Mund von Vietnamesen oder Italienern. Vermutlich sind die zu beschäftigt damit, Geschäfte zu eröffnen und für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Die Ankläger sind stets die üblichen Verdächtigen. Auf Staatskosten fürstlich lebende hauptberufliche Rassismus-Opfer wie die ehemalige Berliner „Staatssekretärin für Bürgerliches Engagement und Internationales“, Sawsan Chebli, verkünden weitestgehend unwidersprochen, dass Antisemitismus „vor allem auch Muslime“ bedrohe. Angesichts der jährlich stattfindenden Al-Kuds-Demonstrationen, auf denen Parolen wie „Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“ gerufen werden, wäre ein derartiges Statement beinahe komisch, hätte es keine ernsten realpolitischen Konsequenzen für die Betroffenen. Wer im Jahr 2022 in Berlin mit einer Kippa die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt, sollte besser Kampfsporterfahrung mitbringen. Jeder weiß, dass das nicht an den Rechtspopulisten liegt, doch die politische Korrektheit verbietet die klare Benennung der Aggressoren. Auf der renommierten Kunstmesse „Documenta“ darf ein indonesisches Künstlerkollektiv mit Verbindungen zur BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) antisemitische Bilder auf „Stürmer“-Niveau ausstellen, abgesegnet von der grünen Berliner Kultursenatorin, Claudia Roth. Selbst die linkslastige Zeitung „Jüdische Allgemeine“ fordert mittlerweile ihren Rücktritt, doch passieren wird aller Wahrscheinlichkeit nach nichts.

Die politische Linke hasst Erfolg

Hinter alledem steckt mehr als bloße Naivität, hier ist politisches Kalkül am Werk. Wer seinen großzügig bezahlten Posten in der Politik behalten will, hat ein Auge auf potenzielle Wählerstimmen und versucht, diese einzufangen. Weil es signifikant mehr muslimische, als jüdische Staatsbürger in Deutschland gibt, versuchen gerade linke Parteien, sich bei ersteren anzubiedern. Halbherzige Bekenntnisse zum „christlich-jüdischen Abendland“ verpuffen neben den zahlreichen Schmeicheleien gegenüber Muslimen von Seiten der deutschen Politik. Dazu kommt ein ideologisches Paradoxon moderner Linker, welches das Hofieren von muslimischen Antisemiten ebenfalls erklären dürfte: Sie hassen Erfolg.

Bereits Karl Marx, Urvater staatlich organisierter Armut und selbst Sohn jüdischer Eltern, hat linkem Antisemitismus Tor und Tür geöffnet. Seinem Weggefährten Arnold Ruge schrieb er charmante Dinge wie „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“ Die Ergüsse von Marx über das jüdische Volk lesen sich wie Schriften von Nazis. Das Judentum sei „ein allgemeines gegenwärtiges antisoziales Element“. In der jüdischen Religion liege „die Verachtung der Theorie, der Kunst, der Geschichte, des Menschen als Selbstzweck“. Hätte ein AfD-Funktionär ähnliches verlautbart, hätte jeder Oberschüler dieses Landes bereits davon gehört. Das Vorurteil des reichen, raffgierigen Juden findet sich in vielen seiner Pamphlete. Auch die RAF hat mit den Mördern des israelischen Olympiateams in München 1972 gemeinsame Sache gemacht. Weil sozialistische Aufwiegelung immer versucht, die Besitzenden für das Leid der Armen verantwortlich zu machen, haben Juden seit jeher einen schwierigen Stand bei linken Weltverbesserern. Wer gutes Geld verdient, mit sich selbst im Reinen ist und weiß, wie man Tischbesteck benutzt, ist deutlich schwieriger zum revolutionären Subjekt verkopfter Akademiker geeignet, als die mittellosen Massen. Weil der Staat Israel in den knapp 80 Jahren seines Bestehens ein Paradies der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes inmitten islamischer Katastrophenstaaten etabliert hat, kann das heilige Land kein Mitgefühl durch westliche Linke erwarten. Wann immer Jerusalem in Reaktion auf Raketenbombardements und Terroranschläge zurückschießt, ist die Empörung groß. Den unzähligen zivilen Opfern von Hamas und Konsorten wird hingegen kaum gedacht. Dieselben Menschen, die den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maßen für die Verwendung des Begriffs „Globalisten“ einen Antisemiten schimpfen, schweigen beschämt, sobald sie mit echtem Judenhass ihrer Schützlinge konfrontiert sind. Der modernen westlichen Linken geht es um nichts als Machterhalt. Wann immer es sich anbietet, wird „Nie wieder!“ skandiert und auf die historische Verantwortung Deutschlands gepocht. Wenn ein Video die Runde macht, in dem ein arabischer „Schutzsuchender“ mitten in Berlin mit einem Gürtel bewaffnet auf einen Juden einprügelt, wartet man vergeblich auf diesbezügliche Talkshows der öffentlich-rechtlichen Qualitätsmedien.

> Viele Zuwanderer, vor allem diejenigen aus Nahost und Afrika, bringen Wertvorstellungen und Ressentiments mit, die man in Deutschland bereits lange überwunden hat.

Falsche Freunde

Es ist an der Zeit, Prioritäten zu setzen: Multikulturalismus oder jüdisches Leben in Deutschland. Man kann nicht beides haben. Wer bereitwillig hunderttausende Menschen aus den antisemitischsten Kulturkreisen der Welt importiert, hat jedes Recht verwirkt, an Gedenktagen Krokodilstränen zu Ehren der Holocaust-Opfer zu vergießen. Wer nicht nur tote Juden aus Geschichtsbüchern, sondern auch die Lebenden liebt, muss den Elefanten im Raum ansprechen. Mit Muslimbrüdern und Al-Kuds-Demonstranten ist friedliches Zusammenleben nicht möglich. Freunde des jüdischen Volkes sollten sich tunlichst überlegen, ob sie sich aus reiner Bequemlichkeit in die Reihen derer einreihen wollen, die den Kindern Abrahams das Leben erschweren. Niemand, der bei klarem Verstand ist, würde pauschal allen Muslimen eine antisemitische Haltung unterstellen. Es sind jedoch genug, um das Sicherheitsgefühl der Betroffenen nachhaltig zu beschädigen. Konsequente Abschiebungen von Gefährdern, ein Verbot ausländischer Islamverbände in Deutschland, eine umfassende Überprüfung der Finanzierung von Moscheen, sowie bildungspolitische Programme über die Geschichte Israels seit den Tagen des ersten Tempels, würden enorm helfen. Wegschauen dagegen hilft niemandem. Die Ampelregierung sollte jeglichen Antisemitismus konsequent bekämpfen, nicht nur jenen, für den es keinen Mut erfordert. Das Kokettieren mit iranischen Mullahs, wie es beispielsweise Claudia Roth und Frank-Walter Steinmeier seit Jahren praktizieren, darf unter keinen Umständen toleriert werden. Ditib, Muslimbrüder und Mili Görüs gehören verboten. Islamverbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, sollten keine Moscheen auf deutschem Boden bauen dürfen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass man sich in woken Kreisen verdächtig macht, wenn man Selbstverständlichkeiten dieser Art einfordert. Einwanderer müssen an denselben Standards gemessen werden wie die einheimische Bevölkerung. Die deutsche Politik sollte sich an den dänischen Sozialdemokraten orientieren, denn dort wird vieles von dem bereits umgesetzt. Im Namen aller Freunde der Juden bleibt zu hoffen, dass sich in Deutschland ein radikaler Kurswechsel vollzieht, sonst sieht die Zukunft dieses Landes alles andere als rosig aus.

Der Katholikentag und seine Freunde aus der BDS-Szene

Nach dem Schweigen während des Holocaust und der Kollaboration ihres damaligen Papstes mit den Nazis, verkommt die katholische Kirche zum Steigbügelhalter der Israel-Leugner der BDS-Bewegung. Sie bleibt ihrem historischen Erbe des Juden-Hasses treu und kollaboriert auch heute mit dem judenfeindlichen Islam. (JR)

Von Simone Schermann

Die katholische Kirche hat sich gegen Israel und die Juden entschieden, aber für BDS. Die stille Macht im Staat ist der Islam, was die Unterwerfung der Kirchen bestätigt. Vom 25. bis zum 29. Mai 2022 kamen römisch-katholische Christen aus Deutschland und anderen Ländern in Stuttgart zusammen. Im Angebot standen Gottesdienste, Podien, Werkstätten, Konzerte, Ausstellungen, Theater und vieles mehr. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hatte ein buntes Potpourri zusammengestellt. Man konnte sich mit Genderfragen befassen, Klimawandel und anderen politischen Themen, vor allem zum Islam gab es zahlreiche Angebote.

Vergebliche suchte man aber ein Land: Israel.

Eine sehr gute Freundin sagte kürzlich: „Bei allen anderen Ländern wird uns empfohlen, die Menschen kennenzulernen und das Gute zu sehen, wo oft kein Gutes ist. Nur das moderne Israel, mit seinen Bewohnern, wird totgeschwiegen."

Sehr deutlich äußerte sich auch der WELT-Autor Alan Posener nach seiner Analyse des Kirchentag-Programms: „Die Katholiken bleiben in Sachen Antisemitismus der Tradition der Kirche treu." Anders gesagt: Einst war die Kirche der nützliche Idiot der nationalsozialistischen Judenhasser, deren Apologeten bis heute die „Neutralität" von Papst Pius XII bejubeln. Heute ist Kirche nützlicher Idiot linker und muslimischer Judenhasser.

Während der Antisemitismus aus dem rechtsextremen Lager auf dem Kirchentag thematisiert wird, wurde linker und muslimisch motivierter Judenhass komplett totgeschwiegen. Man ist nicht wirklich erstaunt, wenn stattdessen das Anprangern Israels zur Kirchenpropaganda avanciert und die Kirche für die Allianz von links-muslimischen Judenfeinden zum Steigbügelhalter von BDS wird.

Was kann man von einer Kirche auch anderes erwarten, die nicht aufschreit, wenn Weihnachtsmärte in Wintermärkte umbenannt werden. Die nicht auf die Barrikaden geht, als Anfang Juni in einer nigerianischen Kirche 50 Menschen brutal ermordet wurden. Bei dem Massaker im Bundestaat Ondo, am Pfingstsonntag, lagen gläubige Christen in Blutlachen, um sie herum weinende Angehörige. Eine Kirche, die schweigt, wenn Frankreich 2019 mit dem Brand von Notre Dame sein persönliches 9/11 erlebte, hat ihre Unterwerfung besiegelt.

Da sich die katholische Kirche in Deutschland selbst abschafft, liegt es nahe, dass sie auch Israel aus ihrer Welt getilgt hat. Solch eine Kirche ist nicht nur für Juden wertlos – sondern für alle Menschen.

Quo vadis?

Weltoffen zeigt sie sich gegenüber dem Israelboykott. Kein Interesse haben Katholiken und ihre Freunde von BDS am Schicksal des iranischen Oppositionellen und Journalisten Ruhollah Zam, der unlängst hingerichtet wurde. Auch das iranische Geheimdienstmitarbeiter versuchten, die Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad 2021 in New York zu kidnappen und in den Iran zu entführen, weil sie gegen den Kopftuchzwang protestiert, war kein Thema auf dem genderinteressierten Kirchentag.

THOMAS COEX / AFP

Vielerorts sind die katholische Kirche und der Islam Kollaborateure des Judenhasses.

Weder die Zunahme gewalttätiger antisemitischer Übergriffe gegen deutsche Juden noch die Unterdrückung muslimischer Frauen und Mädchen durch den Islam oder die Notlage der in Gaza lebenden Menschen durch die Hamas.

Befürworter und Repräsentanten einer aggressiven, archaischen Parallelgesellschaft, die als BDS-„Aktivisten" ein „Kauft nicht bei Israel!" betreiben, werden zur „Normalgesellschaft" erklärt. Die katholische Kirche gibt ihnen eine Bühne, obwohl sie aus zerfallenen, dysfunktionalen, misogynen, rassistischen, Juden und Christen hassenden, muslimischen Ländern stammen, wo Frauen rechtlos sind und Minderheiten sowieso.

Demokratische Staaten wie Israel, mit einer funktionierenden Zivilgesellschaft, freiheitlichen Institutionen und rechtsstaatlichen Organen, werden dämonisiert und delegitimiert. Diese katholische Kirche hat sich strategisch verkauft und betreibt zusammen mit der Regierung die Aushöhlung des Gemeinwesens in Deutschland. Da liegt es nahe, dass ein wehrhaftes Land wie Israel, in dem ein arabischer Terrorist in den Medien als solcher betitelt wird, ebenfalls der Zerstörung und Zersetzung preisgegeben werden soll. Die Kapitulation Deutschlands vor dem Islam fordert jegliche Kapitulation Israels ein.

Alan Posener fährt fort: „Historisch tragen die Kirchen die Hauptschuld daran, dass der Judenhass untrennbar Teil der abendländischen Kultur ist."

Der Katholikentag beweist das mit Schweigen zum wahren Ursprung geballten Judenhasses in Deutschland. Thematisiert wurde in einem „Workshop gegen rechte und rassistische Parolen" und in einer Podiumsdiskussion „Was tun wir gegen rechten Antisemitismus? Es gab keinen Workshop über muslimischen und linken Judenhass. Fehlanzeige auch im Geist der auf dem Kirchentag propagierten „solidarischen Nächstenliebe" zu Juden, die von Muslimen wegen ihrer Kippa verprügelt wurden oder für das seit 70 Jahren im Krieg lebende Israel.

Auf dem Podium „Mauern, Menschen, Mut", bei dem „Menschen aus Israel und Palästina berichten", referierte auch Fadi Quran, ein international agierender Israel-Hasser und Unterstützer der antisemitischen BDS-Bewegung. Kein Vertreter oder Verteidiger des jüdischen Staates war zugegen und auch kein BDS-Kritiker. Das war „Mut" nach Katholikentag-Gusto. Einer Kirche, die noch nie ein Streiter für die lebenden Juden war und auch heute nicht sein will, weshalb sie wieder federführend bei der Verbreitung von Judenhass ist.

Die unheilige Rolle des Vatikans

Am 2. März 2020 öffnete der Vatikan sein Geheimarchiv für Forscher. In seiner Ansprache vom 4. März 2019 sagte Papst Franziskus, die Kirche habe keine Angst vor der Geschichte, im Gegenteil, sie liebe Geschichte und würde Geschichte noch mehr lieben wollen, so, wie Gott es täte.

Kritiker lasten Papst Pius XII. an, den Holocaust durch Schweigen gestützt und gefördert zu haben. Unterstützer sehen in ihm den stillen Lebensretter hinter den Kulissen. David Kertzer, Autor des Buches „The Pope at War", das am 7. Juni 2022 erschien, kommt zu einem ernüchternden Ergebnis.

Der Vatikan war akribisch damit beschäftigt, das Leben getaufter Juden zu retten, die zum Katholizismus konvertiert waren. Kertzer fand eine Materialflut vor, über die Suche nach Taufurkunden konvertierter Juden. In dem Buch wird ein zaghafter Pontifex porträtiert, der ausschließlich die Interessen der katholischen Kirche während des Krieges vertrat, was er durch Neutralität erreichte. In seiner Sorge

um die Kirche befürchtete Pius XII. bei einem Sieg der Achsenmächte, dass sich mit dem Erfolg der Sowjetunion der atheistische Kommunismus im christlichen Europa verbreiten würde. Oberste Priorität war ihm, die Macht der Kirche zu erhalten. Größere Angst als vor Hitler hatte Pius vor dem Kommunismus – diesen zu besiegen war heilige Mission des Pontifex.

Pius-Apologeten attestieren dem Pontifex er sei niemals, wie Kritiker behaupten, „Hitlers Papst“ gewesen, habe auch nicht zum Holocaust geschwiegen. Allerdings sei er, für Kirchenoberhäupter in seiner Zeit nicht ungewöhnlich, eben ein Anhänger des traditionellen kirchlichen Antijudaismus gewesen und natürlich war er auch Antikommunist, was angesichts der Kirchenfeindlichkeit der Kommunisten auch nicht verwundern dürfe.

Mit der Archivöffnung erhoffte sich Franziskus angeblich eine „seriöse und objektive“ Erforschung der „glänzenden Momente dieses Papstes ebenso wie über „die Momente der Schwierigkeiten“, als Pius versucht habe, „in den Zeiten größter Dunkelheit und Grausamkeit die kleine Flamme humanitärer Initiativen wachzuhalten.“

Diese verklausulierte Sprache findet man auch bei deutschen Bischöfen, die selbst 1943 Hirtenbriefe von ihren Kanzeln verlasen, in welchen sie den Judenmord nie beim Namen nannten, stattdessen allgemeine Erklärungen abgaben.

Die in Auschwitz Malträtierten, zuvor ihres Hab und Guts und ihrer Menschenwürde beraubten Juden, die Verhungerten, Vergasten, Geprügelten und Verbrannten waren nur das äußere Ungemach, welches es gekonnt „neutral“ zu umschiffen galt. Der lähmend vorsichtige Kurs von Papst Pius war gewollt, ergab sich aus seinem obersten Ziel: die Vermeidung jeglicher Konflikte mit den Nazis.

Aus dieser Strategie ergab sich die klare Anweisung, deutsche Gräueltaten niemals öffentlich anzuprangern. Auch der Umstand, dass am 16. Oktober 1943, direkt vor den Toren des Vatikans, über tausend Juden in Hörweite zusammengetrieben und in Zügen nach Auschwitz abtransportiert wurden, führte nur zu indirekten, kryptischen Stellungsnahmen in Weihnachtsbotschaften. Der Vatikan erstellte daraufhin nur eine Namensliste über 250 Personen der gnadenvoll herausselektierten Menschen und ersuchte die deutschen Stellen, diese Konvertiten zu verschonen. Der Rest ging nach Auschwitz.

Papst Pius XII. schwieg öffentlich zum Holocaust. Apologeten und Kirchenhistoriker wie Hubert Wolf verteidigen den Pontifex auch heute noch. Weil aber nach dem Protest holländischer Bischöfe, die Zahlen der Deportationen von Juden sogar hochgegangen seien, hätte Pius nach dem Motto, das eben manchmal „Schweigen Gold und Reden Silber“ gehandelt, so Wolf. Eine abstruse Ausführung, die aber vieles erklärt.

Abbas leugnet jüdische Geschichte Jerusalems

Über WAFA (Palestinian News&Info Agency) ließ Mahmud Abbas am 8. Juni 2022 verlautbaren, dass er nichts gegen Juden habe, aber auch jegliche Verbindung des Judentums und der jüdischen Geschichte zu Jerusalem ein „gefälschtes Narrativ“ seien. „Alle historischen Beweise und Dokumente bestätigen die Identität von Al-Quds und der AL-Aqsa Moschee und allen islamischen und christlichen Heiligen Stätten in unserer heiligen Hauptstadt.“ (Quelle heplev)

Auch Abbas ist frei von Angst vor erfundener Geschichte und er liebt Fata Morganas so sehr, wie sein Freund Franziskus es tut. In der Geschichtsfiktion des Abbas sind die Christen drinnen, die Juden aber sind raus aus der Geschichte. Hat die Kirche sich diesem Narrativ des Islam verkauft?

Denn der Islam ist vor allem eine Staatsform, die beansprucht, in allen gesellschaftlichen Bereichen Vorgaben zu machen und andere Religionen nicht anerkennt. Sein Ziel ist es andere Religionen und Lebensformen zu verdrängen. Anfang des 19. Jh. lebten auf dem Gebiet der heutigen Türkei noch 20% Christen, heute sind es 0,2%. Die Kirche hat sich der Vorherrschaft des Islams unterworfen, wie einst der Autorität des NS-Regimes und dient sich wieder den Mächtigen an, die eine Masseneinwanderung von Muslimen hemmungslos befördern.

> Die neueste gefährliche Morallehre der katholischen Kirche ist der Israel-Boykott.

So findet zusammen, was seit Jahrhunderten zusammengehört: christlich-katholische Besessenheit mit den Juden und muslimisch-islamische Besessenheit mit Juden: im Fanatismus vereint zum gemeinsamen Israel-Hass.

Die besten Juden sind die toten Juden und die Juden, die Israel verraten. Zionismus, die Liebe zum jüdischen Volk, zur jüdischen Nation, zur jüdischen Religion und zum eigenen Land, respektive jüdisches Selbstbewusstsein und jüdischer Stolz – ein freies, selbstbestimmtes Judentum - sollen verschwinden.

Der christliche Antijudaismus

Der Katholische Antisemitismus, verharrend in tiefsitzenden antijüdischen Ressentiments, machte es dem hohen Klerus leicht, mit dem NS-Regime zu kooperieren. Wer die Wurzeln des Antisemitismus sucht, jenes Judenhasses, der Nazi-Deutschland direkt in den größten und ersten industriellen Mord in der Menschheitsgeschichte führte – der wird im Antijudaismus der katholischen Kirche fündig.

Der Münchner Erzbischof Michael Faulhaber war ein akribischer Tagebuchschreiber. Am 20. Februar 1933 notiert der Oberhirte: „In Berlin so, dass eine nationalsozialistische Diktatur kommen wird. Dort spricht man gegen Hitler nur im Flüsterton.“ Fast ehrfurchtsvoll liest sich dieser Satz und erklärt auch das Schweigen der Funktionsträger der Kirche zur Schoa.

Der christliche Antijudaismus kam ihm zu pass (der laut Kirche harmloser gewesen sei, als der völkische Rassismus), sodass er die Boykotte jüdischer Geschäfte am 2. April 1933 mit dem Titel „Judenhetze“ so beschreibt: „Die erste große Aktion der Nationalen Regierung endet mit einem solchen Fiasko. Wenn etwas die Macht der Juden beweist, nämlich des internationalen Börsenkapitals, dann war es der Ausgang. Ein Beweis für die Macht der Juden.“

Pater Rudolf Hindringer, der Sekretär Faulhabers, beatwortete die Frage eines Bürgers, ob ein frommer Katholik nicht auch Antisemit sein könne, wie folgt: „Wenn Antisemitismus Hass gegen eine bestimmte Gruppe Menschen bedeutet, ist es gemäß der katholischen Morallehre nicht erlaubt.“ Allerdings, fährt er fort, ist es anders, „wenn ohne Hass das Ziel verfolgt wird, dass eine Gruppe Menschen im Finanzsystem oder im staatlichen Beamtenapparat nicht mehr so einen großen Einfluss hat, der weder im proportionalen Verhältnis zu ihrer Zahl noch zu ihrer spirituellen Bedeutung steht.“

Diese Aussagen aus der katholischen Führung strotzen nur so vor Unkenntnis und Verständnis jüdischer Tradition, jüdischer Kultur und jüdischem Leben.

War die Kirche den Juden daher in doppelter Hinsicht feindlich gesonnen? Ihre Judenfeindschaft soll keine rassenideologische gewesen sein. Jedoch hatten die Großkirchen neben den bestehenden alten Vorurteilen, Ressentiments und Stereotypen den Juden gegenüber, auch den Liberalismus und Sozialismus, mit dem Juden identifiziert wurden, als erhebliche Gefahr für Glaube und Gläubige identifiziert. Dem Kampf dagegen war die Kirche durchaus aufgeschlossen. Für Hitler waren die Juden und die Bolschewisten ein und dasselbe, für die Kirche waren es „gottlose Bolschewisten.“

Faulhaber, ein enger Vertrauter von Papst Pius XII., hatte sich mehrfach positiv über Adolf Hitler geäußert und sendete im Zuge des gescheiterten Attentats am 8. November 1938 im Münchner Bürgerbräukeller Hitler im Namen der bayerischen Bischöfe ein Glückwunschtelegramm. Zu dem ließ er im Münchner Dom ein Te Deum für den Führer beten, „um im Namen der Erzdiözese der göttlichen Vorsehung zu danken, dass der Führer dem verbrecherischen Anschlag (...) glücklich entronnen ist.“

Schließlich war Hitler für die Kirche vor allem oberster Repräsentant der Staatsmacht, weshalb sie sich auf den Standpunkt zurückzieht, dass sich die Bischöfe bis zuletzt mit ihren Anliegen an die staatlichen Ministerien wandten. Mit anderen Worten: ordentlicher Dienstweg ging vor, die passiven aber aus „besorgten“ Floskeln bestehenden Hirtenbriefe nicht zu vergessen.

Kein blankes Entsetzen der Kirchen über die Gräueltaten, nirgends verzweifelte Bischöfe, die schier außer sich waren über die Ermordung der Juden.

Kirche verfolgte eigene Agenda

Der Grund liegt auf der Hand: Für den Vatikan spielten die Opfer des Holocaust keine Rolle. Nach 1935 sprach er sich vehement gegen die Nürnberger Prozesse aus. Die Kirchenspitze lehnte auch die Entnazifizierung ab: sie wollte keine Rache, war die Begründung. Lieber setzte man sich für die Rehabilitierung der NS-Täter ein. Der Grund war wieder die Stärkung der eigenen Sache um jeden Preis. Der Fokus lag auf die Re-Christianisierung der Gesellschaft, die Heimholung der Nazi-Anhänger in die eigene Herde. Die Kirche sah sich als größter Fürsprecher der Bevölkerung in der Nachkriegszeit, auch der NS-Täter.

Der Vatikan führte Kampagnen gegen Entnazifizierungsmaßnahmen und ließ Nazi-Größen eine Ehre zuteilwerden, die so in der Kirchengeschichte neu war: Wiedertaufe für jene, die während des NS aus der Kirche ausgetreten waren; NS-Verbrecher wurden hiermit belohnt. SS-Führer Erich Priebke, verantwortlich für die Erschießung von 335 Zivilisten bei Rom, versteckt von Franziskanermönchen, die ihn zum Katholiken machten, ihm falsche Pässe ausstellten, um ihm die Flucht über die Rattenlinie nach Argentinien zu ermöglichen.

Kardinal Bertram, ein mächtiger Unterstützer des NS-Regimes, Fürstbischof und Vorsitzender der Fuldaer Bischofkonferenz verzichtete auf öffentliche Proteste zum Judenmord. Sein Modell war klar auf Unterstützung von Hitlers Kriegsmaschinerie durch die Kirche ausgerichtet. Sein Credo: „Die beiden Autoritäten, die staatliche und die kirchliche Autorität, müssen in Harmonie miteinander zurechtkommen.“

Deshalb schwieg Papst Pius in des NS-Zeit. Das ist auch der Grund, weshalb die Priorität der katholischen Kirche in der Kollaboration mit den muslimischen Judenhassern von heute liegt.

Darum verweigert die Kirche eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem muslimischen Antisemitismus und deswegen boykottiert sie Israel!

Daher unterschlägt sie Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten und verheimlicht, wie die über Jahrhunderte von Muslimen und Christen diskriminierten Juden in ihrem Staat Demokratie, Religionsfreiheit und Menschlichkeit vorleben.

Die abscheuliche „Morallehre“ der katholischen Kirche bestand aus „solidarischer Nächstenliebe“ vorwiegend zu sich selbst und einem daraus resultierenden Schweigen zum Holocaust. Die neueste gefährliche „Morallehre“ der katholischen Kirche ist der Israel-Boykott.

Die Kirche heute hat sich unter Franziskus der neuen Autorität verkauft und dient dem stärkeren Islam, dem sich die Kirche vollends unterworfen hat; sowie den Linken, die sie zuvor im Dritten Reich noch bekämpfte. Katholische Kirche und Islam sind Kollaborateure des Judenhasses.

Ein Kirchentag, der sich einer ausnahmslosen Ablehnung antijüdischer, antiisraelischer, antizionistischer und antisemitischer Haltungen von Linken und Muslimen verweigert und BDS unterstützt, hat ihre Glaubwürdigkeit als genuin christliche Veranstaltung verwirkt.

Simone Schermann ist in Haifa geboren und wuchs in der jüdischen Gemeinde Frankfurt auf. Sie studierte Neuere und Neueste Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Europäische Ethnologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie ist heute freischaffende Historikerin und forscht zum Thema Theodor Herzl. Sie ist Vorsitzende im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis (Ettenheim), der sich für Israel und das Judentum in Deutschland einsetzt.

Haus der Kulturen der Welt: Der Missbrauch der toten Juden

Eine Konferenz mit dem Titel „Hijacking Memory – Der Holocaust und die Neue Rechte“ im Berliner Haus der Kulturen der Welt triefte nur so vor Israel-Hass und Geschichtsrevisionismus. Linke Intellektuelle störten sich nicht daran, dass Israel als Kindermörder und die Schoah - der millionenfache Mord an unschuldigen jüdischen Kindern, Frauen und Männern – als „irgendein jüdisches Psychodrama“ betitelt wurden. Perfider geht es nicht. (JR)

Von Simone Schermann

Linke und ultranationalistische Muslime fordern den Schlussstrich in der Schoah-Debatte. Ihr Judenhass hat System. Der Massenmord an den Juden wird mitnichten nur für den Antizionismus ausgebeutet: Ziel eines linken, abgehalfterten, steuerfinanzierten Kulturbetriebes, ist die Endlösung Israels und der Schoah-Debatte als Rundumschlag, bei dem Israel- und Judenfeinde die Repräsentanten Deutschlands sind.

Hinter uns liegen die „Wochen des Judenwahns“, der unerbittlich zur linksdeutschen kulturellen Tradition mutiert ist: ein Frontalangriff auf das gesamte Judentum. Israel-Hass beim Katholikentag, in der Evangelischen Hochschule Freiburg und in Kassels „Documenta.“ Die Gemeinsamkeiten hätten Goebbels ein Lächeln ins Gesicht gezaubert: „judenreine“ Veranstaltungen, Judenhass und Schlussstrichdebatten.

Zwischen Holocaust-Cartoon-Wettbewerb und Documenta-Nazi-Karikaturen oszillierend sind Claudia „Hamas“ Roth und Mullah-Gratulant Steinmeier vollends ideell vereint mit dem Iran, Hamas und BDS. Bei „wollt ihr die totale antisemitische Kunstfreiheit“ gewinnt Deutschland! Der zur Schau gestellte Antisemitismus der indonesischen Documenta-„Kulturmacher“ ist dabei nur das Spiegelbild einer Gedankenwelt der linken Ampel-Koalition. Ob Grüne oder SPD: die hässlichen Fratzen auf dem „Kunstwerk“ sind ihr Alter Ego. Juden sehen so nicht aus, außer im Stürmer, im Islam und als Produkt eines schamlos antisemitischen, deutschen „Kunstbetrieb“-Geschmacks.

Die wissenschaftliche Konferenz im Haus der Kulturen der Welt (HKW) Anfang Juni 2022 stand im Zeichen von: „Hijacking Memory,“ über die politische Vereinnahmung des Holocaust-Gedenkens durch die „Neue Rechte“ sinnierend. Organisiert von der Freien Universität Berlin, malerisch an der Spree gelegen, im Herzen Berlins, wenige Gehminuten vom Reichstag entfernt.

Bereits der Konferenztitel lässt einen Debatten-Linksruck erwarten, aber das Israel-Deutschland-Panel, zu dem auch Avraham Burg (einst linker Knesset-Sprecher) und Omri Boehm (israelischer Philosoph) gehörten, übertraf den prophetischen Satz von Henryk Broder, dass aus dem Antisemitismus noch etwas werden könne, wenn die sich selbst hassenden Juden nur seiner annehmen, um Längen. Burg sprach vom Gedenken, dass er mit „einem reichen Bankkonto verglich, das die israelische Regierung für Profitzwecke verwendet“, während Boehms Sorge dem deutschen „Erinnerungsdruck“ und der unterdrückten Israelkritik galt, was für ihn zur politischen Erklärung zum Existenzrecht Israels führe.

Der Werbetext zur Konferenz spiegelt den ideologischen Wahn besessener, linker Israelhasser wider, die sich der Deutschen liebstes Kind bemächtigen: der Deutungshoheit über den Holocaust.

Zu lesen ist: „Das Gedenken an den Holocaust gilt seit vielen Jahren als wichtiges Mittel, um einem Wiedererstarken von

Die linke Erinnerungskultur missbraucht die toten Juden für ihre neue Opfer-Ideologie

exkludierendem Nationalismus und der Verfolgung von Minderheiten vorzubeugen. Die Erinnerung an den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden wurde so zur Grundlage einer Politik universeller Menschenrechte.“

Das Andenken an meine ermordete Familie wird zum Präparat für linke „Präventionspolitik“ pervertiert, die sich auch gegen Israel richtet. Gedenken an ermordete Juden als Prophylaxemittel. Erinnern als „Grundlage“ für „universelle Menschenrechte.“ Die Kaltschnäuzigkeit dieser Formulierung macht sprachlos. Der perfekte deutsche Judenmord wird für die Allgemeinheit ausgeschlachtet, sechs Millionen ermordete Juden werden zum globalisierten Substrat, zur angewandten Politik-Taktik, an der sich die Welt bedient. Bei der „Schoa für alle“ ist das Perfide: Die Toten werden gegen die Lebenden in Stellung gebracht. Gegen Israel, konservative Juden und andere Nationen eingesetzt, wenn sie sich gegen „verfolgte Minderheiten“ – gemeint ist der Islam - zu wehren wagen.

Antiisraelische Narrative

Den Auftritt des „Palästinenser“-Aktivisten Tareq Baconi nennt der polnische Historiker Jan Grabowski (Teilnehmer der Tagung) in dem polnischen Online-Magazin, Jewish.Pl, einen „Frontalangriff auf Israel.“ Baconis Agitation beschwor das antisemitische Narrativ vom kindermordenden Israel herauf und die „Allianz der Zionisten mit extremen Kräften.“ Yad Vashem sei „auf den blutigen Ruinen palästinensischer Dörfer errichtet“ und der Holocaust „irgendein jüdisches Psychodrama.“

Bereits hier applaudierte „ein riesiges Amphitheater voller Menschen,“ so der Historiker, „lang und mit lebhaftem Enthusiasmus.“ Baconi erwies dem jubelnden Publikum eine Ehrenpause und fuhr fort, Kompromissversuche seiner israelischen Vorredner hart zurückzuweisen: „Es werden die Palästinenser sein, nicht die kolonialen Siedler und Zionisten, die die Friedensbedingungen diktieren.“ Der endlose Beifallsturm als Höhepunkt am Ende der Hetzrede, der Anblick von rund 200 Deutschen, Studenten, Professoren, Journalisten, die voller Hass gegen Israel enthusiastisch applaudierten, war für Grabowski schockierend. Das „mit eigenen Augen zu sehen,“ im Herzen Berlins, entsetze ihn, der Anblick erinnere ihn an die Passage aus Goebbels Tagebüchern, die Goebbels nach seiner Sportpalastrede aufschrieb. „Wenn ich ihnen sagen würde, sie sollen von den Balkonen herunterspringen, dann würden sie springen!“ (frei zitiert).

In der WELT kritisierte Grabowski die „militante Propaganda“ von Tareq Baconi und die fehlende Balance der Tagung, da kein keine pro-israelische Stimmen geladen waren. Live dabei zu sein, wie die deutsche Intelligenzija, die Aussagen, Shoah sei ein „jüdisches Psychodrama,“ mit euphorischem Beifall honoriert, ängstige ihn. Selbst polnischer Jude, spricht er von „Angst an diesem Samstagnachmittag in Berlin“ – als eine „selbstgerechte Linke“ meinte, „die moralische Oberhand zur Verurteilung Israels zu besitzen.“ „Wenn ich mir an einem sonnigen Nachmittag in Berlin anhören muss, wie der Holocaust zum „jüdischen Psychodrama“ heruntergespielt wird, während Deutsche dem zujubeln, dann muss ich sagen: Für mich ist das tödlicher Ernst,“ so der Historiker.

Wie können Juden noch ruhig schlafen, während der Traum von Deutschland, in vergifteter, geifernder Akklamation „deutscher Intellektueller,“ im Israel-Hass vereint versinkt, der sich wie ein eliminatorisches Geschwür im Land verbreitet?

Linke Verschwörungstheoretiker und Holocaust-Verharmloser, die zwischen Juden und Nazis keinen Unterschied mehr sehen wollen und einseitige Nahostkonflikt-Parteinahme gehen eine gefährliche Allianz ein. Schoah wird als rassistisches „Unterdrückungsinstrument“ heruntergespielt, Gedenken als Eliteprojekt von Weißen, zur Unterdrückung von muslimischen Minderheiten degradiert. Die Mörderbanden von Hamas, Hisbollah, Iran, BDS und gewaltbereite Muslime auf Deutschlands Straßen sind die Profiteure, wenn Hautfarbenkundler, die nach totalitären, radikalen und rassistischen Prinzipien nachträgliche Opferhierarchie betreiben: ganz im Sinne einer Neuauflage der NS-Rassenkunde. Die Berliner Tagung betreibt dunkelsten Geschichtsrevisionismus, mit einer Schlussstrichdebatte, bestehend aus polemischer „Israelkritik“ und „Schuldkult“-Phrasen, womit muslimische Antisemiten mit ihren linken Brüdern Israel den Todesstoß geben möchten.

Juden als Erinnerungszwangsarbeiter

Die Konferenz enthüllte böswilligste Absichten, die unverkennbar zeigen, das Gedenken nur ein perfides Theater war: Sie ist das endgültige Bekenntnis, dass „Erinnern“ die höchste Form von Vergessen ist. Während linke Israel-Auslöscher und Juden-Vernichter die Instrumentalisierung der ermordeten Juden benötigen wie ein Zeitgeist-Junkie seinen täglichen Schuss! In der Opferolympiade hat der Jude bis vor kurzem den ersten Platz belegt. Seine Selbstemanzipation in Israel ist aber unerwünscht, Juden als Kämpfer und Sieger sind unsympathisch und unwillkommen. Vielleicht darf sich der Jude im Ranking wieder hocharbeiten, wozu er sich nur als Opfer der „neuen Rechten“ gehorsam in die eingezäunte Opferecke begeben soll.

Die konservative Aktivistin Candace Owens bringt es auf den Punkt und fordert in ihrem Buch „Blackout“ den endgültigen Ausbruch der Schwarzen aus den Plantagen der Demokraten: „Das kontroverseste, was ich jemals getan habe, war, die Entscheidung zu treffen, mit meinem Gehirn zu denken, anstatt mit meiner Hautfarbe.“

Wie schwarze Amerikaner von Demokraten nur als bemitleidenswerte Opfer geschätzt werden, sind Juden nur so lange von Interesse, wie sie mit ihrer Opfer-Mentalität politisch brauchbares Material abgeben: als Erinnerungszwangsarbeiter für die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen. Die Juden sind immer noch die Zwangsarbeiter, da sie nicht wagen, aus dem ewigen Opferstatus auszubrechen, den Regierungen für sie konstruiert haben.

Die seit Jahrzehnten stumpfsinnig betriebene Holocaust-Verarbeitungsindustrie hat sich für die Fraktion der alles als gegeben Hinnehmenden und ewig Duldenden als Fehlinvestition erwiesen. Was wird die Schlussfolgerung der Juden sein? Werden Juden den Schlussstrich unter der Schoa federführend mitziehen, wenn es nur aus dem Munde der „richtigen“ Partei kommt? Werden sie auch zu Mit-Vollstreckern in der Israel-Vernichtung werden?

Stolpersteine sind pflegeleicht - man kann sie blank polieren - denn sie widersprechen nie. Man pflastert toten Juden liebevoll „goldene Gehwege“ aus Solpersteinen und gedenkt ihnen anstandslos – denn zum Glück sind sie alle weg. Deutschland will sich der Erinnerung entledigen und parallel Israels Schlussstrich: die totale deutsche Vergangenheitsbewältigung!

Es kommt der Tag, wenn der perfekte, industrielle Massenmord an den europäischen Juden zur deutschen Kunst- und Meinungsfreiheit avanciert: Progressiv und freiheitlich-moralisch seiner Zeit voraus.

Indonesisches Judenhasser-Kollektiv nutzt Documenta für Geschichtsrevisionismus

Die antisemitische indonesische Veranstaltergruppe »Ruangrupa« ist sattsam dafür bekannt, die BDS-Bewegung zu unterstützen. Trotzdem durfte es für unsere linke und grüne Kunst-Entourage nicht zu einer Vorverurteilung kommen, weil sich die judenfeindlichen Akteure hinter einem Kunst-Alibi verschanzen und Muslime sind. Dass die israelische Sicht komplett ausgeschlossen wurde, hat die grüne Islam-Appeaserin Claudia Roth im Vorfeld der Ausstellung bewusst nicht gelten lassen. Die indonesischen Israel-Hasser schafften es, in ihre Exponate übelste Elemente nationalsozialistischer Propaganda aufzunehmen und die sogenannten „Palästinenser" gleichzeitig und entgegen allen Fakten, als Opfer eines neuen Holocaust zu verkaufen. (JR)

Von Mirjam Lübke

Wie hält es Kulturstaatsministerin Claudia Roth mit dem Antisemitismus? Wir wissen um ihre Fähigkeit, die in Deutschland üblichen Standardphrasen über »historische Verantwortung« und die sich aus der »deutschen Vergangenheit ergebende Verpflichtung« bei passender Gelegenheit anzuwenden. Auch vermag sie bei politischem Bedarf sehr wohl den Splitter im Auge der anderen zu erkennen, sollte er zur Aufdeckung der »rechten Gefahr« dienen. Es ist wohlbekannt, dass die Zuneigung zu toten Juden in ihren Kreisen weitaus stärker ausgeprägt ist als zu den lebenden, vor allem, wenn sie sich gegen ganz gegenwärtige Bedrohungen wehren.

Claudia Roth pflegt gute Beziehungen zum Iran, scheint aber wie Angela Merkel der Auffassung zu sein, der dort zelebrierte Antisemitismus sei lediglich eine Art harmlose Folklore. Ist so auch ihr spätes Reagieren auf die eindeutig antisemitischen »Kunstwerke« zu erklären, welche vom indonesischen Künstlerkollektiv »Ruangrupa« in die Ausstellung der diesjährigen Documenta in Kassel eingebracht wurden? Zunächst nämlich freute sich Frau Roth sehr darauf, die »Perspektive des Südens« sichtbar werden zu lassen und begrüßte das Entstehen lebhafter Diskussionen. Dabei waren »Ruangrupa« längst dafür bekannt, die BDS-Bewegung zu unterstützen – aber natürlich dürfe es nicht zu einer Vorverurteilung kommen, weil die Künstler Muslime seien, meinte Roth.

Davon war niemals die Rede, aber wenn Künstler eine Bewegung unterstützen, die Israel wirtschaftlich vernichten will, dann hätte auch die naivste Ministerin eine Vorahnung haben können, wohin die künstlerische Reise geht. Zumal die israelische Sicht von vornherein ausgeschlossen wurde – allein das hätte schon zu denken geben müssen.

Muslime als Opfer der Nazis

Die eindeutigen Darstellungen auf der riesigen Bildwand von »Taring Pradi« konnte man dann auch kaum übersehen: Ein Schwein mit »Mossad«-Helm und die Karikatur eines orthodoxen Juden mit »SS«-Runen auf dem Hut. Wie üblich in muslimischen Kreisen, schafft man es, übelste Elemente nationalsozialistischer Propaganda aufzunehmen und sich gleichzeitig als Opfer eines neuen Holocaust zu verkaufen. Ein anderer Künstler stellte klassische Gemälde nach, in denen die Bewohner von Gaza als Opfer von Nazi-Kriegsverbrechen dargestellt werden, wobei die Täterrolle diesmal von Israel eingenommen wird. Diese Art der Propaganda ist nicht neu, auch in linken Kreisen wird sie gern aufgegriffen. Im Grunde ist das nichts anderes als das triumphierende Jubeln von Revisionisten - »Guck mal, die Juden sind genauso schlimm wie die Nazis! Die sollen sich mal nicht so haben!« - nur verpackt in das angebliche Interesse der Durchsetzung von Menschenrechten. Schon allein das ist eine der perfidesten Formen des Antisemitismus, die Shoah gegen Israel und die Juden zu wenden. In Deutschland, wo man stolz darauf ist, »etwas gelernt zu haben« findet sie besonders häufig Anwendung, auch in der Postkolonialismus-Debatte rennen Aktivisten wie Malcolm Ohanwe vor allem bei Linken offene Türen ein.

Anton Roland LAUB, AFP

Antisemitismus, auch wenn man „Kunst" drauf schreibt.

Vielleicht auch deshalb musste Claudia Roth erst einmal kräftig mit der Nase in den miefenden Haufen antisemitischer Machwerke gestupst werden, bevor sie sich zu einer Reaktion entschloss. Wahrscheinlich ist sie durch ihren politischen Werdegang so tief in diesen Narrativen verwurzelt, dass sie ihr noch nicht einmal mehr auffallen. In etwas abgemilderter Form treten sie in den deutschen Medien schließlich fast täglich auf, die hier lebenden Muslime kommen in den Genuss der Früchte der deutschen Erinnerungskultur und gelten als »die neuen Juden«. Auch die ehemalige Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli griff gern auf dieses Bild zurück. Roth selbst trat vor einigen Jahren als scharfe Kritikerin der Mohammed-Karikaturen auf, ließ hier keine Kunstfreiheit gelten, sondern appellierte daran, die religiösen Gefühle der Muslime nicht zu verletzen. Warum eigentlich wird von Juden stets erwartet, dass sie ein dickeres Fell haben? Erst als es sich gar nicht mehr vermeiden ließ, reagierte die Kulturstaatsministerin auf die antisemitischen Darstellungen bei der Documenta – und gab sich dann plötzlich furchtbar entsetzt. Freilich ging es zu diesem Zeitpunkt schon um ihren eigenen Hals – denn ihr Rücktritt wurde immer lauter eingefordert, da musste sie sich endlich rühren. Mit großem Drama zog sie nun ihr einstudiertes Reueprogramm durch – wir haben in Deutschland Ähnliches schon dutzendfach gesehen. Die Glaubwürdigkeit tendiert inzwischen gegen Null.

Antisemitismus nach Protokoll

Im Grunde folgt der diesjährige Documenta-Skandal um antisemitische Kunst dem üblichen Muster eines derartigen Aufruhrs hierzulande: Eine öffentliche Institution lädt einen Protagonisten ein, der entweder der antiisraelischen BDS-Bewegung nahesteht oder selbst »palästinensischer Kulturschaffender« ist. Die Veranstalter weisen dabei erst einmal jeden Vorwurf des Antisemitismus weit von sich, aber »Israelkritik« - schon das Wort allein lässt mittlerweile alle Alarmglocken schrillen – müsse schließlich erlaubt sein. Nun ist es sicherlich nichts Illegitimes, wenn auch die arabische Seite ihre Position im Nahost-Konflikt darlegt, aber schon aus Gründen des Anstands sollte dann auch ein Fürsprecher der israelischen Seite vertreten sein. Dieser fehlt allerdings mit schöner Regelmäßigkeit. Wenn schließlich herauskommt, dass der »Israelkritiker« es ein wenig übertreibt, indem er etwa antisemitische Symbolik benutzt, wie Roger Waters damals die mit einem Davidstern versehene Schweineblase bei seinen Konzerten, dann bricht Unruhe aus. Oh weh – wie konnte das passieren? Das hat man doch nicht ahnen können! Und überhaupt: Ist es nicht durch die Kunstfreiheit abgedeckt? Die Diskussion zieht sich dahin, während unser »Kritiker« weiterhin seinen kaum zu übersehenden Antisemitismus verbreiten darf. Also müssen härtere Geschütze aufgefahren werden und man holt sich Vertreter jüdischer Organisationen ins Boot, etwa Josef Schuster oder Charlotte Knobloch. Diese erklären dann der deutschen Öffentlichkeit, wie betroffen die jüdischen Gemeinden von den Vorgängen sind.

Für die Veranstalter ist das ungemein praktisch: Während sie sich zerknirscht geben, ist der schwarze Peter an die jüdische Gemeinschaft weitergereicht worden. Denn machen wir uns nichts vor, die Rolle des Spielverderbers bleibt an uns hängen. Es ist im Grunde genau die Taktik, welche sogenannten »Populisten« vorgeworfen wird. Die Anzettelung eines Skandals nebst anschließender Entschuldigung. Dabei schwingt dann stets ein »ich selbst hätte es durchgezogen, aber dann kamen die Juden mit ihren Empfindlichkeiten« mit – während die jüdische Seite vor einem Dilemma steht. Einerseits nimmt sie die vorgegebene Rolle an, andererseits ist Protest an dieser Stelle mehr als angebracht, denn niemand kann verlangen, dass jüdische Organisationen zu antisemitischen Darstellungen schweigen, nur um die gute Stimmung einer Kulturveranstaltung nicht zu trüben. Denn auch das, was uns auf der diesjährigen Documenta geboten wurde, sprengt jeden Rahmen von Anstand, Geschmack und Verständnis. Hätten Juden so empfindsame Gemüter wie die in Europa lebenden Muslime, fiele der Protest weitaus heftiger aus. Wahrscheinlich wäre die Documenta längst von aufgebrachten Gläubigen gestürmt worden, die »Kunst« in Flammen aufgegangen und ihre Schöpfer müssten um ihr Leben fürchten.

Perfide Symbiose

Die deutsche Linke und die »Palästinenser« haben hierbei zu einem bequemen Arrangement gefunden, wobei die jeweils andere Seite schamlos für die eigenen Ziele genutzt wird. Für die Araber und ihre BDS-Freunde eröffnen sich in der Kunst- und Kulturszene Deutschlands unzählige Plattformen, um nicht nur ihre antiisraelische Propaganda zu betreiben, sondern auch um Gelder zu bitten, die von deutscher Seite gern bereitgestellt werden. Die Linke hingegen nutzt die Aktivisten als Sprachrohr für ihren Antisemitismus und bewahrt sich so nach außen hin ihre saubere, »antifaschistische« Weste. Gern hält man die Legende aufrecht, schon die 68-er-Bewegung habe sich für eine Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit im Nationalsozialismus stark gemacht, obwohl die Realität ganz anders aussah, man betrachte nur den 1969 geplanten Anschlag der Tupamaros West-Berlin auf die Synagoge in der Fasanenstraße – am Gedenktag für das Novemberpogrom von 1938. Während der Biergarten-Antisemit seinen Ressentiments freien Lauf lässt, muss man sich in der links-grünen Szene zumindest den Anschein geben, »etwas aus dem Nationalsozialismus gelernt zu haben«. Wer jedoch die Hoffnung hat, diese Szene würde sich nun schützend vor die heute in Deutschland lebenden Juden stellen, erlebt eine herbe Enttäuschung, wieder und wieder. Die Linken haben die Deutungshoheit über den Nationalsozialismus und die Shoah längst gekapert – Juden dürfen hier nur noch die Rolle als Statisten spielen, wenn das Spiel mal wieder aufgeflogen ist.

Worauf die Welt gar nicht gewartet hat: „Juden gendern“

*Der „jüdisch-queer-feministische“ Verein „Latkes*Berlin“ bezeichnet sich selbst als „linksradikal“ und gibt auf seiner Homepage Tipps, wie Juden richtig zu „gendern“ seien, womit er sich in bester Gesellschaft mit dem sehr weit nach links und grün gedrifteten jüdischen Studentenverband JSUD und dem ebenso gesinnten jüdischen Studienwerk ELES befindet. (JR)*

Von Julian M. Plutz

Der Verein „Latkes Berlin“ lässt nicht den Hauch von Zweifel an seiner politischen Haltung. Was wie ein Kochclub klingt, ist in Wahrheit ein Zusammenschluss linker politischer Aktivisten. So heißt es unter „über uns“: “Latkes*Berlin ist eine Gruppe von Leuten, die sich mit ihrem eigenen Jüdischsein auseinandersetzt und damit, was es bedeutet, in Berlin und Deutschland queerfeministisch, linksradikal UND jüdisch zu sein, und dabei auch noch gleichzeitig israelsolidarisch und rassismuskritisch“. Es bedarf schon einiges an Selbstbewusstsein, sich selbst als „radikal“ zu bezeichnen.

Wie sie den Spagat, linksradikal und rassismuskritisch hinbekommen, bleibt rätselhaft. Gar nicht rätselhaft jedoch ist ihre Haltung zum Gendern. Auch Juden, Judentum, jüdisch sein muss gegendert werden. Gendern bedeutet der Versuch, Begriffe der vielen Geschlechter, die vermeintlich existieren sollen, anzupassen. Was dabei herauskommt ist im Regelfall ein sprachlicher Krampf, der von Unlogik und Unlesbarkeit nur so strotzt. Allein Leute, die Deutsch lernen, eine ohnehin schon schwierige Sprache, verzweifeln am „Gendern“. Von Menschen mit Sprachbehinderungen, Leseschwächen und der Dinge mehr ganz zu schweigen.

Der Genderismus und die Identitätspolitik sind auch im Judentum angekommen

„Queerfeministische, linksradikale Juden?“

„Immer mal wieder werden wir gefragt, wie „jüdische Menschen“ in geschlechtergerechter Sprache am besten abgebildet werden können“, so heißt es auf der Internetseite. Da würde man am liebsten fragen: „Von wem? Wer fragt so etwas?“ Die Antwort jedoch ist klar. Diejenigen, die, wie Robert Pfaller es so treffend beschrieb, die „Erwachsenensprache“ längst verlassen haben und aufgrund einer kruden politischen Korrektheit alle Kanten der Deutschen Sprache, die sie erst so liebevoll machen, glätten wollen, sind erst dann zufrieden, bis ein ewig gleicher, fader, seelenloser Sermon dabei herauskommt. Und lesbar ist das Gendern ohnehin nicht.

Doch der Verein hat eine Mission: „Eine ganz einfache Antwort mit klarer Handlungsanweisung können (und wollen) wir zwar nicht liefern, aber wir haben mal die uns bekannten Argumente und Überlegungen gesammelt. Quasi als kleines Serviceangebot für die gojische Welt. Gleichzeitig ist dieser Text als Diskussionsangebot gedacht, vor allem an andere Juden_Jüdinnen.“ Hierbei springt sofort das Zitat von Gerhard Polt ins Auge. „Wer ist „wir“? Ich bin nicht „wir!“ Ich war noch nie „wir“. „Wir“ sind immer die anderen. Und die wissen es ganz genau!“. Der bayrische Kabarettist meint hier die Hybris von Leuten, die meinen für ein Kollektiv zu sprechen. Von wem sprechen sie? „Wir“, die Juden? Oder nur die „qeerfeministisch, linksradikalen Juden?“ Man weiß es nicht. „Wie gendert ihr? Was ist euch dabei wichtig, was geht gar nicht?“ Schauen wir es uns an.

Jüd:innen und Jüd:außen

„Im Allgemeinen gendern wir mit Unterstrich, Sternchen oder neuerdings auch mit dem Doppelpunkt. Um die grundsätzliche Wahl zwischen diesen Optionen soll es hier nicht gehen, und schon gar nicht um die prinzipielle Sinnhaftigkeit dieser Form der geschlechtergerechten Sprache. Sondern um die Probleme in der Anwendung auf die Wörter „Juden“ und „Jüdinnen“.“

Das heißt konkret: Jüd:innen – übrigens ungleich Jüd:außen - oder JüdInnen, oder Jüd_innen. Wichtig hierbei ist der “glottale Stopp“. Der geneigte Gender_in muss vor „jüd“ einen kurze, prägnante Pause einhalten, so wie es beispielsweise Anne Will oder fast der gesamte Deutschlandfunk inzwischen tut. Nur dann ist man wirklich politisch korrekt. Gendern bedeutet auch, jedem seine politische Gesinnung, ohne diese zu verbalisieren, auf die Nase zu binden, was per se bereits übergriffig ist.

> Indem das Wort „Jude“ ganz ohne Sternchen und Binnen-I pathologisiert wird, wird das Judentum in der Sprache problematisiert.

„Jude“ als Beleidigung akzeptieren

Doch Latkes Berlin wäre nicht Latkes Berlin, wenn auch Jüd:innen und Co nicht auch zu Problemen führen würden: „Erstens wird der Wortbestandteil „Jüd“ von vielen als problematisch empfunden, denn für sich genommen wurde er von den Nazis und anderen Antisemiten als diffamierender Begriff gesetzt, etwa indem sie gegen „die Jüden“ hetzten.“ Das ist natürlich nicht so schön. Und zweitens?

„Zweitens verschwindet dabei die männliche Form, „Jude“. Das wäre uns im Allgemeinen sowas von egal, nur hier nicht. Denn „Jude“ wird immer noch als Schimpfwort benutzt. Gleichzeitig tun sich viele deutsche Gojim unglaublich schwer, das Wort „Jude“ auszusprechen.“ ein wahres Problem. Da „Jude“ als Beleidigung genutzt wird, sollte man „Jude“ gar nicht mehr sagen.

Auch „jüdische Mitbürger“ ist nicht recht

Am Besten sollte man Kippa und Tefillin wegwerfen, denn erst dann ist man auf der sicheren Seite. Der Verein scheint nicht zu merken, dass er damit die Marginalisierung jüdisches Leben aktiv betreibt und damit im Kern bereits antisemitisch ist.

Auch der nächste Versuch befriedet nicht die Gefühle der politisch Korrekten Aktivisten: „Menschen jüdischen Glaubens.“ Selbsterkanntes Problem: Nicht jeder Jude ist auch gläubig. „Jüdische Mitbürger“ gefällt dem Verein ebenso wenig, da das „Mitbürger“, womit er ausnahmsweise einmal Recht hat, dem „Bürger“ gegenüber exklusiv wirkt.

Der Genderstern erinnere an den Judenstern

Doch es kommt noch absurder. Der nächste Versuch heißt „Juden und Jüdinnen“. „Das ist schon OK, aber es erfüllt nicht das Ziel einer gegenderten Form, die auch Positionen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit repräsentiert, beziehungsweise die Zweigeschlechtlichkeit kritisiert, die der Sprache eingeschrieben ist,“ so der Verein. Auch wieder falsch. Gendern ist schon eine verflucht vertrackte Angelegenheit.

Die nächste Überlegung von „Latkes Berlin“: „Jude.*“ kein „innen“, kein „Mitbürger“, nichts. Lediglich ein Stern. Doch auch hier lauert die Gefahr, denn ist doch dieses Symbol auch selbst problembehaftet, der geneigte Leser wird es bereits erahnt haben: „Allerdings gibt es aus jüdischer Perspektive durchaus auch Kritik an der Verwendung des Gendersternchens, denn der Stern ruft schmerzhafte Erinnerungen des gewaltvollen Markiertwerdens durch die Nazis auf, vor allem in der gesprochenen Variante „Judensternchen““, so die Autoren. Wie man es macht, man macht es falsch.

Das Endergebnis, was der Verein von nun an nutzen wird, lautet: „Juden_Jüdinnen“ / „Juden:Jüdinnen“. Aber: „Das Thema ist aber alles andere als abgeschlossen“, so Latkes Berlin. Es darf befürchtet werden, dass die Herr- und Frauschaften auch noch auf absurdere Formulierungen kommen werden.

Angewandter Antisemitismus durch Marginalisierung

Bei aller Humorlosigkeit: Der Verein „Latkes Berlin“ betreibt nichts anderes als lupenreinen Antisemitismus. Mit „Juden_Jüdinnen“ oder „Juden:Jüdinnen“ wird das Jüdischsein entwertet. „Wörter machen Leute“, meinte der Journalistenlehrer und Autor Wolf Schneider einst. Das stimmt. Indem das Wort „Jude“, was im Übrigen die simple Version des Autors dieses Textes wäre, ganz ohne Sternchen und Binnen-I, pathologisiert wird, wird das Judentum in der Sprache problematisiert. Ist das das Ziel eines Vereins, der sich selbst „jüdisch“ nennt, der Angst zu haben scheint, „Jude“ zu sagen und zu schreiben?

„Latkes“ sind kleine, in Fett frittierte Kartoffelpuffer und stammen aus Osteuropa. Dahingehend sollte sich der Verein bemühen: Rezepte Online stellen, Restauranttipps geben, Kochabende organisieren, Foodblogs betreiben und neue Gerichte kreieren. Damit tut der Verein niemandem weh und tut nebenbei noch etwas, ganz im Gegensatz zu diesem Gender-Irrsinn, für die jüdische Identität. „Wer unrein spricht, der denkt auch unrein“, meinte einst der Journalist Karl Kraus. Und wie „Latkes Berlin“ denkt, haben sie mit diesem absurden Werk, das „Juden gendern“ heißt, eindrucksvoll bewiesen.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Ferda Ataman: Linke Aktivistin mit falscher Juden-Einordnung soll Antidiskriminierungsbeauftragte werden

Ferda Ataman, Journalistin und passionierte Gesellschaftsspalterin, soll die neue Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes werden. Nach ihrer Nominierung löschte sie Tausende verfängliche Tweets, die ihr in ihrer neuen Rolle unbequem hätten werden können. Weiße Deutsche sind für Ataman „Kartoffeln", Juden sind für sie „people of colour" und Zwangsheirat im Islam wird von ihr nicht angegriffen, sondern verteidigt – hier wird einmal mehr der Bock zum Gärtner gemacht. (JR)

Von Claudio Casula/Achgut.com

Die Heinzelmännchen legten eine Nachtschicht ein. Immerhin galt es über 12.000 Tweets zu löschen. Irgendwann war das Werk getan, nur ein kümmerlicher Rest von ein paar Dutzend übrig. Alle verräterischen Spuren waren aus Ferda Atamans Account getilgt. Spuren, die ohne das Großreinemachen garantiert von finsteren Rechten und Rassisten verfolgt worden wären, um nachzuweisen, dass die designierte Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch auf dieser Plattform über die Jahre Äußerungen getätigt hat, die ziemlich heftig gegen ihre Ernennung sprechen.

Aber das Internet vergisst so gut wie nichts. In irgendeinem Web-Archiv werden Frau Atamans Tweets schon gespeichert sein. Von etlichen existieren außerdem Screenshots, und manche ihrer Statements haben schon mal eine größere Runde gemacht. So schrieb sie im März 2020, zu Beginn der „Pandemie", sie habe „eine Ahnung, welche Bevölkerungsgruppen in Krankenhäusern zuerst behandelt werden, wenn die Beatmungsgeräte knapp werden". Nämlich die „eklige weiße Mehrheitsgesellschaft", wie Sarah-Lee Heinrich, die Bundessprecherin der Grünen Jugend, es im Oktober 2021 ausdrückte. Ein haltloser Vorwurf, gewiss, doch zeigt er exemplarisch, welches Bild Ferda Ataman, Tochter türkischer Einwanderer, von der Gesellschaft hat: auf der einen Seite die guten, edlen Menschen mit Migrationsgeschichte, vor allem Muslime, auf der anderen die weißen Autochthonen, „dünnhäutige Emodeutsche", die empfindlich reagieren, wenn man sie „Kartoffel" nennt, strukturell rassistisch, klar; schon die harmlose Frage „Woher kommst Du?" ist für Ataman „ein Relikt aus dem völkischen Nationalismus".

Andererseits ist die Herkunft nun mal auch für Ataman wichtig, weil nur sie die Spaltung in ein Lager der Kartoffeln und ein Lager der Migranten ermöglicht und vor allem die Ansprüche, die die Antidiskriminierungsbeauftragte stellt: nämlich „eine 30-Prozent-Quote für Journalist:innen aus Einwandererfamilien, für Schwarze Journalist:innen und Medienschaffende of Color", wie sie 2021 in einem „Diversity Guide" des Vereins Neue Deutsche Medienmacher schrieb, den sie selbst mitbegründete und der mit staatlichen Millionenzahlungen gepampert wird. Dort sammeln sich seit Jahren Journaktivisten mit Migrationshintergrund, um lauthals mehr Rechte und mehr Präsenz im deutschen Medienbetrieb zu fordern („Wir setzen uns für gute Berichterstattung und für vielfältiges Medienpersonal ein: Vor und hinter den Kameras und Mikrofonen. An den Redaktionstischen. Und auch in den Planungsstäben, Führungsetagen und Aufsichtsgremien."), wobei offenbleibt, ob die Verlage und Rundfunkanstalten nun ihr Personal deutlich mit Zuwanderern aufstocken oder so viele Deutsche rauswerfen sollen, dass die Quote wieder stimmt. Wer die prekäre Lage im Pressewesen kennt, weiß: man würde Option 2 wählen.

Der Mehrheitsgesellschaft den Garaus machen

Mit der Quote wird zwar die bloße Herkunft über die Qualifikation gestellt, aber letztere spielt ja ohnehin nur noch eine untergeordnete Rolle im Medienzirkus, wovon sich Zeitungsleser, Radiohörer oder Fernsehzuschauer zu jeder Tages- und Nachtzeit überzeugen können. Egal, Ataman und ihren Mitstreitern geht es ohnehin nicht um die Qualität des Journalismus, Haltung ist wichtig und eben die Hautfarbe. Huch – ist das nicht rassistisch? Nein, denn in Atamans Welt ist Rassismus eine Einbahnstraße. Die Kartoffeln sollen sich mal nicht so haben, wenn man sie als solche bezeichnet, und auch, wenn man sie als „Köterrasse" beschimpft, wie es ein Deutschtürke aus Hamburg auf Facebook tat, macht man sich damit nicht strafbar. Dann ist weder der Tatbestand der Volksverhetzung noch der der Beleidigung erfüllt.

So ticken die Deutschen heute, und Ferda Ataman weiß diesen Umstand weidlich auszunutzen. Er ist ihr Geschäftsmodell. Offenbar steht die (Noch-)Mehrheitsgesellschaft darauf, sich des Rassismus bezichtigen zu lassen, während sie gleichzeitig zugewanderten Vergewaltigern, Messerstechern und „Gleisschubsern" geradezu unfassbare Milde entgegenbringt. Die ideale Zeit also, um dieser erbärmlich schwachen Alman-Gesellschaft vollends den Garaus zu machen. Nicht einmal das Wort Heimat wollte Ataman 2018 im Titel des Innenministers sehen – das sei doch nur eine Blut-und-Boden-Geschichte. Aydan Özoğuz, von 2013 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, ist da ihre Schwester im Geiste. Sie hatte in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel geschrieben, eine spezifisch deutsche Kultur sei „jenseits der Sprache schlicht nicht identifizierbar". Man könne den Einwanderern auch „keine Anpassung an eine vermeintlich tradierte Mehrheitskultur per se verordnen". So sieht es ja auch Bruder Erdogan, für den „Assimilation ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist.

Sagten wir, Ataman teile die Gesellschaft in böse Weiße und gute PoCs? Das wäre zu undifferenziert, denn zum bekämpften Lager der Ersteren zählt Ataman eben auch die Assimilierten und vor allem Migranten, die es wagen, Kritik am migrantischen Milieu zu üben: Menschen wie Seyran Ateş, Necla Kelek, Ahmad Mansour und Hamed Abdel-Samad, die Missstände etwa in der muslimischen Gesellschaft benennen. Es gibt da ja so unschöne Phänomene wie patriarchalische Strukturen, Zwangsehen, „Ehrenmorde", radikalen Islamismus, Clanwesen, um nur ein paar aufzuzählen, aber von denen will

Ferda Ataman forderte eine 30-Prozent-Migrantenquote für Journalisten

Ferda Ataman nichts wissen, und die erwähnten Kritiker sind für sie Verräter, die sich mit Islamkritik bei den Kartoffeln beliebt machen wollen und bei diesen völlig zu Unrecht als „mutig" gelten, mögen sie auch rund um die Uhr Polizeischutz benötigen.

Provozieren und dann in den Opfermodus schalten

Klingt, euphemistisch gesagt, polarisierend – und ist es auch. Der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde, Ali Ertan Toprak, nannte Ataman eine „Spalterin". Sie verhindere immer und überall, dass über Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus, z.B. in der muslimischen Gemeinschaft, gesprochen werde. Der Psychologe Ahmad Mansour wittert „Intoleranz unterm Deckmantel der Anti-Diskriminierung" und schreibt bei Twitter, Ataman sei „eher Bundesbeauftragte für Spaltung & Identitätspolitik".

Und der Islamwissenschaftler Ahmad A. Omeirate sagt, Ataman wolle mit ihren Neuen deutschen Medienmachern „durch die Hintertür linksidentitäre, nationalistische & islamistische Ideologien aus Migrantencommunities etablieren". Alle Migranten, die sich am „Mehrheitsgesellschaft-Bashing" nicht beteiligen wollen, würden zu Feindbildern erklärt und mit fiesesten Methoden aus dem Diskurs gedrängt – vor allem solche, die auf problematische Strukturen innerhalb der eigenen Community hinweisen.

Atamans Nominierung passt damit aber eben auch in die aktuelle Politik der deutschen Regierung: Aktivisten auf einflussreiche Posten hieven, die muslimische Community pampern und die eigene Bevölkerung auf die Anklagebank setzen oder zumindest als Rassismusverdachtsfall einstufen. Außerdem maximal provokative Leute auswählen, die den erwarteten Protest herausfordern, welcher dann wiederum als „Gefahr von rechts" markiert wird und das große Mimimi der Linken als ewige Opfer befeuert. Die Angriffe auf Ataman zeigen doch gerade, wie wichtig es war, sie auf diesen Posten zu berufen, wird es dann in dreister Verkehrung von Ursache und Wirkung heißen. Einer Innenministerin Faeser, die radikalen Islamismus nicht wirklich als Problem wahrnimmt und lieber Jagd auf Regierungskritiker von „rechts" macht, kann das nur perfekt in die Karten spielen.

Mit Ferda Atamans Nominierung wird wieder einmal der Bock zum Gärtner gemacht. Als nächstes erwarten wir die Nominierung von Nasser Abou-Chaker zum Bundesbeauftragten für die Bekämpfung der Clankriminalität. Der Kollege mag auch keine Kartoffeln.

Claudio Casula, 1964 in Witten an der Ruhr geboren und aufgewachsen, übersiedelte 1990 nach Hamburg, wo er 30 Jahre für verschiedene Zeitschriften als (leitender und leidender) Redakteur tätig war. Viele Jahre betrieb er den ausgesprochen proisraelischen Blog „Spirit of Entebbe". Der bekennende Bibliophile reist oft und gern nach Israel, Italien und Schottland. Er lebt in Hamburg und Berlin.

Die Eroberung des öffentlichen Raums durch aggressive muslimische Migranten – Wie sicher ist man als Jude in Deutschland?

Pöbeleien, Belästigungen und Übergriffe – der öffentliche Raum wird für Frauen, Kinder und vor allem für Juden immer gefährlicher. Mit der ungebremsten Masseneinwanderung hunderttausender, vielfach gewaltbereiter, muslimischer Männer seit 2015, weiten sich die islamischen Einflussbereiche und die No-Go-Areas in unseren Städten dramatisch aus. (JR)

Von Miriam Sofin

Polizeieinsätze sind in Freibädern keine Ausnahme mehr

Gleich an zwei Sonntagen hintereinander kam es in diesem Juni zu Massenschlägereien in Berliner Freibädern mit mehreren Hundert Beteiligten. Beide Male musste die Polizei mit einem Großaufgebot anrücken, da das Sicherheitspersonal scheinbar machtlos war. Private Videoaufnahmen aus dem Steglitzer Bad „Insulaner“ gingen im Netz viral. Sie zeigen eine Horde aggressiver junger Männer, augenscheinlich mit orientalischem und arabischem Migrationshintergrund, die sich gegenseitig anbrüllt, schubst und aufeinander einschlägt sowie eine hilflose Security, die dem Treiben verdutzt zuschaut. Es sind Bilder, die Angst machen und stark an die "Party- und Eventszene" erinnern, welche seit 2020 regelmäßig deutsche Innenstädte verwüstet… Auch bei diesem Klientel handelt es sich größtenteils um die "üblichen Verdächtigen": junge Männer aus dem islamischen Kulturraum.

Im Neuköllner Columbiabad wurden Polizisten und Wachleute von bis zu 250 Badegästen bedrängt. Wie im zuvor „Insulaner“ sei Zeugenaussagen nach ein Streit nach dem Spritzen mit Wasserpistolen entbrannt. So habe sich eine junge Frau am Nachmittag gegen 17:15 Uhr bei der Security über eine Gruppe im Becken spritzender Kinder beschwert. Ein Mann im Alter zwischen 35 und 40 Jahren habe der 21-Jährigen daraufhin aus nächster Nähe zuerst ins Gesicht gespritzt und danach durch einen gezielten Schlag mit der Wasserpistole die Nase gebrochen. Nach dem Angriff sei er weggerannt. Bisher konnte seine Identität noch nicht ermittelt werden.

Als die Polizei schließlich eintraf, forderte sie zunächst alle anwesenden Badegäste auf, das Schwimmbad zu verlassen - doch nur wenige Besucher folgten der Anweisung. Immer mehr Menschen schlossen sich stattdessen der außer Kontrolle geratenen Rangelei an, bis die Lage vollends eskalierte. Am Ende musste das Bad vorzeitig geschlossen und die Badegäste von den Polizisten mit Gewalt hinaus bugsiert werden. Nun wird wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch ermittelt.

Schon eine Woche zuvor gab es einen ähnlichen Vorfall im Steglitzer Bad Insulaner: Nach einer Spritzerei mit Wasserpistolen und einem darauffolgenden Disput zwischen zwei Gruppen war dort gegen 16:25 Uhr eine Massenschlägerei unter ca. einhundert Personen ausgebrochen. Die Polizei rückte mit 13 Streifenwagen und Teilen einer Einsatzhundertschaft an, um den Konflikt aufzulösen. Nur vier Tatverdächtige konnten danach ermittelt werden: ein 23-jähriger Türke, ein 21-jähriger Saudi-Araber, ein 21-jähriger "Deutscher" sowie ein 15-jähriger "Deutscher". Einer von ihnen soll auf einen Wachmann eingeschlagen haben. Ein anderer gab an, von einem Unbekannten mit einem Messer angegriffen und am Oberarm verletzt worden zu sein. Er musste aufgrund von Schnittwunden im Krankenhaus versorgt werden. Nach Aussage des Mannes soll noch eine weitere, bis heute unbekannt gebliebene Person vom selben, bisher ebenfalls noch unbekannten Täter verletzt worden sein. Die Polizei ermittelt wegen besonders schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung.

Mehr Wachpersonal soll Badbetrieb schützen

Die Berliner Bäderbetriebe (BBB) kündigten angesichts der jüngsten Ereignisse an, zukünftig noch mehr Wachpersonal einsetzen zu wollen. In 11 Berliner Freibädern werden derzeit bereits 172 Sicherheitsmitarbeiter beschäftigt. Das sind ziemlich viele, wenn man mich fragt, doch offensichtlich noch lange nicht genug… Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, rief die Betreiber der Bäder indes zu strengen Personen- und Einlasskontrollen auf. "Es ist Aufgabe des Veranstalters die Personenkontrollen vorzunehmen und auch zu steuern und notfalls zu begrenzen. Wir dürfen diesen gewaltbereiten Schlägern nicht den öffentlichen Raum überlassen.", sagte er gegenüber der BILD Zeitung. Außerdem kritisierte er: "Die Politik scheut die Debatte um die Täter-Klientel, die wir hier auch ganz offensichtlich sehen. Es sind junge Männer, nicht alle, aber die meisten mit einem Migrationshintergrund, die ganz offensichtlich diesen öffentlichen Raum für sich beanspruchen. Jeder Diskotheken-Besitzer, der einen ordentlichen Türsteher hat, kann dafür sorgen, dass solches Klientel nicht reingelassen wird. Da kann nicht immer die Polizei kommen. Die Polizei ist eine Strafverfolgungsbehörde und kein Bademeister-Club. Wir können nicht in allen Schwimmbädern mit Hundertschaften präsent sein. Das ist Aufgabe der Veranstalter."

Türsteher vor jedem deutschen Schwimmbad und ein Großaufgebot an Sicherheitspersonal - sieht so etwa die neue deutsche Badekultur aus? Das klingt für die meisten nicht nur ziemlich ungemütlich, sondern vor allem unvorstellbar. Doch das waren vor wenigen Jahren auch durch Stacheldrahtzaun und Betonpoller geschützte Weihnachtsmärkte, auf denen mit Maschinengewehren bewaffnete Polizisten patrouillieren. Heute sind sie Realität und wir haben uns schon fast daran gewöhnt… Doch wäre es nicht "rassistisch" und außerdem "Racial Profiling", jungen Männern aufgrund ihrer optischen Attribute und Herkunft den Eintritt in deutsche Badeanstalten zu verweigern? Ich höre bereits jetzt schon den öffentlichen Aufschrei und sehe die Klagen aufgrund von "Diskriminierung" nur so hageln. So einfach, wie der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft sich das vorstellt, ist es jedenfalls definitiv nicht.

> Anstatt unsere Schwimmbäder sollten die deutschen Außengrenzen kontrolliert werden.

Immer mehr No-Go-Areas

Fakt ist, der öffentliche Raum - seien es Parks, Schwimmbäder, Innenstädte oder Bahnhöfe - wird seit 2015 immer stärker von Gruppen zugewanderter junger muslimischer Männer dominiert. Viele Frauen verzichten deshalb schon lange auf ihre abendliche Jogging-Runde im Park oder den gemeinsamen Schwimmbadbesuch mit ihren Kindern. Juden vermeiden gewisse Viertel, weil es für sie dort mittlerweile zu gefährlich ist. Das allgemeine Sicherheitsgefühl ist einfach weg und doch wird dieser untragbare Zustand von den machthabenden Politikern größtenteils ignoriert. Zu tief sitzt die Angst, den unübersehbaren Elefanten im Raum zu benennen. Und die, die es doch tun, werden mit den üblichen Rassismus- und Islamophobie-Vorwürfen überhäuft. Gäbe es keine Smartphones, dank denen uns regelmäßig private Videoaufnahmen von unangenehmen Situationen erreichen, würde die Presse die Identität der Störenfriede im öffentlichen Raum vermutlich weitestgehend totschweigen. Nicht, dass sie es nicht bereits jetzt schon mit aller Kraft versucht… Muslime gelten in Deutschland als ganz besonders schützenswerte Minderheit, Islam- und Migrationskritik hingegen als regelrechte "Hassverbrechen". Dass sich durch die islamische und hauptsächlich männliche Masseneinwanderung aus zutiefst antisemitisch, misogyn und homophob geprägten Gesellschaften besonders Juden, Frauen und Homosexuelle vielerorts nicht mehr unbeschwert und sicher bewegen können, wird geflissentlich unter den Teppich gekehrt. Auch wenn es niemand hören möchte: Mehr Sicherheitspersonal wird das Problem nicht lösen. Anstatt unsere Schwimmbäder sollten die deutschen Außengrenzen kontrolliert werden. HIER müssen Personen überprüft und gegebenenfalls ausgesiebt werden, die den inneren Frieden in Deutschland gefährden. Die voranschreitende Islamisierung jedoch, welche mit der Einwanderung von Millionen Muslimen nun einmal unweigerlich einhergeht, führt unaufhaltsam zum Verlust der Sicherheit im öffentlichen Raum. Die unbeschwerten Sommertage in deutschen Freibädern - sie sind wohl endgültig Geschichte.

Süddeutsche Zeitung: Antisemitismus seit mehr als 70 Jahren

Immer wieder fällt die Süddeutsche Zeitung mit antisemitischen Entgleisungen auf. Der aktuelle Fall um eine hakennasige Karikatur des auf jüdische Wurzeln zurückgreifenden ukrainischen Präsidenten Selenskyi ist nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich kann die Zeitung aus München auf mehr als 70 Jahre gedruckten Judenhass zurückblicken. Ob Karikaturen, üble Auschwitz-Vergleiche, Nazi-Sprech in Leserbriefen oder antisemitische „Israelkritik“: Die SZ ist fast immer dabei.

Von Julian Plutz

Einigen Lesern, die bereits 1949 Zeitung lasen, dürfte es bei dem Namen „Adolf Bleibtreu“ schaudern. Bei diesem Pseudonym handelte es sich um den Verfasser eines Leserbriefs, den die Süddeutsche Zeitung (SZ) abdruckte und damit eines der erschreckendsten, aber auch eindrücklichsten Beispiel in Sachen Judenhass in sogenannten Qualitätsmedien an den Tag legte. Was war passiert?

Alles begann mit einem Leitartikel des damaligen leitenden Redakteures für Politik, Wilhelm Emanuel Süskind. Der Text erschien kurz vor der ersten Bundestagswahl im August 1949 mit dem Titel: „Judenfrage als Prüfstein“. Dort plädierte er, dass man die wenigen zurückgekehrten jüdischen Flüchtlinge, nicht vergraulen, sondern „halten“ sollte.

Jedoch argumentierte Süskind nicht etwa damit, dass diese Juden zurück in ihre Heimat kehren sollten, von der sie flohen oder von der sie deportiert wurden. Sein Kalkül war perfider. Für ihn war der Jude das Gegenstück eines deutschen „Wir“, wodurch sich der Deutsche separieren konnte.

„Ungewöhnlich starker Widerhall“ aufgrund von lupenreinem Judenhass

Süskind bezog sich in seinem Text auf den Schwarzmarkt an der Möhlstraße in Bogenhausen. Hier handelten viele jüdische Flüchtlinge, was ihm und viele Anwohner ein Dorn im Auge gewesen war. Und so forderte Süskind von seinen deutschen Landsleuten, "dass wir - moralisch - eine besondere Rücksicht und Zartheit den Juden gegenüber walten lassen wollen, auch wenn der einzelne Jude Rücksicht und Zartheit nicht herausfordert. Dass wir - intellektuell - unser Urteil nicht bestimmen lassen von Fehlern einzelner Juden und auch nicht von Fehlern, die das ganze Volk in seiner Durchgezüchtetheit besitzen mag." Purer Antisemitismus, ausgerechnet von der progressiven Süddeutschen Zeitung? Das geht.

Die Formulierung kam nicht von ungefähr, war doch Süskind bis 1945 Autor für verschiedene NS-Gazetten gewesen, unter anderem die „Krakauer Monatshefte“ und „Die Literatur“. Nach der Veröffentlichung gab sich die SZ ob der vielen Leserreaktionen verwundert. Der Artikel habe „ungewöhnlich starken Widerhall gefunden", schrieb sie. "Wir veröffentlichen von den äußerst verschiedenartigen Leserbriefen einige besonders charakteristische." Rückblickend ist die Verwunderung der Redaktion selbst verwunderlich, wenn man sich den Tonfall Süskinds betrachtet.

Ein Leser betonte gleich zu Beginn, er habe "viele Jahre unverhältnismäßig viele jüdische Freunde gehabt", warnte aber, dass die "gesetzliche Bevorzugung" der jüdischen Schwarzhändler an der Möhlstraße "Blüten treibt, auf die als Erwiderung der Antisemitismus immer mehr vordringt".

WIKIPEDIA

Juden tragen also selbst die Schuld am Judenhass. Auch diese antisemitische Äußerung fand den Weg in die Printausgabe.

Eine Entschuldigung, die wenig hilft

Ein anderer schrieb, die Deutschen griffen gegen den Missstand des Markts wohl nicht ordentlich durch, weil sie "innerlich Auschwitz gegen Möhlstraße aufrechnen" würden. Auch diese Worte wurden bedenkenlos gedruckt.

Und dann folgte Adolf Bleibtreu: „Geht doch nach Amerika, aber dort können sie euch auch nicht gebrauchen, sie haben genug von diesen Blutsaugern. Ich bin beim Ami beschäftigt, und da haben verschiedene schon gesagt, dass sie uns alles verzeihen, nur das eine nicht, und das ist: dass wir nicht alle vergast haben, denn jetzt beglücken sie (die Juden) Amerika ... Sie können sich darauf verlassen, dass ich alles tun werde, um recht viele Amis aufzuklären. Ich versichere Ihnen, dass ich kein Nazi war, aber ich bin ein 100%iger Deutscher. Ich gehöre zu den sogenannten 'Stillen im Lande' und die Flüsterpropaganda ist mehr wert als 100 Zeitungen ..."

> Judenhass bleibt der ewige Bazillus, der auch, oder gerade nicht vor linksbürgerlichen Gazetten Halt macht.

Zwar entschuldigte sich der Chefredakteur, der sich zu dem Zeitpunkt im Ausland befand, doch abgedruckt ist abgedruckt. Es handelte sich auch nicht um eine Panne, oder ein Missgeschick. Und es war auch kein Einzelfall.

Übler Auschwitz-Vergleich 2013

So zeichnete der SZ Karikaturist Dieter Hanitzsch 2018 Benjamin Netanjahu mit abstehenden Ohren, einer langen, krummen Nase und dicken Lippen; allesamt antisemitische Klischees. In der Hand hält der damalige Premierminister eine Rakete mit Davidsstern. Optisch ähnelt er der Sängerin Netta, die in diesem Jahr den Eurovision Song Contest gewonnen hatte. Damit fand der Wettbewerb im Jahr darauf in Israel statt. In einer spontanen Reaktion auf ihren Sieg kündigte Netta an, die Show würde in Jerusalem stattfinden. Dies wiederholt Netanjahu in der Karikatur: „Nächstes Jahr in Jerusalem“. im Hintergrund ist der Schriftzug der Veranstaltung zu sehen, der Buchstabe „v“ von „Eurovision“ wurde durch einen Davidsstern ersetzt. Raketen mit Davidstern und judenfeindliche, optische Klischees sind die Reaktionen auf den Sieg einer Jüdin in einem Musikwettbewerb.

Alles nur tragische Einzelfälle? Nein. Im Jahr 2013 versank der Mainzer Hauptbahnhof in Chaos, da sich einige Bahnmitarbeiter auf einmal krankgemeldet hatten. Wie die SZ auf diese Meldung reagiert, kann man ohne weiteres als „unglaublich“ bezeichnen. »Um die richtigen Weichen zu stellen, braucht die Bahn Personal«, heißt es dort, darüber ist ein Foto von verwaisten Gleisanlagen zu sehen. Bei der Abbildung handelt es sich um die Gleise im NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, im Hintergrund sind deutlich Stacheldraht und Wachtürme zu sehen.

„Doppelter Standard“ wenn es um Israel geht

„Will die Süddeutsche Zeitung uns mitteilen, dass damals, als es noch genügend Personal gab und alles vorschriftsmäßig nach Plan lief, die Weichen richtiggestellt wurden?“, fragte sich damals die Jüdische Allgemeine völlig zurecht. Verantwortliche Redakteurin war übrigens Franziska Augstein, die Schwester von Jakob Augstein, der bereits aufgrund von „antisemitischen Verunglimpfungen“ vom Simon - Wiesenthal - Center bereits gelistet wurde.

Auch im Thema „israelbezogener Antisemitismus“ fühlt sich die SZ pudelwohl. Als 2018 Israel von iranischen Revolutionsgarden von Syrien aus mit zwanzig Raketen angegriffen wurde, wehrte sich der attackierte jüdische Staat und zerstörte die entsprechenden mobilen Abschussrampen.

So wird nicht etwa der Aggressor Iran für die Eskalation verantwortlich gemacht, sondern Israel selbst: “Israel greift duzende iranische Stellungen im Iran an“. Neben „Dämonisierung“ greift hier vor allem „doppelter Standard“ aus der „Drei D-Regel“. Wie kann es der jüdische Staat nur wagen, sich zu verteidigen? Mit kaum einem anderen Land würde die SZ so umgehen.

Antisemitismus gehört zur DNA der SZ

Bei all den Vorfällen wirkt der aktuelle Fall fast wie betriebliche Routine, die sich die Zeitung aus München zu gerne annimmt. Die Karikatur vom Mai dieses Jahres zeigt einen überlebensgroßen und untersetzten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der mit boshaftem Gesichtsausdruck, eng stehenden Augen, Hakennase und stechendem Blick das Weltwirtschaftsforum (WWF) in Davos aus dem Hintergrund dominiert. Unter ihm sitzen die Teilnehmer des WWF wie Schachfiguren. Darunter ist zu lesen: „Präsident in Davos“. Einerseits die antisemitischen, optischen Klischees, die bei der SZ längst zum guten Ton gehören. Und andererseits ein Selenskyi, der Jude ist, den sie als Strippenzieher skizzieren, der kriegslüstern, übermächtig und hinterlistig die Fäden in der Welt zieht. Ein klassischer antisemitischer Stereotyp.

So gesehen hat sich von 1949 bis heute, nichts geändert. In geübter Regelmäßigkeit entschuldigen sich Verantwortliche der Süddeutschen Zeitung für judenfeindliche Entgleisungen.

Judenhass bleibt der ewige Bazillus, der auch, oder gerade nicht vor linksbürgerlichen Gazetten Halt macht. Die SZ vergeht sich, immer und immer wieder. Antisemitismus gehört zur DNA der Münchner Zeitung.

Geändert hat sich das in den 47 Jahren, seit Süskind und Adolf Bleibtreu, nicht.

Deutschlands Hoffnung: Gas-Käufe aus Israel

Israels Gasfelder Leviathan und Tamar rücken angesichts des Russland-Ukraine-Kriegs geopolitisch in den Focus deutscher Energie-Interessen. Auf der Suche nach neuen Gas-Lieferanten reiste Wirtschaftsminister Robert Habeck auch nach Jerusalem. Er musste aber unverrichteter Dinge wieder abreisen. Den Deal an Deutschland vorbei macht dafür, ausgerechnet die von Deutschland in den Chef-Posten hinein gedrückte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie unterzeichnete einen Vertrag, der Erdgaslieferungen aus Israel über Ägypten nach Europa vorsieht. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Robert Habeck präsentiert sich bei seiner Nahostreise als Macher. Der 54-Jährige tritt in Israel als Vizekanzler auf, der das Zeug hat, den blassen Olaf Scholz zu beerben. Er wirbelt geradezu durch eine Flut von Terminen. Im Gegensatz zu seiner grünen Parteifreundin Annalena Baerbock, die sich in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem mit einem verschwurbelten Instagram-Post blamierte, bleibt der Politprofi stets souverän. Der wahrscheinlich beste Darsteller der aktuellen Bundesregierung absolviert seine Auftritte unfallfrei. Ganz Staatsmann betont er mehrfach die besonderen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland. Dass sein Besuch in Israel keine Schlagzeilen macht, liegt an den äußeren Umständen: Israel hat gerade mit einer Terrorwelle zu kämpfen, die Regierung Bennett ringt – letztlich vergebens - um ihr politisches Überleben, US-Präsident Joe Biden kündigt einen Besuch in Jerusalem an. Da bleibt für den ambitionierten deutschen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz kaum eine Spalte auf den ersten Seiten der Tageszeitungen.

Habeck hat es eilig

Er will die Abhängigkeiten von russischen Energieimporten beenden, und das so schnell wie möglich. „Ich habe deutlich gemacht, dass Deutschland jetzt Erdgas braucht, um sich von den russischen Lieferungen zu diversifizieren“, doziert er zum Auftakt seiner Nahostreise in Jerusalem. Israel verfügt über erhebliche Mengen an Erdgas: Die beiden Gasfelder Leviathan und Tamar befinden sich westlich von Haifa, etwa drei Kilometer unter dem Meeresboden. Tamar verfügt über schätzungsweise 240 Milliarden Kubikmeter Erdgas, Leviathan über 450 Milliarden. Israel produziert rund 70 Prozent seines Stroms aus Erdgas. Doch der Binnenmarkt ist für die teure Erschließung der Felder zu klein. Jerusalem versucht deshalb seit Jahren, den Rohstoff international zu vermarkten.

Die Erwartungen an Habeck waren deshalb groß. Die Israelis hofften, der deutsche Macher würde Schwung in das Projekt „EastMed-Pipeline“ bringen, durch die über Zypern und Griechenland Erdgas nach Mitteleuropa transportiert werden soll. Doch Habeck verpasst diesen Vorstellungen rasch einen Dämpfer: Deutschland brauche das Gas sofort. Fachleute rechnen für den Bau der Pipeline mit einer Bauzeit von sieben bis neun Jahren. Viel zu lange für den Grünen-Politiker, der sich schnellstmöglich von fossilen Brennstoffen verabschieden möchte.

Links-grüne Befindlichkeiten

Man merkt Habeck an, dass er unter Druck steht. In seiner Heimat explodieren die Energiepreise, der Ausbau von Wind- und Solarenergie kommt nicht im gewünschten Tempo voran, der Tankrabatt der Ampel-Regierung erweist sich als Flop. Das begehrte Gas aus Israel soll nach Deutschland fließen, aber nicht durch ein 3000 Kilometer langes Rohrsystem. Die Lösung liegt in Ägypten. Dort gibt es ein Flüssiggas-Terminal, von dem aus das Gas nach Europa verschifft werden könnte.

GIL COHEN-MAGEN / AFP

In Robert Habecks Partei gibt es genügend Israel-Gegner, die den jüdischen Staat liebend gerne boykottieren würden.

Auf links-grüne Befindlichkeiten nimmt Habeck keine Rücksicht mehr: In seiner Partei gibt es genügend Israel-Gegner, die den jüdischen Staat liebend gerne boykottieren würden. Aber wer die totalitären Unrechts-Regime in Saudi-Arabien und Katar hofiert, kann Israel nicht aus angeblich moralischen Gründen ausschließen.

Habeck trifft Regierungschef Bennett, der sich eine ganze Stunde Zeit nimmt für den deutschen Vizekanzler. Außerdem spricht er mit Außenminister Jair Lapid, Wirtschafts- und Industrieministerin Orna Barbivai sowie Energieministerin Karine Elharrar, die auch für Klimaschutz zuständig ist. Konkrete Ergebnisse werden nicht bekannt. Habeck muss weiter, absolviert einen kurzen Pflichtbesuch bei den „Palästinensern“ und reist in die jordanische Hauptstadt Amman. Dort nimmt er an einer Energie- und Klimaschutz-Tagung teil. Hier ist er in seinem Element: Sicherheits- und Klimapolitik gehören zusammen, die Welt brauche internationale Kooperationen, Wind- und Solarenergie, Wasserstoff: Hauptsache erneuerbar!

Nägel mit Köpfen macht schließlich nicht Habeck, sondern EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie kommt nach dem deutschen Minister nach Israel, um in Beersheva die Ehrendoktorwürde der Ben-Gurion-Universität entgegenzunehmen. Sie unterzeichnet einen Vertrag, der Erdgaslieferungen aus Israel über Ägypten nach Europa vorsieht. Genaue Zahlen über den Umfang des Geschäfts sind nicht bekannt, aber Israel soll nach Medienberichten etwa eine Milliarde Schekel pro Jahr daran verdienen (etwa 275 Millionen Euro). Deutschlands Energieprobleme werden dadurch nicht gelöst. Aber das Gas aus dem jüdischen Staat hilft der unter Druck stehenden Regierung in Berlin.

Israels neuer Premierminister: Wer ist Yair Lapid und wofür steht er?

Israel Heute

Zum dritten Mal in weniger als zwei Jahren hat Israel einen neuen Premierminister.

Als Benjamin Netanjahu nach den Wahlen von 2021 sein Amt verlor, übernahm Naftali Bennett diesen begehrten Posten, obwohl seine eigene Jamina-Partei zu diesem Zeitpunkt nur sechs Sitze in der Knesset hatte.

Bennetts Partner in der Einheitskoalition, Yair Lapid, sollte in der Mitte der vierjährigen Amtszeit der jetzigen Regierung das Ruder übernehmen.

Doch wie von vielen vorhergesagt, hielt die Regierung nicht annähernd so lange durch. Wie in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehen, trat Bennett nach der Auflösung der 24. Knesset am 30. Juni zurück, und Lapid wurde offiziell zum neuen Premierminister für eine Übergangszeit bis zu den Neuwahlen am 1. November ernannt.

Lapid ist Vorsitzender von Jesch Atid, der größten Partei der Koalition (17 Sitze).

Wer ist Yair Lapid?

Lapid ist der Sohn des bekannten Holocaust-Überlebenden Tommy Lapid, der selbst auf eine lange Karriere in der israelischen Politik zurückblicken kann, in der Regel als entschiedener Gegner der ultra-orthodoxen Strömung.

Bevor er selbst in die Politik ging, war Yair Lapid einer der beliebtesten Talkshow-Moderatoren im israelischen Fernsehen und hatte davor eine erfolgreiche Karriere im Journalismus.

Anfang 2012, kurz vor einer weiteren erwarteten vorgezogenen Wahl, gab Lapid bekannt, dass er das Fernsehen verlassen und in die Politik eintreten werde. Er meldete die neue Partei Jesch Atid – „Es gibt eine Zukunft“ – an und positionierte sich als Vertreter der politischen Mitte.

Die meiste Zeit in der Knesset waren Lapid und Jesch Atid in der Opposition. Er gehörte jedoch einer von Netanjahu geführten Regierung an, in der er von 2013 bis 2014 das Amt des Finanzministers innehatte.

Judäa und Samaria / Jüdische Siedlungen

Lapid hat in der Vergangenheit erklärt, dass er die derzeitige „palästinensische“ Führung nicht als lebensfähigen Partner ansieht, dass er aber auch dagegen ist, ein anderes Volk zu „besetzen“.

Er ist der Ansicht, dass sich Israel von den „Palästinensern“ „trennen“ sollte, vermutlich durch die Entwurzelung weiterer jüdischer Siedlungen in Judäa und Samaria.

Iran

Lapid betrachtete das letzte Atomabkommen mit dem Iran, das unter dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama ausgehandelt wurde, als die am wenigsten schlechte von vielen schlechten Optionen.

Doch erst kürzlich verurteilte er entschieden die europäischen Bemühungen, die Verhandlungen mit dem Ziel fortzusetzen, angesichts der groben Verstöße des Irans ein neues, schwächeres Atomabkommen zu schließen.

GIL COHEN-MAGEN / AFP / POOL

Israels neuer Premierminister Yair Lapid (Yesh Atid)

Religion und Staat

Lapid ist zwar nicht so religionsfeindlich wie sein Vater, wendet sich aber entschieden gegen das, was er als religiösen Zwang des Rabbinats und der ultra-orthodoxen politischen Parteien in Israel ansieht.

Er lehnte das so genannte „Nationalstaatsgesetz“ ab, das den jüdischen Charakter Israels im halbverfassungsmäßigen Grundgesetz verankerte, und bezeichnete es als einen politischen Angriff auf die religiösen und ethnischen Minderheiten Israels.

Differenzen mit Bennett

Interessanterweise waren sich Lapid und Bennett in diesen wichtigen politischen Fragen nur in Bezug auf die nukleare Bedrohung durch den Iran völlig einig.

Bennett, ein religiöser Nationalist, glaubt, dass es Israels göttlicher Auftrag ist, Judäa und Samaria, das biblische Kernland der jüdischen Nation, zu besiedeln. Im Jahr 2017 positionierte sich Bennett noch weiter rechts als Netanjahu, indem er forderte, dass Israel seine Souveränität über das sogenannte „Westjordanland“ sofort durchsetzt.

Er stimmte auch für das Nationalstaatsgesetz und unterstützt ideologisch die Charakterisierung Israels als jüdischen Staat. Allerdings äußerte er im Nachhinein Bedenken hinsichtlich des Wortlauts des Gesetzes und seiner vermeintlichen Ausgrenzung loyaler Minderheiten wie der Drusen.

Chancen bei den nächsten Wahlen

Umfragen zufolge wird Lapids Partei Yesh Atid in der nächsten Knesset 19 Sitze erringen und liegt damit deutlich hinter Netanjahus Likud, dem mindestens 34 Sitze zugesprochen werden.

Netanjahu hat aber immer noch nicht genügend Unterstützung von Abgeordneten der Rechten, um eine Mehrheitskoalition zu bilden. Dies könnte Lapid erneut die Möglichkeit geben, eine gemischte Anti-Netanjahu-Koalition zu bilden, die allerdings wahrscheinlich noch kürzer Bestand haben würde als die derzeitige.

Der „fröhliche Rabbi“: Über das Leben, Gott und die Politik

EEin judenfeindlicher Angriff brachte David Kraus erst ins Krankenhaus und dann nach Jerusalem. Heute ist er Rabbi, Familien-Therapeut und Vater von vier Kindern. Glück ist für Rabbi Kraus eine Frage der eigenen Entscheidung und die Zwei-Staaten-Lösung keine Lösung, sondern ein antisemitisches Märchen. JR-Autor Felix Lehmann traf den „fröhlichen Rabbi“ in Ramat Shlomo zum Interview. (JR)

Von Felix Lehmann

Jüdische Rundschau: Sie sind in Israel geboren, dann nach Regensburg, dort aufgewachsen, und dann haben Ihre verschlungenen Pfade Sie wieder nach Jerusalem geführt. Wie kam es dazu?

Im Chassidismus sagt man: Wenn Du Haschem (Gott) zum Lachen bringen willst, dann erzähle ihm deine Pläne. Der Mensch denkt und Haschem lenkt. Was wir so alles planen, ist tatsächlich großes Kino. Ich hatte natürlich auch große Pläne - darf ich Du sagen? Ich bin David. Mein großer Traum war es, Hotelmanager zu werden. Mein Vater war ja Küchenchef und als kleines Baby bin ich mit meinen Eltern direkt von Israel nach Hannover gezogen.

Jüdische Rundschau: Also von Jerusalem direkt zack! nach Hannover?

Zack! nach Hannover, zack! nach Rotterdam und zack! nach Regensburg. Dann war ich im Einschulalter und meine Mutter sagte: wir bleiben hier. Als ich dann das BWL-Studium im Fachbereich Hotel und Gastronomie starten wollte, musste ich zuerst noch eine Kochlehre absolvieren, das habe ich auf der Schiffsküche meines Vaters gemacht. In der praktischen Prüfung hatte ich ein Schlüsselerlebnis. Ich kann zwar gut kochen, aber was ich nicht konnte, war, Vanillesoße zur Rose abzuziehen. Das heißt, die Soße wird so weit erhitzt, dass sie bindet. Ein Prüfer erkannte meine Not und kam dann auf mich zu und sagte: Hey, mit oder ohne Rose, wenn Du jetzt weitermachst, wird's trotzdem ein „gut“. Das war so ein Wow-Moment im Leben, ich habe gelernt: Keine Rose ohne Dornen. Ich habe das Leben in vollen Zügen genossen, dennoch habe ich mich immer mit der Frage beschäftigt: Was ist wenn? Wenn ich mal größer werde? Einen guten Freund habe ich gefragt: Was macht ein Hotelmanager, wenn er 40 ist? Er schleppte mich in einen Ü40-Club und da tanzten die Leute dann, als wenn sie 20 wären. Mir war klar, dass das nicht der Sinn meines Lebens ist. Aber der liebe Gott hat es gut mit mir gemeint. Eines Tages stand ein Renault Kangoo mit einem israelischen Nummernschild vor meiner Haustür. Ich fragte den Fahrer auf Hebräisch: Wie geht's, Bruder? Er antwortete: Das erzähle ich dir später, fahr mich sofort an eine Tankstelle! Er erzählte mir von Rabbi Nachman und war davon total begeistert!

Jüdische Rundschau: Und dann hat er dich mit seiner Begeisterung angesteckt?

Er hatte das entdeckt, wonach ich noch suchte! Er trinkt dieses Wasser, das so unfassbar süß ist, nicht von dieser Welt! Und genau das wollte ich ja auch! Das hatte ich nicht gefunden in den ganzen Ü30-, Ü40-Clubs. Und Hotelbetriebswirt wollte ich eigentlich auch gar nicht werden. Dann hat er Rabbi Nachman zitiert: Wenn du daran glaubst, dass du etwas kaputtmachen kannst, musst du erst recht daran glauben, dass du es wieder reparieren kannst. Er wollte dann, dass ich an Rosh HaShana nach Uman in die Ukraine fliege. Da liegt Rabbi Nachman begraben. Ich habe es nicht gemacht und mein Leben weiter verschlafen.

Rabbiner David Kraus vor einem Replikat des Stuhls von Rabbi Nachman mit der Likutey Moharan, einer Sammlung Nachmans wichtigster Werke.

Jüdische Rundschau: Aber es war schon ein Samenkorn gesetzt?

Ganz genau! Und dann ein paar Monate später wurde ich angegriffen. Ich kam in eine unangenehme Situation mit einem Moslem, der mich von hinten die Treppen runtergeschubst hat, sieben Stufen und ich hatte absolute Hammerbrüche. Schulterkopf zertrümmert und im Knie war alles kaputt, was man da kaputtmachen konnte: Tibiakopf, Wadenbeinkopf, Kreuz- und Seitenbänder, Totalschaden! Das ging so weit, dass man schon von Amputation gesprochen hat. Später, im Thorastudium, habe ich dann Folgendes gelernt: Ein Zaddik, also ein Gerechter, stürzt sieben Mal und steht wieder auf. Wir gehen nicht durchs Leben, wir wachsen durchs Leben. Aber mit 23 dachte ich, die Welt gehört mir. Und dann liegt man da im Krankenhaus. Da wurde mir klar, dass die Welt, so wie ich sie mir vorgestellt hatte, sicher nicht so wird. Ich bin jetzt ein Krüppel. Aber dann kam Doktor Schrott! Ein echter Bayer. Der sagte: Wird scho', aber dir bleibt jetzt eigentlich nur noch eins: Beten. Mir war gar nicht klar, was das bedeutet. Ich habe dann das persönliche Gespräch mit Gott gesucht und das war eigentlich mehr wie so eine Erpressung (lacht): Wenn Du da oben bist, dann hast Du die Gelegenheit, Dich mir zu offenbaren, also gib mir ein Wunder und ich werde mich revanchieren. Und obwohl ich damals so frech war, hat Gott mich umarmt mit seiner großen Liebe und ich glaube, ich habe mich revanchiert.

Jüdische Rundschau: Du hast einen Deal gemacht! Vielleicht hat ihm noch ein fröhlicher Rabbiner gefehlt.

Ein guter Deal! Baruch haShem (Gott sei Dank)!

Jüdische Rundschau: Hast Du in Deutschland Antisemitismus gespürt?

Ja, ständig begleitet mit verbalen Angriffen. Ich war an meinem Aussehen nicht als Jude zu erkennen, aber ich bin aufgewachsen in einem traditionellen jüdischen Haus und wir haben auch keinen Hehl daraus gemacht. In der Schule war ich immer „der Jude“. Auch im Fußballclub war ich der einzige Jude, ebenso in der Straße, in der wir gewohnt haben. Ich hatte aber tolle Freunde, und das hat interkulturell immer supergut funktioniert, Türken, Bosnier, Jugos, Deutsche. Aber es gibt halt auch immer diesen einen Spinner, der meint, bei mir seinen Müll abladen zu müssen, mit „Judensau“ und Angriffen. Wenn irgendwo ein Konfliktpunkt ist und ich als Jude etwas sage, dann ist gleich Mord und Totschlag eine Option. Siehst du diese Narbe? Da war ich in der vierten Klasse. Ein Mitschüler hatte seinen Bleistift gespitzt und mir den mit voller Wucht reingerammt. Danach brüllte er rum wie ein Verrückter und rief „Judensau“...

Jüdische Rundschau: Ist es in Deutschland schlimmer oder in Israel?

Wenn ich in Deutschland auf der Straße herumlaufe, rufen mir die Araber ganz ungeniert hinterher: „Schlachtet die Juden“. Aber auch in Israel musst du sehr aufpassen, dass du nicht mit Steinen beworfen, erstochen, überfahren oder erschossen wirst. Die größte Gefahr kommt von der muslimischen Seite. Die werden leider mit dem Hass angefüttert und vergiftet. Fakt ist, die Araber sind hier zu Hause. Trotzdem könnte ich nicht in ein Araberviertel rein. In Judäa und Samaria stehen überall Schilder: Eintritt für Israelis verboten. Das ist eigentlich falsch! Die israelischen Araber dürfen da rein. Wer darf da nicht rein? Die Juden. Das ist der Traum der Palästinenser von einem judenreinen Palästina.

Jüdische Rundschau: Guter Stichpunkt. Du lebst in einer sogenannten „jüdischen Siedlung“ in Ostjerusalem. Wie siehst Du das?

Ich lebe in Davids Stadt, Jerusalem, der Hauptstadt des jüdischen Volkes. Hier standen zwei Tempel und der Dritte ist unterwegs: Ein Gebetshaus für alle Völker!

Jüdische Rundschau: Du bist nicht der Meinung, dass Israel die „Westbank“ räumen sollte?

Da sind wir beim Punkt! Warum muss der Jude weg? Der Jude muss nicht weg! Der Hass muss weg! Wenn wir doch ehrlich sind: Dieses Land ist so miteinander verwurschtelt, da gibt es keine Zwei-Staaten-Lösung. Wer dieses Märchen erzählt, ist entweder ein Antisemit oder ein Lügner oder ein Träumer, der schon psychopathologisch träumt. Schau aus dem

Fenster raus: Da ist eine arabische Siedlung, hier gegenüber ist schon die Westbank. Wie willst du hier irgendetwas trennen? Wir sind hier zusammen und wir müssen lernen, uns mit dem Fakt auseinanderzusetzen, dass wir hier zusammen sind. Ein Palästina ohne Siedlungen wäre ein judenreines Palästina. Wieso wird das in Deutschland nicht kommuniziert? Dieses hässliche deutsche Wort, das von den Deutschen erfunden wurde. Die Palästinenser sagen das ungeniert. Und auf dieser Basis soll Frieden funktionieren?

Jüdische Rundschau: Glaubst du denn, Juden in der „Westbank" können mit den Arabern in Frieden leben?

Ja, aber frei nach Golda Meir: Wenn die Araber ihre Waffen niederlegen, gibt es Frieden. Wenn wir unsere Waffen niederlegen, gibt es den nächsten Holocaust. Das „Verständnis" für Gewalt und Terror ist das Problem. Selbst wenn ich das Narrativ der Besatzung akzeptiere, kann ich kein Verständnis für Mord aufbringen.

Jüdische Rundschau: Von der „Palästinensischen" Autonomiebehörde bekommen die Familien der Attentäter jetzt wahrscheinlich eine Rente. Bezahlt von deutschem Steuergeld…

Unfassbar krank. Und je schlimmer die Tat, desto mehr Rente. 20 Prozent der Staatsbürger Israels sind Araber. Die sind absolut gleichberechtigt! Das ist gut so, so bin ich aufgewachsen! Und die Muslimbrüder, also die Ra'am-Partei, sitzen in der Regierung. Mehr Gleichberechtigung geht nicht. Mein Problem beginnt, wenn Leute sagen: Wir wollen ein Palästina! Wie soll denn dieses Palästina aussehen? Warum machen wir nicht ein Palästina nach israelischem Vorbild? Wo 20 Prozent der Bewohner gleichberechtigte Juden sind und sich in das palästinensische Parlament wählen und Palästina mitregieren können. So funktioniert Frieden! Auch in Deutschland spürst du diesen Hass, diesen Antisemitismus. Nicht nur von Muslimen. Ich bin mal in Frankfurt gelandet. Da ging ein Deutscher an mir vorbei und sagte: Warum stinkt's hier heute wieder so?

Jüdische Rundschau: Habt ihr Kontakt zu den Arabern?

Privat, nein. Aber schau: Ich bin Familienvater. Hass ist Gift. Wenn ich meine Kinder lehre, den Araber zu hassen, dann vergifte ich mein Kind. Und da bin ich in einem ernsthaften Konflikt, weil es hier gefährlich ist. Meine Tante ist bei einem Busattentat ums Leben gekommen. Manche Leute hier drehen einfach am Rad. Aber nicht alle! Und die muss man finden. Als mein Sohn drei war, hatte er ein großes Loch im Zahn. Was macht ein guter Vater? Er braucht einen Zahnarzt, der viele Rollen erfüllt: Natürlich muss er ein guter Zahnarzt sein, aber auch ein Kindergärtner, ein Clown, Sozialarbeiter, alles in einem. Und dann habe ich einen gefunden, einen israelischen Araber. Er war sehr geschickt und von seiner Mentalität genau wie ich. Wir haben alle denselben Vater im Himmel. Also haben wir eine Abmachung getroffen: Ich schicke meine Leute zu ihm in die Praxis, und wenn er ein arabisches Pärchen hat, das sich streitet, kommen die dann zu mir. Ich hatte welche hier. Die Frau war voll verschleiert und der Mann sah aus wie von der Hamas. Gott hat mich beschenkt mit dem Glück, den beiden zu helfen. Das nächste Mal überlegt sich der Mann zweimal, ob er auf die Propaganda über Juden hereinfällt.

Jüdische Rundschau: Du bist Paar- und Familientherapeut. Was lehrt uns die Thora über eine glückliche Ehe?

Erstens: Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist. Es braucht immer jemanden, bei dem ich mich unterhaken kann. Die Kabbala sagt: Erst wenn Mann und Frau sich treffen, haben wir einen Menschen. Der Schöpfer stellt dir eine Partnerin an deine Seite, die dir helfen soll. Diese Hilfe stellt er gegen dich. Warum nicht neben dich? Die Gegensätze zwischen Menschen sind doch normal! Deswegen ziehen sich die Gegensätze an und füllen einander auf. Das ist ein ganz wichtiger Punkt im Judentum. Der Gegenwind hilft dir, besser zu werden.

Die heutige Psychologie reflektiert viele Weisheiten aus dem Judentum. Wie Rabbi Nachman sagt: Wenn du glaubst, dass du etwas kaputt machen kannst, dann musst du auch daran glauben, dass du es wieder reparieren kannst. In der Psychologie gibt es die Emotionsfokussierte Paartherapie von Sue Johnson. Dabei stehen die Emotionen im Vordergrund. Eine Beziehung ist wie ein Tanz. Wenn es nicht funktioniert, tritt man dem Partner auf den Fuß. Darüber muss man reden. So ist es auch in der Thora. Wenn ein Paar kommt und sagt: Bei uns ist etwas kaputt, antwortet die EFT: Wir haben auch die Macht, das wieder zu reparieren. Sue Johnson stützt sich also auf etwas, was Rabbi Nachman längst wusste.

> „Ich würde mir wünschen, dass sich die deutsche Regierung gegen das Narrativ „Land für Frieden" aussprechen würde. Denn das ist ja genau so, als würde Deutschland seine Gebietsverluste nach dem Zweiten Weltkrieg zurückfordern."

Jüdische Rundschau: Was denkst du über die deutsch-israelischen Beziehungen?

Ich vermisse die bedingungslose Umarmung. Wir haben ein Problem mit unseren Nachbarn, den Palästinensern, und die haben ein Problem mit uns. Ich bin überzeugt, dass das Problem gelöst werden kann. Das palästinensische Narrativ erzählt aber immer wieder von einem Monster und einem Opfer. Das Monster, also wir, wäre gekommen, hätte das Land geraubt und besetzt. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass sich die deutsche Regierung gegen das Narrativ „Land für Frieden" aussprechen würde. Denn das ist ja genau so, als würde Deutschland seine Gebietsverluste nach dem Zweiten Weltkrieg zurückfordern. Hier in Israel wurde das Land 1948 aufgeteilt, und dann gab es Krieg. Wir waren die Opfer. Aber Gott hat uns beschützt und Kraft gegeben, also sind wir immer die Gewinner geblieben. 1967 haben wir total gewonnen. Und dann kam plötzlich der Spruch „Land für Frieden" auf. Du kannst doch nicht jemanden bekämpfen, verlieren, und dann zurückfordern, was du verloren hast! Das ist ja nichts anderes als Krieg mit beschränkter Haftung. So funktioniert das Leben nicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Deutschen souveräne Verlierer. So entstand die Bundesrepublik Deutschland. Aber die Palästinenser sind keine souveränen Verlierer, flüchten sich immer in die Opferrolle. Lasst uns hier doch einfach gemeinsam etwas aufbauen! Vielleicht nicht als beste Freunde, aber als Nachbarn.

Jüdische Rundschau: Du machst den Eindruck, dass du dein Glück gefunden hast. Woher kommt dein Glück?

Glück ist eine Frage der Entscheidung. Du musst dich entscheiden, wo du abbiegen möchtest. In unserer Welt wird Glück immer kommuniziert mit Vergnügen. Schauen wir uns die Werbung an. Du hast mir diesen schönen Wein mitgebracht, die Werbung würde jetzt sagen: Wenn du diesen Wein hast, bist du glücklich. Aber es gibt doch keine größere Lüge als das! Mein Glück hängt doch nicht ab von einem Telefon, einem Wein, einem Auto! Aber genauso empfinden wir Glück. Die Frage ist: Von was mache ich Glück abhängig? Rabbi Nachman erzählt uns eine Geschichte vom Einfältigen und vom Cleveren. Der Clevere sagt: Gib mir die Welt! So clever war ich auch mal, deswegen war ich immer so schnell unterwegs. Wo ist der Wein? Wo ist das Bier? Wo ist dies und das? Es geht ihm gut, will man meinen, aber das stimmt nicht. Der Einfältige hat eine ganz andere Perspektive: Emuna! Die Kraft des Glaubens. Alles, was im Leben passiert, das passiert nicht mir, es passiert FÜR mich. Von wem? Von unserem Schöpfer, zu unserem Besten! Auch wenn es unangenehm ist, auch wenn der Schuh drückt. Auch wenn jemand diesen Schuh auf dich geworfen hat, sei doch nicht so blöd und zieh dir diesen Schuh auch noch an! Emuna ist die Kraft zu wissen, dass mein Glück nicht abhängig ist von irgendwelchen äußeren Bedingungen. Wenn ich eine schöne Tour mache und dann fängt es an zu regnen, dann packe ich halt den Regenschirm aus und bleibe meinem Plan treu.

Jüdische Rundschau: Das hast Du ja selbst so erlebt. Der Angriff ist für dich passiert und jetzt bist Du ein fröhlicher Rabbi in Jerusalem, der seinen Lebensweg gefunden hat!

Gott hat mich reich beschenkt. Mit einem Leben in Israel, mit meiner Frau, die mir wundervolle Kinder geschenkt hat, und jetzt hat er mir sogar Dich geschenkt. Das Leben ist voller Geschenke, man muss es einfach nur sehen. Gott sagt nie nein! Rabbi Nachman sagte etwas Spannendes: Das Leben macht uns alle zu Kriegern. Aber wenn du diesen Kampf gewinnen willst, dann brauchst du die mächtigste aller Waffen, das ist das Gebet. Meine Tochter hat sich mal beklagt, dass trotzdem nichts passiert. Da habe ich zu ihr gesagt: HaShem gibt dir drei Antworten: Entweder sagt er ja, später, oder: Ich habe etwas Besseres für dich. Das ist Emuna! So denkt ein fröhlicher Rabbi.

Felix Lehmann ist freiberuflicher Redakteur und Journalist. Er studierte Politologie in Duisburg und Chinesisch in Peking. Er interessiert sich vor allem für die vielfältigen Formen des Antisemitismus.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Israelfeindlicher UN-Bericht

Der Bericht des UN-Menschenrechtsrates zum Gaza-Krieg 2021 bedient das übliche antiisraelische Narrativ. Er ist ein Sammelsurium der üblichen Klischees und Agitationen gegen Israel. Gar nicht erst erwähnt wird durch den UNHCR der ständige Raketenbeschuss der radikalislamischen Hamas auf israelische Zivilisten oder die blutigen Anschläge, die anschließend mit von EU-Geldern mitfinanzierte „Terror-Renten" belohnt werden. (JR)

Von Felix Lehmann

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat sich mal wieder mit Israel befasst. Anlass ist der Militäreinsatz „Guardian of the Walls" im Mai 2021, der eine Antwort auf den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen war. Doch für den sogenannten Menschenrechtsrat ist das nur ein willkommener Vorwand für einen umfassenden Rundumschlag zur Dämonisierung Israels, der vor doppelten Standards und verdrehten Fakten nur so strotzt. Immer dann, wenn die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Israel das Wort „Menschenrechte" in den Mund nehmen, muss ohnehin erst George Orwells Neusprechdiktionär zurate gezogen werden, um die wahre Bedeutung zu entschlüsseln: Ziel ist die einseitige Dämonisierung und Diffamierung des jüdischen Staates.

Was war der Auslöser für den Waffengang zwischen Israel und der Hamas? In Jerusalem waren Proteste ausgebrochen, die sich zunächst nur um das Stadtviertel Scheikh Jarrah drehten. Das Oberste Gericht Israels hatte in einem jahrzehntelangen Rechtsstreit abschließend entschieden, dass die Nachkommen früherer jüdischer Bewohner, die 1948 von Jordanien vertrieben und enteignet worden waren, ihre Grundstücke zurückerhalten. Der Streit eskalierte, Juden und Araber lieferten sich Auseinandersetzungen auf der Straße. Für den „palästinensischen" Dauerpräsidenten Mahmud Abbas, der damals schon seit 13 Jahren ohne demokratische Legitimation regierte, bot sich eine einmalige Gelegenheit, die Wahl ein weiteres Mal abzusagen. Daraufhin nahmen die Proteste in der Westbank an Schärfe zu. Das nutzte die Hamas zur Profilierung. Mehr als 4000 iranisch finanzierte Raketen feuerte die Terrormiliz wahllos auf israelische Städte und zivile Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser.

John MACDOUGALL / AFP

Der UN-Bericht gibt Israel die Schuld an der Stagnation des Friedensprozesses.

Subjektive Parteinahme

Das Dokument des Menschenrechtsrates (A/HRC/50/21) ist ein Sammelsurium der üblichen Klischees und Falschbehauptungen. Die Regierung in Jerusalem hatte vorab mitteilen lassen, dass sie nicht mit der Untersuchung kooperieren werde. Aus gutem Grund. Gleich zu Beginn der Lektüre geben die Autoren unverhohlen zu, dass es ohnehin nur darum geht, Israel an den Pranger zu stellen. Der Bericht solle „einen Überblick über das breite Spektrum an Verstößen und Missbräuchen bieten", heißt es, doch dann folgt: „Die Feststellungen (…) beziehen sich überwiegend auf Israel." Dies sei ein Hinweis auf „den asymmetrischen Charakter des Konflikts und die Tatsache, dass ein Staat den anderen besetzt hält." Vielleicht hat der Menschenrechtsrat ja übersehen, dass Israel sich im Jahr 2005 einseitig aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat? Der Gazastreifen, so belehrt der Menschenrechtsrat, sei immer noch von Israel besetzt, da die „Palästinenser" keine Kontrolle über die Grenzübergänge und den Luftraum besäßen. Wie es der Hamas unter diesen Umständen gelingt, die Menschen im „israelisch besetzten" Gaza einer Terrorherrschaft zu unterwerfen, Raketen herzustellen und auf Israel abzufeuern, bleibt das Geheimnis der Autoren.

So geht es in einem fort. Es folgt eine willkürliche Auflistung von vermeintlichen Missständen, an denen allesamt Israel schuld sein soll: Die Nichteinhaltung der Resolution 242 vom 22. November 1967 zum Beispiel, die Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg angeblich zum Rückzug von den Golanhöhen, Ostjerusalem, dem Gazastreifen und der Westbank verpflichtet. Doch diese Resolution wird weithin fehlinterpretiert. Im maßgeblichen englischen Text heißt es wörtlich, Israel solle sich „aus Gebieten zurückziehen, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden", und fordert alle Seiten auf, einen „gerechten und dauerhaften Frieden zu ermöglichen." „Aus Gebieten", nicht aus „den" Gebieten, wie der damals teilnehmende britische UN-Botschafter Lord Caradon betonte, da den verhandelnden Diplomaten völlig klar war, dass die „grüne Linie" von 1948 für Israel nicht zu verteidigen wäre.

> Doch was ist mit der körperlichen und seelischen Verfassung von israelischen Kindern infolge des Hamas-Raketenterrors? Wir erfahren kein Wort darüber.

Arabischer Terror bleibt unerwähnt

Der nächste Punkt auf der Anklageschrift des Menschenrechtsrates: die Nichteinhaltung des Osloer Abkommens, für die ausschließlich Israel verantwortlich gemacht wird. Tatsächlich war zentraler Faktor für das Scheitern das doppelte Spiel des damaligen PLO-Chefs Yassir Arafat, der trotz gegenteiliger Beteuerungen nie aufhörte, den Terrorismus zu unterstützen. Aus Unzufriedenheit über das Verhandlungsergebnis entschied Arafat sich bewusst dazu, die zweite Intifada vom Zaun zu brechen.

Auch die jüdischen Siedlungen in der Westbank, dem Bericht zufolge „ein wesentliches Friedenshindernis", dürfen natürlich nicht fehlen. Wer wissen will, was die Folge israelischer Gebietskonzessionen sind, braucht nur Israels einseitigen Rückzug und die darauf folgende Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen zu studieren. Aber was ist mit folgenden Friedenshindernissen: Die Pay-for Slay-Politik der „Palästinensischen" Autonomiebehörde? Das ist nichts anderes als eine Risikolebensversicherung für Terroristen, bei der die Prämie umso höher ausfällt, je mehr Juden ermordet werden. Mitfinanziert von Deutschland. Oder „palästinensische" Schulbücher, in denen unverhohlen zum Hass gegen Juden angestachelt wird? Die zahlreichen Terrorattentate, wie zuletzt in El'ad, wo „palästinensische" Terroristen mit einer Axt Jagd auf Juden machten und drei Einwohner ermordeten? Für den Menschenrechtsrat ist das alles nicht der Rede wert. Was stattdessen zählt, ist die „tägliche Siedlergewalt", der ein ganzes Unterkapitel gewidmet wird.

Auch die Kinder kommen im UN-Bericht nicht zu kurz. Die Vertreter des Menschenrechtsrates sorgen sich „um die physischen und psychischen Auswirkungen", die Abrissmaßnahmen der israelischen Armee auf „palästinensische" Kinder haben könnten. Dass die IDF Häuser von „palästinensischen" Terroristen zur Abschreckung gezielt zerstört, ist so bekannt wie umstritten. Doch was ist mit der körperlichen und seelischen Verfassung von israelischen Kindern infolge des Hamas-Raketenterrors? Wir erfahren kein Wort darüber.

Wenn die Berichte des UN-Menschenrechtsrates Realsatire sind, dann ist der „Tagesordnungspunkt 7" der Running Gag. Beim Thema „Menschenrechtssituation in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten" haben die Israel-Dämonisierer ein unbefristetes Abo auf ihre Agitation. Seit dem Jahr 2006 ist der TOP unverändert fester Bestandteil jeder Sitzung. 14 Mitglieder des Rates werden von Freedom House als „unfreie Staaten" geführt. Die Liste reicht von Eritrea, wo Menschen auf unbestimmte Zeit zum Militärdienst gezwungen werden, Venezuela, wo eine korrupte Elite den Staat ausplündert und das Land an den wirtschaftlichen Abgrund geführt hat, bis nach Katar, dessen glitzernde WM-Stadien mithilfe moderner Sklaverei und Zwangsarbeit errichtet wurden. Apropos Zwangsarbeit: Auch China sitzt im UN-Menschenrechtsrat. Gleichzeitig sitzen rund eine Million Uiguren in chinesischen Zwangsarbeiterlagern.

Um das Bild abzurunden: Kein Gremium ist so „gut" wie seine Vorsitzenden. Der UNHRC macht da keine Ausnahme. Navanethem Pillay ist für ihre antiisraelischen Obsessionen berüchtigt. Während des Gaza-Krieges 2014 forderte sie allen Ernstes von Israel, das Raketenabwehrsystem Iron Dome „mit den Behörden im Gazastreifen zu teilen". Mit der Hamas also. Doch das ist noch nicht alles, was Pillay an Schwachsinn zu bieten hat: 2018 bezichtigte die Südafrikanerin Israel der „Rassentrennung" und deklarierte den jüdischen Staat als „Apartheidstaat". Dass sie sich auch noch offen für die antiisraelische BDS-Bewegung ausspricht, dürfte da niemanden mehr überraschen. Ein solches Gremium braucht kein Mensch.

Unilever bekennt sich zu Israel und trennt sich von Ben & Jerry`s

Der britische Unilever-Konzern trennt sich von der Eismarke Ben & Jerry`s und verurteilt deren anti-israelischen Boykott scharf. Der Speiseeis-Hersteller hatte 2021 den Verkauf seiner Produkte in den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem eingestellt und sich damit dem antisemitischen Boykott der BDS-Bewegung angeschlossen. Nun will ein israelischer Franchise-Nehmer die Anteile Unilevers an der Eismarke übernehmen und das Eis wieder in Judäa und Samaria verkaufen. (JR)

Jewish News Syndicate

Ben & Jerry`s ist mit der Entscheidung Unilevers nicht glücklich.

Die Muttergesellschaft von Ben & Jerry's, Unilever, gab am 29. Juni bekannt, dass sie die Rechte zur Herstellung und zum Vertrieb der Produkte der Marke in Judäa und Samaria an den israelischen Franchisenehmer des Eisherstellers verkaufen wird. Der Verkauf wird es der Marke ermöglichen, weiterhin in Judäa und Samaria unter ihrem hebräischen und arabischen Namen hergestellt und verkauft zu werden, was eine fast einjährige Pattsituation beendet.

"Unilever hat die Gelegenheit des vergangenen Jahres genutzt, um sich die Perspektiven zu diesem komplexen und sensiblen Thema anzuhören und glaubt, dass dies das beste Ergebnis für Ben & Jerry's in Israel ist. Die Überprüfung umfasste umfangreiche Konsultationen über mehrere Monate, auch mit der israelischen Regierung ", sagte das Unternehmen in einer Erklärung.

Ben & Jerry's kündigte im Juli 2021 an, den Verkauf seines Eises in "besetzten palästinensischen Gebieten" einzustellen. In einer Erklärung, die auf der Website des Unternehmens veröffentlicht wurde, sagte die Eiscreme-Marke, dass sie glaubt, dass "es nicht mit unseren Werten vereinbar ist, dass Ben & Jerry's Eis in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) verkauft wird".

Der Schritt wurde in Israel weithin verurteilt, unter anderem vom Premierminister Naftali Bennett, der die Entscheidung als "moralischen Fehler" bezeichnete. Am 5. Februar 2022 genehmigte der israelische Justizminister Gideon Sa'ar die Sanktionierung des Eiscreme-Herstellers und die Entscheidung von Unilever Global, seine Lizenzvereinbarung mit Ben & Jerry's Israel zu kündigen.

Der Schritt war auch bei vielen Unilever-Aktionären unbeliebt, von denen einer am 15. Juni eine Sammelklage gegen Unilever beim New Yorker Bundesgericht einreichte.

Die Klage, die von "The City of St. Clair Shores Police and Fire Retirement System", einem Pensionsfonds aus Michigan, eingereicht wurde, behauptet, dass Unilever eine Entscheidung des Vorstands von Ben & Jerry's verheimlicht hat, den Verkauf seiner Produkte in Gebieten einzustellen, die es als illegal von Israel besetzt betrachtete. Obwohl Ben & Jerry's eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Unilever ist, unterhält sie einen unabhängigen Vorstand, der sich auf die soziale Mission des Unternehmens konzentriert.

In seiner Ankündigung vom Juni sagte Unilever, dass das Unternehmen "jede Form von Diskriminierung oder Intoleranz vollständig und unmissverständlich ablehnt. Antisemitismus hat in keiner Gesellschaft einen Platz. Wir haben nie eine Unterstützung für die BDS-Bewegung zum Ausdruck gebracht und haben nicht die Absicht, diese Position zu ändern."

Das Unternehmen, das als Hersteller von Dove-Seifenprodukten und anderen alltäglichen Haushaltsgegenständen bekannt ist, sagte, dass es stolz auf seine Geschäftsvorhaben in Israel sei, die etwa 2.000 Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund beschäftigen und vier Produktionsstätten unterhalten.

Ben & Jerry's zeigte sich unzufrieden mit der Entscheidung und twitterte: "Wir nehmen die Ankündigung von Unilever zur Kenntnis. Obwohl unsere Muttergesellschaft diese Entscheidung getroffen hat, sind wir damit nicht einverstanden. Die Vereinbarung von Unilever bedeutet, dass Ben & Jerry's in Israel im Besitz von AQP und von AQP betrieben wird. Unser Unternehmen wird nicht mehr von Ben & Jerry's in Israel profitieren. Wir glauben weiterhin, dass es mit den Werten von Ben & Jerry's unvereinbar ist, dass unser Eis in den besetzten palästinensischen Gebieten verkauft wird."

American Quality Products (AQP), im Besitz von Avi Zinger, ist der israelische Hersteller von Ben & Jerry's Eiscreme.

Im Gespräch mit „Jewish Insider" sagte Zinger: "Ich denke, Unilever nahm eine sehr prinzipientreue Haltung ein und erkannte, dass es für Ben & Jerry's Eis wichtig war, weiterhin allen Verbrauchern in Israel zur Verfügung gestellt zu werden: Israelis, Palästinensern, Juden, Muslimen, Christen, wo auch immer sie leben mögen."

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.
Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz
Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel: (030) 88 91 64 59
WWW.BEAUVITÉ.DE

Geschichtsvergessenheit und abstruses Wunschdenken: Die Linksjugend auf dem Holzweg

Der Jugendverband der Linkspartei „Linksjugend solid" träumt entgegen allen heutigen Gegebenheiten von einem durch und durch sozialistischem „Palästina". Bei der letzten Landesversammlung kam die „Linksjugend solid" zum geschichtsverfälschenden Schluss, der Zionismus sei „schon immer eine nationalistisch-bürgerliche Ideologie gewesen". Gefangen in ihrer Ideologie, verkündete die Linksjugend, im Stil von Sowjetkommissaren, sie hätte die „Ein-Staaten-Lösung auf dem Gebiet des historischen Palästinas" beschlossen. Wo bleiben die Juden in dieser Utopie? (JR)

Von Stefan Frank/Achgut.com

Manche Menschen schwelgen in alten Zeiten. Sie tun in ihrer Freizeit so, als würden sie nicht in unserer Epoche leben, sondern in einer längst vergangenen. Sie ziehen alte Kostüme an oder stellen sogar Schlachten des 19. Jahrhunderts oder des Mittelalters möglichst authentisch nach. Für Letzteres gibt es einen Begriff: Reenactment. In der sogenannten Gruftie- oder Gothic-Szene wiederum gibt es eine Identifikation mit einem idealisierten und romantisierten Bild des 19. Jahrhunderts – man schmückt sich mit Samtkleidern und Spitzen und trägt gern altmodisch aussehende Stiefel.

Die Mitglieder des Berliner Jugendverbands der Linkspartei, Linksjugend Solid, sind die Grufties des Politbetriebs: Sie sprechen eine altertümelnde Sprache, die wie jene des späten 19. oder frühen 20. Jahrhunderts klingen soll. Ihre Parolen lassen sie am authentischsten in Frakturschrift drucken, und wenn man sie hört, sieht man vor dem geistigen Auge überlebensgroße Stalin-Porträts.

„Der Zionismus", heißt es etwa in ihrem Beschluss der 31. Landesvollversammlung vom 10. April 2022, sei „schon immer eine nationalistisch-bürgerliche Ideologie gewesen", weshalb „der chauvinistische Charakter schon in der Gründung des Staates Israel angelegt" gewesen sei. Ein „zionistischer Staat" könne „grundsätzlich nur einen reaktionären Charakter haben".

„Fortschrittlicher Kampf gegen Antisemitismus" könne „nicht über die Errichtung eines jüdischen Staates, sondern nur durch den Kampf für den Sozialismus erfolgen". Weil die Einführung eines dysfunktionalen Wirtschaftssystems Juden ja bekanntlich am besten davor schützt, von denen ermordet zu werden, die sie tot sehen wollen. Im Stil von Sowjetkommissaren verkündeten die Solid-Mitglieder, sie hätten soeben die „Ein-Staaten-Lösung auf dem Gebiet des historischen Palästinas" beschlossen, und wenn sie zu einem Kostümumzug auf die Straße gehen, tragen sie Schilder mit Parolen wie: „Für ein freies, säkulares, sozialistisches Palästina!"

Ein Reenactment der 1920er Jahre. Es waren derartige Parolen von – ein paar wenigen – jüdisch-palästinensischen Kommunisten, die 1921 Araber im britischen Mandatsgebiet Palästina so sehr erzürnten, dass sie in Jaffa ein Pogrom verübten.

Pogrom von 1921: Kein sowjetisches Palästina

Zumindest stellte die zur Aufklärung des Pogroms eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung von Sir Thomas Haycraft einen solchen Zusammenhang her: Aus Europa kommende Kommunisten hätten mit ihren Parolen von Revolution, Bürgerkrieg und einem „sozialistischen Palästina" die arabische Bevölkerung beunruhigt und so die Saat für den Konflikt gesät.

In der arabischen Bevölkerung Jaffas, heißt es in dem Bericht, gebe es „Bootsleute, Lastenträger, Handwerker und Arbeiter. Aber bei den Moslems gibt es kein Klassenbewusstsein wie in einem europäischen Proletariat, das die Bande von Ethnie und Religion durchbricht. Es gibt keine Klassen im europäischen Sinne".

WIKIPEDIA

Dafür aber gab es eine Partei des Klassenkampfes, die von Juden gegründete Sozialistische Arbeiterpartei im Mandatsgebiet Palästina (M.P.S.), die sich an Russland und den Bolschewisten orientierte. Die Juden Palästinas ergänzten bei dem Parteikürzel, wie man es im Hebräischen macht, den nicht geschriebenen Vokal und nannten die Partei „Mops".

Auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1920 hatte die M.P.S. etwa 300 fast ausschließlich jüdische Mitglieder in Palästina. Am 7. November 1920 war die M.P.S. mutig genug geworden, Jaffa und Tel Aviv mit vor Ort angefertigten Plakaten zu überziehen, auf denen sie die Arbeiter Palästinas aufriefen, an der sozialen Revolution teilzunehmen, sich „vom britischen Bajonett loszusagen" und den 7. November, den Jahrestag der Errichtung der Sowjetherrschaft in Russland, durch einen halbtägigen Streik zu würdigen. Der Agitationstext endete mit der Parole: „Lang lebe das sozialistische Palästina!"

Parolen von Revolution

Das also waren die geistigen Ahnen der Linksjugend Solid. Der Streikaufruf wurde nicht gehört, und so drangen die Kommunisten in eine Möbelfabrik ein, entfachten einen Streit und zerstörten die Maschinen. Es war vergebliche Mühe, denn bei den jüdischen Arbeitern stießen sie auf Ablehnung. Wenn die jüdischen Arbeiter nicht zuhören, gehen wir halt zu den arabischen, dachten sich die Mops-Aktivisten und ließen sich aus ihrem Hauptquartier in Wien Texte in arabischer Sprache schicken, die sie am 1. Mai 1921 in Jaffa verteilten und die folgende Slogans enthielten:

Nieder mit den britischen und französischen Bajonetten!

Nieder mit den arabischen und ausländischen Kapitalisten!

Lang lebe die dritte kommunistische Internationale!

Lang lebe die sozialistische Weltrevolution!

Lang lebe die Diktatur des Proletariats!

Lang lebe das sowjetische Palästina!

Bis dahin hatten die jüdischen Einwanderer meist für sich gelebt und mit der arabischen Bevölkerung wenig zu tun gehabt; die eingewanderten jüdischen Kommunisten waren die ersten, die auf die Idee kamen, die arabische Bevölkerung aufzuwiegeln.

Die Parolen von Revolution und einem „sowjetischen Palästina" kamen freilich nicht gut an. Die kommunistische Agitation trug laut dem Haycraft-Bericht mit dazu bei, dass die arabische Bevölkerung Palästinas „alarmiert" war. Schüsse, die britische Polizisten am 1. Mai in Tel Aviv abfeuerten, um die Konfrontation zwischen Anhängern der (verbotenen) M.P.S.-Demonstration und der (erlaubten) Gewerkschaftsdemonstration zu beenden, wurden von den Arabern Jaffas gehört und unter dem Eindruck der kommunistischen Propaganda als jüdischer Angriff gewertet. Ein mehrtägiges Pogrom gegen Juden war die Folge.

Pogrom von 1929: Erhebung des arabischen Proletariats

Die Parolen vom „sozialistischen Palästina" hatten die – möglicherweise schon vorher bestehenden – antijüdischen Ressentiments in der arabischen Bevölkerung Jaffas jedenfalls nicht besänftigt. Im Gegenteil. Doch Kommunisten lassen sich durch Erfahrung nicht beirren. Ende der 1920er Jahre wurde die (1923 gegründete) Kommunistische Partei Palästinas, die ebenfalls zum allergrößten Teil aus Juden bestand, von Stalins Kommunistischer Internationalen (Komintern) aufgefordert, eine Politik zu betreiben, die den Antisemitismus in der arabischen Bevölkerung ignorierte und sicherlich ganz im Sinne der Linksjugend Solid gewesen wäre.

Leopold Trepper (1904–1982), damals Mitglied der Kommunistischen Partei Palästinas, erinnerte sich in seinen Memoiren:

„Und dann setzten 1929 antijüdische Hetzkampagnen und Verfolgungen ein, in deren Verlauf sogar gelyncht wurde. Diese Ausschreitungen waren der Anlass zu einem dramatischen Missverständnis zwischen der Kommunistischen Partei Palästinas und der Komintern. Für die Komintern – daran besteht wohl kein Zweifel – galten diese Pogrome als der Beginn einer Erhebung des arabischen Proletariats – einer Erhebung, die es um jeden Preis auszunutzen galt.

Die Kommunistische Partei Palästinas erhielt Anweisung, die anti-imperialistische Revolte in den arabischen Dörfern anzuheizen. Mit der Begründung, dass es der Kommunistischen Partei Palästina bislang nicht gelungen sei, in der breiten Masse der einheimischen Bevölkerung Fuß zu fassen, gab die Komintern die Parole von der 'Arabisierung und Bolschewisierung' aus – als wenn es genügt hätte, in den verantwortlichen Organen einfach Juden durch Araber zu ersetzen, um automatisch stärkeren Zulauf von den Moslems zu haben!"

Unter den palästinensischen Kommunisten sei diese Auffassung auf „heftige Opposition" gestoßen und als „abenteuerlich" bezeichnet worden, so Trepper. So habe er selbst es auch gesehen, schreibt er. Die Politik forderte bald ein Todesopfer:

„Beim Versuch, die Weisungen von oben buchstabengetreu zu befolgen, wurde einer unserer Genossen in der Nähe von Haifa gelyncht."

Zudem hätten „umfangreiche Vorkehrungen" getroffen werden müssen, „um den Tschechen Smeral, einen Delegierten der Komintern, der in der Umgebung von Jerusalem untergetaucht war, vor Repressalien von arabischer Seite zu schützen". Diese „absurde Politik", so Trepper, „hatte zur Folge, dass die kommunistische Partei auch bei den jüdischen Arbeitern ihren Einfluss einbüßte".

100 Jahre später: Zurück zum Anfang

Seither sind fast 100 Jahre vergangen. Und nun treten Leute wie die Linksjugend Solid in Berlin in Stalins Fußstapfen und schlagen vor: Lasst uns doch das, was vor 100 Jahren auf blutige Weise gescheitert ist, einfach noch einmal probieren!

Ein „freies, säkulares, sozialistisches Palästina" wird sicherlich bei den Arabern auf freudige Zustimmung stoßen, alle bestehenden Unstimmigkeiten ausräumen und alle Konflikte beenden – wenn diese „reaktionären" Juden erst einmal ihren Widerstand dagegen aufgegeben haben. Und die Araber? Die werden sicherheitshalber erst gar nicht nach ihrer Meinung gefragt, heute ebenso wenig wie damals.

Jene, die sich „Antiimperialisten" nennen, sind nämlich die größten Imperialisten überhaupt: Von ihnen zur „Befreiung" auserkorene „unterdrückte Völker" haben gefälligst zu tun, was ihnen „Befreier" wie die M.P.S. oder die Linksjugend Solid im wahrsten Sinne des Wortes vorschreiben. Und wenn es dann zu einem Reenactment der Pogrome von 1921 und 1929 kommt? Dann ist daran eben die „reaktionäre, bürgerliche Ideologie" des Zionismus schuld.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

LESEZIMMER

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Augustbrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 28 | Berlin, 20. Tammuz 5666 — 13. Juli 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Ein Gedenktag
Von Eljâqîm

Was ist uns Theodor Herzl?
Von Julius Bär

Unsere Kolonien

Rundschau
- Die „Allerdeutschesten" unter sich
- Russische Juden in Bingerbrück
- Protestversammlung in Prag
- Reichsparteitag der österreichischen Zionisten
- Galizische Kommission
- Anerkennung der jüdischen Nationalität
- Russische Juden und jüdische Russen
- Vom russischen Parlament
- England und Russland
- Nicht aus Heidenlanden
- Der Pogrom
- Christenpflicht an russischen Juden
- Chuliganenweisheit
- Eine fromme Tagung der Chuligans
- Boykott in Bialystok
- Wert der Balten
- Pogrompanik in Russland
- Amerikas Sympathie
- Beschränkung der Einwanderung
- Panik in New-York
- Die Ito in Amerika und Englang

Golusblüte

Aus Gemeinden und Vereinen
Breslau—Ahlem—

Kleine Mitteilungen
- Auswandererwege
- Ausländerschutz in Russland
- Antisemitische Kur- und Badeorte

Briefkasten der Redaktion

Geschäftliches

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Mitteilungen des Zentralbureaus der zionist. Vereinigung f. Deutschland

Zionistische Jahreskonferenz am 28. August 1906

Schreiben an die Redaktion von Roland v. d. Geeste

Aus den Ortsgruppen
Gruppenverband Brandenburg—Pommern

Nationalfond

Feuilleton
Das Schulgespenst
Von Leo Lewanda (Fortsetzung)

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG	ZENTRALBUREAU	SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Geldsendungen	Berlin W. 66	Adresse für Anmeldungen
Max Wollsteiner,	Mauerstrasse 2 III	M. Goldschmidt,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10		Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Die „schwarze" Musik des Juden Gershwin - Zum 85. Todestag des Komponisten

Jacob Gerschowitz, das Kind jüdischer Einwanderer aus Russland wurde zum weltgefeierten Komponisten George Gershwin. Seine Musik ist unsterblich. Sein von den musikalischen Einflüssen des jüdischen Shtetl Osteuropas geprägte Genie und die Fusion mit der Musik der Südstaaten und des Broadways haben den Jazz wie nichts anderes geprägt und auf dem Broadway und in Hollywood neue Akzente gesetzt, die bis heute fortwirken. (JR)

Von Arie Katoza

Während des gesamten zwanzigsten Jahrhunderts gab es in Amerika eine Art informelle kulturelle Union, die sich zwischen Juden und Schwarzen entwickelte, die sich in der multilateralen kreativen Zusammenarbeit ausdrückte. Der Komponist George Gershwin spielte eine wichtige Rolle bei der Bildung dieser Vereinigung. Seine tiefe Faszination für afroamerikanische Musik führte zu einer langen Reihe von Werken, die so unterschiedliche Welten wie klassischen und populären Jazz, "weiße" und "schwarze" Kunst kombinierten.

Gershwin bei der Arbeit

"Weiße", "graue" und "schwarze" Musik

Seit vielen Jahrzehnten wird amerikanische Musik als "schwarz" und "weiß" definiert, ohne zu bemerken, dass im Weiß viele Schattierungen verborgen sind. Es dauerte lange, bis eine solche Musik von der amerikanischen Elite, den sogenannten „Wespen" (WASPs, aus der Abkürzung „Weißer angelsächsischer Protestant"), Anerkennung fand.

Im neunzehnten Jahrhundert spielten die Iren eine herausragende Rolle bei der Gestaltung der amerikanischen Popmusik, während Sänger italienischer Abstammung eine herausragende Rolle bei der Bildung der amerikanischen Popmusik spielten. Beim Gesang spielten wiederum Juden eine viel größere Rolle (wie in vielen anderen Bereichen), im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Infolgedessen waren es die Juden, die die populäre amerikanische Musik so geprägt haben, wie wir sie heute kennen.

Obwohl Elemente wie das Schreien, begleitet von Blues-Harmonien und -Rhythmus, mit der dominierenden Rolle der Trommeln, uns heute als integraler Bestandteil der indianischen Musik erscheinen, sollte verstanden werden, dass die kulturelle Tradition der Wespen ein völlig anderes Bild ihrer Entwicklung vorwegnimmt – sie bevorzugten pastorale und puritanische Musik.

Die Entwicklung der amerikanischen Musik ist gewissermaßen das Ergebnis einer Allianz zwischen Juden und Schwarzen. Diese Kultur-Union hatte auch eine politische Dimension und drückte sich vor allem in einem gemeinsamen Kampf für Gleichberechtigung aus. Als Europa unzählige Opfer betrauerte, komponierten, verarbeiteten, arrangierten und schufen jüdische Einwanderer in den Vereinigten Staaten die beste amerikanische Musik aller Zeiten. Richard Wagner, eine Säule der deutschen Kompositionsschulen des neunzehnten Jahrhunderts, beschuldigte die Juden, "Musik der Dumpfheit" zu schaffen, und vielleicht schienen die Juden Amerikas in einem kollektiven unterbewussten Impuls zu versuchen, sich durch die Schaffung der Kultur der Neuen Welt zu rächen. Sie waren es, die unzählige populäre Hymnen, Ragtimes, Bestseller-Musicals für den Broadway komponierten. Sie schrieben die Musik für die sich entwickelnde Hollywood-Filmindustrie. Es gab Jazz-Opern, Blues-Songs und spätere Rock-Hits, in denen oft die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit geäußert wurde. Mit Hilfe der Musik schufen Juden tatsächlich die amerikanische Realität, die sie sehen wollten: liberal, multikulturell

Einer von Gershwins Hits, die wie warme Semmeln weg gingen.

und kosmopolitisch. Sie stellten sich einen Ort vor, an dem jeder, unabhängig von Hautfarbe oder religiöser und ethnischer Zugehörigkeit, die gleiche Chance hatte, eine "Treppe zum Paradies" zu bauen, wie es eines von J. Gershwins populären Liedern singt.

Alles, was schwarze Wurzeln hat, wird als "authentisch" wahrgenommen, während "weiße" Musik als blasse Nachahmung des Originals gilt. Zweifellos waren Juden an der Schaffung eines solchen Bildes beteiligt, weil viele jüdische Musiker amerikanische Musik auf der Grundlage der afrikanischen Kultur schufen.

Neue Betätigungsfelder

Am Anfang waren Juden als Unternehmer Teil der amerikanischen Unterhaltungsindustrie. Die Geschichte Hollywoods ist bekannt: Die sechs größten Studios wurden von jüdischen Einwanderern oder ihren Kindern gegründet. Die jüdischen Beiträge zur Musikindustrie sind jedoch nicht geringer. Im 19. Jahrhundert zog Musik Unternehmer nicht besonders an, die potenziellen Gewinne hier waren zu gering. Ab den 1880er Jahren jedoch mit dem Aufkommen des „Vaudeville" in der New Yorker Szene und dann mit dem Inkrafttreten des Urheberrechtsgesetzes in den 1890er Jahren, hat sich der Trend drastisch geändert und beliebte Songs sind zu einer großen Einnahmequelle geworden. Ein gut geschriebener Hit konnte nicht nur den Urhebern von Musik und Gedichten, sondern auch den Produzenten eine komfortable Existenz ermöglichen. Amerikanische Juden, meist deutscher Herkunft, strömten als Verleger und Produzenten in dieses neue Feld. Die meisten von ihnen hatten kaufmännische Fähigkeiten, die sie während ihres Aufenthalts in Europa erworben hatten, und sie nutzten diese Erfahrung erfolgreich in ihren neuen Bereichen.

Ein typisches Phänomen für diese Zeit: Ein geschminkter weißer Künstler stelltt einen Afroamerikaner dar

Zwischen 1880 und 1920 befanden sich mehr als 2,5 Millionen Juden aus Osteuropa an der Atlantikküste der Vereinigten Staaten. Die meisten von ihnen ließen sich in großen Städten nieder, hauptsächlich in New York und Umgebung, wo sie zu einer der größten und prominentesten ethnischen Gruppen wurden. Trotz der Tatsache, dass Amerika im Vergleich zu der verlassenen Welt, die voller Antisemitismus war, vielen als wahres Paradies erschien, wurden Juden nicht überall willkommen geheißen. Große Unternehmen an der Wall Street, sowie die Türen von Universitäten, waren ihnen verschlossen. Dies zwang die Juden, alternative Betätigungsfelder zu schaffen, nach einzigartigen Marktnischen zu suchen, die den Bedürfnissen und dem Zeitgeist entsprachen. Eine dieser Nischen ist die Bekleidungsproduktion, die andere ist die Unterhaltungsindustrie. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Geschichte der jüdischen Auswanderung eine Geschichte von fantastischem Erfolg war. Die Vereinigten Staaten wurden aufgrund des Geistes des Kapitalismus und des Unternehmertums zu einem geeigneten Land für Juden. Es ist möglich, dass die amerikanischen Eliten der 1920er Jahre aus diesen Gründen begannen, die Einreise in das Land einzuschränken.

Ein Genie will Jazz spielen

George Gershwins Eltern, beide aus Russland, heirateten, als sie bereits in Amerika waren, und änderten ihren ursprünglichen Nachnamen Gershovich in Gershwin. George wurde 1898 unter dem Namen Yaakov geboren, zwei Jahre nach der Geburt seines älteren Bruders Ira (ursprünglich Israel). Ira wurde später ein treuer und erfolgreicher Mitarbeiter von George beim Texten der Lieder und Musicals. Er beteiligte sich auch am Schreiben der Oper "Porgy and Bess". Gershwins Familie war nicht sonderlich

wohlhabend, aber trotzdem versuchten die Eltern, wie in vielen jüdischen Einwandererfamilien, die Kinder in einem kulturellen Umfeld großzuziehen, und im Haus wurde Englisch gesprochen, nicht Jiddisch.

Georges Biographen beschreiben ihn als hyperaktives Kind, das hauptsächlich auf der Straße aufgewachsen ist. Im Alter von zwölf Jahren war er jedoch fasziniert von der Magie der Musik, die mit dem neuen Klavier in das Haus einzog. Der Junge entdeckte sofort ein außergewöhnliches Talent und schaffte es, das Instrument fast von dem Moment an zu beherrschen, als seine Finger die Tasten berührten. Er nahm privaten Klavier- und Kompositionsunterricht. In Musik erhielt er jedoch nie einen Hochschulabschluss, er belegte lediglich zwei Kurse an der Columbia University.

Einer seiner damaligen Lehrer schrieb in einem privaten Brief, dass er "ein Genie unterrichtete, das dafür brennt, Jazz zu spielen" und dass er dennoch versuchte, ihm die Grundlagen der klassischen und modernen Musik beizubringen. Der junge Gershwin wurde von verschiedenen Arten von Musik beeinflusst, einschließlich der Musik jiddischer Theater (nach eigener Aussage in einem Brief an A. Copland), sowie von den ersten Jazz-Werken. Darüber hinaus handelte es sich um Stücke afroamerikanischer Musiker, die 1915 im Stride-Piano-Stil erschienen - in vielerlei Hinsicht nahe am Ragtime, aber freier und mit einem komplexeren und weiterentwickelten Rhythmus. Es gab eine Konfrontation, zwischen den Befürwortern der „Wespenmusik“, fromm und pastoral, und den Anhängern des modernistischen Jazz. Letzterer setzte sich sowohl im Bereich der "ernsten" als auch der Unterhaltungsmusik durch. Das Ergebnis dieses Sieges war die endgültige Einführung afroamerikanischer Elemente in die amerikanische Songtradition.

Opera "Porgy and Bess" gewann sofort an Popularität. Plakat 1959

Rhapsody in Blue

Gershwin wurde zum Autor nicht nur populärer Lieder, sondern auch von Konzertmusik, und diese beiden Bereiche seines Schaffens bereicherten sich gegenseitig. Wir können seine Karriere bedingt in drei Perioden einteilen: die frühe, die 1924 mit der Aufführung von "Rhapsody in Blue", einem Werk, das dem Erschaffer Weltruhm brachte, ihren Höhepunkt erreichte; die mittlere, in der Gershwin in seinen Werken die Romantik einfließen ließ, sowohl postromantische Einflüsse als auch Jazzeinflüsse; und die letztere Periode, gekennzeichnet durch die bedeutendsten kreativen Leistungen. Es begann mit der Geburt des Songs "I Got Rhythm" - einer der Kompositionen, die einen starken Einfluss auf die Geschichte der Entwicklung des Jazz hatten. Der Höhepunkt dieser Zeit war die Komposition der Jazzoper "Porgy and Bess". Die Oper erzählt von der Welt der unterdrückten Schwarzen, versucht, dem Betrachter die "dunkle" Seite der amerikanischen Realität zu präsentieren. Gershwin starb plötzlich zweieinhalb Monate vor seinem 39. Geburtstag. Der Tod beendete seine Karriere in seinen besten Jahren.

Vielschichtige Musik

Das gesamte musikalische Gefüge der Oper ist durchdrungen von tiefen und spannenden Kollisionen der inneren Welt des Komponisten mit der facettenreichen Welt der Charaktere und Szenen. Motiv für Motiv, Szene für Szene, immer neue musikalische Schichten erschienen mit Polyphonie, als ob sie verschiedene Schicksale in einem kombinieren würden, skizzierten sie jeden Schauspieler mit perfektem Geschick. Das war auch in der Eröffnungsarie zu spüren, und in den herzlichen Texten von Summertime und in fast allen Zitaten aus seinen eigenen Konzertwerken. Die Oper beinhaltet auch Anklänge der Musik von Debussy, Puccini, Strawinsky, Berg und Jerome Kern, kombiniert mit Folk-Jazz- und Blues-Motiven von Komponisten wie Cab Calloway, Duke Ellington und William Christopher Handy sowie traditionellen christlichen Hymnen und Musik aus Theaterstücken auf Jiddisch. Selbst anspruchslose Zuschauer konnten leicht Ähnlichkeiten zwischen der Nummer aus der Oper "It takes a long pull to get there" und dem berühmten jüdischen "Hevenu shalom aleichem" finden.

Die Oper zeigt eine Gesellschaft, die alles hat: Brüderlichkeit, Schmerz, Gewalt, Vorurteile, Glauben – alles außer Rassismus. Es verbindet die Welt der "hohen" und die Welt der "einfachen" Musik. Trotz des akademischen Charakters des Genres sind viele der musikalischen Nummern der Oper zu Hits geworden. Als Antwort auf Vorwürfe, Porgy and Bess sei in einer zu populären Sprache geschrieben, sagte Gershwin, dass alle Opern von Verdi populäre Musik enthielten, und Bizets Carmen sei nichts anderes als eine Sammlung von Hits.

Die Oper war ein großer Erfolg, sorgte aber für viele Kontroversen und Kritik. Doch auch Leonard Bernstein, der Gershwins frühe Konzertwerke kritisierte, schrieb: "Mit dem Aufkommen von Porgy und Bess wurde deutlich, dass Gershwin ein großer Bühnenkomponist ist und immer war."

Gershwins enger Freund, der Pianist Oscar Levant, sagte, dass Gershwin beim Komponieren der Oper viel Wagner hörte, und einige Musikkenner weisen auf den Wagner-Einfluss hin. Man kann annehmen, wie Wagners eigene Reaktion auf die "jüdische" Oper gewesen wäre, aber auch Afroamerikaner reagierten zweideutig auf das Opus. Obwohl schwarze Interpreten von der Musik zu Tränen gerührt waren, gab es in der afroamerikanischen Gemeinschaft auch Stimmen, die die Oper heftig kritisierten. Vertreter radikaler schwarzer Gruppen der 1960er Jahre, wie Herold Cruz, kritisierten die "Stereotypen, die in Gershwins Oper verewigt wurden". Doch schon zu Lebzeiten des Komponisten sagten schwarze Musiker wie D. Ellington, dass "Porgy and Bess" keine echte "schwarze" Musik sei. Ellington argumentierte: "Es ist Zeit, den schwarzen Staub vom Gesicht des Komponisten zu blasen."

Trotz der Kritik ist heute klar, dass Gershwins enormer Beitrag zur Popularisierung der afroamerikanischen Kultur einfach gigantisch ist. Gershwin gelang es, diese Kultur sowohl in der populären als auch in der klassischen Musik an die Spitze zu bringen. Viele in der afroamerikanischen Gemeinschaft heute, fast ein Jahrhundert später, halten "Porgy and Bess" für einen Klassiker des Jazz, Gershwins Musik lebt in der Performance der besten weißen und schwarzen Musiker weiter.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Cyrus Overbeck: Ein Künstler empört sich

Der international renommierte Künstler Cyrus Overbeck zählt zu den führenden bildenden Künstlern Deutschlands. Overbeck empört sich mit all seiner Körperlichkeit. Einer, der sich nicht fügen mag. Ein Störenfried. Ihn treiben die Aufdeckung und Aufarbeitung nationalsozialistischer Kontinuitäten an. Mit dem Holzschnitt aufklären, was Demokratie ist, das ist seine Triebfeder. (JR)

Von Dr. L. Joseph Heid

Der Künstler Cyrus Overbeck. Holzschnitt (re.) Fritz Bauer; Duisburgs Alt-OB Josef Krings (li.)

„'s ist Krieg!" Alle Kulturveranstaltungen beginnt Cyrus Overbeck mit den berühmten Anfangsworten von Matthias Claudius' Kriegslied aus dem Jahr 1778: „'s ist leider Krieg – und ich begehre, nicht schuld daran zu sein!" Das hat Overbeck auch schon vor dem Ukraine-Krieg zigmal rezitiert, schon vor Jahren, und er wird es weiterhin deklamieren.

Die „Alte Brotfabrik von 1904" in Duisburg-Beeck ist nicht irgendein Haus. Fritz Overbeck, der Firmenchef, war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und vom humanistischen Gedankengut geprägt. Er nutzte seine Brotfabrik, um in Brotlaibe eingebackene Flugschriften zu verbreiten, die über die NS-Gräueltaten aufklärten und auf verschlungenen Wegen unters Volk gebracht wurden. 2012 wurde der Gebäudekomplex mit Wohnhaus und Nebengebäuden unter der Nummer 629 als Baudenkmal in die Denkmalliste der Stadt Duisburg aufgenommen - Denkmalschutz der historischen Bedeutung wegen, ein identitätsstiftender Ort. Und in diesem Fall handelt es sich um einen kulturellen Schutz wegen einer besonderen Nähe des Objekts zur regionalen Kultur. Die städtebauliche und künstlerische Bedeutung dieses Gebäudes steht außer Zweifel, die erinnerungspolitische sowieso, jedenfalls für Bewohner und Betreiber.

Im Jahre 1970 wurde das letzte Brot gebacken und ausgeliefert. Seitdem nutzt Fritz Overbecks Enkel Cyrus die alten Fabrikräume als Künstleratelier und für Kulturveranstaltungen. Ein Ort des Widerstandes ist es durch ihn weiterhin geblieben.

Von wegen Duisburger Norden! Schrottimmobilien, Brautläden, Clan-Kriminalität, Straßenschlachten mit Schusswaffen. Der Stadtteil heißt Beeck. Bekannt durch die König-Brauerei. Und eben durch eine Brotfabrik aus dem Jahre 1904. Hier haben die Brüder Arnold und Wilhelm Overbeck, die Firmengründer, massenhaft Brot backen lassen. Das meiste davon ging an die Arbeiter von Thyssen. Gegenüber, vis-a-vis der Brotfabrik, liegt ein schwarzer Riese, Thyssen-Stahl, früher trug er den Namen „Gewerkschaft Deutscher Kaiser". Kurz nach dem Bau der Brotfabrik handelten die Brotfabrikanten einen Exklusivvertrag mit dem Konzern aus, der die Belieferung der Werkskantinen mit Backwaren über Jahre hinweg zusicherte. Sie wussten nur zu gut, dass Malochen hungrig macht.

Vom Brot zur Kunst

Inzwischen ist die ehemalige Brotfabrik ein Ort für Bildende Kunst und Wissenschaft im Duisburger Norden. In der Region. Für die Region. International sichtbar. Und das liegt an Cyrus Overbeck, der hier, wo die Knetbottiche in der Backhalle gestanden hatten, ab 1995 sein Atelier und einen Schauplatz für Kulturabende betreibt und an diesem historischen Ort einen kulturellen Kristallisationspunkt geschaffen hat. Authentische Räumlichkeiten für Ausstellungen, Konzerte, Vorträge, Lesungen und Theateraufführungen. Zu diesem Zweck wurde eigens die „Gesellschaft zur Förderung der Künste und historischen Forschung in der Alten Brotfabrik" gegründet.

Im Mai 1997 zeigte Overbeck eine Atelierausstellung mit rund 40 expressiv gestalteten Monotypien. In Erinnerung an den 60. Jahrestag des Novemberpogroms 1938 veranstaltete er 1998 eine Foto-Ausstellung zum Thema „Der Alltag jüdischer Kinder während des Holocausts - 60 Jahre Leben mit dem Reichspogrom". Ein umfangreiches Begleitprogramm umrahmte die Schau, die in Kooperation mit Israels nationaler Gedenkstätte Yad Vashem durchgeführt wurde.

Im Rahmen der 43. Duisburger „Akzente" präsentierte die Brotfabrik am 1. April 2022 das szenische Live-Hörspiel „Rose" von Martin Sherman, welches eigens zu einer hörspieltauglichen Fassung umgearbeitet wurde. „Rose" ist die Lebensgeschichte einer Jüdin im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert, die Geschichte einer Frau, die Witz, Humor, Weisheit, Geist, Gefühl und Lebenskraft in sich vereinigt. „Rose" erzählt vom Untergang der jiddischen Kultur, von der Kluft zwischen liberalen und orthodoxen Israelis und von der Entfremdung zwischen Israelis und Juden aus der Diaspora in der „Alten Welt". Anders ausgedrückt: Die monodramatische „Rose"-Kernbotschaft ist ein siebentägiges Schiwa-Sitzen für die Welt von gestern, heute und morgen. Trauerdienst inmitten von Overbecks begehbaren Rauminstallation „THE WAR".

Widerständisch ging es bei den Overbecks immer zu. Der Großvater war es, dessen Sohn und auch der Künstlerenkel, der es in seinem Werk ausdrückt. Cyrus Overbeck versteht sich als „narrativer Realist", der als Künstler das schafft, was er sieht und erlebt und das Erfahrene in Holz, in Bronze, auf Öl, auf Leinwand, Metall und auf Stein ausdrückt. Holzschnitte, Siebdrucke. Als narrativer Realist tritt er eigenem Bekunden nach, „erzählend" für Werte ein. Über allen Werten steht für ihn etwas, an dem es in unserer Gesellschaft immer mehr mangelt - Glaubwürdigkeit. Es geht ihm bei der Glaubwürdigkeit um die Übereinstimmung von Wort und Werk, von Handlung und Haltung.

> „Ohne humanistisches Bildungsfundament, über die er in hohem Maß verfügt, ist die Demokratie nicht zu verteidigen."

Mit dem Holzschnitt aufklären

Cyrus? Der 1970 in Duisburg geborene Overbeck verbrachte als Sohn eines persischen Vaters und einer deutschen Mutter bis 1979 seine ersten neun Jahre in Teheran. Als Künstler verbrachte er mehrere Jahre in Kalifornien. Overbeck ist ein weltläufiges, national und international sichtbares künstlerisches Schwergewicht, der provoziert und aneckt, sich mit alten und neuen Nazis anlegt. Jemand, der bedroht wird und dem man gossenantisemitisch „Judensau!" nachruft. Jemand, der nicht müde wird, sich gegen jedwede radikalen Tendenzen zu stellen. Overbeck empört sich mit all seiner Körperlichkeit. Einer, der sich nicht fügen mag. Ein Störenfried. Ihn treiben die Aufdeckung und Aufarbeitung nationalsozialistischer Kontinuitäten an. Mit dem Holzschnitt aufklären, was Demokratie ist, das ist seine Triebfeder. Darin sieht er eine gesellschaftliche Relevanz. Ohne humanistisches Bildungsfundament, über die er in hohem Maß verfügt, ist die Demokratie nicht zu verteidigen.

In der bildenden Gegenwartskunst ist er ein beredter Geschichtenerzähler: Seine Holzschnitte, seine Bronzen, seine Arbeiten in Öl, seine Radierungen sprechen mit dem Betrachter. Sie erzählen von seiner Sehnsucht nach Liebe, Frieden und Geborgenheit. Sie berichten über seine Erfahrungen mit Verzweiflung, Tod und verzweifelten Menschen. Sie erzählen von seinen Versuchen, das Grauen von Flucht, totalitären Staaten, Unterdrückung, Pogromen und Völkermord anzusprechen. Er stemmt sich mit all seiner künstlerischen Wucht gegen manifestem und latentem Antisemitismus. Sie drücken seine Sorge angesichts der Entdemokratisierungen europäischer Gesellschaften aus. Und sie

erzählen auch von Religion. In jede seiner Arbeiten sind die großartigen Verflechtungen der Weltreligionen eingewoben, in denen er selbst Kind, Jugendlicher, Pädagoge und Künstler geworden ist: der Katholizismus, der Protestantismus, das Judentum und das muslimische Weltverständnis.

Cyrus Overbeck ist seit Ende der 1990er Jahre ein öffentlicher zu den führenden bildenden Künstlern Deutschlands zählender Intellektueller, seit 2014 ordentliches Mitglied der „Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ in Salzburg. Kurz: Cyrus Overbeck ist ein Künstler mit Haltung. Und ein aufklärerischer Freigeist dazu. Seine Werke finden sich u.a. in: B’nai B’rith Klutznick National Jewish Museum, Washington D.C.; Kunstsammlung der Stadt Köln; Kunsthalle Emden/ Stiftung Henri und Eske Nannen; Staatliche Graphische Sammlung, München; United States Holocaust Memorial Museum; Heinrich Heine-Institut, Düsseldorf. Und all die anderen Orte.

Zuletzt spielte Giora Feidmann im Rahmen von „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ zu einem Konzert in der Brotfabrik auf. Der argentinisch-israelische Schpijlmann, der seine Klezmer-Klarinette zum Singen, Tanzen und Weinen wie zum Swingen zu bringen vermag, ist Cyrus Overbecks neuer Künstlerfreund. 99 ZuhörerInnen waren zugelassen. Neunundneunzig durchnummerierte und signierte Einladungskarten zum Feidmann-Konzert, vom Künstler Overbeck holzgeschnitten, zeigen das Portrait des Klezmers.

Cyrus Overbeck porträtiert Giora Feidmann

„The War“: Verfolgte und Verfolger

Für seine neue Ausstellung „The War“, lange vor dem Ukraine-Krieg konzipiert, hat Cyrus Overbeck wieder seine Radierpresse für seine begehbare Installation mit Hunderten Druckgrafiken und Holzschnitten angeworfen. Schwarze Monochromie: Das sind ganze Serien von Porträts von Menschen, die widerständig waren: Willy Brandt, Harro Schulze-Boysen, Claus Schenk von Stauffenberg, der grandiose, viel zu spät entdeckte, Felix Nussbaum, dem Daniel Libeskind in Osnabrück ein eindrucksvolles Museum gewidmet hat. Willy Brandt als Triptychon beim Warschauer Kniefall zusammen mit den „Komparsen“ Hitler und Göring als Radierungen, eine provokante Schau. Verfolgte und Verfolger. Erich Maria Remarque – ein Verwandter Overbecks. Transformation des Befreiungsgedankens mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bildenden Kunst. Otto Pankok. Er vor allem. In dessen Haus im niederrheinischen Hünxe-Drevenack hat Overbeck gemalt und radiert, wurde sein Biograph. Hier begann alles.

Seine ungezählten Stauffenberg-Holzschnitte will Overbeck nicht als Hommage des Hitler-Attentäters verstanden wissen. „Du sollst nicht erinnern“, diese Worte hat der Künstler auf einen Eisenträger unter der Decke projiziert. Will sagen: Du sollst dich nicht falsch erinnern. Mach dich kundig.

Ein wahrer Widerständler das war Maximilian Kolbe, der Franziskaner-Minorit, Verleger und Publizist, der in Auschwitz für einen anderen Häftling sich hat freiwillig in den Tod spritzen lassen. Dieser Holzschnitt, im Kontext zu HAP Grieshabers Buchenwald-Zyklus, als Transformation mit blutrotem Stacheldraht markiert. Neben Kolbe Fritz Bauer, der als Generalstaatsanwalt einen singulären juristischen Kampf gegen seine eigene Zunft und einen einsamen Kampf für eine Neubewertung der Widerstandskämpfer des 20. Juli von 1944 focht. Bauer, als jüdischer Jurist ohnehin ein Außenseiter, misstraute der deutschen Justiz und Polizei: „In der Justiz lebe ich wie im Exil.“ Ohne Bauer keine Auschwitzprozesse. Overbeck als Widergänger Bauers. Auch der Künstler Overbeck weiß um die Fragilität der Demokratie und des Rechtsstaats. Aufklärung für die nächste Generation, der die deutsche Dunkelseite scheinbar entrückt scheint, tut not.

Erzählende Skulpturen

Von guten Mächten treu umgeben ist die „Madonna mit Kind“ und der dornenreiche „Jesus“, an den Kachelwänden, der als Rabbi mit entrücktem Blick leidend auf die ihn umgebende Szenerie blickt.

Zwei amerikanische GI’s stehen sich in militärischer Habachtstellung gegenüber, Augen geradeaus, die US-amerikanische Flagge hissend. Ort des Geschehens – das Dach eines deutschen Theaters im April 1945. US-amerikanische Einheiten haben weite Teile des Ruhrgebiets erobert und besetzt. Freiheit! Befreiung! Nicht Niederlage. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Leitsprüche der französischen Revolutionäre von 1789, das sind auch Cyrus Overbecks künstlerische Richtschnüre.

Holzschnitte mit Käte Kollwitz, stark gepixelt in grober schwarz-weiß Verfremdung hängen geklammert an einem Drahtseil von der Decke herab. Ohne jede Ästhetik, (die Nazis hatte auch keine), kein Glas, kein Rahmen. Overbeck bearbeitet den Druckstock, das Holz, wie ein Relief, er erarbeitet plastische Qualitäten. Auf Feinheiten bei der Präparation des Druckstocks verzichtet er ebenso wie beim Druckvorgang auf Brillanz. Das ist sein in die gegenwärtige Sprache transformierter Schnittduktus, der für Beiläufiges oder gar Schmuckhaftes keinen Raum lässt. Und da ist noch etwas, was der Künstler ganz bewusst präsentiert: Die rahmenlosen Holzschnitte symbolisieren die Tradition der Flugblätter der frühen Neuzeit, die zugleich an die eingebackenen papiernen Manifestationen erinnern und gemahnen, die sein Großvater und dessen in die Widerstandshandlung eingeweihten Mitarbeiter der Brotfabrik zum Behuf der Aufklärung verbreitet haben. Der Inhalt, der Gehalt des Dargestellten geht über alles. Unzählige Kollwitzsche Augen blicken kriegsmüde, kriegsverachtend auf den Betrachter. „Es ist Krieg und Millionen Menschen leiden und ich leide mit ihnen“, diese Worte aus dem Mund der Käte Kollwitz springen als Decken- und Fußbodeninstallation nachgerade auf den Betrachter herab oder von der Bodenskulptur herauf.

Musikalische Installationen

Dann der Appell an die Volksgenossen in Fraktur: „Ganz Deutschland hört den Führer“, darunter, im Stechschritt, die SS marschiert mit klingendem Spiel. Holzschnitt an Holzschnitt. Und mittendrin, blutrot, der kulturelle Kontrapunkt: Beethovens markanter Kopf als Blutfleck in das martialische Geklapper der SS-Stiefel montiert, das ist Overbecks Aussage. Die ersten Takte der Beethovenschen Fünften. Drei markante Achteln auf G, denen in derselben Dynamik (fortissimo) ein langgezogenes Es folgt: Tatata taa. Sendezeichen der BBC, als V-Zeichen für „Victory“ und „Vrjheid“ und als Morsecode zum Widerstandssymbol gegen die Nazis. Barbarei gegen unvergängliche Musik. Während die deutschen Volksgenossen vom Großdeutschen Rundfunk unter Liszts Fanfarenklänge „Les Préludes“ über die militärischen Frontberichte am Volksempfänger belogen werden, lauschen die Widerständischen unter Gefahr an Leib und Leben dem verbotenen Feindsender BBC, auf Deutschlands Niederlage hoffend. Die Lisztschen „Vorspiele“ adaptiert für Lüge und Terror gegen die deutsche Schicksalssinfonie. „Das war ein Vorspiel nur“, hatte Heine schon 1821 in seinem „Almansor“ prophezeit, am Ende sind es Menschen, die verbrannt wurden. Beethoven konnte nix dafür, auch Liszt nicht, der 1859 bei der Einweihung der Budapester Synagoge, Europas größtem Tempel, an der Orgel gesessen hatte. Doch die, die sich ihre Musik zunutze machten, schändeten sie.

Overbecks Kunst, seine Drucke, Grafiken, Malereien und Plastiken, sein gesamtes Werk, ist kompromisslos politisch – „keine Augenschmeicheleien“, wie ein Kritiker schrieb, nichts für übers Sofa im Wohnzimmer. Als Künstler selbst ist er sozialkritisch.

Die Stadt Duisburg hat das angrenzende Grundstück der Alten Brotfabrik meistbietend an einen TÜV-Betreiber verkauft, der dem Künstler bedenklich auf die Pelle gerückt ist. Das Denkmal geschützte Atelierhaus droht seine Identität und damit die Erinnerung an aktiven Widerstand gegen die Nazi-Barbarei zu verlieren.

Mit Matthias Claudius begehrt auch Cyrus Overbeck, nicht schuld zu sein. Overbeck begehrt den Krieg nicht, ein Bellizist ist er nicht. Er ficht seinen eigenen pazifistischen Krieg. Ohne Unterlass. Er malt und mahnt für die Demokratie.

Atelier Cyrus Overbeck: Alte Brotfabrik von 1904, Arnold-Overbeck-Str. 58, 47139 Duisburg-Beeck; Galerie Christa Spindler und Cyrus Overbeck Atelier, Hermannstraße 38, 40233 Düsseldorf-Flingern

L. Joseph Heid, Dr. phil. habil., Neuzeithistoriker Duisburg/Potsdam, Schwerpunkt: Deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte.

Der Triumph und die Tragödie des „Ältesten von Zion"

Am 24. Juni 1922 ermordeten Rechtsextremisten den jüdischen Außenminister der Weimarer Republik Walther Rathenau. Sein Leben stellte der Jude und vielbegabte Patriot in den Dienst seines deutschen Vaterlandes. Doch mit seiner Entspannungs- und Annäherungspolitik war der liberale und weltläufige Politiker nationalistischen Kreisen in Deutschland ein Dorn im Auge. (JR)

Von Dr. Alexander Gordon

Alle warteten auf diesen Mord. Franz Kafka war überrascht, dass es noch nicht passiert war. Es war jedoch nicht notwendig, Kafkas atemberaubende Vorstellungskraft zu besitzen, um sich vorzustellen, dass dieser außergewöhnliche Mann sicherlich und bald getötet werden würde. Der Hass tobte um ihn herum. Überall gab es Rufe nach seinem Mord. Es schien, dass die Hälfte des Landes ihn als den Schuldigen für alle Unglücke hielt. Er wurde dreifach gehasst, als Jude, als reicher Mann und als Herrscher. Seine Mörder wurden sofort gefasst. Ihre Namen sind bekannt, ihre Motive werden ausführlich beschrieben, aber trotzdem habe ich mir immer wieder die Frage gestellt: Wer hat ihn wirklich getötet? Einer der reichsten, gebildetsten, originellsten und talentiertesten Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts?

Im Nachkriegsdeutschland führte die demütigende Last riesiger Entschädigungen zu einer kolossalen Wirtschaftskrise, Hyperinflation und Verarmung. Der Werteverfall schritt voran und auch der Antisemitismus wuchs. In der Weimarer Republik wurde häufiger veröffentlicht, dass die Juden das Land in den Krieg gedrängt hätten. Im Jahr 1922 war der passende Kandidat für solche Anschuldigungen der Jude Walter Rathenau.

Er war einer der gebildetsten Männer seiner Zeit: Ein bedeutender Industrieller, Schriftsteller, Philosoph, Publizist, Doktor der Wissenschaften, Elektrochemiker, Präsident der General Electricity Company, Minister für Wiederaufbau und schließlich Reichsaußenminister.

Der berühmte englische Historiker Norman Cohn schrieb über Rathenau: "Gleich zu Beginn des Krieges sagte er die tödliche Bedrohung voraus, die die britische Blockade darstellen könnte. Um dies zu verhindern, schuf er in überraschend kurzer Zeit eine mächtige Organisation, die es tatsächlich ermöglichte, Deutschland während des gesamten Krieges mit Rohstoffen zu versorgen. Nach dem Krieg arbeitete er unermüdlich daran, Deutschland aus der Isolation zu holen und die Last der Wiedergutmachung zu erleichtern. Im April 1922 unterzeichnete er als Außenminister den Friedensvertrag von Rapallo mit Sowjetrussland, dank dem beide Seiten auf gegenseitige Ansprüche verzichteten. Der Vertrag von Rapallo führte Russland und Deutschland aus der internationalen Isolation heraus.

Rathenau war sich der Schwäche der deutschen Kriegsmaschinerie zu Beginn des Ersten Weltkriegs sehr wohl bewusst – der Rohstoffknappheit, die sich unweigerlich bemerkbar machen würde, sobald England eine Blockade organisierte. Er begann, Fonds für Rohstoffe einzurichten und schuf ein gigantisches System der wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen gegen die Blockade. Rathenau stellte die Erfindung des Nobelpreisträgers, des Chemieprofessors Fritz Haber, vor, der Fabriken zur Herstellung von Sprengstoffen und Düngemitteln baute. Ohne solchen außergewöhnlichen Maßnahmen wäre Deutschland wahrscheinlich in wenigen Monaten besiegt worden. Der jüdische Oligarch Walter Rathenau war der Schöpfer des militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland.

Walther Rathenau

> Deutschland erkannte den Juden Rathenau nicht als seinen Führer an. Elf Jahre nach seiner Ermordung krönte es jedoch den analphabetischen Fanatiker Hitler, der die dunkelsten Seiten seiner Geschichte schrieb..

Porträt

Stefan Zweig schrieb in einem Nachruf über Rathenau: "Ich habe noch nie einen Mann getroffen, der gründlicher ausgebildet ist, als Walter Rathenau: Er sprach drei europäische Sprachen, Französisch, Englisch, Italienisch, so fließend wie Deutsch... Er las alles und diese unerhörte Vollständigkeit des Wissens, diese erstaunliche Vielfalt von Tätigkeitsbereichen kann nur erklärt werden, mit der einzigartigen Kapazität seines Gehirns."

Walter Rathenau war ein hervorragender Staatsmann, den ein ruiniertes, gedemütigtes, durch den Versailler Vertrag ausgeraubtes Deutschland brauchte. Sebastian Hafner (1907-1999) beschreibt in seinem Buch "Biographie eines Deutschen. Memoiren 1914–1933." (2000) Rathenau wie folgt: "Weder davor noch danach gab es in der Deutschen Republik einen Politiker, der die Fantasie der Massen und Jugendlichen so beeinflusste ... Beim Lesen seiner Reden hatte jeder das Gefühl, dass sie, unabhängig vom Inhalt, einen tiefen Subtext von Zurechtweisung, Genauigkeit und Anziehungskraft aussagten – die Rede des Propheten. Viele begannen, nach seinen Büchern zu suchen und sie zu lesen (einschließlich mir): Sie klangen auch zurückhaltend in der Form, aber tief in Bedeutungsappellen, dem Wunsch, sich zu beruhigen und gleichzeitig überzeugend, fordernd und hoffnungsvoll - darum ging es bei ihrem Magnetismus. Sie waren ernüchternd und gleichzeitig fantastisch."

Rathenau war eine globale Figur und widmete sein ganzes großes Talent Deutschland. Die Erfolge seiner diplomatischen Tätigkeit sind enorm. Stefan Zweig schrieb in seinem Nachruf: "In diesen Tagen fand Rathenau wirklich eine Verwendung für seine Kräfte, fand einen wahren Gegner für seinen gigantischen Geist. Zum ersten Mal konnte er seine Energie, seinen Willen, seine Fähigkeiten nicht auf kommerzielle Aktivitäten, nicht auf Literatur, sondern auf die Lösung von Problemen von welthistorischer Bedeutung anwenden. Selten hat es eine Person in einer so entscheidenden Zeit geschafft, so viel zu tun. Die Teilnehmer der Konferenz von Genua sprachen mit Bewunderung über seine heldenhaften Bemühungen."

Rathenau zwang Europa, Deutschland zu respektieren, aber Deutschland akzeptierte ihn nicht, respektierte ihn nicht und glaubte einem seiner größten Patrioten nicht, indem es ihn als Juden ablehnte. Der große Reformer wurde von seiner Heimat abgelehnt. Getreu den preußischen Idealen, ein Arbeiter, ein Patriot, ein Mann der Tat und der Pflicht, war Rathenau ein größerer Patriot als die meisten Deutschen.

Mehr als einmal verspürte er jedoch ein Gefühl der Ernüchterung, als er seine eigene Fremdheit unter den Deutschen erkannte. Dieser große Widerspruch erklärte seine völlige Einsamkeit. Er war zugleich ein Führer und ein Außenseiter. Er leitete die deutsche Außenpolitik, er war ein bedeutender Wirtschaftsmagnat, der großen Einfluss im Land hatte - in der Industrie und in der Politik. Gleichzeitig war er ein aussätziger Jude, ein "verkleideter Feind".

Walter Rathenau führte ein Doppelleben: das eines Deutschen und das eines Juden. Er wurde von Widersprüchen zerrissen. Stefan Zweig beschreibt Rathenaus Entfremdung: "Sein wahres Leben lag im Spirituellen, in der Aktivität, in ewigen Wanderungen und wahrscheinlich in einer seltsamen Obdachlosigkeit, einer großen Abstraktion.

Der Mord

Am 24. Juni 1922 wurde der 54-jährige Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, in der Nähe seines Hauses in Grünewald, einem Stadtteil von Berlin, in seinem Auto ermordet.

Einige Monate später, im Oktober 1922, wurde Ernst Techow, ein einundzwanzigster Student, der das Auto fuhr, in dem die Mörder geflohen wa-

ren, als ihr Komplize vor Gericht gestellt. Die Mörder, ein Offizier namens Erwin Kern und der Ingenieur Hermann Fischer, waren inzwischen bei der Verhaftung ums Leben gekommen. Fischer begann dabei Selbstmord. Alle Terroristen gehörten der nationalistischen, rechtsextremen Organisation Consul (OC) an. Alle Mitglieder der Gruppe, junge Fanatiker, waren sich absolut sicher, dass Rathenau im Namen der "Weisen von Zion" handelte. Das antisemitische Pamphlet ist eine gefälschte Propagandaschrift mit dem Titel "Protokolle Weisen von Zion". Rathenau war eines ihrer ersten Opfer.

Während des Verhörs vom Hauptorganisator des Verbrechens, Willy Günther, antwortete dieser auf die Frage nach dem Grund für Rathenaus Ermordung, dass Ludendorff glaube, Rathenau sei genau der Mann in Deutschland, dem die genaue Anzahl der Vertreter der geheimen jüdischen Regierung, die den Krieg entfesselt haben, bekannt sei. Für den Ersten Weltkrieg als auch für die deutsche Niederlage wären die Juden die Hauptschuldigen.

Techows gewählte Schutzmethode war einfach und klar: Sie exekutierten den Juden Rathenau, weil sie ihn für ein Mitglied des Rates der Weisen von Zion hielten, die sich zum Ziel setzten, die Welt zu beherrschen. Indem sie ihn töteten, sagte Techow, taten sie der Gesellschaft im Wesentlichen einen Gefallen, da sie ein Mitglied einer Gruppe eliminierten, die eine Gefahr für die gesamte zivilisierte Welt darstellte.

Sonder-Ausgabe.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rathenau ermordet!

Um ½12 Uhr teilte der Reichskanzler den in der Wandelhalle des Reichstags versammelten Abgeordneten mit, daß vor etwa einer halben Stunde der Außenminister Dr. Rathenau ermordet worden sei.

Als Dr. Rathenau heute vormittag 11 Uhr sein Automobil vor seinem Hause in der Königsallee im Grunewald bestiegen hatte, näherte sich von der entgegengesetzten Seite ein elegantes Privatautomobil, das den Wagen des Ministers bis zur Königsallee, Ecke Wallotstraße, verfolgte.

Hier überholte das Privatautomobil, in dem sich drei Leute mit dunklen Brillen befanden, das Automobil des Ministers.

In demselben Augenblick, als das Auto in die Wallotstraße einbog, erhob sich einer der bebrillten Leute und warf eine Handgranate in das Auto des Ministers. Die Granate explodierte, Rathenau richtete sich einen Augenblick auf und brach dann zusammen. Der Chauffeur fuhr mit dem sterbenden Minister sofort in dessen Wohnung zurück, während einige Passanten die Verfolgung des flüchtigen Autos aufnahmen.

In der Wandelhalle des Reichstags sind jetzt die deutschnationalen Abgeordneten nicht zu erblicken. Sie haben sich zurückgezogen, um den Verwünschungen und Drohungen der übrigen Abgeordneten zu entgehen.

Ueber die Täter ist Näheres noch nicht bekannt.

Massen, haltet Euch bereit!

Vorwärts-Ausgabe zur Ermordung Walther Rathenaus

Wer waren die Mörder?

Alles begann 1922 auf einem internationalen Kongress in Wien, wo Walther Rathenau eine Passage aus einem Weihnachtsartikel "Unsere Jugend" zitierte, den er viele Jahre zuvor am 25. Dezember 1909 für die Wiener Zeitung „Neue Freie Presse" geschrieben und später in das Buch „Epochenkritik" aufgenommen hatte, das er 1912 in Berlin veröffentlichte. Nur wenige Monate zuvor hatte Rathenau den Posten des Außenministers der Weimarer Republik angenommen und die Warnungen seiner Mutter und seiner Freunde ignoriert, die eine Vielzahl antisemitischer Proteste gegen seine Ernennung sahen. Er setze sein Leben aufs Spiel. Die antisemitische Presse nannte Rathenaus Ernennung zum Außenminister einen Triumph der jüdischen Geldinteressen und des jüdischen Sozialismus! Die erste Aussage widersprach der zweiten, aber die Logik wurde natürlich durch antijüdische Emotionen unterdrückt. Rathenau traf die Entscheidung, ohne zu zögern, umso zuversichtlicher, da er zuvor wichtige Regierungsposten innegehabt hatte. Vor einem in Wien versammelten Publikum wiederholte er seine langjährige Warnung, dass Europas Wirtschaft von einer elitären, geschlossenen Gruppe von Finanziers kontrolliert wird. Diese kritische Passage von ihm klang ziemlich unschuldig: "Im Bereich der industriellen Tätigkeit, wo jedes dumme Wort, jedes Scheitern zum Ruin führen kann, wo derjenige, der Aktien und Anleihen besitzt, die Gesellschaft regiert und die gesamte Politik kontrolliert, ist in diesem Bereich eine Oligarchie entstanden. Dreihundert Menschen, die sich kennen, entscheiden über die wirtschaftlichen Geschicke Europas und wählen Nachfolger unter den Menschen ihres Kreises."

Wiener Zeitungen druckten unter schreienden Schlagzeilen wie "Dreihundert Männer regieren Europa" Rathenaus öffentliche Rede. Die jungen Hitzköpfe, denen seit zwei Jahren ständig gesagt worden war, dass die Juden versuchten, die Welt zu übernehmen, hörten den Ruf. Die Aussage eines der prominentesten Juden der Zeit enthielt eine unwiderstehliche Versuchung für Antisemiten. Rathenau verstand kaum, dass er, indem er öffentlich eine längst vergessene Passage aus seinem Artikel wiederholte, sein eigenes Todesurteil unterzeichnete und seinen Mord vorbereitete. Die "dreihundert Männer" wurden bald zu "dreihundert Juden" und dann zur geheimen jüdischen Regierung, die "Ältesten von Zion". Obwohl Rathenaus Artikel nie Juden erwähnte, drängte die Presse die Menschen ausdrücklich, ihn auf diese Weise zu interpretieren. Diese verzerrten Interpretationen der unschuldigen Worte des großen Staatsmannes machten ihn zum sogenannten "Ältesten von Zion" und folglich zu einem legitimen Objekt der Zerstörung. Rathenau wurde nicht von drei nationalistischen Terroristen getötet, sondern von einem Mob.

Unmittelbar nachdem Rathenaus Ermordung in Prag bekannt wurde, schrieb Franz Kafka an Max Brod: "Es ist unglaublich, dass er so lange gelebt hat; Vor zwei Monaten hörten wir Gerüchte über seine Ermordung." Zehntausende Menschen kamen auf den Berliner Friedhof, um sich von Rathenau zu verabschieden, einem Tag, an dem sich Deutschland von einem der größten Staatsmänner seiner Geschichte trennte. Sie verabschiedete sich nicht nur von dem großen nationalen Führer, sondern auch von den Ideen, die er vertrat – mit Internationalismus, Toleranz, Respekt vor dem Menschen, Pragmatismus, große Kultur und Erbe der Vorfahren. Eine Fackelprozession von Misanthropen begann, ein Kult der Gewalt und die Verehrung des Monsters des Nationalismus entstanden. Deutschland veränderte die nationale Haut eines kultivierten Landes, des Landes der großen Philosophen, Schriftsteller und Musiker in die Haut eines Monsters. Sie warf einen Kosmopoliten, einen Liberalen, einen Mann mit rationalem Verhalten weg und brachte die Menge, den Mob an die Oberfläche, die Irrationalen, die Ungebildeten an die Macht.

Deutschland erkannte den Juden Rathenau nicht als seinen Führer an. Elf Jahre nach seiner Ermordung krönte es jedoch den analphabetischen Fanatiker Hitler, der die dunkelsten Seiten seiner Geschichte schrieb.

Rathenau verkörperte Deutschlands Geist und den Weg, auf dem es langsam aus der Sackgasse der Nachkriegszeit herauskommen konnte. Aber die Gesellschaft sehnte sich nach einer schnellen Befreiung, einem blitzschnellen Ausweg aus der demütigenden Situation, aus der Wirtschaftskrise. Die deutsche Gesellschaft brauchte Wunder. Es dachte irrational. Er brauchte nationalistische Zauberer, keine kosmopolitischen Rationalisten. Rathenau überragte die Gesellschaft, die Geschichte.

Rathenau ignorierte Warnungen

Kurt Blumenfeld sagte, dass Rathenaus Entscheidung, die Ernennung zum Minister anzunehmen, nicht nur für ihn, sondern auch für das deutsche Judentum eine Katastrophe war. Der zionistische Führer versuchte, Rathenau davon zu überzeugen, dass nicht nur die Juden Deutschlands, sondern auch jeder Jude auf der Welt für Rathenaus Handlungen verantwortlich gemacht wurde. Blumenfeld argumentierte gegenüber seinem Gegner, dass die Juden kein Recht hätten, die Politik eines anderen Volkes als ihres eigenen zu verfolgen. Rathenau antwortete: "Ich bin ein Deutscher jüdischer Herkunft... Mein Volk ist das deutsche Volk, meine Heimat ist Deutschland. Meine Religion ist, dass der deutsche Glaube über allen Religionen steht... Ich bin die richtige Person am richtigen Ort. (...) Ich versuche, die Grenzen zu zerstören, die von Antisemiten geschaffen wurden, um Juden zu isolieren." Walther Rathenau sagte: "Die Juden sind keine Nation mehr und werden auch nie eine Nation sein. Deutsche Juden sind jetzt ein germanischer Stamm, ebenso wie Sachsen und Bayern." Als Antwort auf den zionistischen Blumenfeld und seine Anhänger äußerte Rathenau die Meinung der jüdischen Mehrheit in Deutschland, die zur Zerstörung verurteilt war: "Lasst andere gehen, um zu gründen. Ein Staat in Asien, nichts zieht uns nach Palästina."

Rathenau mischte ein vergleichsweise tolerantes viktorianisches England mit einem Deutschland, das bis zum Rand von Demütigung und brennendem Nationalismus erfüllt war. Indem er versuchte, "die von Antisemiten geschaffenen Grenzen zu zerstören, um Juden zu isolieren", provozierte er Antisemiten, trug zum grenzenlosen Antisemitismus bei und schürte das Feuer des Krieges gegen Juden. Rathenau erweckte den Vulkan des teutonischen Nationalismus, dessen heiße Lava elf Jahre nach seiner schändlichen Ermordung auf Juden herabregnete. Die Weimarer Demokratie war eine falsche Fassade, hinter der das Monster des deutschen Nationalismus lebte. Der Aufstieg der Nazis zur Macht war nicht die Geburt des Teufels, sondern eine Anerkennung der Legitimität seiner Existenz.

Durch seine Beteiligung an der deutschen Regierung zeigte Walter Rathenau, dass die Juden Deutschland regierten. Es gab keinen besseren Anreiz, antijüdische Leidenschaften zu entfachen, als dieser Umstand. Für die deutsche Gesellschaft war Rathenau kein Führer und Patriot, kein Schöpfer und Retter, was er wirklich war, sondern ein Außenseiter und ein Zerstörer, der das Land in den Abgrund zieht.

Walter Rathenau war nicht das erste Opfer von Gewalt in der Weimarer Republik, aber es war das erste Mal in der deutschen Geschichte, dass ein Jude getötet wurde, weil er eine hohe politische Position innehatte. Er war das erste jüdische Opfer des deutschen Nationalismus. Eine breite öffentliche Zustimmung zum Mord legalisierte das Verbrechen. Die positive Reaktion auf Rathenaus Ermordung deutete nicht nur die Zerstörung der Weimarer Republik an, sondern bedrohte auch die Existenz deutscher und europäischer Juden. Als Opfer von Antisemiten zündete er jedoch tatsächlich den Docht einer Pulverschnur an, die bereits Millionen zukünftiger jüdischer Opfer erreichte. Stefan Zweigs Aussage über die Abwesenheit von Illusionen im Weltbild von Walter Rathenau gleicht einem zweischneidigen Kompliment, das Albert Einstein in einem Gespräch mit einem Freund gemacht hat, nämlich mit Sigmund Freud: "Freud hatte eine klare Vision; Keine Illusion könnte ihn in den Schlaf wiegen, außer einem übertriebenen Glauben an seine eigenen Ideen." Rathenaus arrogantes, unerschütterliches Vertrauen in die Rechtschaffenheit seiner Politik und in die Größe seiner deutschen Mission führte zu anderen Opfern. Seine Ermordung war ein Auftakt zum Holocaust am europäischen Judentum.

KZ-Bordelle: Zwangsprostitution im 3. Reich

In dokumentiert zehn Konzentrationslagern betrieb die SS Bordelle, um zur Bespaßung und Erhöhung der Arbeitsmoral der Helfershelfer der Nazis beizutragen. Die Dokumente weisen über 200 Frauen aus, die in den Lager-Bordellen zur Prostitution gezwungen wurden. Die jüngsten unter ihnen waren minderjährig. Zusätzlich zu den Schrecken des Lagers, waren die körperlich und seelisch missbrauchten Frauen und Mädchen -sollten sie den Holocaust überlebt haben - ihr Leben lang traumatisiert und vielfach moralisch stigmatisiert. (JR)

Von Miriam Sofin

JENS SCHLUETER / AFP

In der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald dokumentierte 2010 eine Ausstellung die Zwangsprostitution in den Lagern der Nazis.

Die meisten wissen, dass Prostituierte während der NS-Zeit zu den sogenannten „Asozialen“ zählten und damit als „Feinde eines gesunden Volkskörpers“ galten. Gesellschaftlich wurden sie geächtet. Hingegen der allgemeinen Auffassung war Prostitution im Dritten Reich jedoch nicht verboten. Sie verschwand lediglich aus dem öffentlichen Raum und wurde strengstens staatlich reglementiert. Gegen Ende der Nazi-Herrschaft wurde Prostitution vom nationalsozialistischen Regime nicht nur geduldet, sondern forciert und instrumentalisiert, um die wirtschaftliche Produktivität zu steigern.

Die Nationalsozialisten vertraten bekanntlich eine kompromisslose Vorstellung einer idealen deutschen Volksgemeinschaft: keine Juden, keine Sinti und Roma, keine Homosexuellen, keine Behinderten, keine psychisch Kranken, keine Oppositionellen und keine „Asozialen“. Die Liste der verfolgten Personengruppen war lang... Im Verständnis der Nazis waren nur erbgesunde, heterosexuelle, "arische" Männer und Frauen vollwertige Menschen. Innerhalb dieser Volksgemeinschaft wurden Mann und Frau klar definierte Geschlechterrollen zugewiesen: Der deutsche Mann herrschte über die Familie und alle Belange des öffentlichen Lebens. Das Ideal der deutschen Frau war die Ehefrau und Mutter möglichst vieler Kinder. Abweichendes Verhalten stand unter Strafe, im schlimmsten Fall drohte das Konzentrationslager. Was als abweichendes, sogenanntes „asoziales“ Verhalten verstanden wurde, entschieden die Nazis. Prostitution etwa wurde als ein solches interpretiert. Hitler selbst sah in der Prostitution eine „Schmach der Menschheit“, die unbedingt überwunden werden musste. Heinrich Himmler war da anderer Meinung.

Die Interpretation der Sexualität

Himmler betrachtete die männliche Heterosexualität als etwas Natürliches, Produktives und für den NS-Staat Nützliches. Weibliche Sexualität hingegen sollte passiv und der männlichen untergeordnet sein. Frauen, die weibliche Lust offen zeigten, machten sich des „asozialen“ Verhaltens schuldig. Auch umgekehrt wurde "asoziales" Verhalten von Frauen grundsätzlich auf ihre Sexualität zurückgeführt. Die Prostituierte galt deshalb als Verkörperung von weiblicher „Asozialität“. Es gab also ein Gefälle zwischen der Prostitution, welche Himmler als natürlich, produktiv und nützlich für die männliche Heterosexualität ansah und der Prostituierten, die seiner Meinung nach minderwertig war und eine Gefahr für die deutsche Volksgemeinschaft darstellte. Deshalb war das Ziel der nationalsozialistischen Prostitutionspolitik nicht die Abschaffung der Prostitution, sondern die totale Kontrolle über die Prostituierten. Diese wurden registriert und mussten sich regelmäßigen Gesundheitskontrollen unterziehen. Das Versäumen dieser Pflichtuntersuchungen wurde hart bestraft. Prostituierte wurden von der Polizei verfolgt, wenn sie die strengen Auflagen der Behörden verletzten und konnten leicht ins KZ überstellt werden. In den Konzentrationslagern erkannte man sie an ihrer Häftlingskleidung, auf der ein schwarzes Dreieck prangte. Auch deutsche nicht-jüdische Frauen, die mit jüdischen Männern eine Ehe oder Beziehung geführt hatten, wurden als "Asoziale" ins KZ gesperrt und mit dem schwarzen Dreieck versehen. Nicht selten wurden sie dort zwangssterilisiert und von der SS zur Prostitution gezwungen. Jüdische Frauen jedoch kamen für die Prostitution aus Sicht der Nazis nicht in Frage, da Geschlechtsverkehr mit ihnen als "Rassenschande" abgelehnt wurde und nur deutsche nicht-jüdische Männer Prostituierte aufsuchen durften.

> Insgesamt 214 Frauen waren in den zehn Lager-Bordellen tätig, die jüngste von ihnen erst 17 Jahre alt.

Lager-Bordelle für KZ-Häftlinge

Bordelle für KZ-Insassen widersprechen dem heutigen Bild, dass die meisten Leute von Konzentrationslagern unter der Nazi-Herrschaft haben. Sie passen so gar nicht zu den schrecklichen Aufnahmen von ausgemergelten Körpern und Menschen, die ums Überleben kämpfen, welche sich tief in unser kollektives historisches Gedächtnis eingebrannt haben. Und doch gab es in zehn Konzentrationslagern der Nazis Bordelle für Häftlinge. Jüdische Gefangene dürften diese allerdings nicht besuchen.

Die Lager-Bordelle waren im System der Nazis ursprünglich nicht vorgesehen, aber mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in immer mehr Länder gewannen die Konzentrationslager für die deutsche Kriegswirtschaft stetig an Bedeutung. Gefangene schufteten dort in Tongruben und Steinbrüchen, fertigten Gewehre, nähten Zeltplanen und produzierten Torpedozünder. Durch die miserablen Haft- und Arbeitsbedingungen lag die Arbeitsleistung der KZ-Insassen jedoch rund drei Viertel unter der von gesunden Arbeitern. Die Industrieunternehmen beschwerten sich darüber bei Heinrich Himmler, der unter anderem für die Konzentrationslager zuständig war. So eröffnete er im Jahr 1942 das erste Lager-Bordell im KZ Mauthausen nahe dem österreichischen Linz, um seine Zwangsarbeiter zu Höchstleistungen anzuspornen. Es folgten weitere Bordelle in Auschwitz (inklusive dreier Außenlager), Flossenbürg, Buchenwald, Neuengamme, Sachsenhausen, Dachau und Mittelbau Dora, welche ausschließlich den Häftlingen zur Verfügung standen. Darüber hinaus gab es Wehrmachts- und SS-Offiziers-Bordelle in Frankreich, Polen und den besetzen Gebieten der Sowjetunion, in denen Wehrmachtssoldaten und männliche SS-Angehörige sich sexuell befriedigen lassen konnten.

Zwangsrekrutierung der Frauen

Die Frauen, die in den Lager-Bordellen ihre Körper zum sexuellen Missbrauch zur Verfügung stellen mussten, kamen hauptsächlich aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, in dem unvorstellbar grausame Zustände herrschten. Rund ein Fünftel der 120.000 dort gefangenen Frauen verstarb an Unterernährung und den schlimmen hygienischen Verhältnissen. Anfangs meldeten sich einige Frauen deshalb sogar freiwillig für das "Sonderkommando" Lager-Bordell, weil sie glaubten, auf diese Weise ihrer Hölle entkommen zu können. Die SS-Bewacher versprachen ihnen zudem, dass sie nach einem halben Jahr freigelassen würden. Natürlich war das eine glatte Lüge, was sich schnell unter den Frauen herumsprach, als die ersten Prostituierten aus den Bordellen in die Lager zurückkehrten. Später wurden die Frauen dann für die Bordelle zwangsrekrutiert. Zwar überlebten die meisten Zwangsprostituierten das Vernichtungssystem der Nazis, Freiheit brachte ihnen aber erst das Kriegsende 1945.

Insgesamt 214 Frauen waren in den zehn Lager-Bordellen tätig, die jüngste von ihnen erst 17 Jahre alt. Nachdem man die Schönsten unter den weiblichen Häftlingen für den Dienst als Prostituierte ausgewählt hatte, wurden sie zunächst einmal körperlich aufgepäppelt: Seit Langem bekamen sie wieder ausreichend gesunde Nahrung, Zivilkleidung sowie Produkte zur Körperpflege. Außerdem durften sie sich ihre zuvor abgeschorenen Haare wieder lang wachsen lassen und wurden mit Höhensonne bestrahlt, damit ihre Gesichter eine gesunde Farbe bekamen. Man kann sagen, ihnen wurde ein Stück menschliche Würde und Lebensqualität zurückgegeben, obgleich nur zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Die Bordell-Baracken lagen zumeist etwas versteckt am Rande der KZ-Gelände und manche waren von einem hohen Bretterzaun umgeben. Trotzdem wussten alle Insassen innerhalb kürzester Zeit, dass es sie gab und das war Absicht.

Bis am Abend die männlichen Häftlinge die Prostituierten im KZ besuchen durften, verbrachten die Frauen eigener

Aussage nach ihre Zeit mit Haus- und Näharbeiten oder Lesen. Selten kamen sie an die frische Luft, denn auf dem Gelände durften sie sich nur bedingt und unter strenger Bewachung bewegen. Frau W., die im Juli 1943 ins KZ-Bordell Buchenwald kam, berichtete in einem Interview 1990 von "diesen verfluchten zwei Stunden am Abend". Jeder Bordellbesuch im KZ durfte nur 15 Minuten dauern, danach klopften die SS-Aufseher an die Tür. Der Geschlechtsakt war nur im Liegen erlaubt. Durch eingebohrte Löcher in den Wänden konnten Wachmänner das Geschehen beobachten. Für Frau W. war das Ganze so entwürdigend, dass sie sich eines Tages die Pulsadern aufschnitt, um ihrem Elend zu entfliehen. Doch sie überlebte ihren Suizidversuch und kam als Strafe für zwei Wochen in den Bunker. Danach musste sie zurück ins Bordell und wehrte sich nicht mehr. Sie habe überlebt, sagte sie Jahre später, "aber wie?"

Frau B. erinnerte sich in einem Interview 1991 an ihre Zeit im Lager-Bordell im KZ Mittelbau-Dora: "Wir haben uns unserem Schicksal gefügt. Wir haben immer gesagt: Immer noch besser als in Ravensbrück oder Bergen-Belsen. Was sollen wir machen? Sollen wir uns dagegen wehren? Wir haben schon so viel gemacht. Also innerlich, da war es natürlich ein Schock. Wir waren aber schon so abgestumpft…"

Das Reich als Zuhälter

KZ-Insassen, die Frauen für Sex bezahlten, das klingt erst einmal wie ein schlechter Scherz. Ist es aber nicht, denn in den Konzentrationslagern im Dritten Reich herrschte ein ausgeklügeltes Pyramidensystem, an dessen oberster Stelle Funktionshäftlinge, die sogenannten Kapos standen. Ein Kapo war ein Mitarbeiter der Lagerleitung und musste andere Häftlinge beaufsichtigen. Bordellbesuche sollten die Kapos motivieren, noch mehr mit der SS-Lagerleitung zu kooperieren. Sie waren in der Regel politische Gefangene oder Kriminelle. Juden waren nicht darunter, weil sie allgemein als "Untermenschen" galten und ganz unten in der Rangordnung der Gefangenen standen. Auch Zwangsarbeiter, die besonders leistungsfähig waren, konnten sich einen Bordellbesuch verdienen. Im Belohnungssystem der Nazis gab es unterschiedlichste Vergünstigungen, so zum Beispiel zusätzliche Verpflegung, oder Geldleistungen. Die höchste Prämie war ein Bordellbesuch. Den mussten sich die Männer zuvor offiziell genehmigen lassen, was Zeitzeugen als entwürdigende Angelegenheit beschrieben. In der Schreibstube musste der KZ-Häftling zuerst einen Rapportgesuch stellen, indem er einen Prämienschein einreichte. Dafür erhielt er dann einen Bordellzettel, mit dem er wiederum zum Häftlingsarzt gehen musste, der ihn daraufhin auf Geschlechtskrankheiten untersuchte. Erst danach war ein Bordellbesuch möglich. Dieser kostete den Häftling zwei Reichsmark, welche die SS einbehielt. Der nationalsozialistische Staat wurde somit offiziell zum Zuhälter.

Oftmals sei es gar nicht zum Geschlechtsverkehr gekommen, denn viele Häftlinge seien dazu körperlich gar nicht mehr in der Lage gewesen, erzählten einige Zeitzeuginnen später. Viele Männer hätten einfach nur einmal wieder menschliche Wärme und Nähe spüren wollen. Schließlich hatten sie nicht selten seit vielen Jahren keine Frau mehr zu Gesicht bekommen, denn in Konzentrationslagern wurden Männer und Frauen streng separiert.

Im KZ-Dachau gab es von April bis Dezember 1944 ein Häftlings-Bordell, in dem 19 Prostituierte arbeiteten. Dort kam es Berichten nach immer wieder zu Tumulten, da viele Insassen Prostitution aus moralischen und religiösen Gründen ablehnten, darunter auch viele Juden. Sie machten den Bordellbesuch für andere Häftlinge zum Spießrutenlauf, sodass das Bordell wieder geschlossen werden musste.

Späte Entschädigung

Nach Kriegsende erfuhr das Leid der Zwangsprostituierten unter der NS-Herrschaft kaum öffentliche Anerkennung, obwohl es in den ersten Jahren durchaus einige Berichte von Zeitzeuginnen aus den Bordellen gab. Die meisten Frauen aber schwiegen aus Scham. Nicht nur, dass ihr Opferstatus nicht anerkannt wurde, sie wurden von anderen Opfergruppen auch noch offen angefeindet. Der Vorwurf vieler ihrer ehemaligen Mitgefangenen war: "Ihr habt euren Körper an die Nazis verkauft, um ein leichteres Leben im KZ zu haben." Das seelische Leid der Frauen wurde lange als gering erachtet. Verschwiegen wurde auch, dass die meisten KZ-Prostituierten sich keinesfalls freiwillig zu ihrer "Sondertätigkeit" gemeldet hatten, sondern dazu gezwungen wurden. Frauen, die sich weigerten, im KZ-Bordell anzuschaffen, drohten drakonische Strafen. Zwangsprostituierte, die von Freiern trotz vorheriger Untersuchung mit Geschlechtskrankheiten angesteckt oder schwanger wurden, verlegte die SS in das KZ Ravensbrück. Dort starben viele von ihnen an Entkräftung, Hunger und Krankheiten.

Jahrzehntelang warteten die betroffenen Frauen auf die Anerkennung und Entschädigung des deutschen Staates. Erst 2020 erfolgte diese endlich im deutschen Bundestag. Für eine finanzielle Entschädigung war es zu diesem Zeitpunkt für die allermeisten jedoch viel zu spät… Der einzige jüdische Staat, Israel, hat unterdessen im Jahr 2018 als weltweit achtes und - Stand heute - letztes Land das "Nordische Modell" eingeführt und somit Sexkauf offiziell als das anerkannt, was es ist: Gewalt gegen Frauen. Prostitution ist dort zwar nach wie vor legal, Freier werden aber strafrechtlich verfolgt und Prostituierten staatliche Ausstiegshilfen zur Verfügung gestellt. Die sexuelle Ausbeutung von Frauen in Israel ist seitdem stark zurückgegangen. Mögen noch viele Länder diesem großartigen Vorbild Folge leisten!

Operation Entebbe

Am 27. Juni 1976 war ein Airbus der Air France in Tel Aviv mit dem Ziel Paris gestartet. Bei dem Zwischenstopp in Athen bestiegen linksextreme deutsche und arabische PFLP-EO-Terroristen das Flugzeug und entführten es nach Uganda. Auf dem Entebbe International Airport wurden die jüdischen von den nicht-jüdischen Passagieren, wie einstmals in Nazi-Deutschland, diesmal durch linke, deutsche, der RAF-nahestehende Terroristen selektiert. Die jüdischen Passagiere wurden mit Einverständnis des damaligen ugandischen Machthabers Idi Amin als Geiseln behalten. Am 4. Juli und damit am 200. Jahrestag der Unabhängigkeit der USA konnte die israelische Eliteeinheit Sayeret Matkal 102 Menschen und damit nahezu alle Geiseln lebend befreien. Unter den Opfern der außergewöhnlichen und heldenhaften israelischen Befreiungsaktion war auch der Kommandant der Einsatzgruppe Yoni Netanyahu, Bruder des späteren langjährigen Ministerpräsidenten Israels Benjamin Netanyahu. (JR)

Von Charles Gardner/Israel Heute

„Schätzt euch nicht zu hoch ein. Heute seid ihr hier, morgen seid ihr weg."

Diese Gedanken gingen mir durch den Kopf, als ich mit meiner Familie meinen Geburtstag feierte. Ich wurde sehr verwöhnt und stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit mit einem Haufen wertvoller Geschenke und Grußkarten. Und doch bin ich mehr denn je davon überzeugt, dass diese Segnungen vom Herrn kommen, der mich schon früh in meinen fast 50 Jahren als Jünger Jesu gelehrt hat, dass, wenn ich „zuerst sein Reich und seine Gerechtigkeit suche", alle meine Grundbedürfnisse erfüllt werden (Mt 6,33).

Ein nationaler Anführer, der zu viel von sich selbst hielt und definitiv nicht Gottes Wege suchte, war der frühere ugandische Diktator Idi Amin, der viele große Titel für sich beanspruchte, darunter den des ungekrönten Königs von Schottland. Aber er bekam seine gerechte Strafe.

Am 4. Juli jährte sich zum 46. Mal die Operation Entebbe, bei der über 100 Geiseln in einem kühnen Überfall auf Ugandas Hauptflughafen gerettet wurden, nachdem eine Air-France-Maschine mit 248 Passagieren an Bord von Tel Aviv nach Paris entführt worden war.

Die arabischen und deutschen Terroristen, die für die Entführung verantwortlich waren, waren entschlossen, die mehr als 100 jüdischen und israelischen Passagiere zu töten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, wobei Amin ihren bösen Plan unterstützte.

Große Erleichterung nach der Befreiung der Geiseln

Aber sie hatten nicht mit göttlicher Intervention gerechnet. Einer israelischen Elitetruppe unter dem Kommando von Yoni Netanjahu, dem älteren Bruder des langjährigen Premierministers Benjamin, gelang es, in das Flughafenterminal einzudringen, das zufällig von einer israelischen Baufirma gebaut worden war.

Der jüdisch-amerikanische Geschäftsmann Jonathan Feldstein erinnerte sich: „Es wäre für Israel unmöglich gewesen, einen Konvoi von Flugzeugen und Ausrüstung so weit zu transportieren, allein, unentdeckt, ohne Gottes Schutz und die Beteiligung zahlreicher Menschen."

Der Kampf verlief schnell: 102 Geiseln wurden gerettet, wobei drei von ihnen getötet wurden, zusammen mit allen Entführern und 45 ugandischen Soldaten, während die meisten der sowjetisch gebauten MiGs des Landes zerstört wurden. Tragischerweise wurde jedoch auch Oberstleutnant Netanjahu getötet und fünf seiner Kommandosoldaten verwundet.

Flugzeuge der israelischen Verteidigungsstreitkräfte erhielten die Erlaubnis, den kenianischen Luftraum zu durchqueren und dort auf dem Rückweg aufzutanken. „Als Christ verstand Kenias Präsident Jomo Kenyatta das Gebot Gottes, Israel zu segnen", schrieb Feldstein.

Viele Nationen und Organisationen, die Israel im Laufe der Jahre angegriffen haben, haben sich auf ähnliche Weise eine blutige Nase geholt. Aber Amin ist schon lange im Staub der schlechten Erinnerungen verschwunden, und Uganda ist trotz der aktuellen Probleme mit Covid ein glücklicherer Ort. Während ich schreibe, stärkt mich ein köstlicher ugandischer Kaffee, und ich bin auch gesegnet durch christliche Freunde aus dem Land.

Vor einem Jahr landete zum ersten Mal ein Flugzeug der marokkanischen Luftwaffe in Israel – ein Zeichen dafür, wie Gott die Dinge für die jüdische Nation umgedreht hat, indem ehemalige Feinde zu ihren Freunden wurden.

Charles Gardner ist Autor folgender Bücher: „Israel the Chosen", erhältlich bei Amazon; „Peace in Jerusalem", erhältlich bei olivepresspublisher.com und „A Nation Reborn", erhältlich bei Christian Publications International.

Vor 100 Jahren wurde das Völkerbundmandat für Palästina an Großbritannien übertragen

Die Briten erhielten im Juli 1922 das Völkerbundmandat über Palästina. Allerdings lag die Gründung eines jüdischen Staates keinesfalls in ihrem Interesse. Um einen Zuzug und Anstieg der jüdischen Bevölkerung in ihrem dortigen Einflussgebiet zu unterbinden, verhinderten sie schikanös und vorsätzlich die Rettung hunderttausender Juden aus Nazi-Deutschland. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Vom 16. bis Anfang des 20. Jahrhunderts war das historische Palästina ein Teil des Osmanischen Reichs. Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Die Britische Armee eroberte das Territorium von Palästina, und das Vereinigte Königreich erhielt am 24. Juli 1922 kraft Beschlusses des Rates des Völkerbundes das Mandat über eine vorläufige Verwaltung Palästinas.

«Zwischen zwei Stühlen»

Das temporäre Mandatssystems, das auch andere Gebiete des Nahen Osten einschloss, bezog sich auf die Zeit, «bis diese in der Lage sein werden, sich selbstständig zu verwalten». Das erklärte Ziel des Mandats war die Umsetzung der Balfour-Deklaration vom November 1917, in der der britische Außenminister Arthur Balfour verkündete: «Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird sein Bestes tun, die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern…». Der Völkerbund sprach über «die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina», über die Notwendigkeit, die entsprechenden wirtschaftlich-politischen Bedingungen für die «sichere Bildung einer jüdischen nationalen Heimstätte» im Land zu erschaffen, über die Entwicklung von Infrastruktur der Selbstverwaltung, die Unterstützung der jüdischen Einwanderung bei der Einhaltung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas «unabhängig von Rasse und Religion».

Das war die Erkenntlichkeit für die Hilfe, die Juden während des Ersten Weltkrieges an die Länder der Entente – Allianz zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland – leisteten, wie auch das Bestreben, diese Hilfe für die Zukunft zu sichern.

Während des Ersten Weltkrieges versprachen die Briten dem Scharif von Mekka, Herrscher von Hidjaz, Hussein ibn Ali, für die militärische Hilfe im Kampf gegen das Osmanische Reich die Unterstützung bei der Erschaffung eines arabischen Staates, der die Arabische Halbinsel und eine Reihe anderer Territorien im Nahen Osten umfassen sollte (Hidjaz/Hedschas ist eine Landschaft im Westen der Saudi-Arabien, wo sich die beiden Heiligen Stätten des Islams – Mekka und Medina - befinden, - Anm. d. Übers.). Die Araber halfen – und beanspruchten später eine Einhaltung des Versprechens und auch das Gebiet Palästinas für sich; in der Balfour-Deklaration sahen sie einen Wortbruch.

Diesen Knoten der Widersprüche ergänzte noch im gleichen Jahr 1922 das Transjordanien-Memorandum, das die Gebiete östlich vom Jordan aus den für jüdische Siedlungen nutzbaren Territorien ausschloss. Somit signalisierte Großbritannien, dass es die Vereinbarungen mit Hussein ibn Ali nicht vergessen hat und dass es den jüdischen Anteil Palästinas so verkleinert, dass auf diesem Gebiet die Entstehung eines arabischen Staates möglich wäre.

Trotz des Widerstands der Araber und der Briten betonte das Mandatsgebiet Palästina mit seiner Flagge, dass es die nationale Heimat des jüdischen Volkes ist

Die gesamte Zeit der britischen Verwaltung des Mandatsgebiets Palästina war durch Manöver der Brieten zwischen jüdischen und arabischen Führern gekennzeichnet; es waren Versuche, „zwischen zwei Stühlen" zu sitzen in der Bestrebung, die Kontrolle über Palästina halten zu können.

Die jüdische Masseneinwanderung nach Palästina war in vollem Gange, größtenteils aus europäischen Ländern, wo sich zunächst der Antisemitismus und später der Nazismus ausbreitete. Die ankommenden Juden brachten in die patriarchale Gesellschaft Finanzen, europäische Technologien, ihre Bildung, Intellekt und Arbeitsbegeisterung. Sie waren erfolgreich: Die kapitalistische Wirtschaft entwickelte sich prächtig, in den Städten entstanden zahlreiche Unternehmen, die für die Landwirtschaft ungeeignete Böden wurden in geeignete umgewandelt.

Die jüdische Immigration, Landverkauf an Juden und die harte Konkurrenz führten zu wirtschaftlichen Problemen bei Teilen der arabischen Bevölkerung, in erster Linie bei Bauern – Fellachen -, die ihr gewohntes halbfeudales Leben nicht aufgeben wollten. Es hätte wesentlich mehr jüdische Immigranten geben können, wenn sich die jüdisch-arabischen Beziehungen nicht verschärften: Es häuften sich die arabischen Proteste bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Briten wollten keinen Streit mit den Arabern und reduzierten die jüdische Immigration stark, während die arabische nicht geändert wurde.

Die Zionismus-Unterstützer und die Antisemiten

Selbstverständlich verfolgten die britischen Politiker im Nahen Osten die Interessen des eigenen Landes. Einige sympathisierten jedoch mit dem Zionismus – auch ohne jüdisch zu sein, wie Arthur Balfour oder die angesehenen Staatsmänner Edward Grey und Herbert Samuel. In wissenschaftlichen Kreisen heißt es, der Philozionismus habe bei der britischen Elite viele Anhänger gehabt und selbst diejenigen, die Zionismus als solchen nicht unterstützten, äußerten sich für die breite jüdische Präsenz in Palästina, da diese für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sehr vorteilhaft sein solle.

De Facto begann das britische Völkerbundmandat für Palästina bereits 1920 zu wirken; zum ersten Hochkommissaren (Juli 1920 – 25. August 1925) wurde Herbert Samuel ernannt: Der erste jüdische Minister in der Geschichte Großbritanniens, ein angesehener liberaler Politiker und Diplomat, Befürworter des Zionismus und der Idee eines Jüdischen Staates. In der Zeit seiner Verwaltung verdoppelte sich die Zahl der jüdischen Bevölkerung Palästinas; dem Hebräischen wurde der Status eines der drei Amtssprachen zugeteilt, jüdische Organisationen wurden offiziell anerkannt, es entstanden lokale Verwaltungsinstitutionen, das Oberrabbinat wurde gegründet, Juden hielten wichtige amtliche Posten inne. Gleichzeitig, bemüht um die Neutralität, schränkte Samuel die jüdische Immigration ein und ernannte den radikalen Amin al-Husseini zum Mufti von Jerusalem.

Ebenfalls waren die Jahre unter dem Hochkommissar Arthur Wauchope (1932 – 1937) eine Blütezeit für die zionistische Geschichte Palästinas: Die Immigration verdreifachte sich, Juden konnten ihren Landesbesitz vergrößern, der Handel und jüdisches Unternehmertum erlebten einen Aufschwung.

Es gab allerdings genug Politiker, die pro-arabische Position einnahmen. Gegner einer jüdischen „nationalen Heimstätte" waren nicht wenige Vertreter des britischen Militärs in Palästina: Sie vermuteten einen starken arabischen Widerstand. Es fanden sich auch banale Antisemiten; der Historiker und Psychologe William Perl (1906 - 1998) schreibt in seinem Buch „The Holocaust Conspiracy", dass die schärfsten antisemitischen Ansichten der damals zweite Mann in der Regierung Großbritanniens, Anthony Eden, hatte. Er war 12 Jahre lang der einflussreichste Mann des britischen Unterhauses, hatte zweimal das Amt des Außenministers inne, war auch Verteidigungsminister. „Bei einem Konflikt zwischen Arabern und Juden stand er stets auf der Seite der Araber", so W. Perl.

Die Araber

Der arabische Nationalismus verstärkte sich. Zwar gab es keine Einigkeit bei der arabischen nationalen Bewegung – verschiedene Clans, Parteien und Führer führten einen erbitterten Kampf -, eine antijüdische Einstellung jedoch vereinte sie; ihre Bestrebungen waren, die Balfour-Deklaration außer Kraft zu setzen, die jüdische Immigration sowie den Verkauf der unbewirtschafteten Ländereien an Juden zu stoppen und einen unabhängigen arabischen Staat in Palästina zu gründen.

Es kam zu arabischen Ausschreitungen. Im Jahr 1929 folgten dem arabischen Aufstand Pogrome. Der Führer der arabischen Nationalisten war der Jerusalemer Mufti Amin al-Husseini. Ab Mitte der 1930er Jahre setzte er nicht nur auf offene antijüdische und antibritische Propaganda, sondern zunehmend auf einen bewaffneten Kampf.

1936 – 1939 erschütterte ein noch größerer Aufstand das Land. Die britische Armee musste eine groß angelegte Militäroperation durchführen, um ihn zu unterdrücken; die jüdischen paramilitärischen Organisationen Irgun und Hagana waren daran beteiligt. Der Aufstand wurde niedergeschlagen; al-Husseini verlor seinen Posten; etwa 200 angesehene arabische Persönlichkeiten wurden ausgewiesen, viele Rebellengruppen zerschlagen oder aus Palästina vertrieben.

Besänftigung der arabischen Welt

1937 schlug Lord Peels Königliche Kommission die Teilung Palästinas vor, in einen arabischen und einen jüdischen Teil, wobei Großbritannien die Kontrolle über einen Teil des Territoriums behalten sollte. Seitens der Araber wurde dieser Vorschlag größtenteils abgelehnt. Schließlich

wurde der Teilungsplan von der britischen Regierung fallen gelassen. 1939 folgte das MacDonald–Weißbuch, konzipiert allein von den Briten mit dem Hinweis, dass Palästina nicht ausschließlich den Juden oder den Arabern gehören kann. Das Ziel wurde gesetzt: Binnen 10 Jahren sollte ein gemeinsamer arabisch-jüdischer Staat entstehen; für die jüdische Einwanderung beschloss man eine Quote: 75.000 Menschen innerhalb von fünf Jahren. Sollte danach kein Einverständnis der Araber folgen, müsste die jüdische Immigration eingestellt werden.

Dies war eine offensichtliche Bemühung Londons, die arabische Welt zu besänftigen, denn in Anbetracht der drohenden Gefahr eines Weltkrieges war es wichtig, die Versuche einiger nationalistischer arabischer Führer, mit Deutschland und Italien zu kooperieren, zu verhindern. Mit der jüdischen Unterstützung in einem Kriegsfall konnte Großbritannien aus verständlichen Gründen ohnehin rechnen, so brauchte man sich nicht zu zieren… Für die zionistische Bewegung war das Weißbuch ein Verrat an jüdischen Interessen, die Juden mussten eine Minderheit im Land bleiben ohne jegliche Perspektive eines eigenen Staates. Es begannen Proteste gegen die besagten Pläne, und sie beschränkten sich nicht nur auf Demonstrationen: Die paramilitärische Organisation Irgun führte Sabotageakten in britischen Einrichtungen und Terroranschläge gegen Araber durch. Doch dann begann der Zweite Weltkrieg.

Die Leitung der Jeschuws beschloss, den Briten - trotz Weißbuch - zu helfen. Der Großteil der Juden begriff die Lebensnotwendigkeit, das Nazi-Deutschland zu zerschlagen. Die Informationen über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder erreichten bereits Palästina, und obwohl es dort keine Wehrpflicht gab, meldeten sich ca. 30.000 jüdischer Männer und Frauen aus der eine halbe Million zählenden Gemeinde freiwillig bei der britischen Armee. Es gab insgesamt fast 130.000 Freiwillige, aber längst nicht alle wurden in die Kampfeinheiten aufgenommen.

Der Vorsitzende der Jewish Agency David Ben Gurion stellte die Aufgabe, die jüdischen Einheiten zu bilden - für eine zukünftige Erschaffung der jüdischen Armee und des jüdischen Staates, was allerdings von den Briten nicht begrüßt wurde: Sie befürchteten von solchen nationalen Strukturen eine Gefahr für die Erhaltung ihres Mandats.

Juden dienten in allen Truppengattungen der britischen Streitkräfte. Aufklärer und Saboteure der Palmach (Angriffstruppen der jüdischen paramilitärischen Organisation Hagana) wurden auf das syrische und libanesische Territorium und in die europäischen Länder eingeschleust und unterstützten den jüdischen Untergrundkampf. Palästina wurde zu einer britischen Militärbasis. Juden beteiligten sich an den Schiffsreparaturen, Unternehmen fertigten für die Briten Uniformen, Lebensmittel, Waffen, medizinische Ausrüstung uvm.

Großbritannien verteidigte Palästina gegen die deutsch-italienischen Truppen. Die Gefahr einer Landinvasion der Nazis ins Heilige Land aus Syrien und Libanon wurde im Juni 1941 beseitigt. Im Sommer 1942 marschierte das Afrikakorps der Wehrmacht unter dem Kommando des erfahrenen Generals Erwin Rommel nach Palästina. Laut Studien des deutschen Historikers K. M. Mallmann beinhaltete die afrikanische Kampagne der Nazis auch die Vernichtung der Juden im Nahen Osten; zu diesem Zweck hatte Rommel eine entsprechende Spezialeinheit. Während der Besatzung Tunesiens wurden von der Wehrmacht ca. 2.500 Juden ermordet.

Hochkommissar Sir Herbert Samuel (Mitte), Winston Churchill, Emir Abdallah und andere in Jerusalem, März 1921

Palmach und das britische Militär arbeiteten einen Verteidigungsplan für Palästina aus. Im Falle einer deutschen Invasion sollte der Widerstand hauptsächlich im Norden, in den Bergen, aufgebaut werden. In den Bergen Galiläas baute man Befestigungsanlagen, Geheimverstecke in den Höhlen und Feldflugplätze. Ein Trainingscamp mit britischen Ausbildern nahm seine Arbeit auf.

Im November 1942 wurden die Nazis in Ägypten von den Briten geschlagen; im Mai 1943 zwangen britisch-amerikanische Truppen deutsch-italienische Truppen in Afrika zur Kapitulation. Der Holocaust kam nicht nach Palästina.

Im September 1944 wurde schließlich eine Genehmigung erteilt, eine jüdische Brigade innerhalb der britischen Armee zu bilden, die einzige rein jüdische Militäreinheit, die im Zweiten Weltkrieg in den Truppen den Alliierten unter der jüdischen Flagge kämpfte.

Der innere Feind

Vor dem Krieg und während der Kampfhandlungen mussten Juden stets auch die Anwesenheit eines inneren Feindes beachten. Die breitangelegte judophobe Nazi-Propaganda fiel auf fruchtbaren Boden: Amin al-Husseini traf sich in Berlin mit Hitler, träumte davon, mit der Nazi-Armee nach Palästina zurückzukehren. Die Frage der Massentötung der Juden in Palästina stand im Raum.

Die Rettung der Opfer wurde boykottiert

Der Historiker W. Perl schreibt: «Nicht ein einziges Land boykottierte die Rettung der Naziopfer mit solch einer Beharrlichkeit und Herzenskälte wie Großbritannien.

In keinem anderen Land beteiligten sich so viele einzelne Beamte und Regierungsstellen daran. Wenn wir über die Verteilung des Schuldgrades an diesem schrecklichen Zusammenbruch der moralischen Werte der Zivilisation sprechen, dann kommen die Briten unmittelbar nach den Deutschen, den direkten Urhebern und Henkern des Holocaust... Die Briten haben alle ihre diplomatischen, nachrichtendienstlichen, militärischen und polizeilichen Ressourcen mobilisiert, um die wichtigste Route der Rettung zu schließen...»

Laut ursprünglichen Bedingungen verlor das britische Mandat seine Gültigkeit in dem Moment, wo ein jüdischer Staat gegründet werden würde. Und das war offensichtlich gegen die britischen Interessen.

Jedoch nicht alle in den politischen Kreisen Großbritanniens unterstützten die antijüdischen Ansichten und Pläne. Für die vollumfängliche Immigration der Juden nach Palästina, in Erfüllung der Mandatsbedingungen, sprachen sich Winston Churchill, der ehemalige Kolonialminister Leopold Emery sowie eine Reihe anderer Politiker aus.

25 Mandatsjahre

Der Krieg war zu Ende. Die Politik Großbritanniens, festgehalten im Weißbuch, hat sich nicht geändert. Die zionistische Bewegung führte den Kampf gegen die Mandatsverwaltung, der auch Terroranschläge umfasste. Die Briten wiederum agierten gegen Hagana, Irgun und Lechi. Erneut entflammte der arabisch-jüdische Konflikt.

1947 verkündete die britische Regierung, es sei für sie nicht möglich, eine Lösung zu finden, die sowohl für die jüdische als auch für die arabische Seite akzeptabel wäre. Folglich legte Großbritannien das Palästina-Mandat nieder und es wurde an die Vereinten Nationen übergeben; daraufhin kam es zur berühmten Resolution über die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina, wobei Jerusalem unter der UNO-Verwaltung stehen sollte. Im Mai 1948 erlosch das britische Mandat (am 14. Mai 1948 wurde der Jüdische Staat – Israel – ausgerufen, - Anm. d. Übers.).

Die 25 britischen Jahre in Palästina fielen mit epochalen Ereignissen des 20. Jh. zusammen - mit der Entwicklung der zionistischen Bewegung, dem weltweit wachsenden Antisemitismus, dem Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg – und haben die jüdische Geschichte in Palästina sichtbar und nicht unumstritten beeinflusst. Die Idee einer „nationalen Heimstätte“, die eine jüdische Masseneinwanderung ermöglichte, trug dazu bei, die Basis des zukünftigen Staates Israel zu erschaffen und zu stärken. Es hätte jedoch wesentlich mehr Möglichkeiten geben können, und die Aufbauprozesse der nationalen Staatlichkeit hätten viel schneller verlaufen können. Ein Jüdischer Staat zählte aber nicht zu den Plänen Großbritanniens; vielmehr strebten die Briten die Kontrolle über Palästina oder wenigstens eines Teils davon an. Der Begriff „nationale Heimstätte“ wurde absichtlich nicht konkretisiert, was verschiedene Interpretationen erlaubte. Darüber hinaus stimmten die Briten ihre Pläne auf die Stärke des arabischen Widerstandes ab. Sowohl die jüdische als auch die arabische nationale Bewegung versuchten sie für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Letztendlich ist das nichts anderes, als das Beispiel der Kolonialpolitik mit ihrem traditionellen „Teile und herrsche“.

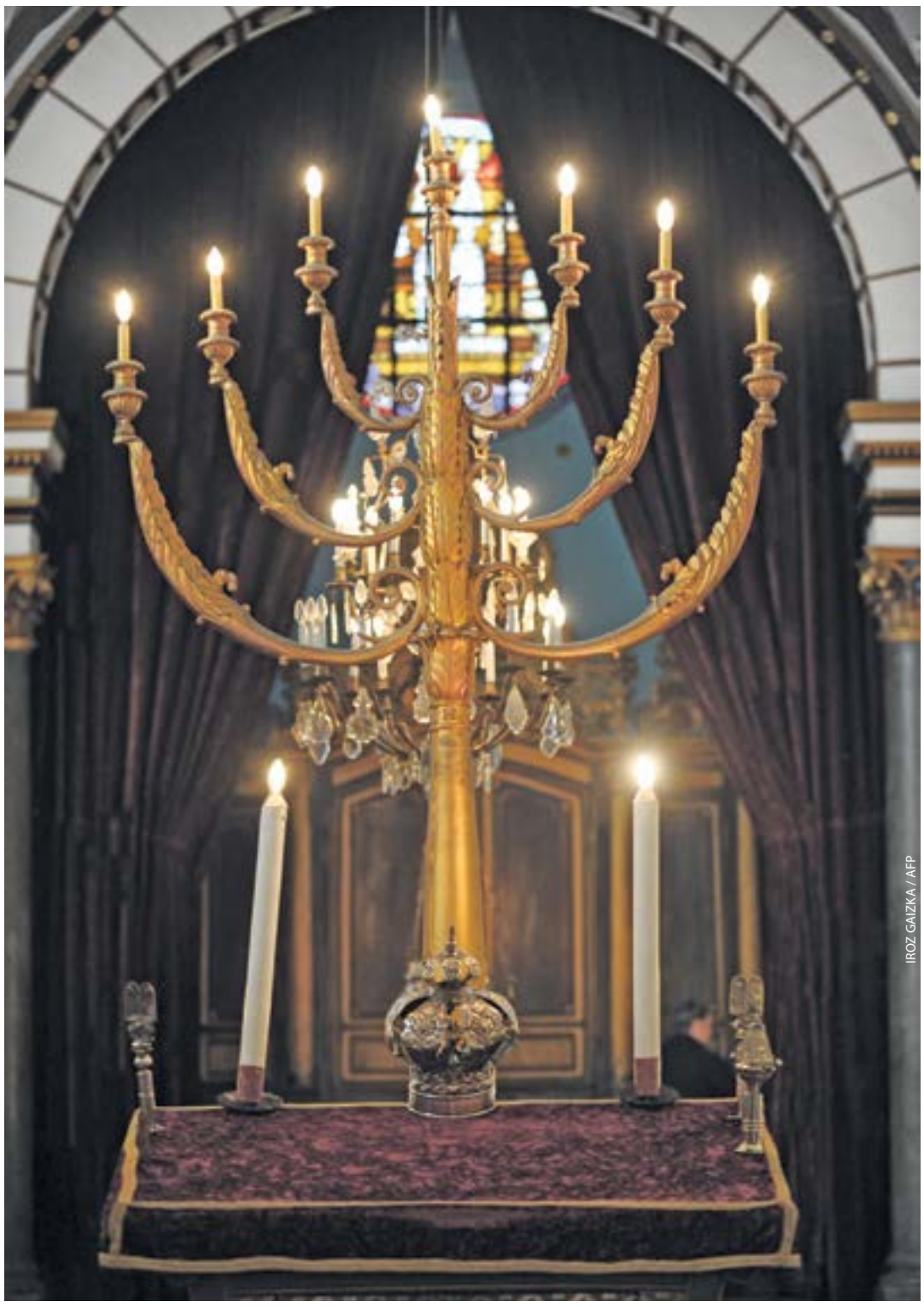
Und dennoch: Nicht zuletzt dank Großbritannien entging Eretz Israel der Gefahr, unter den Stiefel der Nazis zu kommen; das darf nicht vergessen werden. Der Dienst der Juden in der britischen Armee und ihr Heldentum stärkten das Selbstwertgefühl des jüdischen Volkes und generierten wertvolle Erfahrung, die im darauffolgenden Unabhängigkeitskrieg nötig war. Auf der anderen Seite, hätten während des Zweiten Weltkrieges Millionen von Juden nach Palästina wie auch in andere Teile des Empires gerettet werden können. Aber nicht einmal der Holocaust vermochte die „Migrationspolitik“ zu ändern.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Warum das jüdische Volk immer existieren wird

Eine Replik auf das allzu resignative und kleingläubige Menetekel von Michael Wolffsohn zum Untergang des jüdischen Volkes. (JR)

Von Rabbi Elischa Portnoy



IROZ GAIZKA / AFP

Ist das jüdische Volk aktuell in Gefahr, vernichtet zu werden?

Wenn man das jüdische Leben in Deutschland betrachtet, gibt es selten Ansätze für Optimismus. Doch nicht nur innerjüdische Probleme wie Demografie oder Assimilation machen Sorgen, sondern es sind eher Probleme, die von außen kommen. Und vor allem wachsender und immer stärker werdender Antisemitismus. Es sind nicht nur Übergriffe und Pöbeleien auf der Straße, gegen Personen, die jüdisch aussehen, Hebräisch sprechen oder jüdische Symbole tragen. Es ist auch israelbezogener Antisemitismus, der so in die Gesellschaft vordrang, dass er bei manchen Kunstveranstaltungen als ganz normal empfunden wird. So wundern Panzergläser für Fenster für die neu gebauten jüdischen Schulen und Synagogen, sowie regelmäßige Antiterror-Trainings in jüdischen Kitas und Schulen niemanden mehr und werden zum Alltag.

Doch die Probleme gibt es für die Juden nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Tausende fliehen aus der Ukraine vor dem Krieg und aus Russland vom wirtschaftlichen und politischen Kollaps. Jüdische Paraden in Israel am Unabhängigkeitstag werden sogar in der Hauptstadt des Landes massiv von Polizei und Militär beschützt. In fast allen Ländern in Europa müssen Synagogen schwer bewacht werden. Und sogar Juden in den USA fühlen sich wegen der starken Polarisierung der Gesellschaft nicht mehr wohl.

Diese düsteren Betrachtungen haben wohl sogar solch einen standhaften Menschen wie den Historiker Michael Wolffsohn beeindruckt. In seinem Interview in der „Berliner Zeitung“ (vom 1.06.22) meinte der Experte, dass das „Ende des jüdischen Volkes absehbar“ ist. Also, Herr Wolffsohn kann sich durchaus vorstellen, dass alle Juden unter Umständen tatsächlich vollständig vernichtet werden können.

Doch ist das realistisch? Kann es tatsächlich dazu kommen, dass diese Welt ohne Juden bleibt? Um diese Fragen zu beantworten, muss man die jüdische Geschichte vom Anfang an betrachten.

Schwierige Befreiung aus Ägypten

Das jüdische Volk stammt bekanntlich von den Vorvätern Avraham, Jitzhak und Jakow ab. Als im Land Kenaan, wo Jakow mit seinen Kindern lebte, eine Hungersnot ausbrach, musste er mit seinen Kindern nach Ägypten übersiedeln. Die Nachkommen von Jakow wurden dort versklavt, jedoch vermehrten sie sich auf wunderbare Weise und wurden zu einem Volk.

Auch wenn G’tt dem Avraham versprochen hat, seine Nachkommen aus Ägypten zu retten, war es sogar für ihn eine Herausforderung. Juden wurden von den ägyptischen Nachbarn zum Schlechten beeinflusst, wurden zu Götzendienern und fielen in den 49.Level der rituellen Unreinheit. Der Überlieferung zufolge wären Juden nur noch einen weiteren Tag in Ägypten geblieben, wären sie nicht mehr zu retten gewesen. Doch weil unsere Vorfahren in Ägypten ihre jüdischen Kleider, ihre Sprache (Hebräisch) und ihre jüdischen Namen beibehalten hatten, haben sie es doch verdient aus der Sklaverei gerettet zu werden. Also, schon damals drohte das Ende des jüdischen Volkes, noch bevor es überhaupt entstand.

Rettung nach dem Goldenen Kalb

Doch die Euphorie der Befreiung aus der Sklaverei dauerte nicht lange, schon sehr bald kam es zur ersten existenziellen Krise des jüdischen Volkes. Knapp vier Monaten nach dem Auszug aus Ägypten (am 17.Tammuz, den wir im Monat Juli mit dem Fasten gedenken werden) haben Juden mit der Erschaffung des „Goldenen Kalbes“ einen großen Fehler gemacht. Man kann sich jetzt schwer vorstellen, dass die Menschen, die unglaubliche Wunder wie die Zehn Plagen oder die Teilung des Schilfmeers mit eigenen Augen gesehen haben, nur wenige Wochen danach einen Götzen machen konnten. Und natürlich nicht alle, die mitgemacht haben, waren unbelehrbare Götzendiener. Es gab da sogar diejenigen, die dabei sehr gute und sogar edle Absichten hatten. Und es gab dort auch Menschen, die nicht mitgemacht haben (wie Frauen und der ganze Stamm Levi). Doch niemand hat protestiert und G’ttes Zorn brannte auf. G’tt teilte Mosche mit, dass Er das ganze Volk bis auf Mosche vernichten wird und dass ein neues Volk vom Mosche entstammen wird. Nur die aufopferungsvollen Gebete von Mosche haben die Vernichtung des jüdischen Volkes verhindert. Aus dieser Begebenheit sehen wir aber auch, dass sogar bei dem größten Zorn wird G’tt sie nicht vollständig auslöschen. Auch wenn das ganze Volk, das aus Ägypten befreit wurde, vernichtet worden wäre, wäre Mosche als ein Teil des Volkes geblieben. Und das ist kein Zufall.

Versprechen von G’tt

In der Tora gibt es mehrere Hinweise darauf, dass das jüdische Volk nie verschwinden wird. Vor allem ist es der Bund, der G’tt mit unserem Vorvater Avraham geschlossen hat (Bereschit 17:7): „Und ich werde meinen Bund zwischen mir und dir errichten und deinen Nachkommen nach dir für ihre Nachkommen zu einem ewigen Bund, dir zu sein ein Gott und deinen Nachkommen nach dir“.

Ein anderer Hinweis ist, dass die Tora nie vergessen wird (zum Beispiel Dwarim 31:21). Und da es die Juden sind, die die Tora lernen sollen, bedeutet es, dass auch die Juden ewig sein werden und es werden immer Juden sein, die sich mit der Tora beschäftigen. Es sind schon mehr als 3334 Jahre vergangen, seitdem die Tora am Berg Sinai gegeben wurde. Und obwohl große Imperien aufgestanden waren und verschwunden sind, existieren Juden trotz der Verfolgungen und trotz Zerstreuung in der Diaspora immer noch und lernen immer noch die gleiche Tora, die Mosche bekommen hat. In der Tora wurde auch vorhergesagt (an mehreren Stellen), dass die Juden sündigen werden, gegen G’tt rebellieren, Götzen dienen und vieles anderes machen werden, was gegen G’tt ist. Dort wurde auch die Vertreibung der Juden aus Israel vorhergesagt und zahlreiche Unglücke, die dem jüdischen Volk passieren werden. Jedoch ist die Botschaft dort ziemlich klar: auch bei solchen Umständen werden immer Juden überdauern und die Juden werden schließlich nach Israel zurückkehren.

Rettung in der Purim-Geschichte

Doch es gab in der Geschichte ein weiteres Mal, dass die Existenz des jüdischen Volkes auf der Kippe stand. Es passierte vor mehr als 350 Jahren vor unserer Zeitrechnung in Persien und ist jetzt als Purim-Geschichte bekannt. Damals befand sich praktisch das ganze Volk in einem Imperium unter der Macht eines Königs. Und als dem Judenhasser Haman der Aufstieg gelang und er zum Vize-König wurde und er fast unbegrenzte Macht bekam, entschied er, dass er jetzt alle Juden auf einmal vernichtet kann. Das war wohl der erste Versuch der „Endlösung“. Haman bestach König Ahaschwerosch (der auch kein Fan von Juden war) durch eine große Summe Geld und bekam die Erlaubnis, mit den Juden das zu machen, was Haman für „richtig hält“. Haman zögerte nicht lange, fand durch Lose-Werfen einen passenden Tag (13.Adar) und verfasste ein Dekret an alle Gouverneure, dass an diesem Tag alle Juden vernichtet werden sollten. Damit gab er so zu sagen Carte Blanche für Pogrome und Plünderungen an den Juden.

Die jüdischen Weisen haben diese Bedrohung sehr ernst genommen. Auch wenn bis dieses Datum fast ein Jahr verblieb, verstand der damalige Anführer des Volkes Mordechai, dass man sehr schnell handeln muss. Er hat auch verstanden, dass diese Gefahr der totalen Vernichtung nicht einfach so entstand.

Juden haben mehrere Sünden begangen und damit G'ttes Zorn auf sich gezogen. Deshalb war es vor allem ein Himmlisches Dekret gegen die Juden, der den Erfolg von Haman ermöglichte.

Mordechai ergriff daraufhin mehrere Maßnahmen, unter anderem bat er Königin Esther (die auch Jüdin war) um Hilfe. Er verlangte von ihr zum König zu gehen und sich für die Rettung der Juden einzusetzen. Auch Esther verstand, wie groß die Gefahr für das jüdische Volk war und dass man etwas unternehmen soll. Jedoch konnte sie nicht einfach so zum König gehen: alle Hofleute wussten, dass man zum König nur mit einer Einladung reindurfte. Sollte jemand aus eigener Initiative zu ihm kommen, riskierte er die sofortige Hinrichtung, wenn der König schlecht gelaunt sein sollte. So bat sie den Boten, Mordechai das zu übermitteln und zu erklären, warum sie jetzt nicht zum König gehen konnte: sie wurde schon lange nicht mehr zum König gerufen und deshalb wäre es für sie einfach lebensgefährlich. Doch Mordechai nahm dieses Argument nicht an. Er vermutete, dass Esther nur eine Ausrede erfand, um ihr Leben nicht zu riskieren und wies sie scharf zurecht: „Denke nicht in deinem Herzen, dass du im Hause des Königs allein vor allen Juden entkommen werdest". Und dann fügt er noch einen Satz hinzu, der für uns wichtig ist: „Denn wenn du in dieser Zeit irgend schweigst, so wird Befreiung und Errettung für die Juden von einem anderen Orte her erstehen; du aber und deines Vaters Haus, ihr werdet umkommen. Und wer weiß, ob du nicht für eine Zeit, wie diese, zum Königtum gelangt bist?"

Mordechai sagt hier immens wichtige Wörter. Er ist absolut sicher, dass die Juden als Volk nicht vernichten werden, auch wenn die Lage hoffnungslos zu sein scheint. Es können einzelne Juden sterben und sogar sehr viele, doch das Volk wird bestehen bleiben. Egal wie, denn G'tt hat es versprochen! Und wie die Rettung in Wirklichkeit aussehen wird, weiß nur G'tt.

Was gibt es bei einer Bedrohung zu machen?

Und das ist eigentlich eine goldene Regel für die ewige jüdische Existenz. Wenn die Juden als Volk oder als eine Gemeinde (wegen ihrer Sünden) in Gefahr sind, sollen sie zwei Sachen machen: zu G'tt beten und für Seine Rettung bitten und versuchen, selbst etwas zu unternehmen, um sich von den Feinden zu retten. Manchmal ist es Fasten, wie in der Purim-Geschichte, manchmal ist es militärischer Kampf, wie in der Chanukka-Geschichte. Und was gerade die beste Option für die Rettung ist, können weder Politiker noch Generäle, sondern große Rabbiner entscheiden. Viele lokale und nationale Tragödien könnten vermieden werden, wenn die jüdischen Anführer die Ratschläge der Rabbiner gehört hätten. Denn die Tatsache ist, auch wenn das jüdische Volk als Nation unzerstörbar ist, gibt es keine Garantie für die Rettung jedes einzelnen Juden. Man muss nicht lange zurückschauen, um die Bestätigung dafür zu finden. Gerade während des Holocaust starben viele, auch sehr gute und würdige Menschen. Viele Menschen haben es auch überlebt. Manche haben es auf so wunderbare Weise überlebt, dass man nicht daran glauben würde, wenn es nicht zahlreiche Zeugen gäbe. Als besonders herausragende und bekannte Beispiele kann man die wunderbare Rettung von Jeschiwat Mir, Brisker Rov, Rabbi Yitzchok Zev Halevi Soloveitchik (1886-1959) und 6.Ljubawitschen Rebben Rabbi Yosef Yitzchak Schneersohn (1880-1950) nennen.

Deshalb, wenn wir die heutige Situation in der Welt betrachten, können wir uns berechtigte Sorgen um die Juden in Russland, der Ukraine, Deutschland oder Israel machen. Doch worüber wir uns sicher sein können, ist, dass auch wenn es in einem bestimmten Land für Juden eng wird, werden sie irgendwo anders das rettende Ufer finden. Denn es gab es seit der Purim-Geschichte nie, dass alle Juden unter einem Herrscher waren. Und wenn es Verfolgungen an einem Ort gab, gab es immer einen anderen Ort, wo Juden nicht verfolgt waren und sie sich dorthin retten konnten. So zum Beispiel retteten sich die Juden von der Vertreibung aus Spanien in die Türkei, Italien, Ägypten, Marokko und sogar nach Indien. Von den Pogromen und Vertreibungen in Frankreich und Deutschland, retteten sich die Juden nach Polen und Osteuropa. Wenn es in Russland für Juden eng wurde, gingen viele nach Amerika.

Ist die erneute Vernichtung des jüdischen Lebens in Israel möglich?

Doch was ist mit der These von Herrn Wolffsohn, dass die Existenz von nuklearen Waffen auch für Israel bedrohlich sein könnte?

Tatsächlich kann man keine Garantie geben, dass das aktuelle jüdische Leben in Israel nie wieder zerstört wird. G'tt hat schon Juden zwei Mal aus dem Gelobten Land vertrieben und kann es theoretisch nochmal machen. Desto mehr, dass die Tora die Existenz der Juden im Heiligen Land daran verknüpft, dass sie dort G'ttes Gebote halten werden. Und wenn man bedenkt, dass sich nur ein Bruchteil der Juden in Israel tatsächlich an die Gebote hält und die Politik auch noch versucht, es ihnen zu erschweren, kann die Bedrohung atomarer Vernichtung sehr real sein. Doch was auch immer und wo auch immer passiert, können wir uns über eines sicher sein: irgendwo werden Juden schon überleben.

Jedoch das befreit uns nicht vom „Ischtadlut" -Bemühungen uns selbst zu helfen. Wenn wir lokal in Gefahr sind, sollen wir uns auch dagegen wehren. Als Erstes sollen wir uns an unsere Tradition halten, wir sollen an G'tt und Seine Macht glauben und wir sollen auf Seine Rettung hoffen. Jedoch müssen wir auch gegen Antisemitismus und gegen lokale Antisemiten kämpfen, und zwar vom Anfang an, nicht wenn es schon zu spät sein wird. Und das gilt natürlich auch für die Juden in Deutschland, die sich ihrer Tradition oft nicht sehr bewusst sind, und anderseits immer öfter Antisemitismus begegnen, heutzutage sogar als „Kunst" getarnt.

Eine Legende besagt, dass der Römisch-Deutsche Kaiser Josef II (1741-1790) einmal einen berühmten nichtjüdischen Philosophen fragte, ob er einen Beweis für die Existenz G'ttes hat. Der Philosoph antworte, dass er einen Beweis dafür hat und das sind die Juden: wenn sie trotz allem immer noch existieren, sollte es ja G'tt geben.

Ob diese Geschichte wahr ist oder erfunden wurde, wissen wir nicht. Jedoch werden hoffentlich auch diejenigen Juden, die sich viele Sorgen über die Zukunft des jüdischen Volkes machen, daran denken und mit mehr Optimismus in die Zukunft blicken.

> Als Erstes sollen wir uns an unsere Tradition halten, wir sollen an G'tt und Seine Macht glauben und wir sollen auf Seine Rettung hoffen. Jedoch müssen wir auch gegen Antisemitismus und gegen lokale Antisemiten kämpfen, und zwar vom Anfang an, nicht wenn es schon zu spät sein wird.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- ☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
- ☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
- ☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
- ☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

11923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi" angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lernen. Der Beitrag stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Ein neuer Abschnitt des Talmuds – jüdische Eheverträge

Am 8. Juli 2022 beginnt der Lesezyklus ein neues Kapitel oder Buch des Talmuds, das uns bis zum 26. Oktober 2022 beschäftigen wird. Das Buch „Ketubot" behandelt gemäß seinem Namen Eheverträge. Aber wie für den Talmud kennzeichnend, gibt es in den Diskussionen viele assoziative Abweichungen und somit finden sich noch andere Themen in diesem Buch. Im vorliegenden Fall sind das vor allem Anforderungen für das korrekte Verfassen anderer juristischer Dokumente und für die Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen vor Gericht.

Die Institution der Ehe ist für das Judentum zentral. Nur durch klare Grenzen, wen man heiraten kann, konnte diese Minderheit 2.000 Jahre lang unter verschiedenen Völkern leben, ohne sich durch Assimilation in Luft aufzulösen. Diese Bedeutung drückt sich an vielen Stellen aus. So beschäftigt sich zum Beispiel die Tora-Lesung an Jom Kipur (3. Buch Mose, Kapitel 18), dem heiligsten Tag überhaupt – nach dem Mincha-Gebet und kurz vor dem Ne'ila-Gebet, dem Höhepunkt des Jahres – aus allen möglichen Themen eben genau mit verbotenen Geschlechtsbeziehungen. Und als säkulare und religiöse Juden in den Jahren der Staatsgründung Israels Kompromisse eingehen mussten, achteten die Religiösen darauf, dass gerade das Ehewesen gemäß ihren Vorstellungen gestaltet wird. Dieser Status Quo gilt in Israel bis heute – wenn er auch stark umstritten ist. Die Liste ließe sich fortsetzen. Jedenfalls erfordert die zentrale Bedeutung der Ehe eine Regulierung eben dieser, und dies ist das Anliegen des Buches Ketubot.

Eine Ketuba ist ein juristisches Dokument im jüdischen Recht, das die Pflichten – vor allem finanzielle, aber auch intime – des Ehemanns gegenüber der Frau festhält. Trotz dieser Einseitigkeit (es werden keine Pflichten der Frau erwähnt) hat sich im Deutschen die Übersetzung als „Ehevertrag" eingebürgert. Auch der Umstand, dass die darin genannten Bedingungen heutzutage meistens standardisiert, und nicht etwa in jedem Fall individuell ausgehandelt sind, lassen die Übersetzung als „Vertrag" eigentlich als unpassend erscheinen. Das in der Ketuba Geschriebene ist einfach jüdisches Gesetz und würde den Ehemann sogar binden, wenn dieser seiner Frau keine Ketuba ausgehändigt hätte.

Während des Bestehens der Ehe sind finanzielle und intime Pflichten betroffen. Nach Auflösung der Ehe durch Scheidung oder Tod des Ehemanns geht es nur um die finanzielle Absicherung der Ehefrau. Das Ziel der Ketuba ist zweierlei. Das Judentum erkennt zwar die Notwendigkeit von Scheidungen an, aber nur als allerletzte Lösung nachdem bereits alles andere zur Rettung der Beziehung unternommen wurde. Ein Ziel der Ketuba ist es, durch die Zahlungsverpflichtung Ehemänner von überschnellen Scheidungen abzuhalten. Das andere Ziel ist die finanzielle Absicherung der Frau, falls es letzten Endes doch zu einer Scheidung kommen sollte.

Eine bekannte Kontroverse betrifft folgenden Umstand. Im Fall einer Jungfrau – was in der damaligen gesellschaftlichen Realität einfach einer noch nicht verheirateten Frau entsprochen hat – steht ihr im Fall der Scheidung ein Betrag zu, der ungefähr ausreichend ist, um die Lebenshaltungskosten eines Jahres abzudecken. Im Fall einer geschiedenen oder verwitweten Frau ist es die Hälfte davon. Dies wird häufig von feministischer Position aus kritisiert, wobei fehlerhafterweise angenommen wird, die Beträge würden irgendeine Wertschätzung ausdrücken. In Wahrheit wird diese Unterscheidung aber getroffen, weil eine geschiedene oder verwitwete Frau bereits durch die Ketuba seitens ihres ersten Ehemannes finanziell gut dastehen dürfte.

Abgesehen davon erhalten die Frauen die Vermögenswerte, die sie in Ehe eingebracht haben, zurück. Und in jedem Fall gehen die Ansprüche der Frau den Ansprüchen anderer Gläubiger voraus, sollte das Vermögen des Ehemanns nicht zur Begleichung aller Ansprüche ausreichen.

Natürlich sind die Vorschriften der Ketuba und der Inhalt des danach benannten Buches des Talmuds noch sehr viel umfangreicher. Aber andererseits gibt es auch spätere Entwicklungen im jüdischen Recht, welche diese Vorschriften relativieren. So hat z.B. Rabbi Gerschom (angenommene Lebensdaten: 960 Metz bis 1040 Mainz) – der dafür berühmt ist, die bis dahin in Aschkenas ohnehin nicht praktizierte Polygamie auch religionsgesetzlich per Dekret abgeschafft zu haben – auch verfügt, dass ein Mann seine Frau nicht ohne deren Zustimmung scheiden kann. Da dies das Kräfteverhältnis zwischen den Partnern verändert hat, blieb es auch für die Frage der Ketuba nicht ohne Folgen. Die Frau bedarf nicht mehr eines ganz so starken Schutzes wie zuvor. Dies kann Einfluss darauf haben, wie rabbinische Gerichte die Frage der Zahlung handhaben.

Die Geschichtsschreibung der Frauenrechte beginnt in den meisten Darstellungen erst 1791 mit der „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin" im revolutionären Frankreich. Man mag sich fragen, ob so viele Geschichtsschreiber die Ketuba dabei einfach übersehen haben, oder ob diese Auslassung einem linken Antisemitismus geschuldet ist. Je nach dem was man unter Feminismus versteht, bewegen sich die Akteure in ähnlichen politischen Kreisen.

Die Ketuba als Kunstobjekt

Aus früheren Jahrhunderten sind uns viele reich dekorierte Ketubot erhalten geblieben. Die Verzierung hängt mit einem interessanten, aber umstrittenen Brauch zusammen. Es geht hierbei um die Frage, ob man die Ketuba zur Zierde im Haus aufhängen kann.

Dafür spricht, dass es sich bei der Ketuba um eine religiöse Pflicht handelt und somit kann ihre stolze Ausstellung eine Wertschätzung dieser Pflicht ausdrücken. Eventuell könnte man auch argumentieren, dass das Aufhängen der Ketuba an einer zentralen Stelle im Haus den Ehemann an seine Pflichten erinnert und daran, wie viel er zu zahlen hat, wenn er sich von seiner Frau ohne deren Verschulden scheiden ließe. Wie dem auch sein mag, auf jeden Fall hat der besagte Brauch dazu geführt, dass man früher manchmal in Ketubot investiert hat, die von Künstlern verziert wurden.

Eine kunstvoll verzierte Ketuba

Dagegen spricht, dass das Dokument der Ketuba, um seinen Zweck des rechtlichen Schutzes der Frau erfüllen zu können, am besten außerhalb der Reichweite des Ehemannes aufbewahrt werden sollte, damit dieser es nicht vernichten kann. Normalerweise hinterlegt die Frau sie im Haus ihrer Eltern. Und da die Ketuba auch intime Pflichten des Ehemanns seiner Frau gegenüber enthält (wenn auch in einer standardisierten Form) sollte sie am besten nirgendwo aufgehängt werden, auch nicht im Haus der Eltern. Ein weiterer Grund gegen die Zur-Schau-Stellung der Ketuba ist, dass eine Beschäftigung mit ihr nur für den Fall der Scheidung oder beim Tod des Mannes vorgesehen ist und dass diese Zweckentfremdung zu Pech und zum Eintritt der genannten Fälle führen kann. Und abgesehen von der Frage des Pechs würde sich wohl auch keine Frau die Police der Lebensversicherung ihres Mannes einrahmen und ins Wohnzimmer hängen, um jedem Gast zu zeigen, wie viel sie kassieren wird, wenn ihr Mann endlich stirbt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Gründe gegen eine Präsentierung der Ketuba überwiegen. Und tatsächlich ist dieser Brauch heute weitestgehend ausgestorben. Damit ist eine ganze Kunstrichtung aus unserer Mitte verschwunden, wobei jedoch heutzutage im Zeitalter des Drucks eine verzierte Ketuba auch nichts so besonderes mehr wäre.

Das Buch von Shalom Sabar, ins Deutsche übersetzt unter dem Titel: „Masel Tow – Illuminierte jüdische Eheverträge aus der Sammlung des Israel Museum" (Jüdische Verlagsanstalt, 2000) ist eine empfehlenswerte Lektüre bezüglich des kunsthistorischen Aspektes von Ketubot. Von den 199 Seiten des großformatigen Buches finden sich auf 61 Seiten farbige Fotografien von Eheverträgen aus der gesamten jüdischen Welt, beginnend mit einer Ketuba aus Venedig aus dem Jahr 1612. Die Bildqualität und die Größe der Schrift ermöglichen dem hebräisch kundigen Leser in vielen Fällen die Lektüre des Originals.

Aber nicht nur kunstgeschichtlich ist das Buch bedeutsam. Wir erfahren auch viel über Sozialgeschichte, wenn wir uns die bildlichen Motive der Ketubot ansehen und sie im Rahmen ihrer Entstehungsumstände analysieren. Zum Beispiel fällt auf, dass in der islamischen Welt Darstellungen von Tieren und Menschen weitestgehend fehlen. Ein Umstand, der mit dem islamischen Bilderverbot zusammenhängt. Es gibt zwar auch ein jüdisches Bilderverbot, aber es bestehen Unterschiede zum islamischen. Eine bedeutende Ausnahme stellt die Darstellung von Löwen auf Ketubot aus dem Iran des 19. Jahrhunderts dar. Und auch dieses Phänomen wird sozialgeschichtlich verankert und mit der beginnenden Selbstidentifizierung mit dem entstehenden iranischen Nationalstaat in Verbindung gebracht, dessen nationales Symbol ein Löwe war.

Online können Sammlungen von Ketubot eingesehen werden z.B. auf den englischen Internetseiten des Israel Museums (https://museum.imj.org.il/imagine/ketubot/en/) und der israelischen Nationalbibliothek (www.nli.org.il/en/discover/manuscripts/ketubot).

www.intellectual-services.com